

Verein
für
Kommunalwissenschaften e.V.



Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe 23

Verantwortung, Aufgaben und Möglichkeiten der Jugendhilfe zur Sicherung der Chancen junger Menschen auf Ausbildung und Arbeit

Dokumentation des Workshops
am 29. und 30. November 1999
in Berlin

Verein für Kommunalwissenschaften e.V.
Straße des 17. Juni 112 · D-10623 Berlin · Telefon 030 39001-0 · Telefax 030 39001-100

Fachtagungen Jugendhilfe
Telefon 030 39001-136 · Telefax 030 39001-146 · e-mail: agfj@vfk.de · Internet: www.vfk.de/agfj

Dieser Workshop wurde aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

Impressum:

Herausgeber:

Verein für Kommunalwissenschaften e.V.

Ernst-Reuter-Haus · Straße des 17. Juni 112 · 10623 Berlin

Postfach 12 03 21 · 10593 Berlin

Redaktion, Satz und Layout:

Roland Kühne

Fritz-Kirsch-Zeile 24

12459 Berlin

Herstellung:

Verein für Kommunalwissenschaften e.V.

Berlin 2000

Hinweise zur Online-Ausgabe:

Der vorliegende Tagungsband wird vom Verein für Kommunalwissenschaften e.V. nicht mehr als Druckfassung aufgelegt. Seit Januar 2005 besteht die Möglichkeit, die Fachbeiträge und Diskussionen aus dem Internet herunter zu laden. Die Texte sind schreibgeschützt.

Inhaltsverzeichnis	Seite
Vorwort	7
KERSTIN LADUA <i>Leiterin der Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe des Vereins für Kommunalwissenschaften e. V., Berlin</i>	
<u>Statements und einführende Diskussion:</u> <u>Zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft - Bildung im 21. Jahrhundert</u>	
Statement 1	9
PROF. DR. INGO RICHTER <i>Direktor des Deutschen Jugendinstitutes (DJI) München</i>	
Statement 2	18
DANIEL DETTLING <i>Leiter des Arbeitskreises „Zukunft der Arbeitsgesellschaft“ der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG), wissenschaftlicher Mitarbeiter des Lehrstuhls für Europäisches Verfassungs- und Sozialrecht der Universität Potsdam</i>	
Diskussion über die Zukunft der Arbeitsgesellschaft	26
MODERATION: PROF. DR. INGO RICHTER <i>Direktor des Deutschen Jugendinstitutes (DJI) München</i>	
<u>Forum 1</u> <u>Wie müssen Jugendliche vorbereitet werden, um in Ausbildung zu gelangen?</u> <u>Wie qualifiziert muss Berufsberatung sein?</u> <u>Eine Stärke-Schwäche-Analyse anhand kommunaler Fallbeispiele</u>	
Magdeburger Erfahrungen bei der Vorbereitung junger Menschen auf Ausbildung und Arbeit	41
RUDOLF FÖRSTER <i>Leiter des Jugendamtes der Landeshauptstadt Magdeburg</i>	
Positionen und Erfahrungen zur Ausbildungsförderung in Köln	50
JOACHIM HENKEL <i>Leiter des Jugendamtes der Stadt Köln</i>	
Zur Kooperation zwischen Berufsberatung und Jugendhilfe aus Sicht des Arbeitsamtes Köln	61
HERMANN JUNG <i>Leiter der Abteilung Berufsberatung des Arbeitsamtes der Stadt Köln</i>	

Diskussion und Nachfragen 65

MODERATION: PROF. DR. INGO RICHTER

Direktor des Deutschen Jugendinstitutes (DJI) München

Das Modell der Übergangsbegleitung 72

POUL ALTSCHULER

Geschäftsführer des Den Sociale Udviklingsfond, Aarhus, Dänemark

Nachfragen und Diskussion 79

MODERATION: PROF. DR. INGO RICHTER

Direktor des Deutschen Jugendinstitutes (DJI) München

Forum 2

**Wie qualifiziert und unter welchen Rahmenbedingungen muss
außer- oder überbetriebliche Ausbildung erfolgen?**

Welche Zugänge zum Arbeitsmarkt haben Jugendliche?

Eine Stärke-Schwäche-Analyse anhand kommunaler Fallbeispiele

**Prämissen und Positionen zur
überbetrieblichen Ausbildung in Magdeburg** 82

RUDOLF FÖRSTER

Leiter des Jugendamtes der Landeshauptstadt Magdeburg

Nachfragen und Diskussion 88

MODERATION: HENRIK VON BOTHMER

*Geschäftsführer der Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit,
Jugendaufbauwerk (BAGJAW), Bonn*

Zugänge zum Arbeitsmarkt aus Kölner Perspektive 95

JOACHIM HENKEL

Leiter des Jugendamtes der Stadt Köln

Anforderungen an die außerbetriebliche Ausbildung 101

HERMANN JUNG

Leiter der Abteilung Berufsberatung des Arbeitsamtes der Stadt Köln

Diskussion und Nachfragen 103

MODERATION: HENRIK VON BOTHMER

*Geschäftsführer der Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit,
Jugendaufbauwerk (BAGJAW), Bonn*

Forum 3

Verwaltung und Finanzierung von Programmen, Maßnahmen und Projekten zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit - eine Auseinandersetzung anhand aktueller Beispiele

- Jugendliche mit Schwierigkeiten bei der beruflichen Integration:
Innovative Förderkonzepte im Modellprogramm
„Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit“** 107

FRANK BRAUN

*Leiter des Forschungsschwerpunktes „Übergänge in Arbeit“
im Deutschen Jugendinstitut (DJI), München*

- Das Bund-Länder-Programm „Die Soziale Stadt“ -
eine neue Generation der Förderung?** 119

DR. ROLF-PETER LÖHR

Geschäftsführer des Vereins für Kommunalwissenschaften e. V., Berlin

- Das FOYER-Projekt in Manchester** 125

CLAIR COWARD

*Leiterin des FOYER-Projektes
in der St. Vincent's Housing Association Ltd., Manchester, England*

- Diskussion und Nachfragen** 143

MODERATION: HENRIK VON BOTHMER

*Geschäftsführer der Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit,
Jugendaufbauwerk (BAGJAW), Bonn*

Abschlussdiskussion:

- Zur Einmischungspolitik der Jugendhilfe: „Grenzüberschreitungen“ -
Welchen Auftrag hat Jugendhilfe oder welchen Auftrag müsste Jugendhilfe
wahrnehmen, um die Chancen junger Menschen auf Arbeit zu sichern?
Welche Kompetenzen muss Jugendhilfe vermitteln?** 155

MODERATION: HENRIK VON BOTHMER

*Geschäftsführer der Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit,
Jugendaufbauwerk (BAGJAW), Bonn*

- Literaturhinweise** 162

Vorwort

Am 29. und 30. November 1999 fand in Berlin ein Experten-Workshop zum Thema „Verantwortung, Aufgaben und Möglichkeiten der Jugendhilfe zur Sicherung der Chancen junger Menschen auf Ausbildung und Arbeit“ statt. Überlegung bei der Planung dieses Workshops war, dass im Rahmen der gegenwärtigen Verwaltungsstrukturen die Möglichkeiten der Hilfen zur Arbeit nicht ausgeschöpft werden. Deshalb war es das Anliegen dieser Veranstaltung, einen Beitrag zur offensiven fachlichen Auseinandersetzung der Jugendhilfe mit den Anforderungen zu leisten, die sich aus Ausbildungsnot und Jugendarbeitslosigkeit ergeben, und zugleich die Selbstverständigung über Rolle und Möglichkeiten der Jugendhilfe in diesem Feld zu fördern.

Zu diesem Zweck wurden verschiedene Fachkräfte aus je einer ost- und einer westdeutschen Stadt sowie je einem Landkreis eingeladen, um in einem gemeinsamen Fachgespräch das Zusammenspiel von Arbeitsamt, Jugendamt, Schule, Berufsberatung und Wirtschaft in dem jeweiligen Landkreis oder der jeweiligen Stadt zu hinterfragen. Modelle bereits gut funktionierender Kooperationsbeziehungen sollten vorgestellt und über Probleme, die flexible Lösungen behindern, sollte diskutiert werden.

Dieses Vorhaben konnten wir nur teilweise umsetzen, da einige angesprochene Fachkräfte - nicht nur aus der Jugendhilfe, sondern auch aus anderen Institutionen wie beispielsweise aus dem Sozial- oder Arbeitsamt -, zögerten, über das Zusammenwirken der in ihrer Region beteiligten Institutionen und insbesondere über die auftretenden „Hemmschwellen“ zu sprechen.

Nichtsdestotrotz konnten wir jedoch aus Magdeburg und Köln kompetente Fachkräfte gewinnen, die ihre kommunalen Lösungsstrategien vorstellten und dabei auch ihre regionalspezifischen Probleme nicht außen vor ließen. Leider war es nicht gelungen, Vertreter von zwei Landkreisen zu gewinnen, die bereit waren, ebenfalls eine kommunale Stärken-Schwäche-Analyse bei der Überwindung von Ausbildungsnot und Arbeitsplatzmangel zu versuchen. In diesem Zusammenhang ist Herrn Reinhard Mach, 1. Beigeordneter des Landkreises Ludwigslust, zu danken, der seine Erfahrungen und seine fachliche Kompetenz gewinnbringend in die Diskussion einbrachte und auf die besonderen Problemlagen des Landkreises Ludwigslust aufmerksam machte. Auch allen anderen, die sich mit fachlichen Beiträgen und Ihren Praxiserfahrungen an der Diskussion beteiligten, sei an dieser Stelle herzlich für ihr Engagement gedankt, insbesondere den beiden ausländischen Gästen.

Ein Blick zu unseren Nachbarn und ein Vergleich mit erfolgreichen Projekten aus anderen europäischen Ländern war uns durch die Referate von Herrn Poul Altschuler aus Dänemark, der das Programm der Übergangsbegleitung vorstellte, sowie von Frau Clair Coward aus England, die über erste Erfahrungen aus dem NEW-DEAL-Programm berichtete, möglich. Dabei wurden vor allem zwei wichtige Erfolgsvoraussetzungen deutlich: erstens die Zusammenarbeit mit der örtlichen Wirtschaft, die Orientierung an ihrer aktuellen Nachfrage anstelle der Entwicklung traditioneller An-

gebote von Wissen und Können sowie zweitens das Erkennen und Fördern von Potenzialen der jungen Menschen statt der Beschränkung des Blickwinkels auf ihre Benachteiligung. Immer wieder wurde die Bedeutung von einem „Kümmerer“ hervorgehoben, der als Ansprechpartner für die betroffenen Jugendlichen längerfristig zur Verfügung stehen sollte, der an die Jugendlichen glaubt und ihnen damit hilft, (wieder) an sich selbst zu glauben.

Clair Coward aus Manchester formulierte diese ganzheitliche Art von Lebenshilfe so: *„Egal mit welchen Vorstellungen ein Jugendlicher zu uns kommt, wir versuchen immer das Menschenmögliche für ihn zu erreichen. Wenn jemand sagt: ‚Ich will Astronaut werden‘, dann sage ich: Na okay, ich helfe dir. Es kann ein sehr weiter Weg bis zum Mond sein, aber lass uns anfangen, auf dieses Ziel hinzuarbeiten.“*¹

KERSTIN LANDUA

*Leiterin der Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe
des Vereins für Kommunalwissenschaften e. V., Berlin*

¹ Siehe Seite 150 dieser Dokumentation

Statement 1

PROF. DR. INGO RICHTER

Direktor des Deutschen Jugendinstitutes (DJI) München

Ich werde in zwei Abschnitten einerseits über mittelfristige Entwicklungen von Arbeit und Ausbildung sprechen und andererseits über kurzfristige Maßnahmen zur Überwindung der Ausbildungskrise.

Für den ersten Teil lege ich einen Abschnitt aus meinem Buch „Die sieben Todsünden der Bildungspolitik“¹ zugrunde und für den zweiten Teil die Vorschläge des Forums „Jugend-Bildung-Arbeit“.²

1. Ausbildung und Arbeitsmarkt

Die Arbeitsmarktfunktion der Ausbildung setzt zweierlei voraus: den Arbeitsmarkt und die Ausbildung. Den Arbeitsmarkt stellen wir uns immer noch als die marktförmige Organisation einer **Arbeitsgesellschaft** vor:

- **Arbeit:** Alle arbeiten. Der Arbeitsmarkt befindet sich grundsätzlich im Gleichgewicht.
- **Beschäftigung:** Arbeitgeber beschäftigen Arbeitnehmer in Arbeitsverhältnissen. Selbständigkeit ist die Ausnahme.
- **Zeit:** Die Arbeit nimmt den weitaus größten Teil der wachen Zeit ein und dauert das ganze Leben.
- **Einkommen:** Der Lohn für die Arbeit und die Lohnersatzleistungen (Rente, Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe, Krankengeld) decken zumindest die Lebenshaltungskosten.
- **Qualifizierung:** Die Arbeitnehmer können die Arbeit nur leisten, wenn sie das dafür erforderliche Können gelernt haben oder „on the job“ lernen.
- **Bewusstsein:** Durch Arbeit leistet man einen Beitrag zur gesellschaftlichen Gesamtleistung.

Die Ausbildung stellen wir uns als Berufsausbildung vor:

- Jeder erlernt im Bildungssystem einen Beruf.
- Dieser Beruf eröffnet den Zugang zum Beschäftigungssystem.

¹ siehe Richter, Ingo: Die sieben Todsünden der Bildungspolitik. München/Wien: Hanser (1999)

² veröffentlicht in Flitner, Andreas/Petry, Christian/Richter, Ingo: Wege aus der Ausbildungskrise. Opladen: Leske + Budrich (1999)

- Man arbeitet in seinem Beruf und nutzt das berufliche Wissen und Können, das durch Weiterbildung „aufgefrischt“ und weiterentwickelt wird.
- Man verbleibt in seinem Beruf grundsätzlich das ganze Leben; Berufswechsel gilt als Ausnahme.
- Die Beschäftigungsbedingungen und die Höhe des Einkommens hängen von der Stellung im Beruf ab.
- Die gesellschaftliche Stellung hängt vom Beruf ab.

Trotz dieser „Gewissheiten“ gibt es seit langem eine Diskussion um das „Ende der Arbeitsgesellschaft“ oder sogar um das „Ende der Arbeit“; zu dieser Diskussion kommt seit einiger Zeit die These vom „Ende der Beruflichkeit“ hinzu, vom „Ende des Berufs“. Arbeit und Beruf - Säulen von Bildung und Beschäftigung - sind ins Wanken geraten, denn man kann in der Tat davon ausgehen, dass diese Voraussetzungen der Berufsausbildung so nicht weiterbestehen. Man kann sogar bezweifeln, dass sie je bestanden haben. Der Hochmut der Bildungspolitik besteht darin, dass sie diese Entwicklungen zwar beschwört, aber nicht ernsthaft zur Kenntnis nimmt, dass sie davon ausgeht, dass alles so bleibt wie es ist und die Opfer dieses Hochmuts auch noch beschimpft, dass sie selber schuld seien, weil sie sich auf die „Zukunft ohne Arbeit“ nicht einstellen und vorbereiten.

Die bekannten Zahlen über die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit widerlegen die Grundannahme des Modells „Arbeitsgesellschaft“; es handelt sich nämlich nicht mehr um die Verbindung von konjunkturell bedingter zeitlich begrenzter Arbeitslosigkeit und dauernder individuell bedingter Arbeitsunfähigkeit, sondern um eine dauerhafte Veränderung der Gesellschaftsstruktur aller westlichen Industriegesellschaften. Die niedrigeren Arbeitslosenquoten in den USA und in Japan zeigen allerdings, dass durch Veränderung des Charakters der Arbeitsgesellschaft die Arbeitslosenquoten konstant niedrig gehalten werden können, wenn gleichzeitig positive Beschäftigungsentwicklungen in Gang gesetzt werden.

Es werden nicht alle arbeiten, jedenfalls nicht in Arbeitsverhältnissen, wie wir sie bisher gewohnt waren. An die Stelle des Arbeitsverhältnisses im klassischen Sinne (tarifvertraglich geregelt, unbefristet, vollzeitlich und weisungsgebunden) tritt eine Beschäftigung mit flexibler Tages- und Lebensarbeitszeit - in der Regel zeitlich befristet -, die stärker einzelbetrieblich als tarifvertraglich bestimmt ist und Elemente von Teilselbständigkeit enthält. Neue Formen von Selbständigkeit treten auf. Das ist nicht mehr der klassische Angestellte und schon gar nicht mehr der klassische Arbeiter, wie wir ihn bisher gekannt haben, sondern jemand, der sein Können selbständig vermarktet. Das Arbeitseinkommen deckt häufig nur noch einen Teil der Lebenshaltungskosten; es wird hinzuverdient. Viele haben mehrere Arbeitsverhältnisse. Die Risikoversicherung wird weitgehend dem Einzelnen überlassen und vom Arbeitsverhältnis abgekoppelt.

Arbeit entspricht nicht mehr einem Beruf im Sinne eines erlernten Lebensberufes. Soweit der Arbeitsmarkt es hergibt, „kaufen“ die Arbeitgeber Qualifikationen auf dem Markt „just in time“ ein und qualifizieren selber - soweit erforderlich - „on the job“.¹ Dies gilt auch für hochqualifizierte Arbeit, sieht man von einem kleinen Kreis von Führungskräften einmal ab. Die Bedeutung des Faktors Arbeit nimmt insgesamt im Vergleich zu Kapital und Wissen ab, so lautet eine beliebte These zur Wissensgesellschaft.

Auch wenn man diese Entwicklung relativiert, kritisiert und dämonisiert, so spricht dennoch einiges dafür, dass „die Reise in diese Richtung geht“. Damit stellt sich die Frage nach der Bedeutung dieser Entwicklung für die Bildungspolitik. Das erste „Opfer“ wird der Beruf als Leitidee der Berufsausbildung sein. Noch erlernt jeder irgendeinen Beruf, auch wenn die Lücke zwischen Nachfrage und Angebot von Ausbildungsplätzen nur noch mit Mühe geschlossen werden kann. Die Wahrscheinlichkeit ist jedoch hoch, dass sich - trotz einer demographisch bedingten Erleichterung am Ende des nächsten Jahrzehnts - die Ausbildungskrise verschärfen wird, wenn sich die derzeitigen Entwicklungen fortsetzen.

Aber auch ein erlernter Beruf eröffnet nicht mehr „automatisch“ den Zugang zum Beschäftigungssystem, denn die Ausbildungsbetriebe übernehmen nur noch einen Teil der von ihnen ausgebildeten Fachkräfte in Arbeitsverhältnisse. Die Jugendarbeitslosigkeit nach der Ausbildung entspricht deshalb bereits heute der allgemeinen Arbeitslosigkeit. Auch das Studium eröffnet also nicht mehr für alle den Zugang zum Arbeitsmarkt, wenn auch Hochschulabsolventen immer noch leichter Beschäftigung finden als Absolventen der betrieblichen Ausbildung. Zwischen Ausbildung und Arbeit schiebt sich eine längere Phase des Überganges, in der die Absolventen warten, suchen, jobben. **Das Bild von der ersten Schwelle (Zugang zur Ausbildung) und zweiten Schwelle (Zugang zum Beruf) ist falsch, weil es den unmittelbaren Übergang suggeriert, auch wenn zunächst eine Hürde zu überwinden ist.**

Die Berufsausbildung hat das ausgesprochene Ziel, berufliche Fähigkeiten zu vermitteln, die im Beruf genutzt werden können und tatsächlich auch genutzt werden. Dies scheint jedoch weitgehend nicht der Fall zu sein. Die erworbenen Qualifikationen werden nach Einschätzung vieler Arbeitnehmer im Beruf gar nicht genutzt; viele Arbeitnehmer halten sich für überqualifiziert. Auch wenn die Feststellung von Über- und Unterqualifikation ein schwieriger Bewertungsvorgang ist, so wird jedenfalls deutlich, dass das „für die Schule“ Gelernte, „im Leben“ häufig nicht nützlich ist, dass man die erworbenen beruflichen Qualifikationen im Beruf gar nicht nutzen kann. Auch aus diesem Grunde ist der Berufswechsel inzwischen Normalität; der Mythos vom Lebensberuf ist längst zerstört, wenn er überhaupt je ein Stück Wirklichkeit abgebildet hat.

¹ vgl. Faulstich, Peter: Strategien der betrieblichen Weiterbildung, München: Vahlen (1998)

Man kann auch nicht mehr davon ausgehen, dass Arbeitsbedingungen und Einkommen der Ausbildung entsprechen. Die Arbeitseinkommen hängen nämlich nicht nur von der Ausbildung, sondern auch von der Arbeitsmarktposition der Beschäftigten ab.

Wer für seine Stelle überqualifiziert ist, verdient weniger als jemand, der ausbildungsadäquat eingesetzt ist, und viel weniger als jemand, der unterqualifiziert ist. Wenn die Aussagen zur Unterqualifizierung aussagekräftig sind, würde dies bedeuten, dass sich die Ausbildung jedenfalls finanziell überhaupt nicht lohnt. Die Bedeutung, die der Beruf für die gesellschaftliche Stellung einmal hatte, ist auch längst dahin.

Die Berufsausbildung hat ihren Bezug zum Beruf verloren, nicht aber zur Arbeit. Auch wenn die Arbeitnehmergesellschaft traditioneller Art im Schwinden begriffen sein mag, können wir uns ein Leben ohne Arbeit nicht vorstellen. Dies gilt auch für junge Menschen, die Ausbildung und Arbeit wollen und Arbeitslosigkeit fürchten. Nach einer Untersuchung des DJI zum Berufseinstiegsprozess war für 75 Prozent der Jugendlichen von allen Zukunftsfragen die der Arbeitsplatzsicherheit die wichtigste; in der Shell-Jugendstudie 1997 wurde als Hauptproblem von Jugendlichen „Arbeitslosigkeit“ angegeben.

Andere konnten und können sich freilich eine Welt ohne Arbeit vorstellen, zum Beispiel Paul Lafarge, der Schwiegersohn von Karl Marx, der das „Recht auf Faulheit - Widerlegung des ‚Rechts auf Arbeit‘ von 1848“ schrieb:

„Eine seltsame Sucht beherrscht die Arbeiterklasse aller Länder, in denen die kapitalistische Zivilisation herrscht, eine Sucht, die das in der modernen Gesellschaft herrschende Einzel- und Massenelend zur Folge hat, es ist dies die Liebe zur Arbeit, die rasende, bis zur Erschöpfung der Individuen und ihrer Nachkommenschaft gehende Arbeitssucht.“¹

Die Anspielung auf den Anfang des Kommunistischen Manifestes ist unverkennbar! Oder das „Manifest der Glücklichen Arbeitslosen“ aus dem Berlin des Jahres 1998, in dem Arbeitslosigkeit als Funktionsbedingung der kapitalistischen Ökonomie bezeichnet wird, die dementsprechend entlohnt werden sollte:

„Vollbeschäftigung bedeutet ökonomische Krise, Arbeitslosigkeit bedeutet gesunder Markt. Eine andere Art von Eingliederung wünschen wir uns.“²

Dies ist eigentlich zu zynisch, um noch witzig zu sein. **Trotz aller Veränderungen in der Arbeitsgesellschaft bleiben zwei Tatsachen unumstößlich bestehen:**

¹ Lafarge, Paul: Recht auf Faulheit - Widerlegung des ‚Rechts auf Arbeit‘ von 1848, Grafenau: Trotzdem-Verlag (1999)

² Beck, Ulrich: Das große Los - arbeitslos, In: Süddeutsche Zeitung, 19. Juni 1998, S. 13

1. Wir sind zum Leben auf die Einnahmen aus Arbeit angewiesen; das heißt, **Erwerbsarbeit** ist unverzichtbar.
2. Wir müssen die Arbeit verrichten können, das heißt, **Können** ist unverzichtbar.

Welches Können, welche Fähigkeiten werden für Erwerbsarbeit erforderlich sein? Welchen Beitrag kann das Bildungswesen dazu leisten, dass Menschen durch Arbeit ihren Lebensunterhalt auch in Zukunft verdienen können?

1. Als „Arbeit“ müssen wir in Zukunft neben der Arbeit in Arbeitsverhältnissen ansehen: Self-Employment, Ausbildung und Weiterbildung, Bürgerarbeit (Gemeinwesenarbeit, Ehrenamt, Nachbarschaftshilfe und ähnliches), Schwarzarbeit - alles dieses muss „irgendwie“ entlohnt werden.
2. Die allgemeinen Schulen und Universitäten müssen sowohl auf „Arbeit“ in diesem Sinne vorbereiten als auch ein „Leben jenseits der Erwerbsarbeit“ in den Blick nehmen. Sie müssen einerseits berufsunspezifische allgemeine Kompetenzen, die Voraussetzungen jeder Arbeitsfähigkeit sind, hervorbringen - von den Arbeitstugenden (zum Beispiel Pünktlichkeit) über die technologischen Fähigkeiten (zum Beispiel EDV) bis zu Sozialkompetenzen (zum Beispiel Kommunikationstechniken). Sie müssen andererseits durch Suchtechniken, Unterhaltssicherstellung, Familienarbeit, Bildung und „Freizeitgestaltung“ die Überlebensfähigkeit für ein „Leben ohne Arbeit“ sicherstellen.
3. Das, was einmal Berufsausbildung war, bedarf der vertikalen und horizontalen Differenzierung, das heißt der Zerlegung der Berufsausbildung in Teilkompetenzen, die zu verschiedenen Zeiten in der Biographie (vertikal) und an verschiedenen Orten (horizontal) erworben werden können und zwar in allen Formen der Ausbildung und „Arbeit“ in dem bezeichneten Sinn. Es versteht sich, dass alle Formen zusammenhängender Ausbildung in Betrieb und Schule erhalten bleiben müssen, soweit sie sich als arbeitsmarktgängig erweisen. Alle Teilqualifikationen müssen prüfbar, mit Zeugnissen ausgestattet und zu einem „Qualifizierungspaß“ zusammenfügbar sein.
4. Die Qualifizierung orientiert sich an den Inhalten einer Erwerbsarbeit, die jedoch im oben bezeichneten Sinne zu verstehen ist, denn nur die Orientierung an der Erwerbsarbeit stellt die Beschäftigung sicher. Im Vordergrund steht dabei die Orientierung an den derzeitigen Anforderungen der Erwerbsarbeit, da jede Bedarfsprognose mit großen Risiken verbunden ist. Die Zerlegung in Teilqualifikationen erleichtert in Verbindung mit der vertikalen Differenzierung die Berücksichtigung von Veränderungen in der Qualifikationsstruktur.

5. Fähigkeiten bilden sich am besten in der Praxis heraus, die freilich der theoretischen Einführung und Begleitung bedarf. Die derzeitige starre Verteilung auf Schule/Hochschule und Betrieb bedarf der Lockerung, da es auf die Lernorte und Lerninhalte, nicht auf die Organisationsform ankommt. So sollten Schulen und Hochschulen mehr Praxisanteile anbieten und Betriebe mehr Theorieanteile, unter Umständen aber auch weniger - je nach den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes.
6. Die Prognosen über die Qualifikationsanforderungen des Arbeitsmarktes widersprechen sich: Einerseits wird die allgemeine Höherqualifizierung angesichts steigender Anforderungen in allen Tätigkeiten gefordert und der Fortfall einfacher Tätigkeiten vorhergesagt; andererseits zeigt sich, dass ein großer Teil der Beschäftigten schon heute überqualifiziert ist und bei einfachen Tätigkeiten viel weniger verdient als die Unterqualifizierten. Auch hieraus folgt der Zwang zur Zerlegung der Qualifikationen in Teilqualifikationen, während Erwerb bei horizontaler und vertikaler Differenzierung durch den Arbeitsmarkt gelernt werden soll.
7. Die bisherige Benachteiligtenpolitik verdeckt die Tatsache, dass die Beseitigung von Nachteilen allein zu Ausbildung und Arbeit nicht verhilft; sie legt fälschlicherweise die Hoffnung nahe, dass allein die individuelle Förderung zur Integration in den Arbeitsmarkt führt. Eine folgerichtige Bildungspolitik zugunsten der Problemgruppen des Arbeitsmarktes muss dagegen eine Qualifizierung anstreben, die den betreffenden Gruppen die ihnen angemessenen Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten verschafft.
8. Eine Bildungspolitik zugunsten der stark leistungsfähigen und leistungsbe-reiten jungen Menschen gibt es in der Bundesrepublik einstweilen nicht. Sie werden auf die üblichen Aufstiegsmöglichkeiten im Bildungswesen verwiesen und suchen folglich außerhalb des Bildungssystems nach zusätzlichen Qualifizierungsmöglichkeiten. Damit bleibt Humankapital brach liegen, wird verschwendet. Es bedarf deshalb einer deutlichen Förderung der Leistungsstarken im Bildungssystem.
9. Die derzeitige Berufsausbildung fördert die Selbständigkeit der Menschen nicht hinreichend - Selbständigkeit nicht im Sinne unternehmerischer Selbständigkeit, denn nicht jeder kann und soll Unternehmer werden, sondern im Sinne der Fähigkeit, das eigene Schicksal selber in die Hand zu nehmen. Der Erwerb dieser Fähigkeit im Bildungs- und Beschäftigungssystem ist schwieriger geworden und wird noch schwieriger werden. Andererseits lehrt die Praxis, dass die jungen Menschen sich schon heute sehr viel mehr auf sich selbst verlassen, weil sie sich von der älteren Generation verlassen fühlen. Eine neue Kultur der Anerkennung und Förderung des selbständigen Ausbildungs- und Arbeitsverhaltens ist dringend erforderlich.

10. Wie aber soll man sich zurechtfinden im Dschungel der Möglichkeiten und Schwierigkeiten? Instanzen der Beratung müssen nicht nur für Entscheidungen über Übergänge, sondern während der gesamten Zeit der Qualifizierung vorhanden und zugänglich sein, und zwar nicht nur in ihren spezialisierten und professionalisierten Formen der Arbeits- und Berufsberatung, sondern auch als Erziehungs- und Familienberatung, Individuen- und Institutionenberatung, Beratung in Schule und Jugendhilfe - schlechterdings überall und jederzeit!

2. Wege aus der Ausbildungskrise, Kurzfassung von zwanzig Empfehlungen

2. 1. Was muss sich ändern? - Struktur und Qualität der Ausbildung

1. **Flexibilisierung:** Flexibilität und Durchlässigkeit des Systems beruflicher Bildung müssen erhöht und die wechselseitige Anerkennung von Qualifikationen muss sichergestellt werden.
2. **Modularisierung:** Qualifikationselemente müssen anerkannt, ergänzt und zu vollwertigen Abschlüssen zusammengefügt werden; es soll mehr Transparenz durch einen Qualifizierungspass geschaffen werden.
3. **Modernisierung:** Alle Ausbildungsgänge bedürfen einer Überprüfung ihrer Qualität und Arbeitsmarktrelevanz; es müssen auch weiterhin neue Ausbildungsgänge geschaffen werden.
4. **Bürgerschaftliches Engagement:** Junge Menschen, sie sich für die Gemeinschaft engagieren, sollten hierdurch nachweisbare und anerkannte Qualifikationen erwerben.

2. 2. Was schafft Plätze? - Quantität durch Qualität

5. **Ausbildung über Bedarf:** Betriebe, insbesondere solche, bei denen in Zukunft Arbeitskräftebedarf entstehen wird, sollten über den gegenwärtigen Bedarf hinaus ausbilden.
6. **Neue Ausbildungsbetriebe:** Betriebe, die der Ausbildung fern stehen und deshalb bisher nicht ausbilden, wie zum Beispiel Service-Zentren, Zeitarbeitsfirmen, „Turnschuhunternehmer“ oder Ausländerfirmen, müssen Ausbildungsbetriebe werden oder zumindest Praktika anbieten.
7. **Ausbau der schulischen Ausbildungsgänge:** Die schulischen Ausbildungsgänge müssen ausgebaut und mit der Praxis beruflicher Arbeit verbunden werden.

8. **Ausbildungsverbünde:** Betriebe, denen die volle Ausbildungseignung fehlt, sollten sich zu Ausbildungsverbünden zusammenschließen.
9. **Tarifverträge:** Ausbildungszusagen sollten in alle Tarifverträge aufgenommen werden.
10. **Unternehmenskultur:** Ausbildung gehört zur Unternehmenskultur, die unter anderem auch durch öffentliche Selbstdarstellungen und bei öffentlichen Anhörungen Ausdruck finden sollte.
11. **Subventionierung der Ausbildung:** Die öffentliche Finanzierung betrieblicher Ausbildungs- und Praktikumsplätze ist für besondere Gruppen sowie spezifische regionale und betriebliche Problemlagen für begrenzte Zeit notwendig.

2. 3. Was hilft den Jugendlichen? - sozialpolitische Aspekte

12. **Chancengerechtigkeit:** Alle jungen Bürgerinnen und Bürger sollen eine solche Ausbildung erhalten, die ihrer Qualifikation und Motivation entspricht.
13. **Ausbildungsvorbereitung:** Jugendliche, die aufgrund von Bildungs- und Sozialisationsdefiziten eine Ausbildung nicht aufnehmen können, bedürfen einer gezielten Ausbildungsvorbereitung; die hierbei erworbenen Qualifikationen sollten zertifizierbar und anrechenbar werden.
14. **Förderung während der Ausbildung:** Die berufliche Erstausbildung von Jugendlichen mit ungünstigen bildungsmäßigen oder sozialen Voraussetzungen bedarf besonderer Förderung und muss zu anerkannten Ausbildungsabschlüssen führen.
15. **„Zweite Chance“ zum Berufsabschluss:** Junge Menschen, die den Übergang in eine Ausbildung nicht geschafft oder eine Ausbildung abgebrochen haben, müssen eine zweite Chance erhalten. Jungen Menschen ohne Ausbildung sollte die Chance eines Abschlusses aufgrund ihrer Erwerbsarbeit gegeben werden.
16. **Jugendberufshilfebetriebe:** Jugendberufshilfebetriebe sind ein wesentlicher Beitrag zur Qualifizierung benachteiligter Jugendlicher; ihr Ausbau sollte gefördert werden.
17. **Ausländische Jugendliche:** Die berufliche Bildung ausländischer Jugendlicher ist für ihre Integration in den Arbeitsmarkt dringend erforderlich; sie leistet einen wichtigen Beitrag zur sozialen Integration junger Ausländer.

2. 4. Wer tut was? - Ausbildungspolitik vor Ort

- 18. Der Übergang in die Ausbildung als soziale und pädagogische Aufgabe:** Schule und Jugendhilfe müssen den Übergang der Jugendlichen in Ausbildung, Erwerbsarbeit und Beruf als ihre, auch gemeinsame Aufgabe begreifen.
- 19. Intensivierung und Vernetzung der Beratungsangebote:** Bildungs- und Berufsberatung sollten frühzeitiger einsetzen und den Übergang von der Schule in Ausbildung und Arbeit kontinuierlich begleiten. Die Wirksamkeit berufsorientierender Maßnahmen muss durch eine Vernetzung der unterschiedlichen Beratungsangebote verbessert werden.
- 20. Lokale Ausbildungspolitik:** Eine eigenständige kommunale Ausbildungspolitik ist unerlässlich. Die Kommune sollte die Verantwortung für die Koordinierung aller Maßnahmen vor Ort übernehmen. Zur Unterstützung von Maßnahmen der Jugendberufshilfe sind Konzepte alternativer Finanzierung gefragt.

Statement 2

DANIEL DETTLING¹

*Leiter des Arbeitskreises „Zukunft der Arbeitsgesellschaft“
der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG),
wissenschaftlicher Mitarbeiter des Lehrstuhls für
Europäisches Verfassungs- und Sozialrecht der Universität Potsdam*

Die Veränderungen und Entwicklungen, die die Themen „Arbeitsgesellschaft“, „Bildung“ und „Jugend“ in Zukunft radikal anders aussehen lassen, als es bisher der Fall war, kann man unter die Stich- und Schlagworte „Globalisierung“, „Digitalisierung“ und „Individualisierung“ zusammenfassen. Bevor diese Trends und Szenarien beschrieben und die Vision einer neuen Arbeits- und Zivilgesellschaft aufgeworfen werden sollen, ist zu Beginn des 21. Jahrhunderts ein Blick zurück angebracht. Was unterscheidet die jetzige Berliner Republik von der Bonner Arbeitsgesellschaft?²

1. Ein Blick zurück: Die alte Industriegesellschaft

Die Geschichte der Bundesrepublik-West ist für die Zeithistoriker - und nicht nur für sie - eine insgesamt erfolgreiche gewesen. Die glücklichen dreißig bis vierzig Jahre (1969-1989) mit ihren drei Erfolgsgaranten Westintegration, soziale Marktwirtschaft und Demokratie/Europäisierung haben den Deutschen (West) eine historische Ausnahmesituation beschert. Vollbeschäftigung, Wirtschaftswachstum und eine bis dahin längste Friedensperiode in der deutschen Geschichte versöhnten Land und Leute mit Demokratie, Freiheit und Marktwirtschaft und führten zu dem, was man gemeinhin „Modell Deutschland“ oder „Rheinischen Kapitalismus“ nennt.³

Dieses Modell - die alte Bonner Arbeitsgesellschaft - war deshalb so erfolgreich, weil und solange die Gesellschaft im Ganzen wie die persönlichen Biographien der Menschen insgesamt um die Erwerbsarbeit herum organisiert wurden.⁴ Die Erwerbsarbeit war der Anker, an dem Lebensstandard und soziale Sicherheit, Markt- und Sozialeinkommen festgemacht waren. Sie gab der Gesellschaft Struktur und dem Leben der Menschen Thema und Rhythmik.

¹ Der Autor hat im Frühjahr 2000 das Netzwerk junger Wissenschaftler, Journalisten und Berater mit der Bezeichnung „BerlinPolis“ (www.berlinpolis.de) gegründet. Der Arbeitskreis „Zukunft der Arbeitsgesellschaft“ der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen ist im Internet unter www.srzg.de erreichbar.

² vgl. Dettling Daniel: „Deutschland rückt“ - Von der Besitzstands- zur Teilhabegesellschaft, In: Kommune (Zeitschrift für Politik, Ökonomie und Kultur), Heft 5(2000); siehe auch www.oeko-net.de

³ Der Begriff „Rheinischer Kapitalismus“ umschreibt das Wirtschaftsmodell der alten Bundesrepublik. Gemeint ist - hauptsächlich in Abgrenzung zu Wirtschaftsordnungen angelsächsischer oder US-amerikanischer Provenienz - ein System korporatistischer, auf Konsens gerichteter Strukturen, die sich innerhalb eines demokratischen und die freie Marktordnung schützenden Rechtsstaates konstituieren und darauf gerichtet sind, breite Bevölkerungsschichten über einen ausgebauten Sozialstaat am wirtschaftlichen Wohlstand teilhaben zu lassen.

⁴ siehe Dettling, Warnfried: Wirtschaftskummerland, München: Kindler (1999), S. 174 ff.

Die Jugend war Vorbereitung auf den Beruf, das Alter Ausruhen von des Lebens Mühe und Arbeit; „Alterslohn für Lebensfron“ hieß die Gleichung dieses Generationenvertrages. Sozial anerkannt und abgesichert war, wer Erwerbsarbeit oder einen Ehemann mit Erwerbsarbeit hatte. Die männliche berufliche Normalbiographie brachte Sicherheit und Perspektive ins Leben und schuf so auch eine wichtige Grundlage für die andere Art und Weise der sozialen Integration, die bürgerliche Familie.

Dieser ungeschriebene **Gesellschaftsvertrag** lässt sich als Dreisatz der Industriegesellschaft beschreiben:

- Eine prosperierende **Volkswirtschaft** stellt (fast) allen, die danach fragen, einen Erwerbsarbeitsplatz zur Verfügung.
- Ein wachsender (**Sozial-)****Staat** verspricht allen, die nicht (Krankheit), nicht mehr (Alter) oder aus anderen Gründen (Familie) nicht im Erwerbsleben stehen, einen entsprechenden Lebensstandard; er kann dieses Versprechen auch halten.
- Die **Familie** schließlich, dieser äußerst verlässliche informelle, „dritte“ Sektor der Gesellschaft, gibt den Menschen Geborgenheit, Anerkennung und Zugehörigkeit, unabhängig von Leistung oder Versagen.

Die soziale Integration dieser Gesellschaft erfolgte über Erwerbsarbeit, Familie, aber auch durch Politik, durch Verbände und Parteien. **Diese Gesellschaft der sozialen Integration hatte beim Bau ihrer Institutionen, Gesetze und Zukunftsverträge jedoch einiges verschwiegen beziehungsweise bewusst erst gar nicht berücksichtigt:**

Bei der **Rentenreform** (1956) hat man die dritte Säule, nämlich die nachfolgende Generation, die die Renten ja zuallererst erwirtschaften sollten, nicht einfach vergessen, sondern ganz bewusst ignoriert. „*Kinder haben die Leute immer*“, so der damalige Bundeskanzler Konrad Adenauer. Beim **Bundessozialhilfegesetz** (1962) hatte man vor allem Kriegsfolgen und Kriegerwitwen, in jedem Falle marginale Gruppen und kurze Fristen für Hilfen in besonderen Lebenslagen im Blick. Langzeitarbeitslose waren unbekannte Wesen.

Das **Arbeitsförderungsgesetz** schließlich (1969) konnte sich vor dem Hintergrund der Vollbeschäftigung auf Maßnahmen der Förderung von Fortbildung und Umschulung diesseits der Erwerbsarbeit beschränken. Selbst das **Kinder- und Jugendhilfegesetz** (1990) ging noch von einem statischen Bild der Gesellschaft und insbesondere der Jugend aus.

All diese Gesetze setzten eine Normalität voraus, die eine Generation in den vergangenen fünfzig Jahren erlebt hat, eine Normalität, die aber ihrerseits eher die historische Ausnahme als die Regel war. Es war die Ausnahmesituation derer, die zwischen 1930 und 1950 geboren wurden. Dagegen werden die Jüngeren unsicherere Übergänge ins Erwachsenenleben haben: Phasen der Arbeitslosigkeit, oft prekäre Umbrüche, wenn

auch aus ganz anderen Gründen. Waren es früher Kriege, Inflationen und Wirtschaftskrisen, werden es künftig das Ende der Arbeitsgesellschaft und des Wohlfahrtsstaates sein, die Staat und Gesellschaft vor neue Herausforderungen stellen wird.

1. 1. Lost Generation?

Jugend war also in der alten Arbeitsgesellschaft Inbegriff des Fortschritts und einer besseren Zeit. „Was ist eigentlich mit der Jugend los?“, lautet bis heute die beliebte Frage der Shell-Jugendstudien.¹

Die Zeiten, in denen Jugend ein anderes Wort für Zukunft und Hoffnung war, sind scheinbar vorbei. Jugend wird nicht erst seit der deutschen Einheit 1990 vor allem mit negativen gesellschaftlichen Entwicklungen in Verbindung gebracht: (Jugend-) Kriminalität, (Jugend-) Arbeitslosigkeit, Politikverdrossenheit. Die Verantwortlichen in Parteien, Verbänden und Ämtern reagieren entsprechend mit Gegenmaßnahmen und Programmen: „Jugend gegen Gewalt“, „Jugendsoforthilfeprogramm“, „Schnuppermitgliedschaft“. Reaktion und Rhetorik symbolisieren den guten Willen einer Gesellschaft, die Jugend in erster Linie als „Problem“ und „Defizit“ sieht. Der Jugend soll geholfen werden, ist die politische Devise. Doch ist der Jugend noch zu helfen? Oder muss man den Ball nicht zurückspielen - was ist eigentlich mit der Gesellschaft los?

Im Unterschied zu dieser privilegierten Generation ist die Jugend von heute mit Veränderungen konfrontiert, die in massive Krisen führen werden, wenn es nicht rechtzeitig zu Reformen im Bildungswesen, in der Arbeitswelt, in der Familienpolitik, in der Jugendhilfe kommt.

1. 2. Agenda 21: Die demographische Herausforderung

Die **wichtigsten Veränderungen in der Lebensperspektive von Kindern und Jugendlichen** sind:

- die in den vergangenen 30 Jahren dramatisch gestiegene Lebenserwartung,
- der Verlust von orientierenden weltanschaulichen und lebenspraktischen Traditionen,
- die Reduktion der durchschnittlichen Geschwisterzahl; Veränderungen des weiblichen Rollenverständnisses und damit des Verhältnisses zwischen den Geschlechtern,
- eine Bildungs- und Ausbildungsoffensive, die das Gymnasium in manchen Bundesländern schon „fast zur Regelschule gemacht hat“, (Hans Bertram)

¹ zuletzt „Jugend 2000“, 13. Shell-Jugendstudie, Opladen: Leske & Budrich (2000), rund 900 Seiten; siehe hierzu auch Dettling, Daniel: „Generation auf Widerruf“ - Jugend 2000, In: Blätter für Deutsche und Internationale Politik, Frankfurt/Main, Nr. 5/2000, S. 522 ff.

- schließlich die Entstandardisierung - Entkopplung der Bildungs- von der Jugendphase - des traditionellen Lebenslaufes mit den drei fest abgegrenzten Phasen: In der Jugend lernt man. Im Erwachsenenalter arbeitet man(n) und/oder hat Familie. Im Alter ruht man sich aus von den Strapazen und genießt den wohlverdienten Ruhestand.

2. Der flexible Mensch - voll beschäftigt, aber nicht vollbeschäftigt

In einer globalisierten Welt - das ist inzwischen Gemeingut geworden - werden immer weniger Menschen immer mehr erarbeiten. Die Wirtschaft wird nicht mehr allen, die arbeiten wollen, einen Erwerbsarbeitsplatz zur Verfügung stellen können. Das Ende der alten Arbeitsgesellschaft bedeutet hier: Abschied von der Illusion der Vollbeschäftigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, aber auch Abschied von alten Bildungs- und Qualifizierungsoffensiven.

2. 1. Die neue Kulturkritik kommt von „rechts und links“

Eine Angst geht in der Gesellschaft um: *„...hungrige, flexible, arbeitswütige und gewinnsüchtige junge Leute, angestachelt und angeheuert von einer global und deterritorial agierenden Klasse von Kapitalisten scheinen das Modell Deutschland in die Krise (zu) stürzen“.*¹ Als „Solidaritätsflüchtlinge“ befinden sich diese, so die neue Kulturkritik im Lande, bereits auf der „Sezession nach oben“.

Diese Kritik geht jedoch von einem Modernitätsbegriff aus, der meiner Meinung nach heute wenig aussagt, sondern eher in die Irre führt. Dass Normalbiographien nicht mehr mit dem Leben der Erwerbstätigen übereinstimmen, heißt noch lange nicht, dass „die Ökonomie“ daran schuld ist: Wenn das „Normale“ nicht mehr normal ist, muss sich die Norm gewisse Fragen gefallen lassen.

Der flexible Mensch ist zwar voll beschäftigt, aber nicht vollbeschäftigt. Nicht alle flexiblen Menschen sind gleich digitale Kapitalisten. Der neue Kapitalismus hat nicht nur mit Wirtschaft, sondern sehr viel mit Kultur, mit den Wünschen der Menschen und ihren Optionen zu tun.

Übersetzt für die Jugendhilfe bedeutet diese neue Art der Kulturkritik: „Wozu noch Jugendhilfe diskutieren, wenn ihr die Jugend ausgeht?“ „Wozu noch Chancen junger Menschen diskutieren, wenn Ausbildung und Arbeit nicht mehr alles versprechen?“

2. 2. Die Folgen der Entstandardisierung des Lebenslaufes für das Bildungswesen

Jung sein heißt heute, Schüler, Student, Auszubildender sein - und zugleich zu wissen, dass man in der Jugend nicht mehr alles lernen kann, was man für das Leben braucht.

¹ Autor des Zitates: Beck, Ulrich; Quelle: Wochenzeitung „Die Zeit“, Hamburg

Der Einzelne sieht sich zunehmend einer Lebens- und Arbeitswelt gegenüber, die er heute kaum durchschaut und von der er kaum ahnen kann, wie sie in Zukunft aussehen wird. Die Antwort auf die „Verflüssigung“ der Welt kann demnach nur in einer Lernkultur bestehen, die zwei Dinge pflegt: das Lernen von Neuem und das Verlernen von Altem.¹

2. 3. Entstandardisierung und Individualisierung - Perspektiven für die Jugendhilfe

Was bedeuten diese Veränderungen - Globalisierung, Digitalisierung und Flexibilisierung beziehungsweise Individualisierung - für das Thema dieses Workshops?

Jugendhilfe - verstanden als Lernkultur für den Arbeits- und Lebensmarkt von morgen - muss zunehmend berücksichtigen, dass es nicht nur darum geht, Neues zu lernen, sondern auch, Altes zu verlernen. Weiter hat sie zu berücksichtigen, dass der künftige Arbeitsmarkt fordern wird, dass einzelne liebgewonnene und altvertraute Routinen, Gewohnheiten, Beziehungen, gesellschaftliche Formen der jenseits der Arbeitswelt liegenden Lebenswelt verlernt, das heißt aufgegeben werden müssen.

Drittens wird immer offensichtlicher, dass die Entscheidung darüber vom Einzelnen selbst getroffen werden muss. Nur er wird die Kosten und den Nutzen seiner Entscheidung zu tragen haben. Flexibilisierung und Individualisierung bedeuten also in Zukunft verstärkt „individuell verantwortete Freiheit“ - für Verlierer und Gewinner gleichermaßen.

Entstandardisierung heißt vor allem eine partielle Entkoppelung der Bildungs- von der Jugendphase. Wenn das einzig Sichere, was junge Leute heute über ihre Zukunft wissen können, darin besteht, zu wissen, dass es in ihrem Leben vermutlich einmal Brüche geben wird, dass sie immer wieder neu anfangen müssen, dass sie sich nicht wie ihre Väter auf eine männliche berufliche Normalbiographie vorbereiten und verlassen können - vorzugsweise im öffentlichen Dienst oder als Facharbeiter -, dann sollten Staat und Gesellschaft den Anspruch und die Illusion aufgeben, den jungen Leuten alles in der Jugendphase vermitteln zu wollen - und sei es auch durch längere Ausbildungszeiten -, was sie einmal im Leben brauchen werden.

Die Institutionen des Bildungswesens dürfen sich nicht nur darauf konzentrieren, kognitives Wissen zu vermitteln. Sie werden künftig mehr als bisher „Daseinskompetenzen“ (Franz Xaver Kaufmann) vermitteln müssen.

Die wichtigste Folge der Entstandardisierung und Umstrukturierung der Gesellschaft und Arbeitswelt bedeutet für mein Thema - und dies wird gerne tabuisiert und verschwiegen, weil niemand so recht eine Antwort darauf hat: Was machen wir mit jenen, die künftig trotz Bildungs- und Wissensexpansion nicht mehr mitkommen, die buchstäblich aus der Gesellschaft herausfallen?

¹ Kirsch, Guy: Kompetenz für Europa, In: Quen-Report, Berlin: (1999), Heft 60

Die Reform der Hauptschule und der beruflichen Bildung (Stichworte: testierte Bildung, Qualifizierung in Modulen) werden zu einem zentralen bildungspolitischen Postulat.

Die Frage aller Fragen in der neuen Arbeitsgesellschaft heißt aber: Wie ist der zentrale Wert unserer Gesellschaft - Sicherheit als gelebte Solidarität - in Zukunft möglich, wie kann Sicherheit in einer individuell verantworteten Freiheit gestaltet und praktiziert werden?

3. Jugendpolitik für das 21. Jahrhundert - Sicherheit in individuell verantworteter Freiheit (flexicurity)

In Zukunft werden als Folge von Individualisierung und Flexibilisierung Entscheidungen über Gewinne, aber auch Verluste vom einzelnen Jugendlichen selbst getroffen werden müssen. Man kann die viel beschworenen „Werte“ Eigenverantwortung und Selbsthilfe somit als Folge gesellschaftlicher und gewünschter Veränderungen verstehen. Der einzelne junge Mensch wird die Kosten und den Nutzen seiner Entscheidung abzuwägen und zu tragen haben. Flexibilisierung und Individualisierung bedeuten also in Zukunft verstärkt individuell verantwortete Freiheit - für Verlierer wie für Gewinner.

Mit zunehmender Bildungsexpansion wird in der neuen Wissensgesellschaft - und dies wird gerne verschwiegen und tabuisiert - die Selektion derer immer schärfer, die nicht mehr mitkommen. Was kann man tun, damit nicht starke Minderheiten ein ganzes Leben lang als Verlierer durch die Gesellschaft gehen, um schließlich ganz aus der Gesellschaft herauszufallen?

Berufssystem und Eltern werden sich stärker an den Hochqualifizierten orientieren. Die *Hauptschule* droht nicht nur zur Restschule der Verlierer zu werden. Sie ist es bereits in den meisten Fällen. Besonders trifft es Ausländerkinder; fast 44 Prozent verlassen die allgemeinbildende Schule lediglich mit einem Hauptschulabschluss. Das Schulsystem der Bundesrepublik hat sich auf die Einwanderungsgesellschaft bislang nicht eingestellt. Wachsende Sozialkosten durch Unterausbildung sind vorprogrammiert. Die Hauptschule muss in Zukunft die Jugendlichen verstärkt mit Basisqualifikationen ausstatten. Eine Zusammenführung mit der Realschule ist anzustreben, um die längst stattfindende Spaltung der Gesellschaft (Zweidrittelgesellschaft) zu bremsen.

Unter Bedingungen von Komplexität und Ungewissheit sind neue Konventionen gefragt, die beides berücksichtigen: **Chancengleichheit und Individualität**. Ein „Management der Chancengleichheiten“ erfordert vor allem die Förderung der Persönlichkeitsentwicklung von Jugendlichen.

3. 1. Das Management des eigenen Lebens will gelernt sein

Vertiefen und Vernetzen sind die beiden Kernkompetenzen der Arbeitswelt der Zukunft. Sie werden immer häufiger außerhalb des schulischen Unterrichts, in sozia-

len Kontakten, an der ersten Arbeitsstelle oder im Rahmen von individueller Weiterbildung gelernt. Bestes Beispiel sind die Kommunikationsmedien: Hätte man hier allein auf die Innovationskraft der Staatsschule statt auf die aktive Neugier der Jugend gesetzt, könnten erst wenige Schüler E-Mails versenden oder Daten aus dem Netz „fischen“.

In der „Multioptionsgesellschaft“ (Peter Gross) werden die Bedeutung und Anforderung an Jugendpolitik und Bildung wachsen. Die Möglichkeiten von vielen Jugendlichen werden sich zwar erweitern, wenn die sozialen Vorgaben aus Familie, Milieu, Religion an Verbindlichkeit verlieren. Wie aber können Jugendliche aus der Vielfalt der Möglichkeiten subjektiv einen sinnvollen Gebrauch machen? Das Management des eigenen Lebens will gelernt sein.

Die Schullandschaft wird längerfristig auf die Vielfalt der Begabungen, Interessen und Lebensperspektiven mit sehr viel differenzierteren Angeboten reagieren müssen, stärker als das bisherige abgeschottete dreigliedrige Schulsystem. Nicht der Schultyp, sondern das pädagogische Profil der Einzelschule, die mit ihrer lokalen Umwelt vernetzt ist, wird entscheidend sein.¹

Eine neue Schul- und Jugendpolitik braucht einen Sozial- und Bildungsstaat, der Übergänge und Statuspassagen erleichtert und jedem immer wieder neue Chancen eröffnet. Der neue Bildungsstaat ist ein Investorstaat.

Der Bildungspolitik kommt bei der Aufgabe, Sicherheit in unsicheren Zeiten zu schaffen, eine zentrale Bedeutung zu. Die institutionellen und sozialen Rahmenbedingungen werden darüber entscheiden, ob sich der Einzelne lernend sowie verantwortlich der rasanten Gesellschaftsentwicklung stellen kann. Nur dann wird er mit Unsicherheiten und Risiken leben können und jene Freiheit und Chancen ergreifen können, die sich ihm bieten.

3. 2. Für einen neuen Generationenvertrag

Jugend- und Bildungspolitik können auch im 21. Jahrhundert eine positive, aber doch reale Vision entwickeln und fördern: eine Gesellschaft, die ihren wirtschaftlichen Erfolg nicht mit einer sozialen Verwüstung bezahlen muss; eine Gesellschaft, in der Kinder und Jugendliche und Familien leben und gedeihen können, auch in einer digitalisierten und globalisierten Welt.

Die Zukunft von Jugend und Bildung ist auch die Zukunft der Gesellschaft. Es kommt nicht nur auf den einzelnen jungen Mensch an, der einzelne junge Mensch zählt auch wieder mehr, weil sich (Bildungs)Gesellschaft insgesamt rechnet. Nur ein neuer Gene-

¹ ausführlich hierzu Spies, Volker: Die Schule rennt! - Bildung im 21. Jahrhundert, In: Deutschland ruckt - Die junge Republik zwischen Brüssel, Berlin und Budapest, Frankfurt/Main: P.O.D. (2000), Edition Berliner Republik, Band 1

rationenvertrag wird die Legitimität von Politik und Demokratie im 21. Jahrhundert sichern. Eine Legitimität, auf die die Gesellschaft nach wie vor angewiesen ist.

3. 3. Auf die Jugend(hilfe) kommt es an!

Eine Neuorientierung der Jugendhilfe wäre - so gesehen - Teil und Motor eines Paradigmenwechsels in der Sozialpolitik. Bisher war der Sozialstaat vor allem dann aktiv, wenn die Menschen passiv waren (Alter, Krankheit, Arbeitslosigkeit) und dann passiv, wenn die Menschen aktiv waren.

In Zukunft werden Sozialstaat und Jugendhilfe etwas dafür tun müssen, damit Menschen Krisen und Scheitern kreativer bewältigen und immer wieder aktiv werden können. Wenn die Jugend in dem alten Sinne verschwindet und wenn die Menschen in einem anderen Sinne immer jung bleiben - dass sie immer wieder neu anfangen können und müssen -, dann muss sich die Jugendhilfe immer wieder neu „erfinden“.

Diskussion über die Zukunft der Arbeitsgesellschaft

MODERATION: PROF. DR. INGO RICHTER

Direktor des Deutschen Jugendinstitutes (DJI) München

Prof. Dr. Ingo Richter: Wir sind hier und heute zusammengekommen, um über die Praxis zu diskutieren. Wenn ich mir die vergangene Stunde ins Gedächtnis rufe, dann stellen sich mir mehrere Fragen: Stimmen die vermittelten Gesellschaftsbilder von Gegenwart und Zukunft? Kann man sich auf diese verständigen? Oder gibt es Elemente, die eigentlich ganz anders aussehen müssten?

Wie relevant sind diese Vorstellungen von Gegenwart und Zukunft für unser Alltags-handeln? Brauchen wir solche Vorstellungen und sind sie dazu geeignet, unser Alltags-handeln im Hinblick auf Jugendliche zu bestimmen? Dabei unterstelle ich natürlich, dass wir alle das Bedürfnis nach solchen Gesellschaftsbildern haben.

Während dieses Workshops werden konkrete Praxisprobleme im Vordergrund stehen. Vielleicht sollten wir die jetzt kommende Stunde dazu nutzen, um uns in dem versammelten Kreis über die Stimmigkeit und Relevanz solcher gesellschaftspolitischen Vorstellungen auszutauschen. Bitte, Sie haben das Wort.

Henrik von Bothmer, Geschäftsführer der Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit, Jugendaufbauwerk (BAGJAW), Bonn: Ich will kurz auf die Frage eingehen, ob die Gesellschaftsbilder stimmen und ob man sich auf diese verständigen kann. Ich gehe davon aus, dass es eher schlecht wäre, sich auf ein Gesellschaftsbild zu verständigen, weil dann der Streit oder die Debatte ausbleiben würde. Der Streit ist bekanntermaßen der Motor der Veränderungen. Wenn man diese Position vertritt, ist die Frage, ob die Gesellschaftsbilder stimmen, nicht mehr so zentral. Vielmehr ist meines Erachtens die Frage wichtiger, was und wem ein bestimmtes Gesellschaftsbild nutzt, wenn daraus konkrete Handlungsweisen abgeleitet werden.

Ich will versuchen, das an einem Beispiel deutlich zu machen, das an das Statement von Professor Richter anknüpft. Er hat über Arbeit gesprochen sowie über das Parallelsystem zur Arbeit. Ich habe den Eindruck, dass gerade bei der Diskussion über den Begriff „Arbeit“ etwas deutlich wird, was bei Diskussionen auf europäischer Ebene häufig festzustellen ist: Es wird zwar gemeinsam ein Begriff verwendet, hinter dem jedoch ganz verschiedene konkrete Konzepte und Vorstellungen stecken. Deshalb ist es oft so, dass in Debatten wohl wunderbar über das Gleiche geredet wird, ohne aber tatsächlich dasselbe zu meinen.

Wenn wir beschreiben wollen, wo anzusetzen ist, muß der Begriff „Arbeit“ genauer gefasst werden. Wir sollten unterscheiden zwischen Erwerbsarbeit und anderen Tätigkeiten, die zweifellos auch als Arbeit bezeichnet werden können. Wenn darüber geredet wird, dass die Arbeit knapp wird, dann ist damit offensichtlich die Erwerbsarbeit gemeint. Ebenso offensichtlich gilt dieses Knapp-Werden aber nicht für Formen der

Arbeit außerhalb der offiziellen beziehungsweise regulären Erwerbsarbeit. Das sind einerseits die vielfältigen Formen ehrenamtlicher und/oder unbezahlter Arbeit im sozialen Bereich, in Kirchen, Sport und Kultur und nicht zuletzt in der Haus- und Familien- beziehungsweise Rekreationsarbeit, die alle eine Existenzsicherung durch Erwerbsarbeit oder mindestens durch Transfer- oder Versicherungsleistung voraussetzen.

Da sind andererseits aber auch die vielen Formen gesellschaftlich nicht anerkannter oder gar negativ sanktionierter Arbeit, die dennoch sehr wohl dem Erwerb beziehungsweise der Existenzsicherung dienen. Die Arbeit einer Prostituierten ist im Sinne der Sozialversicherung bisher zumindest keine Erwerbsarbeit; aber ist diese Tätigkeit deswegen keine Arbeit? Die Arbeit eines gewohnheitsmäßigen Marihuana-Dealers wird strafrechtlich verfolgt und ist damit keine legalisierte Erwerbsarbeit; aber ist sie deswegen keine Arbeit, dient sie nicht dem Erwerb?

Mit diesen vielleicht etwas provokanten Beispielen will ich deutlich machen, dass wir uns den Begriffen von Existenzsicherung, Arbeit, Erwerbsarbeit und darüber hinaus gesellschaftlicher Integration und sozialer Bestätigung - auch materiell - künftig etwas vielfältiger zuwenden müssen.

Das hat meines Erachtens auch Konsequenzen für die Jugendhilfe. Wir müssen wahrnehmen, dass Jugendliche in sehr vielen Bereichen etwas tun, auch wenn sie von Erwerbsarbeit ausgeschlossen sind. Das gilt sowohl für den Bereich gesellschaftlich anerkannter Tätigkeiten als auch eben oft für halblegale, sogar für illegale oder doch zumindest für unerwünschte Tätigkeiten. Insbesondere bei letzteren kommt es meines Erachtens darauf an, nicht nur kriminelles oder deviantes Verhalten zu sehen, sondern gleichzeitig und vor allem auch die Kompetenzen zu erkennen und wahrzunehmen, die für das Ausführen solcher „Arbeit“ notwendig sind. Diese Kompetenzen gilt es aufzugreifen und gegebenenfalls „umzupolen“, um daraus Stärken zu machen, die sowohl für einen besseren Zugang zur Erwerbsarbeit als auch für einen besseren Umgang mit Zeiten ohne Erwerbsarbeit zu nutzen sind.

Wenn wir also von einem Gesellschaftsbild ausgehen, das benachteiligte junge Menschen als solche wahrnimmt beziehungsweise beschreibt, die vor allem durch Defizite in Verhalten, Bildung und praktischen Fähigkeiten gekennzeichnet sind, werden wir mit viel Mühe und nur allzuoft ohne die eigene Motivation der Betroffenen versuchen, kompensatorisch zu wirken, in der vagen Hoffnung, diesen jungen Menschen damit eine Chance in der zukünftigen (Erwerbs-) Arbeitsgesellschaft zu eröffnen.

Wenn wir stattdessen lernen, vor allem die Stärken, Potenziale und Kompetenzen wahrzunehmen, über die auch benachteiligte Menschen zweifellos verfügen, wenn wir lernen, daran anzuknüpfen und sie zu fördern - auch wenn unser eigenes Gesellschaftsbild diese zunächst kaum als Stärken oder Kompetenzen bewerten lassen würde - haben wir eine sehr viel größere Chance, die Motivation, das Selbstvertrauen und die Eigenaktivität der jungen Menschen zu entwickeln und zu fördern. Damit haben wir ihnen zwar noch keine Zukunft in der kommenden Arbeitsgesellschaft gegeben, aber sie haben eine sehr viel bessere Ausgangsposition dafür, sich selbst eine Zukunft zu schaffen.

Prof. Dr. Ingo Richter: Vielen Dank. Wer möchte die Gedanken direkt weiterführen, ergänzen oder dem widersprechen? Bitte.

Richard Isselhorst, Leiter des Jugendamtes der Landeshauptstadt Düsseldorf: Bezogen auf meine Erwerbsarbeit beziehungsweise meine Berufsarbeit halte ich die Definitionsversuche bei sich verändernden gesellschaftlichen Bedingungen für zu abgehoben und zu abstrakt. Dieses kreative Scheitern, worüber Herr Dettling referiert hat, mag ja ganz interessant sein für junge Leute, die mit einer entsprechenden Ausstattung von Bildung auch immer wieder neu einsteigen können.

Meine Praxiserfahrung besagt, dass junge Menschen mit weniger guten Bildungsgrundlagen - und diese kommen in der Regel aus sozial randständigen Familien - die notwendige Lernfähigkeit zumindest zur Zeit nicht haben. In meiner Verantwortung kann und will ich nicht darauf bauen, bis Schule gelernt hat, diese jungen Menschen so ganzheitlich zu unterrichten und zu schulen, wie Herr Dettling es gefordert hat. Das ist für mich zu theoretisch und vom Leben zu weit weg.

Für mich ist es ausschlaggebend, sagen zu können, dass im Erwachsenenleben jeder Mensch eine dreifache Chance haben muss; er muss in erster Linie die Chance haben, in einigermaßen stabilen sozialen Beziehungen zu leben; er muss die Chance haben, für dieses Leben über ein auskömmliches Einkommen zu verfügen, welches er in der Regel nur über die Erwerbsarbeit bekommen kann; und er muss drittens die Chance haben, die Verantwortung für sein Handeln damit dann auch zu tragen. Dazu gehört, dass er eben nicht auf eine bei dem 25. Lebensjahr ansetzende Grundrente angewiesen sein darf, zumal wir gerade in den vergangenen Jahren gelernt haben, dass an dieser Stelle bei jeder neuen Sparwelle am ehesten der Rotstift angesetzt wird und damit keinerlei Sicherheiten garantiert werden.

Wenn man ein Leben in gesicherten sozialen Beziehungen will, muss man in irgendeiner Form die Möglichkeiten für ein gesichertes Einkommen schaffen, was nur über Erwerbsarbeit möglich ist. Dafür suchen wir in der Jugendsozialarbeit eine Basis für jene Menschen, die es eben nicht von vornherein gelernt haben, kreativ zu scheitern.

Prof. Dr. Ingo Richter: Danke, Herr Isselhorst. Ihre Argumentation klingt plausibel. Wird sie von allen Diskussionspartnern geteilt?

Hermann Jung, Leiter der Abteilung Berufsberatung des Arbeitsamtes der Stadt Köln: Die Diskussion geht meines Erachtens zu stark vom Denken und der sozialen Erfahrung der alten, also unserer Generation aus. Wir haben nach dem 2. Weltkrieg die Erfahrung eines stabilen Sozialsystems gemacht, das finanziell und gesellschaftlich auf Erwerbsarbeit gegründet ist.

Jetzt ist die Eingliederung der Bedürftigen der nachwachsenden Generation unser Thema. Dabei übersehen wir leicht oder setzen uns zuwenig damit auseinander, dass sich unser Zielsystem ändert und seine Grundvoraussetzung - Erwerbsarbeit - nicht in dem Maße wie bisher für die Zukunft als wesentliche Basis unumstößlich feststeht.

Wir wissen nicht, „was mit der heutigen Jugend los ist“. (jedenfalls mit den Problemgruppen unseres Themas), warum sie die bewährten Angebote der Gesellschaft nicht funktional nutzt. Wir wissen aber auch nicht, wie das System in Zukunft funktionieren wird, in das hinein wir integrieren wollen.

Diese gewisse Hilflosigkeit zeigt sich in Folgendem: Wir haben, stärker im Bereich der Bundesanstalt für Arbeit als in der Jugendhilfe, ein entwickeltes Maßnahme-System für diese Zielgruppen. Aber es reicht nicht aus. Die Gründe dafür werden überwiegend in vorübergehenden Störungen auf dem Arbeitsmarkt gesehen. Dagegen greift die Politik mit Nachbesserungsprogrammen zur Behebung der Störungen ein. Wenn es sich aber herausstellen sollte, dass es sich nicht nur um vorübergehende Störungen handelt, dann müssen wir uns fragen, ob Politik und Jugendarbeit nicht die bisherigen Erfahrungs- und Denkschablonen überwinden müssen.

Prof. Dr. Ingo Richter: Danke. Herr Henkel hat um das Wort gebeten. Bitte.

Joachim Henkel, Leiter des Jugendamtes der Stadt Köln: Ich möchte dem Gesagten nicht widersprechen, sondern vielmehr ergänzen, wobei meine Aussagen auf einer Analyse des Kölner Arbeitsmarktes basieren.

Noch nie zuvor waren so viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in bezahlter Arbeit. Trotzdem gibt es noch viele Arbeitssuchende beziehungsweise Arbeitslose, da dauerhaft für eine Familie meist ein Einkommen nicht ausreicht. Die Art der Arbeit hat sich ebenfalls gewaltig verändert; die Industriebetriebe bauen weiterhin ihre Arbeitskapazitäten ab, die Dienstleistungsbereiche wachsen und haben zum Teil noch Arbeitskräftebedarf. Wenn ich beispielsweise zu unseren Nachbarn in die Niederlande schaue, dann ist dort der Dienstleistungsbereich erheblich besser organisiert und gegenüber unserem flexibler und häufig preiswerter.

Weitere Bedeutung für den Arbeitsmarkt und für die Entwicklung einer Stadt hat auch die Armuts- und Reichtumsentwicklung. Die Kommune und die Arbeitsverwaltung - wünschenswert wären auch vermehrt die Arbeitgeber - sollten sich gemeinsam darum kümmern, dass Rahmenbedingungen geschaffen werden, um die Produktivität zu erhöhen und mehr Arbeitsplätze entstehen zu lassen. Andererseits ist auch zu berücksichtigen, dass die Reichen ihr Kapital dort investieren, wo gute Gewinnerwartungen bestehen. Auch dafür sind meines Erachtens die entsprechenden Anreize zu schaffen.

Die Bevölkerungszahl Kölns wächst weiter; die Stadt wird internationaler. Um auch den Nichtfachleuten den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern, sind Fortbildungs- und Umschulungsangebote für die jeweiligen Zielgruppen erforderlich.

Prof. Dr. Ingo Richter: Wer möchte direkt an die Gedanken von Herrn Henkel anknüpfen? Herr Altschuler bittet ums Wort...

Poul Altschuler, Geschäftsführer des Den Sociale Udviklingsfond, Aarhus, Dänemark: Ich möchte auf einige Aspekte näher eingehen. In Dänemark gibt es heute die

paradoxe Situation, dass die Ausbildung an den Universitäten und anderen höheren Bildungseinrichtungen verändert wurde, damit diese effizienter wird. Früher, in den 60er und 70er Jahren, gab es viel mehr Zeit für den Erwerb sozialer Fähigkeiten; die Studenten hatten mehr Zeit für das menschliche Miteinander, für Kontakt zueinander. Dies spielte eine weitaus größere Rolle.

Heutzutage wird immer mehr Wert auf die Effizienz gelegt. Die Zeit der Ausbildung ist um etwa ein Jahr verkürzt worden und die Ausbildung verlangt eine Menge Selbstdisziplin - und das, obwohl sich die Gesellschaft in einer Situation befindet, in der soziale Kompetenzen und menschliche Beziehungen besonders wichtig sind, in der es besonders darauf ankommt, soziales Verhalten zu erlernen.

In Dänemark findet darüber zur Zeit eine große Debatte statt. Viele Jugendliche gehen nach dem Gymnasium erst einmal auf Weltreise, andere engagieren sich im kulturellen Bereich oder jobben für ein oder zwei Jahre, bevor sie ein Studium beginnen. Ich finde es sehr wichtig, dass sie eine solche lebensnahe Erfahrung machen. Das dänische Erziehungsministerium ist jedoch der Meinung, die Jugendlichen müssten direkt nach der Schule das Studium beginnen. Von der Regierung ausgehend wird die Konkurrenzsituation gefördert und gleichzeitig das soziale Lernen reduziert. Das finde ich sehr schlecht. Ich weiß nicht, ob es in Deutschland ähnliche Erfahrungen gibt...

Prof. Dr. Ingo Richter: Ich möchte dazu gern etwas nachfragen. Sie haben einerseits hervorgehoben, dass der Verlust, in den Bildungsinstitutionen soziale Kompetenzen zu erwerben, damit zusammenhängt, dass diese effektiver geworden sind. Das war Ihr Eingangsstatement. Vielleicht habe ich es auch nicht richtig verstanden. Ich frage, ob die Anforderungen an Bildung so gewachsen sind und dass das der Grund dafür ist, dass die Institutionen die Zeit zum Erwerb von Sozialkompetenzen nicht mehr haben.

Andererseits hat Herr Altschuler darauf aufmerksam gemacht, dass diese Sozialkompetenzen nun außerhalb der Bildungsinstitutionen erworben werden, zum Beispiel durch Reisen, jobben und anderes, und dass die Regierung wiederum versucht, die Aneignung von Sozialkompetenzen im Bildungssystem zu verstärken. Ich habe nicht so recht verstanden, worin der Inhalt des Regierungsprogramms besteht. Vielleicht können Sie noch einmal darauf eingehen...

Poul Altschuler: Da bin ich ein wenig missverstanden worden. Die Ausbildung an Hochschulen in Fächern wie Medizin und Ingenieurwesen wurde zum Beispiel von sieben auf sechs Jahre verkürzt. Das geht zu Lasten des Erwerbs sozialer Kompetenzen. Es wird auch versucht, die Jugendlichen dahin zu bringen, dass sie direkt nach der Schule mit dem Studium beginnen, anstatt zuvor noch etwas anderes auszuprobieren. Die Generation, die im Augenblick heranwächst, ist zahlenmäßig nicht sehr stark. Deshalb ist es schon verständlich, warum das gemacht wird: Man muss die Jugendlichen durch das Erziehungssystem schleusen und möglichst bald in die reale Welt entsenden. Aber ich befürchte, dass sie dadurch sehr egoistisch werden und damit sehr konkurrenzorientierte Menschen für den Arbeitsmarkt herangebildet werden.

Daniel Dettling, *Leiter des Arbeitskreises „Zukunft der Arbeitsgesellschaft“ der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG), wissenschaftlicher Mitarbeiter des Lehrstuhls für Europäisches Verfassungs- und Sozialrecht an der Universität Potsdam*: Dänemark hat in diesem Jahr den Preis von der Carl-Bertelsmann-Stiftung für berufliche Bildung bekommen. Ich glaube, dass ist ein sehr gutes Beispiel dafür, wie man Schule, Bildung und berufliche Weiterbildung kombinieren kann.

Soviel ich weiß, ist in Dänemark die Schule nicht nur für die primäre Bildung zuständig, sondern in den entsprechenden Modellregionen auch für die Vermittlung junger Menschen in den ersten und zweiten Arbeitsmarkt. So kümmert sich die dänische Gesellschaft direkt nach der Ausbildung um die Weiterqualifizierung und Integration in den Arbeitsmarkt, nicht erst zwei oder drei Jahre später wie in Deutschland. Es ist schon sehr eigenartig, dass in Deutschland Programme nur für Arbeitslose oder Sozialhilfeempfänger angeboten werden, wenn sie eine entsprechende Zeit völlig draußen waren.

Es gibt demzufolge Projekte oder Programme, in welche junge Menschen gar nicht hineinkommen, weil sie noch nicht lange genug arbeitslos waren. Ich glaube, das ist eines der Hauptprobleme der deutschen Arbeitsmarktpolitik. In der Familienpolitik ist das ähnlich, denn bisher hat jede Regierung das Vorhaben zunichte gemacht, den Erziehungsurlaub zur Betreuung von Kindern zu erweitern. Ich glaube, es liegt nicht im Interesse eines Staates, dass Bürger dafür subventioniert werden, die nichts tun. Vielmehr müssen die Menschen wieder direkt in irgendeine Form der Beschäftigung - auch außerhalb der traditionellen Erwerbsarbeit - vermittelt werden. Das wird aber nur dann möglich sein, wenn bestimmte Instrumente, beispielsweise die Arbeitslosen- und Sozialhilfe, zusammengelegt werden und den betroffenen Bürgern mehr Wahl-, Experimentier- und auch Finanzierungsfreiheit ihrer „Maßnahmen“ zugestanden und auch zugemutet werden.

Doch auf der „Angebotsseite“ der Arbeitsmarktpolitik haben wir ein Kartell von öffentlich-rechtlichen oder teil-etatistischen Trägern, die sich ihre Zuwendungen über „Erfolgsberichte“ verdienen. Dieses Kartell aufzubrechen und den einzelnen Arbeitslosen und Betroffenen wieder mehr Mittel und Mitsprache zu übertragen, wird die große Herausforderung für den künftigen Sozialstaat.

Die Aussage in meinem Statement bestand nicht darin, dass wir jetzt alles verlernen sollen. Im Gegenteil: Es wird vieles davon abhängen, den alten Fächerkanon und das kognitive Wissen mit dem zu verbinden, was die Bildungsforscher „Kreatives Scheitern“ nennen. Das wird in dem alten 45-Minuten-Rhythmus mit einem Lehrer, der alles vorgibt, nicht mehr zu erreichen sein. Wenn wir ehrlich sind, müssen wir zugeben, dass die jungen Menschen heute das Meiste jenseits von Schule und Elternhaus lernen.

Noch ein Gedanke zum Lernen und zum Statement von Herrn Isselhorst: Ich denke, es ist wichtig, dass wir in den Schulen nicht nur Lehrer haben, sondern auch sogenannte Zweitlehrer (assistent teachers). Überlegenswert wäre es auch, vor allem in den Hauptschulen von Lehrern eine Zusatzausbildung als Sozialarbeiter zu fordern, sie dann aber

auch wesentlich besser zu bezahlen. Will man in Deutschland einen assistant teacher einführen, stößt man schnell auf arbeitsrechtliche Probleme. Man müsste sie untertarifvertraglich bezahlen beziehungsweise auf Zeit anstellen.

Ich denke, wir sind in dieser Runde gar nicht so weit auseinander. Aber die Chancen und die Lebenspolitik wirklich zu organisieren, darin sehe ich das Problem. Viel zu lange schon wird mit den tradierten Maßnahmen und Programmen der alten Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik hantiert. Man kann wirklich froh sein, dass die jetzige Bundesregierung kein Geld hat, weil sich ohnehin nichts zum Positiven verändern wird. Man könnte noch so viel Geld in das real existierende Bildungssystem hineingeben, es würde sich meines Erachtens nicht viel bewegen. Wir haben in Deutschland kein finanzielles Problem, sondern ein strukturelles beziehungsweise ein kulturelles mentales, wenn ich an die geistige Situation in diesem Land denke.

Reinhard Mach, 1. Beigeordneter im Landkreis Ludwigslust, Mecklenburg-Vorpommern: Ich möchte hervorheben, dass ich die zum Teil kontroverse Diskussion gut und richtig finde, weil es im Vorfeld der drei stattfindenden Foren wichtig zu wissen ist, wo jeder Teilnehmer dieses Workshops steht.

Ganz kurz möchte ich Tatsachen aus der Praxis der Region reflektieren, aus der ich komme. In Mecklenburg-Vorpommern verlieren die Großstädte Einwohner. Die Landeshauptstadt wird wohl bald keine Großstadt mehr sein. Wenn hier von Randgruppen gesprochen wurde und damit wohl Benachteiligte gemeint sind, so wären das in den neuen Bundesländern 30 bis 40 Prozent der Schulabgänger. Dann kann man doch nicht mehr von einer Randgruppe sprechen. Es gibt eine erhebliche Perspektivlosigkeit und erhebliche Motivationsprobleme.

Es wurde von Phasen gesprochen, die heil überstanden werden müssen. Für die jungen Leute, über die ich gerade spreche, ist es die erste Phase nach der Schule, die heil überstanden werden muss. Welche Perspektive hat denn ein Hauptschüler? Welche berufliche und Lebensperspektive können wir ihm denn heute bieten? Das ist die Frage, die wir uns in der Jugendhilfe stellen. Dass es im Bildungsbereich Probleme gibt, will ich gar nicht beschönigen. Im Landkreis Ludwigslust wurde auf Initiative der Jugendhilfe durch schulbezogene Sozialarbeit zur Überwindung der Probleme der ersten Schwelle allerhand getan. Aber ich denke, wir wollen heute und morgen erörtern, worin gerade die Aufgaben der Jugendhilfe bestehen. Ich würde mich nicht dafür erwärmen können, dass Jugendhilfe Schule reformieren sollte. Das kann nicht funktionieren.

Ich halte es für wichtig, vor allem danach zu schauen, wo Jugendhilfe einen Beitrag dazu leisten kann, jungen Leuten Lebensperspektiven zu bieten. Eine Frage, die mir von jungen Leuten, die für sich wenig Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt sehen, häufig gestellt wird, lautet: Haben wir die Freiheit gegen eine gewisse Sicherheit der Lebensperspektive eingetauscht?

Für viele junge Menschen im Landkreis ist es schlimm, dass sie von ihren Eltern im Übergang von Schule in Ausbildung und von Ausbildung in Arbeit zu wenig Unter-

stützung bekommen. Die Eltern haben in der eigenen Biographie Negativerfahrungen auf dem Weg in die Arbeitswelt nicht machen müssen und können sich somit nur schwer in die Situation ihrer Kinder hineinversetzen und diese verständnisvoll beraten.

Hinzu kommt, dass die Veränderungsprozesse in der Arbeitswelt in den neuen Bundesländern während der vergangenen Jahre viele Familien erheblich belastet haben. 75 bis 80 Prozent der Berufstätigen haben zum Teil gravierende berufliche Veränderungen durchlebt und eine hohe Flexibilität bewiesen, wodurch der Zeitfonds für Familien erheblich belastet wurde. Jugendliche, die sich diese Flexibilität zu eigen gemacht haben, wandern nach wie vor in die alten Bundesländer ab, insbesondere junge Frauen. Weniger flexible Jugendliche mit teilweise geringer Qualifikation laufen Gefahr, aufgrund der Negativerfahrungen beim Einstieg in die Arbeitswelt dauerhaft von Sozialleistungen abhängig zu werden.

Frank Braun, Leiter des Forschungsschwerpunktes „Übergänge in Arbeit“ im Deutschen Jugendinstitut (DJI), München: Wir alle wissen, dass das Konzept von männlicher lebenslanger Erwerbsarbeit nicht mehr stimmt. Beispielsweise gibt es bei den Qualifikationen für die Berufsarbeit eine Tendenz zu schneller wechselnden Anforderungen. Vor allem für Frauen gibt es einen schnelleren Wechsel zwischen unterschiedlichen Formen von Arbeit. Ob Männer dem langfristig entgegen gehen können, wissen wir noch nicht. Eine weitere Veränderung besteht darin, dass die Erwartung, es ginge bei der Arbeit geradlinig aufwärts oder vorwärts, nicht mehr trägt. Es gibt bereits heute vielfältige Brüche.

Aufgrund der geschilderten Lage wird sich die junge Generation verstärkt auf diese Veränderungen einstellen müssen. Daraus ergeben sich meines Erachtens zwei Fragen: Auf der Ebene der Individuen haben wir die Annahme, dass junge Menschen mit Wechsel ganz anders umgehen müssen als die ältere Generation. Von wem können sie das lernen? Manche können lernen, flexibel mit der Welt umzugehen, indem sie nach der Schule ein Jahr lang durch die Welt reisen oder Praktika in verschiedenen Ländern machen. Andere wiederum haben von ihren Bildungsvoraussetzungen und von ihren sozialen Ressourcen her relativ ungünstige Chancen, sich auf diese neuen Anforderungen vorzubereiten.

Wir müssen uns fragen: Wie kann die zuletzt genannte Gruppe lernen, was sie auf jeden Fall auch brauchen wird? Denn der Zwang zum Wechsel ist auch bei diesen jungen Leuten vorhanden. Das bedingt die zweite Frage: Wie müssen sich die Institutionen, in denen man lernt, verändern, damit junge Menschen das lernen können? Damit bin ich gar nicht bei der Frage, ob die Jugendhilfe die Schule reformieren will oder nicht, das kann oder soll. Diese von mir genannten Fragen bilden sozusagen die Brücke von der allgemeinen Diskussion über die Zukunft der Arbeit beziehungsweise der Gesellschaft zu den konkreten, von allen Institutionen zu lösenden Problemen.

Joachim Henkel: Auf die veränderten Bedingungen am Arbeitsmarkt möchte ich hinweisen. Für die Mehrheit gibt es weiterhin einen beruflichen Werdegang, sich über die

Ausbildung zu spezialisieren und den Arbeitsplatzzugang zu finden. Daneben gibt es individuelle, spektakuläre Karrieren von jungen Leuten, zum Beispiel in der Telekommunikationsbranche, die sich selbständig machen und in wenigen Jahren bereits Millionen DM verdienen.

Zu der wirtschaftlichen Entwicklung möchte ich ergänzen, dass bei den langansässigen Großbetrieben der Rationalisierungswille weiterhin besteht, dass aber dieser Arbeitsplatzabbau zum Beispiel durch die Medienbranche, den Ausbau des Zugverkehrs, der Bahnhöfe, durch die Ausweitung des Flugverkehrs und der Häfen aufgefangen wird. Jeder 7. Arbeitnehmer arbeitet in Köln inzwischen in der Medienbranche.

Mehr Bewegung auf dem Arbeitsmarkt kann auch durch das steigende Kapitalvermögen eines Teils der Bürger entstehen, allerdings nur dann, wenn sie auch bereit sind, in der Region zu investieren. Oder anders ausgedrückt: Es wird investiert, wenn die Rahmenbedingungen stimmen.

Dr. Sven-Olaf Obst, *Leiter des Referates Allgemeine und Grundsatzangelegenheiten der Kinder- und Jugendpolitik im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin*: Ich will an und für sich kein gesellschaftspolitisches Statement halten. Ich bin mir auch nicht sicher, ob und inwieweit wir gegenwärtig verbindliche Antworten finden können, zu dem, was im Hinblick auf den strukturellen Wandel der Arbeitsgesellschaft auf uns zukommen wird. Jeder hat vielleicht eine dunkle Ahnung. Aber das bewegt sich alles mehr oder weniger im Blackbox-Bereich.

Mich würde jetzt ein Aspekt aus dem Vortrag von Herrn Dettling sehr interessieren, weil ich meine, einen Widerspruch gefunden zu haben. Ich abstrahiere es einmal auf die Rolle des Staates, die nach gängigem Verständnis eine begleitende, helfende, vielleicht auch eine unterstützende Rolle ist. Nun steht diese Rolle des Staates nach den thesenhaft vorgetragenen Argumenten Herrn Dettlings ebenso zur Disposition wie das Verhältnis des Einzelnen zur Arbeitswelt. Herr Dettling hat als Beispiel das KJHG erwähnt und dieses als idealtypisches Gesetz im Hinblick auf ein überholtes Staatsverständnis einer bestimmten Generation - nämlich der 68er - apostrophiert. Gleichzeitig wurde von ihm gefordert, dass der Sozialstaat nicht aktiver werden sollte, wenn jemand passiv ist, sondern der Staat sollte aktiv werden, wenn jemand aktiv ist.

Ich komme mit dem, was Herr Dettling will, nicht ganz zurecht. Soll der Staat auch künftig aktiv mitgestaltend wirken, gegebenenfalls in modifizierter Form? Oder soll er sich aus der Sozialpolitik weitgehend zurückziehen und das Handeln privater Initiative überlassen? Hierbei sehe ich einen Widerspruch, der aufgeklärt werden sollte, weil das meines Erachtens für den Verlauf der Diskussion und des Workshops insgesamt wichtig ist.

Dr. Rolf-Peter Löhr, *Geschäftsführer des Vereins für Kommunalwissenschaften e. V., Berlin*: Zunächst möchte ich etwas zur Globalisierung sagen. Herr Dettling hatte drei Stichworte dazu genannt. Ich meine schon, dass wir uns über das Gesellschaftsbild ein wenig unterhalten sollen, weil ich glaube, dass davon schon einiges dafür ab-

hängt, was wir konkret praktisch machen. Das halte ich keineswegs für eine theoretische Diskussion, sondern für eine Erörterung, die die Grundlage für die praktische Arbeit bildet.

Globalisierung - das ist eine Banalität - schafft Gewinner und Verlierer. Herr Henkel beispielsweise hatte in seinem Beitrag sehr stark auf die Gewinner abgestellt. Meines Erachtens sind diese nicht das Problem, mit dem wir uns beschäftigen müssen. Das Problem ist, wer nicht so ohne weiteres Gewinner ist, und ob diese jungen Leute unbedingt Verlierer sein müssen. Die Antworten darauf sind das Wichtigste.

Deshalb möchte ich mich auf die Tagung des DJI und des BMFSFJ zum Start des Programms „Entwicklung und Chancen junger Menschen (E & C) während der vergangenen Woche in Berlin beziehen, die Herr Richter bereits erwähnt hatte. Während dieser Veranstaltung hatte ein Mitarbeiter des Deutschen Jugendinstitutes darauf hingewiesen, dass in der Wachstumsbranche Informationstechnologie eine ganze Reihe neuer Arbeitsfelder und neuer Arbeitsplätze entstehen, die nicht die hochbezahlten sind und nicht die mit der sehr komplizierten Ausbildung, sondern die, bei denen es um die Anwendung der Informationstechnologie geht. Junge Leute, die so etwas können, sind häufig nicht diejenigen, die eine Super-Schulausbildung haben, denn das, was sie in der Schule lernen sollten, hatte sie nicht interessiert. Aber informationstechnische Dinge fallen offensichtlich vielen dieser jungen Leute leicht. Deshalb frage ich: Wie kann oder sollte man solche jungen Leute fördern? In diesem Sektor gibt es bis heute keine Berufsbilder und keine Berufsausbildung im bisherigen Sinn. Das heißt: Hier müssen wir ansetzen, dass wir solche Potenziale nutzbringend ausschöpfen können, die gerade bei den - auf den ersten Blick - Verlierern der Globalisierung und der Bildungsintensivierung vorhanden sind. Das erscheint mir bei dem Problem der Förderung zunehmend wichtig zu sein.

Der Anspruch wächst, dass wir in unserer Generation der 50jährigen künftig stärker nachfragen müssen. Es reicht nicht mehr, von unserem Vorverständnis auszugehen und lediglich die Fragen zu beantworten, was bisher immer gemacht wurde und was man bisher für richtig hielt. Uns geht es wohl heute allen so wie vor zehn Jahren Hunderttausenden DDR-Bürgern. Wir müssten im Grunde sagen, unsere Biographie ist „Schrott“ für das, was heutzutage gefordert wird. Auch wir müssen uns umstellen; wir werden bloß nicht dazu gezwungen wie die jungen Leute. Und das macht die Sache so schwierig.

Aber das ist der Punkt, über den wir hier diskutieren müssen. Ist das, was wir machen, richtig und zweckmäßig, dass wir die Jugendlichen, die Schwierigkeiten mit der Schule haben, die nicht lernen wollten, weil es ihrer Lebenswelt und ihren Erfahrungen nicht entsprach, dass wir sie weiter auf Schulen schicken, weil das der früher doch auch bewährte Ansatz war? Aber das bringt den jungen Leuten nichts. Sie lernen dort genauso wenig wie in der Schule vorher. Es müssen andere Zugänge und Wege gefunden werden, wobei wir das gar nicht wissen können. Das müssen wir die Jugendlichen fragen. Das ist auch der Grund, weswegen wir mit Herrn Dettling einen Repräsentanten der jungen Generation eingeladen haben.

Wir müssen darüber diskutieren, ob die existierenden, aus einer Vergangenheit mit anderen Rahmenbedingungen und anderen Problemen stammenden Instrumente noch stimmen. Ist es richtig, diese überhaupt effektivieren zu wollen, das heißt, immer noch mehr von dem zu fordern, was bisher gut und teuer war. Dies war zweifellos einmal gut, ist es vielleicht gar nicht mehr; es scheint bloß noch teuer zu sein. Das möchte ich hier zur Diskussion stellen.

Daniel Dettling: Ich möchte mich direkt auf Herrn Dr. Löhr beziehen. Ich glaube, es ist unheimlich wichtig, die Jugendlichen zu fragen. Es darf nicht mehr sein, dass immer wieder die klassischen Konfrontalstellungen - hier der betroffene und entmündigte Schüler, dort der richtungsweisende Lehrer oder „Jugendhelfer“ - aufgebaut werden zwischen Arbeitsamt und Jugendlichen oder Lehrern und Jugendlichen. Jugendliche Schüler fühlen sich bevormundet oder entmündigt, wenn sie ein Programm vorgesetzt bekommen. Das können sie entweder annehmen oder sie lassen es bleiben.

Wichtig ist es, neue Strukturen zu schaffen und dass wir uns von einem Bild der Homogenität verabschieden, auch von einem Bild der durchnormierten Gesellschaft, die Herr Henkel teilweise skizziert hat. Es kommt meines Erachtens nicht darauf an, was der Durchschnitt verdient und wie es dem Durchschnitt geht, sondern es kommt darauf an, wie viele Leute gewisse Dinge und Maßnahmen empfinden.

Woran liegt es, dass immer weniger junge Menschen etwas von der Politik erwarten? Vielleicht fehlt es an einer neuen Nachfrageorientierung. Die Hans-Böckler-Stiftung hat dazu einiges geschrieben. Warum nicht den Jugendlichen oder Schülern ein Bildungskonto geben, ein Darlehen, mit denen sie nach Belieben verfügen können und mit 16 oder 17 Jahren vielleicht auch für ein Jahr in die USA oder nach Jamaika fliegen können. Wenn die Jungen ihre Entscheidung begründen können, warum sie beispielsweise für ein Jahr wegfahren wollen, dann sollen sie das auch tun dürfen. Der Staat kann das bezahlen.

Herr Dr. Obst, der Staat ist hier nicht aus der Verantwortung entlassen. Der Staat ist aber nicht nur dazu da, Arbeitsmaßnahmen zu bezahlen und irgendwelche anderen Qualifizierungsmaßnahmen. Der Staat ist auch dazu da, dass es den Leuten sozial gut geht. Das ist kein materielles Problem, Herr Henkel. Es geht jedem deutschen Sozialhilfeempfänger besser als den Bürgern in Polen oder vielen Menschen in den USA. Und trotzdem regen sich die US-Amerikaner nicht in der Form auf, weil der Begriff „working poor“ ein typisch deutsches Schlagwort ist. „Working poor“ sind vielmehr die Leute, die nichts verändern wollen - also auch Ministerialbeamte oder Politiker, die den Status Quo zulasten künftiger Generationen und jetziger Arbeitsloser verwalten und verteidigen.

Es kommt künftig mehr denn je darauf an, Nachfrage zu stimulieren, zu finanzieren und den jungen Leuten Guthaben in die Hand zu geben, möglichst von Geburt an. Herr Isselhorst hatte das Problem der Altersarmut angesprochen. Darauf möchte ich antworten: Wenn ein junger Mensch mit 25 Jahren eine private Rentenversicherung abschließt, monatlich über 40 Jahre hinweg 100 DM einzahlt, dann bekommt dieser mit

60 oder 65 Jahren 2.700 oder 2.800 DM monatlich ausgezahlt. Das ist wesentlich mehr als das, was die rot-grüne Bundesregierung als Grundsicherung vorschlägt. Jeden Monat 100 DM aufbringen für die Rentenversicherung eines Jugendlichen, das wäre doch etwas! Die Jugendlichen müssten aber auch etwas dafür tun, beispielsweise in der Kommune kranke Menschen pflegen, sich vielleicht um andere, nicht lernfähige Schüler kümmern. Das wäre das Gegenleistungsprinzip. Jeder kann etwas tun, wobei er dabei die Garantie und die staatliche Sicherheit hätte, später nicht in die Altersarmut zu fallen.

Die entsprechende Antwort der Sozialdemokratie und auch rot-grüner Landesregierungen zielt auf ein Grundsicherungsmodell ab, nach dem jeder 1.000 oder 1.500 DM bekommen soll. Das ist die klassische etatistische Antwort, funktionierend nach dem Gießkannenprinzip, egal ob jemand etwas dafür tut oder nicht. Das kann es doch nicht sein. Wir müssen uns schon etwas anderes überlegen, wie wir Leute wirklich auch engagieren und motivieren, etwas für andere zu tun. Das wäre ein Vertragsangebot, das man nur annehmen kann. Bisher haben wir immer Verträge bekommen, die man nur abnicken konnte: Keine Generationen- oder Gesellschaftsverträge, sondern Generationendiktate.

Die Alternative ist mehr als schwarz; sie ist nur noch traumatisch: Eine Generation im Alter von 30 bis 50, die sich um sozial-humane Fragen nicht mehr kümmern wird - auch nicht um die Frage, was man denn mit den Alten jenseits von Alzheimer und Altersheimen machen sollte.

Prof. Dr. Ingo Richter: Nach diesen Bemerkungen von Herrn Dettling läge es nahe, eine neue Diskussionsrunde zu beginnen, weil mit seinen Einschätzungen grundsätzliche gesellschaftspolitische Kontroversen auftauchen, die sogar tagespolitisch festgemacht wurden. Ich schlage vor, dass diejenigen in unserer Runde, die Lust haben, sich spontan zu äußern, das tun sollen. Danach, als Abschluss des ersten Diskussionskomplexes, würde ich als Moderator oder Diskussionsleiter gern eine Betrachtung auf das Ganze anschließen und damit abschließen.

Frank Braun: Ich möchte einen Zwischenruf bezüglich der ganz jungen Generation wagen, der meiner Kinder. Sicherlich wäre diese Generation bereit, für 100 DM im Monat auch einen Job zu machen. Aber wenn man die Jugendlichen vor die Alternative stellen würde, ob sie diese für die Rente mit 65 anlegen wollen oder lieber für etwas anderes, so hätte ich Zweifel, ob sie sich für das Beabsichtigte entscheiden würden.

Rudolf Förster, Leiter des Jugendamtes der Landeshauptstadt Magdeburg: Ich denke ganz einfach und bodenständig. Wenn ich die Familien sehe, mit denen ich täglich zu tun habe - das sind die aus dem Bereich meiner Arbeit und Familien aus der Nachbarschaft -, dann ist das abhängige Beschäftigungsverhältnis heutzutage immer noch der Normalfall. Sicherlich erlebe ich das bei den Kindern stärker, dass sie den Drang oder Druck gar nicht so spüren, sondern die Chancen und die Freiheit begreifen, sich selbstständig machen zu können.

Ich meine, dass in einer arbeitsteiligen Welt, in der wir heute mehr denn je sind, gerade die gesellschaftliche Teilhabe der Menschen an der gesellschaftlich notwendigen Arbeit geregelt ist. Die Modelle von „Gemeinwesenarbeiten“ als sinnstiftende professionelle Tätigkeit, die auch noch den eigenen Lebensunterhalt sichern, bedürfen - selbst wenn man an sie glaubt - noch der Integration in das Alltagsleben - und dies vor dem Hintergrund der Bedürfnisse und der Mentalität von Menschen sowie der Finanzierbarkeit.

Abhängige Beschäftigung wird für Berufseinsteiger als Feld des Erwerbs von Berufserfahrung und sozialer Kompetenz notwendig bleiben. Junge Menschen, die in den vielen Wirkfaktoren des Erwerbslebens nur schwer eine eigene Handlungsstrategie entwickeln können - diese jungen Menschen sind die Zielgruppe der Jugendhilfe -, sind auf einfache abhängige Beschäftigungsverhältnisse angewiesen. Diese jungen Menschen wollen in einen Betrieb integriert sein; sie wollen durch einen strukturierten Arbeitsablauf geführt werden. Vor diesem Hintergrund muss man auch Biographien im Osten Deutschlands sehen. Ich vermute, im Westen Deutschlands ist das womöglich auch nicht anders.

Arbeit trägt immer mit dazu bei, dass Menschen Menschen werden können und es auch bleiben. Ich glaube, Friedrich Engels hat darüber einmal Erörterungen dialektischer Art angestellt, bei denen er über den Anteil der Arbeit an der Menschwerdung nachdachte.

Auch mir fällt dazu heute im Zusammenhang mit Arbeit, Selbstvertrauen, Selbstbewusstsein und gesellschaftlicher Anerkennung eine Menge jenseits des Geldes ein. Arbeit ist ein hoher Wert für die überwiegende Mehrheit junger Menschen. Ihr Verlust wird als Werteverlust erlebt. Daraus erklärt sich, dass Erwachsene und junge Menschen im Umgang mit einer Situation, die von 20 Prozent Arbeitslosigkeit gekennzeichnet ist, schwer umgehen können. Es hat etwas mit Freiheit und Würde zu tun, als Person für die Gesellschaft nützlich zu sein. Auf Dauer wird die Wichtigkeit der Person im Zugang zum Arbeitsmarkt auch in der Form der finanziellen Honorierung der Leistung erlebt. Vom gesellschaftlichen Unterstützungssystem auf Dauer abhängig zu sein, weil der junge Mensch als Person von Arbeit ausgegrenzt bleibt, verletzt ihn tief in seiner Würde.

Womit können denn Menschen ohne das für selbständiges Wirtschaften notwendige subjektive Entwicklungspotenzial künftig rechnen? Steinbrecher, Gleisbauer, Gärtner, Fleischer, Straßenbauer, Stubenmädchen, Textilreiniger, Näherin - das alles sind längst Berufe, die nicht mehr als Einfacharbeitsplätze bezeichnet werden können und ebenfalls begrenzt zur Verfügung stehen.

Ich glaube persönlich nicht daran, dass sich das Beschäftigungsverhältnis für benachteiligte junge Menschen in einer freien, sozialen Marktwirtschaft, wie ich diese in den vergangenen zehn Jahren kennengelernt habe, im Interesse der bisherigen Benachteiligten von allein regelt. Aus meinem Arbeitsfeld als Leiter eines Großstadjugendamt fallen mir viele notwendige Tätigkeiten ein:

- Wir könnten in jedem Kindergarten einen Hausmeister beschäftigen.
- Wir könnten Essen wieder im Kindergarten kochen.
- Wir könnten mehr als zweimal im Jahr die Fenster putzen usw.

Aber wir können es nicht bezahlen. Warum eigentlich nicht? Wir sind doch kein armes Land. Leisten die Leistungsfähigen so viel mehr, dass andere Arbeit nicht mehr übrig bleibt? Es gibt so viel Arbeit, sie ist nur nicht bezahlbar. Ist sie das wirklich nicht? Wird die hochspezialisierte Arbeit so hoch bezahlt, dass für einfachere Arbeit kein Geld übrig bleibt?

Neben dem intensiven Suchen nach neuen Beschäftigungsmöglichkeiten muss auch ein Verteilungssystem, eine neue Solidarität entstehen, die das Soziale bei aller Marktwirtschaft im Auge hat und Menschen nicht auf Dauer aus der Gesellschaft ausgrenzt.

Joachim Henkel: Ich möchte hervorheben, dass es den Königsweg nicht gibt, um den Benachteiligten den Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen, sondern dass es eher tausend unterschiedliche Lösungen gibt. Auch weiterhin bleiben Kreativität, Eigeninitiative, Fortbildungsbereitschaft und Flexibilität gefragt, bezogen auf die Lage des Arbeitsplatzes und die Arbeitszeit.

Es haben sich auch Arbeitsfelder in Dienstleistungsbereichen gebildet, die teilweise nur ungenügend wahrgenommen werden. Zum Beispiel durch solche Wettbewerbe wie „Jugend macht Radio“ oder das Videofilmfest schaffen einzelne interessierte und begabte Jugendliche den Übergang zum professionellen Medienbereich. Ein anderes Beispiel ist der Sport. Jugendliche schaffen über ihr Hobby, beispielsweise BMX-Fahren, den Zugang zum Verkauf von Sportartikeln und professioneller Organisation von Sportveranstaltungen.

Prof. Dr. Ingo Richter: Ich nutze zum Abschluss der Diskussionsrunde die Gelegenheit, etwas zur Sache zu sagen.

Erstens: Bewegt hat mich die Aussage über den Erfolg des „Rheinischen Kapitalismus“. Dazu möchte ich biographisch etwas beitragen, weil es mich selbst betrifft. Es hat in den vergangenen dreißig Jahren, in denen ich das Bildungs- und Ausbildungswesen intensiv beobachtet habe, kaum eine Phase gegeben, in der ich und andere nicht grundsätzliche Zweifel an der Bewältigungs- und Überlebensfähigkeit dieses Modells hatten, sowohl in Bezug auf die Demokratie in Westdeutschland als auch bezüglich des wirtschaftlichen Erfolges betraf. Wir waren uns nicht so sicher, ob der Kapitalismus oder der Sozialismus siegen würde. Auch das Verhältnis von Nord und Süd wurde wesentlich spannungsreicher gesehen, als wir das heute betrachten.

An eine so lang andauernde Stabilität, wie wir sie heute erleben, habe ich früher nie geglaubt. Nun mag ich das ja immer falsch gesehen haben. Aber jedenfalls weiß ich sehr genau, dass Untergangsprognosen, also negative Prognosen, ganz grundsätzlicher Art immer existierten und dass auch die Hilflosigkeit, auf solche Prognosen zu reagieren, immer vorhanden war. Dass sich nun nach diesen dreißig Jahren die parlamentari-

sche Demokratie und der Marktkapitalismus als erfolgreich herausgestellt haben, war meiner Meinung nach nicht ohne weiteres vor auszusehen.

Dieser Gedanke ist auch für unsere Diskussion wichtig. Und ich meine, es macht schon Sinn, sich darüber zu unterhalten. Aber erstens kann man nicht von einer deutlichen Prognose der Zukunft von Bildung und Arbeit, ihrer Bedeutung und ihres Erfolges ausgehen. Das, was ich an Prognosen auf diesen Feldern kenne, ist vielmehr mit beträchtlichen Unsicherheiten behaftet.

Zweitens finde ich, dass viele im Bereich von Bildung und Ausbildung von den großen Alternativen reden. Wenn man aber genau hinschaut, was das ist, so ist das für mich sehr, sehr offen. Meines Erachtens gibt es bis heute keine handlungsleitenden Konzepte, so dass ich davon ausgehe, dass die Arbeit am Kleinen - wie es Herr Henkel und Herr Isselhorst andeuteten - nach wie vor unsere Aufgabe ist und dass wir gleichzeitig sehen müssen, wie und ob sich dann die großen Alternativen herauskristallisieren und wie sie unsere Arbeit beeinflussen oder auch nicht.

Hier sind nun immer ausländische Beispiele sehr beliebt. Ich habe den Eindruck, dass das, was sich im Bildungs- und Ausbildungsbereich gegenwärtig in Frankreich oder Großbritannien tut, nicht der große Wurf ist. Dagegen bin ich sehr lernwillig, was die kleinräumigen und intensiven Versuche betrifft, die etwa in Dänemark und den Niederlanden unternommen werden.

Da ich Jurist und Verfassungsrechtler bin, bewegt mich am allermeisten - auch hier thematisiert - die Zukunft des Sozialstaates. Und in der Tat sehe ich, dass sich der Sozialstaat mit seinen massiven Transferleistungen einerseits in einer starken Veränderung befindet, dass auf der anderen Seite die aktivierenden, helfenden, beratenden, unterstützenden, auch intervenierenden Funktionen des Sozialstaates eher zunehmen werden. Und dieses fordert die Bildungs- und Ausbildungssysteme - so glaube ich - in einer größeren Intensität heraus, als dies zu einer Zeit des massiven sozialstaatlichen Transfers der Fall gewesen ist.

Ich danke allen an der Diskussion Beteiligten für ihr Engagement.

Magdeburger Erfahrungen bei der Vorbereitung junger Menschen auf Ausbildung und Arbeit

RUDOLF FÖRSTER

Leiter des Jugendamtes der Landeshauptstadt Magdeburg

1. Zur Ausgangslage

Die Lebenssituation junger Menschen hat sich seit 1990 hinsichtlich der Rahmenbedingungen der schulischen und beruflichen Ausbildung im Land Sachsen-Anhalt wesentlich geändert. In Magdeburg, zu DDR-Zeiten ein Standort des Schwermaschinenbaus von vier Kombinat (Konzernen), existieren 1999 keine industriellen Produktionsbetriebe mit mehr als 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Die berufliche Ausbildung erfolgt vorwiegend im Dienstleistungssektor und im Handwerk. Der Anteil der überbetrieblichen Ausbildungsplätze betrug im November 1999 im Arbeitsamtsbezirk Magdeburg rund 34 Prozent.

Während durch die hohe Zahl überbetrieblicher Ausbildungsplätze fast allen Schulentlassenen ein Ausbildungsplatz angeboten werden kann, werden viele junge Menschen nach ihrer Ausbildung arbeitslos. Im November 1999 betrug die Zahl der arbeitslosen jungen Magdeburger unter dem 25. Lebensjahr 2.395.

Magdeburgs Einwohnerzahl ist seit 1990 von 285.000 Einwohnern bis 1999 auf 235.000 Einwohner gesunken. Bis zum Jahr 2010 prognostizierte das statistische Landesamt einen weiteren Bevölkerungsverlust bis auf 210.000 Einwohner. Die Zahl der Geburten verringerte sich seit 1990 von 3.400 auf 1.500 pro Jahr im langjährigen Mittel.

Für die in Ausbildung befindlichen jungen Menschen bedeutet diese Tatsache zum Beispiel, dass **über zwei Jahrzehnte keine Einstellungen im öffentlichen Dienst möglich** sind. So hat zum Beispiel die Landeshauptstadt Magdeburg seit 1989 keine Erzieherinnen in Kindertageseinrichtungen neu angestellt. Neuanstellungen sind auf Jahre hinaus auch im Schulbereich nicht absehbar.

Bei den betrieblichen Ausbildungsplätzen bewirkt diese Situation einen hohen **Verdrängungseffekt** in den noch geburtenstarken Jahrgängen. Bewerberinnen und Bewerber mit einem höheren Schulabschluss verdrängen solche mit einem niedrigeren Schulabschluss. Junge Menschen verlassen nach ihrer Lehre vielfach die Stadt Magdeburg, um vorwiegend in den alten Bundesländern eine Beschäftigung aufzunehmen. Diese Situation stellt für junge Menschen eine große Herausforderung dar, auf die einige durch Elternhaus, Schule und Ausbildung nicht hinreichend vorbereitet worden sind.

Neben Fragen der allgemeinen Vorbereitung auf Ausbildung und Berufsleben stellen für junge Menschen in den neuen Bundesländern die Faktoren des gesellschaftlichen

Wandels in einer besonders herausfordernden, für einen Teil junger Menschen auf belastende Weise zusätzliche Ansprüche. Das Letztere trifft vor allem auf junge Menschen zu, die einen Anspruch auf Leistungen der Jugendhilfe geltend machen. Die geforderte und notwendige Flexibilität bei der Wahl des Ausbildungs- und des späteren Arbeitsortes spielt für junge Männer, mehr noch für junge Frauen, in Magdeburg eine wesentliche Rolle bei der beruflichen Integration. Die Einschätzung der Chancen für dieses Gelingen hat einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Motivation junger Menschen für Ausbildung und Beruf.

Die **soziale Entmischung** in den durch den komplexen Wohnungsbau der DDR entstandenen Wohngebieten, der große Leerstand von Wohnungen in diesen Stadtteilen, der Wegfall von Arbeitsplätzen bei gerade den Menschen, die hier leben, stellen zusätzliche Anforderungen an heranwachsende junge Frauen und Männer, Wertvorstellungen für die Gestaltung der eigenen Lebensperspektive zu entwickeln. Diese sind jedoch Voraussetzung zum Gelingen der persönlichen und beruflichen Lebensplanung.

Neben der industriellen Entkernung und den Veränderungen in den Gebieten des komplexen Wohnungsbaus sowie deren Stigmatisierung in den Medien haben **die strukturellen Veränderungen im Schulwesen einen nachhaltigen Einfluss auf die Vorbereitung von Jugendlichen auf die Ausbildung** ausgeübt. Zu DDR-Zeiten besuchte die Mehrheit aller Schüler die zehn Klassenstufen umfassende Polytechnische Oberschule, Schüler mit Lernbehinderungen die acht Klassenstufen umfassenden „Hilfsschulen“ mit einer anschließenden Teilberufsausbildung.

Mit der Einführung des Schulgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt sowie dessen mehrfachen Novellierungen veränderten sich fortwährend radikal die vorhandenen Schulstrukturen, Lehrerkollegien setzten sich mehrfach neu zusammen, Klassen bildeten sich entsprechend der von den Eltern gewählten Schulart. Identifikation der Lehrer mit der neuen Schule, der Schüler mit der neuen Klasse ist eine soziale Voraussetzung für erfolgreiches Lernen. Schüler mit Lernschwierigkeiten oder fehlender Motivation erhielten dadurch oft nicht die für sie notwendige besondere Aufmerksamkeit. **Das unentschuldigte Fehlen im Unterricht wurde zu einem Problem, dem sich nunmehr Schulbehörden und Jugendämter gemeinsam in einer besonderen Weise annehmen müssen.**

Während die überwiegende Mehrheit der jungen Menschen die gewandelten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Gestaltung der eigenen Lebensperspektive nutzen kann und die Freiheitsgrade mit Entscheidungen zur Gestaltung bringt, gelingt es einer Minderheit nicht, unter den geschilderten besonderen Bedingungen einer Großstadt in den neuen Bundesländern eine Perspektive für ihre berufliche Integration zu entwickeln. Hier ergibt sich eine besondere Aufgabe für Schule, Jugendhilfe, Arbeitsverwaltung und die Ausbildungsbetriebe.

Die vielfach vorhandenen **Kooperationsvereinbarungen mit Schule, Arbeitsamt, Sozialamt und Kammern** stellen im neunten Jahr nach dem Beitritt der neuen Bundesländer zur Bundesrepublik Deutschland wieder **ein funktionierendes Netz-**

werk dar. Dieses ist durch ausreichende Strukturen und persönliche Verlässlichkeit sowie Berechenbarkeit der handelnden Akteure auf lokaler Ebene gekennzeichnet. Lehrer, Sozialarbeiter, Eltern und junge Menschen haben sich mit den neuen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen vertraut gemacht.

Damit besteht in den neuen Bundesländern von den mentalen Voraussetzungen der handelnden Menschen her eine hinreichende Handlungsorientierung, um jungen Menschen auf Umfeld, Schule und Beruf angelegte Hilfen zu gewähren, die auch den lebenskulturellen Hintergrund im Blick haben. Indem sich diese Hilfe vor allem an weibliche und männliche Jugendliche richtet, die in besonderen sozialen Verhältnissen leben, ermöglicht diese Chancengleichheit die Teilnahme am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben in Magdeburg, in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa.

2. Wie müssen Jugendliche vorbereitet werden, um in Ausbildung zu gelangen?

2. 1. Schaffung struktureller Voraussetzungen für eine Vorbereitung auf den Ausbildungsmarkt

Beispiel A:

Kooperationsvereinbarung gemäß § 81 SGB VIII zur Förderung der beruflichen und sozialen Integration von benachteiligten jungen Menschen zwischen Jugend- und Sozialhilfe, Schulverwaltung, Arbeitsverwaltung und Schulbehörden

Das Erstellen eines institutionellen Netzwerkes ist notwendig, um verlässliche Arbeitsstrukturen zu erhalten, die Kommunikationsstrukturen und den Informationsfluss zu verbessern und damit eine Erhöhung der Beratungsqualität zu erreichen. Ziel ist eine bessere Vernetzung von Angeboten der Schule, der Sozial- und Jugendhilfe, der Arbeitsverwaltung sowie eine Qualifizierung und Unterstützung der Jugendhilfeplanung zur Bereitstellung notwendiger und geeigneter Maßnahmen. Weiterhin werden der Austausch und die Nutzung verschiedener Förderprogramme angeregt.

Es finden vierteljährlich Beratungen der Arbeitskreise „1. und 2. Schwelle“ sowie der Arbeitsgemeinschaft „Jugendsozialarbeit“ nach § 78 KJHG statt. Einen wesentlichen Schwerpunkt stellt die Erstellung und jährliche Aktualisierung eines Angebots- und Maßnahmenkataloges der Hilfen beim Übergang von Schule in Ausbildung und Arbeit sowie die Erarbeitung eines jährlichen Jugendarbeitsmarkt- und Ausbildungsberichtes unter Einbeziehung freier Träger und verschiedenster Institutionen dar. Bei Bedarf werden Beratungen des „Regionalen Verbundes“ (Amtsleitererebene) zu speziellen Grundsatzthemen durchgeführt.

Das Jugendamt der Landeshauptstadt Magdeburg ist Initiator und Träger des regionalen Verbundes. Die Angebote richten sich an Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, an Lehrerinnen und Lehrer sowie an pädagogische und andere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von freien Trägern der Jugendhilfe, der Jugendberufshilfe, von Schulen,

Jugendfreizeiteinrichtungen, Beratungsstellen sowie Ämtern und Institutionen, die Jugendliche beim Übergang „Schule-Beruf-Arbeit“ begleiten.

Seit 1994 wird die Kooperationsvereinbarung umgesetzt und seit 1995 erscheint einmal jährlich der aktuelle Angebots- und Maßnahmenkatalog der Hilfen beim Übergang von Schule in Ausbildung und Arbeit. Für diesen Bereich sind zwei Sozialarbeiterinnen des Jugendamtes und zwei ABM-Kräfte zuständig, die insbesondere für Koordinierungsaufgaben zum Einsatz kommen.

Es wurden zwei Räume im Jugendamt mit Computerarbeitsplätzen eingerichtet. Die Finanzierung erfolgt über das Jugendamt. Der Maßnahmenkatalog wurde bisher von der Innungskrankenkasse gesponsert. Es kann eingeschätzt werden, dass sich langfristige Kooperationsbeziehungen herausgebildet haben. Der Informationsgrad für einen breiten Personenkreis über verschiedenste Angebote ist durch die Verbundarbeit aktuell und bedarfsgerecht. Durch den Wechsel von Bezugspersonen in Ämtern, Institutionen und Einrichtungen entstehen „Einbrüche“ in den Kooperationsbeziehungen. Bisher vorhandene Informationssysteme funktionieren dann zum Teil nicht mehr beziehungsweise müssen wieder neu entwickelt werden, was meist sehr zeit- und personalaufwendig ist.

2. 2. Maßnahmen, die Jugendliche auf die Anforderungen des Ausbildungsmarktes vorbereiten

Beispiel A:

Programm Schulsozialarbeit an zehn Magdeburger Schulen

Auf der Grundlage eines Stadtratsbeschlusses vom Dezember 1995 und einer Richtlinie des Landes Sachsen-Anhalt wurden in den zwei Stadtgebieten Neu Olvenstedt und Nord (soziale Brennpunkte) zehn Stellen für Schulsozialarbeiter bei acht freien Trägern eingerichtet. Im Jugendamt wurde eine Stelle eingerichtet, die diese Arbeit koordiniert, fachlich begleitet, neue Projekte entwickelt und Vernetzung anstrebt.

Zielstellungen sind unter anderem die Entwicklung und Förderung sozialer und personaler Kompetenzen als Voraussetzung für die Absolvierung einer Ausbildung, die Ausprägung notwendiger Verhaltensweisen wie zum Beispiel Lernmotivation, Selbstbewusstsein, konstruktives Konfliktverhalten, Kommunikationsfähigkeit, Toleranz/Akzeptanz, realistisches Selbsteinschätzungsvermögen sowie die Förderung präventiver Angebote der Sozialarbeit in Schulen. Damit soll eine Erhöhung der Beratungsqualität und eine Verbesserung der Chancen zur Vermittlung auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt für Jugendliche erreicht werden.

Arbeitsfelder und Arbeitsansätze der Schulsozialarbeit sind unter anderem die Umsetzung einer Streitschlichterausbildung für Schüler der Klassenstufe 5, die Organisation von Projekttagen zur beruflichen Orientierung sowie von Berufsfindungsseminaren, auch in Kooperation mit den Jugendwerkstätten und der Abteilung Berufsberatung

einschließlich Bewerbungstraining (an Sekundarschulen), die Unterstützung der Schule beim Auftreten von Schulbummelei, Einzel- und Gruppenberatungen zu sozialpädagogischen Themen für Schüler, Lehrerinnen und Lehrer und Eltern sowie Angebote im Rahmen theater- oder musikpädagogischer Projekte.

Das Programm wird von acht freien Trägern der Jugendhilfe umgesetzt. Zielgruppe sind Schüler der Schulen in den genannten sozialen Brennpunkten. Das Landesprogramm läuft seit 1998, wobei das Modellprojekt des Spielwagen e. V. bereits 1997 begonnen hat. Zum Einsatz kommen zehn Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter der freien Träger und eine Sozialpädagogin des Jugendamtes, die den Arbeitsschwerpunkt „Kooperation Jugendhilfe-Schule“ umzusetzen haben. In den einzelnen Schulen bestehen unterschiedliche Möglichkeiten der Raumnutzung. Die Finanzierung erfolgt über das Kultusministerium, das Ministerium für Soziales und die Kommune (Jugendamt und Schulverwaltung).

Durch den Einsatz von Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern wurde ein hoher Grad an Vertraulichkeit und Fachlichkeit als Basis für die Beziehungsarbeit mit den Schülerinnen und Schülern sowie ein hoher präventiver Wirkungsgrad im Kontext jugendhilferelevanter Angebote erreicht. Da das Programm relativ langfristig angelegt wurde, ist eine personelle Kontinuität gegeben.

Leider erfolgte eine Kürzung der Personalstellen auf 32 Stunden bei hohem Anforderungsniveau der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter. Insgesamt ist einzuschätzen, dass zu wenig Stellen im Verhältnis zum Bedarf aus gesamtstädtischer Sicht eingerichtet werden konnten und bei der Bewilligung der Stellen kaum eine Berücksichtigung der jugendhilfeplanerischen Erfordernisse erfolgte.

Beispiel B:

Planung eines Angebotes für Schulbummler/Schulverweigerer „Werk-Statt-Schule-Magdeburg“

Ziel des geplanten Angebotes ist, Schulverweigerer in geeigneter Form auf individuell erreichbare Schulabschlüsse vorzubereiten, eine Weiterentwicklung der Persönlichkeit unter ganzheitlichem Ansatz sowie eine Entwicklung sozialer Kompetenzen und der lebens- und tätigkeitsorientierten Fähigkeiten zu ermöglichen.

Der Projektablauf wird in vier Phasen unterteilt: Einstiegs-, Orientierungs-, Haupt- und Übergangsphase. Dabei werden vielseitige berufsbezogene und soziale Erfahrungsfelder geschaffen und eine Verknüpfung von praktischen Bereichen und schulischem Unterricht realisiert. Innerhalb des Lernbereiches erfolgt der Unterricht in Kleingruppen, wobei auf herkömmliche Lehr- und Lernmethoden verzichtet wird (Einbindung affektiver und psychomotorischer Dimensionen). Im Vordergrund stehen handlungs- und praxisorientiertes Lernen und angeleitetes Arbeiten in praktischen Bereichen in Kursform (unter anderem Holz- und Metallarbeiten, kreatives Gestalten, Gärtnerei, Fotowerkstatt, PC, Sport, Musik). Die individuelle Förderplanung erfolgt unter Anwendung des Kompetenzansatzes. Weitere Schwerpunkte sind Familienge-

sprache und Elternberatung, Kooperation mit Betrieben (Exkursionen, Praktika) sowie Berufsorientierungsseminare/Bewerbungstraining.

Durch das Jugendamt Magdeburg, Jugendwerkstatt „Buntes Werkstattprojekt“ wurde eine Konzeption für dieses Angebot erarbeitet. Zielgruppe sind Jugendliche, die sieben oder acht Schuljahre absolviert und die Schule massiv verweigert haben (mehr als 100 Tage), deren soziales und familiäres Umfeld keine Hilfe geben kann beziehungsweise einen negativen Einfluss darstellt. Die Dauer der Förderung pro Jugendlicher wird auf maximal zwei Jahre begrenzt. Es sollen zwei Sozialpädagoginnen oder Sozialpädagogen mit Qualifizierung/Befähigung entsprechend der Kursangebote und zwei Lehrkräfte zum Einsatz kommen. Außerdem werden zeitlich befristet fachliche Anleiterinnen und Anleiter eingesetzt. Für das Angebot können zwei Unterrichts- und Gruppenräume, ein Beratungsraum, ein Büroraum und verschiedene Werkstattbereiche zur Verfügung gestellt werden. Die Finanzierung muss über das Kultus- und Sozialministerium sowie das Jugendamt sichergestellt werden. Zur Zeit ist noch keine Fördergrundlage vorhanden.

Das Projekt kann die Ableitung präventiver Handlungsansätze im Umgang mit Schulbummelei für die Bereiche Jugendhilfe und Schule (neue methodische Ansätze etc.) und die Bündelung der verschiedenen Fachkompetenzen ermöglichen. Es stellt somit ein praxisnahes Kooperationsmodell dar. Jedoch sind die gesetzlichen und förderrechtlichen Rahmenbedingungen für eine langfristige Installierung des Projektes nicht ausreichend. Die Einbeziehung der Lehrkräfte in die konkrete Konzeptentwicklung sowie deren Auswahl gestalteten sich schwierig (Lehrermangel).

Beispiel C:

Modellprojekt des Internationalen Bundes für Sozialarbeit e. V. „Langfristige soziale Integration junger Menschen durch Stärkung ihrer Handlungskompetenz“

Zielstellung ist die Ausprägung von Schlüsselqualifikationen für die besondere Zielgruppe der straffällig gewordenen Jugendlichen sowie eine Förderung der Motivation zur Erarbeitung beruflicher Perspektiven und einer aktiven Lebens- und Berufswegplanung. Dadurch soll eine Verbesserung der Chancen zur Integration auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt sowie eine Förderung der sozialen Reintegration der straffälligen Jugendlichen durch eine ganzheitliche Förderung und Stärkung ihrer sozialen Kompetenzen erreicht werden.

Im Projekt erfolgt eine ganzheitliche Förderung der jungen Menschen durch die Verbindung von beruflicher Vorbereitung, Jugendwohnen, Freizeitangeboten sowie sozialem Training. Die Fachtheorie wird in drei Leistungsgruppen erteilt. Für die Jugendlichen besteht die Möglichkeit des nachträglichen Erwerbs des Hauptschulabschlusses. Die Berufsvorbereitung erfolgt mit modularem Charakter (in sich geschlossene Komplexe werden bestätigt und in einen Berufsbildungspass eingetragen) und zum überwiegenden Teil über Projektarbeit. Weiterhin besteht die Möglichkeit des Ableistens von gemeinnütziger Arbeit beziehungsweise der Schadenswiedergutmachung im Rahmen von Projektarbeit sowie der Integration in Jugendwohngruppen nach § 13 Ab-

satz 3 SGB VIII. Eine individuelle Förderung der Jugendlichen durch Förderpläne und die methodische Einbeziehung jugendgemäßer praxisorientierter Projekte, wie zum Beispiel die Mitwirkung am Freizeitpark Olvenstedt oder die Instandsetzung der Jugendwohnungen, sind charakteristisch für das Projekt.

Zielgruppen sind straffällig gewordene Jugendliche und junge Erwachsene, jugendliche Sozialhilfeempfänger, Jugendliche mit erheblichen sozialen Defiziten und Benachteiligungen. Das Projekt läuft seit Mai 1998. Die Teilnahmedauer der Jugendlichen ist auf 15 Monate begrenzt. Bei einer Platzkapazität von 24 Plätzen kommen zwei Sozialpädagogen, eine Lehrkraft und zwei Ausbilder zum Einsatz. Es stehen den Jugendlichen mehrere Unterrichts-, Gruppen- und Werkstatträume des Ausbildungszentrums sowie ein Freizeitbereich mit Kraftsportraum zur Verfügung.

Es wird ein hoher Grad der Vernetzung verschiedener Institutionen im Rahmen der Projektumsetzung erreicht - zum Beispiel die Kofinanzierung einer Sozialpädagogen-Stelle durch das Jugendamt, die Zahlung einer ergänzenden Sozialhilfe durch das Sozialamt zur Absicherung des Lebensunterhaltes für jugendliche Sozialhilfeempfänger, die Teilnahme von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an Arbeitskreisen, Fortbildungen und Konferenzen über den Transfer von Ergebnissen und Erfahrungen auf den Gebieten Planung, Modularisierung, Eingangsdiagnostik/individuelle Förderung. Vielfältige Verbindungen zur Jugendhilfe machen die Kooperation deutlich. Problematisch stellt sich dar, dass eine Einbeziehung jugendlicher Sozialhilfeempfänger, die ergänzende Sozialhilfe benötigen, nur in Ausnahmefällen möglich ist.

Beispiel D:

Projekt „Schnupper- und Motivationskurse in den Werkstattbereichen Kfz- und Baumaschinentechnik“

Ziele sind die Förderung der Motivation zur beruflichen Orientierung über eine sinnvolle Freizeitgestaltung, das Training zur Aufnahme und zum Durchstehen einer regelmäßigen Tätigkeit, die Förderung der beruflichen und sozialen Integration, unter anderem durch die Entwicklung sozialer Kompetenzen, die Ausprägung von Anerkennung in der praktischen Arbeit und die Stärkung des Selbstwertgefühls.

Der Kurs dient der Vorbereitung auf berufliche Bildungsangebote durch die Vermittlung berufsspezifischer Kenntnisse und Grundlagen im Bereich Technik. Dabei handelt es sich um ein Projekt zur sinnvollen Freizeitgestaltung über spezielle, den individuellen Interessenlagen entsprechende Angebote. Methodisch wird gezielte ergebnisorientierte Projektarbeit zur Vermittlung von Erfolgserlebnissen mit Gesprächen zur Berufs- und Lebenswegplanung, zur Entwicklung individueller Ziele und zur Förderung der Motivation für eine Ausbildung oder Arbeitstätigkeit verbunden. Die Kurse werden in zwei Arten unterteilt, erstens in einen „Schnupperkurs“ für Anfänger/Neueinsteiger, zweitens in einen Motivationskurs für Fortgeschrittene, welcher insbesondere zur Vorbereitung auf eine Ausbildung dient. Im Kurs besteht die Möglichkeit des Erreichens von Zertifikaten für bestimmte Lehrbausteine, zum Beispiel Baumaschinen- und Kfz-Technik, Transporttechnik, Bedienung von Baumaschinentechnik.

Das Projekt wird in Kooperation zwischen der DEKRA Akademie GmbH, der Sozialpädagogischen Beratungsstelle für junge Menschen der Polizeidirektion (JUBP) und dem Jugendamt Magdeburg durchgeführt. Zielgruppe sind sozial benachteiligte junge Menschen im Alter von 16 bis 27 Jahren, insbesondere delinquent gewordene Jugendliche. Seit 1996 werden pro Jahr drei bis vier Kurse durchgeführt. Die Dauer pro Kurs beträgt drei Monate mit 36 Stunden. Die fachliche Anleitung übernimmt ein Ausbilder der DEKRA; die sozialpädagogische Betreuung erfolgt über die JUBP. Für den Kurs wird eine Werkstatt und das Betriebsgelände in der Ausbildungsstätte der DEKRA-Akademie genutzt. Es stehen rund zehn Plätze zur Verfügung. Alle drei Kooperationspartner beteiligen sich an der Finanzierung.

In dem Projekt wird ein hoher Motivationseffekt bei besonders schwierigem Personenkreis durch interessenbezogene Angebote sowie gezielte berufliche Orientierung und Vorbereitung auf das Berufsbild des Baugeräteführers erreicht. Eine kontinuierlichere Absicherung der sozialpädagogischen Begleitung, insbesondere zur Gestaltung der individuellen Förderplanung, wird noch angestrebt.

Beispiel E:

Projekt „Arbeit-Lebenswelt-Kultur“ (ALK), Teilprojekt „Tagelöhner/gemeinnützige Arbeitsauflagen“

Zielstellungen des Projektes sind die Förderung von Möglichkeiten, über eigene Arbeit die materielle Notlage zu lindern und auf kriminelle Delikte zu verzichten, sowie die Förderung der Motivation und Selbständigkeit über Eigenerfahrung von Leistungsfähigkeit und Durchhaltevermögen. Weiterhin geht es um die Heranführung der Jugendlichen an arbeitsmarktrelevante Fähigkeiten und die Erhöhung ihrer Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, die Steigerung des Selbstwertgefühls durch Identifikation des Jugendlichen mit dem Selbstgeschaffenen und die Anerkennung von außen. Hauptaugenmerk liegt bei der Förderung der sozialen Kompetenzen sowie der Berufs- und Lebenswegplanung.

Es handelt sich um ein Angebot für kurzfristige, begrenzte Beschäftigung im Rahmen von Projektarbeit bei freien Trägern, Schulen, Einrichtungen (Übernahme von Aufträgen im Renovierungs- oder Reparaturbereich, im landschaftsgärtnerischen Bereich sowie Transporten/Umzügen), wobei die Arbeit am Ende des Tages entlohnt wird. Ziel ist die Anbahnung und Begleitung von Übergängen in berufsvorbereitende Angebote oder in Arbeit, wobei Hilfestellung bei der Berufs- und Lebensplanung gegeben wird. Arbeitsschwerpunkte der Projektmitarbeiter sind die Akquirierung von gemeinnützigen Arbeitsaufgaben und die fachliche Anleitung bei der Arbeitsausführung, Beratungshilfen, Mobilisierung und Aktivierung der Jugendlichen für die Persönlichkeitsentwicklung/ Findung der eigenen Identität sowie die Befähigung zur Konfliktbewältigung.

Träger des Projektes ist der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverbund e. V. (DPWV). Zielgruppen sind Jugendliche und junge Volljährige im Alter von 16 bis 21 Jahren, die schwer vermittelbar, arbeitslos, ohne Berufsabschluss, straffällig oder von Straffällig-

keit bedroht sind. Das Projekt besteht seit 1998. Im Bereich der Tagelöhner ist die Dauer der Teilnahme pro Jugendlichen auf maximal drei Monate begrenzt. Die Jugendlichen können pro Woche maximal 14 Stunden arbeiten, wobei sie pro Tag mindestens fünf Stunden arbeiten. Personell sind drei Sozialpädagogen eingesetzt, die durch ihre Doppelqualifizierung auch die fachliche Anleitung der Jugendlichen übernehmen. Dem Projekt stehen mehrere Projekträume zur Verfügung. Die Arbeiten werden in verschiedenen Einrichtungen durchgeführt. Das Projekt hat eine Platzkapazität von acht Plätzen im Tagelöhnerbereich. Etwa 600 jährliche Vermittlungen werden im Bereich „gemeinnützige Arbeitsaufträge“ realisiert. Die Finanzierung erfolgt über das Jugendamt, das Ministerium für Justiz, den DPWV und das Arbeitsamt.

Durch den niederschweligen Charakter und die Orientierung an den aktuellen Notlagen der Jugendlichen werden auch die Zielgruppen erreicht, die sich jeglicher schulischer oder beruflicher Förderung entziehen. Dadurch ist das Angebot auch ein Einstiegsangebot mit dem Ziel der Eingliederung in weiterführende Maßnahmen. Leider besteht ein Widerspruch zwischen der Notwendigkeit des Erbringens von Einnahmen und der Übernahme von Arbeitsaufträgen im wirtschaftlichen Bereich (Aufsicht der Kammern). Dadurch ist keine Kontinuität in der Bereitstellung von geeigneten Arbeitsaufträgen gegeben.

Positionen und Erfahrungen zur Ausbildungsförderung in Köln

JOACHIM HENKEL

Leiter des Jugendamtes der Stadt Köln

Folgenden **Leitgedanken** haben wir in Köln von der UNESCO übernommen: „**Jeder Mensch ist dazu bestimmt, ein Erfolg zu werden. Und die Welt ist dazu bestimmt, diesen Erfolg zu ermöglichen.**“¹ Dieser Leitgedanke gilt nicht nur für die Leistungsstarken, er muss vielmehr auch für Leistungsschwache Gültigkeit haben. Denn kein Mensch ist ohne Begabung. Diese muss aufgespürt werden, um sie zum Wohle des Einzelnen und der Gesellschaft aktivieren zu können.

Diesen Leitgedanken gilt es im Folgenden anhand der Kölner Situation auf seine Richtigkeit hin zu überprüfen. Dabei werde ich insbesondere die Situation der benachteiligten Jugendlichen im Übergang von Schule zum Beruf betrachten. Das Praxisbeispiel KBS „Kooperation Betrieb-Schule-Jugendhilfe“ beleuchtet einen besonderen Aspekt eines Kooperationsverbundes. Mit diesem soll eine erfolgreiche berufliche Integration bewirkt werden. Besonders den Jugendlichen, die bereits Erfahrungen des Scheiterns gemacht haben, wird eine erneute Brücke ins Arbeitsleben gebaut, die nicht nur Wirkungen für den einzelnen Jugendlichen, sondern auch für Institutionen und Betriebe hat.

1. Ausgangssituation

Das Fazit der repräsentativen Jugendbefragung der 1997 durchgeführten Shell-Studie weist daraufhin, dass die Krise im Erwerbssektor nicht mehr „bloß“ eine Rahmenbedingung des Aufwachsens ist, sondern sie hat vielmehr „das Zentrum der Jugendphase erreicht“. Ein großer Teil der befragten Jugendlichen hat für sich selbst die Risiken auf dem Weg ins Arbeitsleben sowie die Gefährdung wirtschaftlicher Unabhängigkeit und selbständiger Lebensführung durch Arbeitslosigkeit erkannt. Nicht auf alle Gruppen von Jugendlichen trifft Jugendarbeitslosigkeit gleichermaßen zu. Besonders betroffen sind die Verlierer im Wettbewerb beziehungsweise Jugendliche, die erst gar nicht am Wettbewerb teilnehmen.

Junge Erwachsene ohne Berufsausbildung haben auf dem Arbeitsmarkt wenig Chancen - rund elf Prozent der Personen ohne anerkannte Berufsausbildung sind im Alter von 20 bis 24 Jahren arbeitslos. Ein anerkannter Berufsabschluss wird zunehmend Voraussetzung für den Einstieg in den Arbeitsmarkt. Unqualifizierte, belastende, schlecht bezahlte Arbeit wird in Zukunft immer weniger gefragt sein. Mit steigenden

¹ Deutsche UNESCO-Kommission (Hrsg.): Lernfähigkeit: Unser verborgener Reichtum. UNESCO-Bericht der Weltkommission „Bildung für das 21. Jahrhundert“, Neuwied: Luchterhand (1997)

Qualifikationsanforderungen werden die Erwerbs- und Lebenschancen jener sinken, die diesem hohen Anforderungsniveau nicht gewachsen sind.

Die sich seit Jahren abzeichnende Entwicklung auf dem Ausbildungsstellen- und Arbeitsmarkt, die strukturelle Arbeitslosigkeit, der Wegfall von Einfacharbeitsplätzen, die Lehrstellenmisere und damit einhergehende Schwierigkeiten, benachteiligten jungen Menschen bei schulischen, beruflichen und damit bei der sozialen Integration, stellt die **Jugendberufshilfe vor neue Aufgaben.**

Jugendberufshilfe ist kein statisches Handlungsfeld. Gesellschaftliche Entwicklungen, Veränderungen bei den Zielgruppen und deren Lebens- und Problemlagen machen es notwendig, dass Zielsetzungen sowie das Methodenrepertoire stets neu hinterfragt und weiterentwickelt werden.

Nach wie vor ist es ein Anliegen der Jugendberufshilfe, jungen Menschen die Hilfe zu geben, die es ihnen erlaubt, auf dem sogenannten ersten Arbeitsmarkt eine reale Chance zu haben. **Ziel ist es, die Jugendlichen auf eine Qualifizierung und eine erfolgreiche Integration vorzubereiten.** Im Mittelpunkt der Hilfestellungen und Maßnahmen stehen sozial Benachteiligte und individuell beeinträchtigte junge Menschen, wie es im SGB VIII und im SGB III formuliert ist.

Jedem einzelnen Jugendlichen mit seiner individuellen Geschichte und Ausgangssituation den „Erfolg“ im Sinne des UNESCO-Leitgedankens zu ermöglichen, erfordert unterschiedliche sowie individuell abgestimmte Maßnahmen und Projekte. **Gefragt ist der „Allround-Kümmerer“, der unversorgte Jugendliche verbindlich von der Berufsorientierung bis zum Ausbildungsbeginn begleitet,** das heißt Vor- und Nachsorge bis zur Integration in Arbeit und Ausbildung übernimmt.

Deswegen sind die Aufgaben und Angebote in eine Vielzahl unterschiedliche institutionelle und administrative Zuständigkeiten eingebettet. Zusammenarbeit und Vernetzung der verschiedenen Handlungsfelder und Aufgaben sind im Hinblick auf die Weiterentwicklung von verschiedenen Modellen und Curricula notwendig. Die Vernetzung auf örtlicher Ebene mit den Kooperationspartnern Jugendamt, Arbeitsverwaltung, Arbeitgebern, Gewerkschaften und Kammern ist dabei ein wichtiger Ansatzpunkt.

Am Ende der Schulzeit haben Jugendliche einerseits eine klare Orientierung auf ein künftiges Leben und Arbeit, andererseits aber **erhebliche Handlungskompetenz- und Orientierungsdefizite bei der Verwirklichung ihres Berufseinstiegs** aufzuweisen. Die Situation Benachteiligter ist zusätzlich dadurch beeinträchtigt, dass ihnen realistisch nur ein enges Spektrum eher weniger attraktiver Ausbildungsberufe zur Verfügung steht, sofern sie überhaupt mit einem direkten Einstieg in eine Ausbildung im dualen System rechnen können.

Deshalb müssen vorhandene **Ressourcen** genutzt und intensiviert werden, wie beispielsweise:

- Systemgrenzen übergreifende Kooperationen von Eltern, Jugendhilfe, Schule und Berufsberatung.
- Die Öffnung von Schule gegenüber den Lebenswelten von Jugendlichen und der Arbeitswelt. Dabei sind Kooperationen von Schule und außerschulischen Akteuren sowie die Erschließung außerschulischer Erfahrungsräume sowie dafür geeignete Arbeitsformen zu entwickeln.

2. Aktuelle Zahlen und Fakten zur Jugendarbeitslosigkeit in Köln

Köln ist eine Großstadt mit derzeit 4.900 arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren. Die Arbeitslosenquote der unter 20-Jährigen liegt bei 14,2 Prozent und damit über der allgemeinen Arbeitslosenquote von 13 Prozent - **siehe Abbildung 1**.

Im Vergleich zum Dezember 1998 ist in Köln die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen um 0,8 Prozentpunkte zurückgegangen. Damals waren 6.000 Jugendliche arbeitslos gemeldet, was einer Quote von 15 Prozent entsprach. Dieser positive Trend ist vielfältigen Anstrengungen zuzuschreiben, so zum Beispiel auch der Umsetzung des Sofortprogramms der Bundesregierung.

Für die gegenwärtig 4.900 arbeitslosen jungen Menschen ist das nach dem UNESCO-Leitgedanken formulierte Ziel, „ein Erfolg zu werden“, ernsthaft gefährdet. Ob wir diesen nachteiligen Entwicklungen für diese 4.900 jungen Menschen entgegenwirken

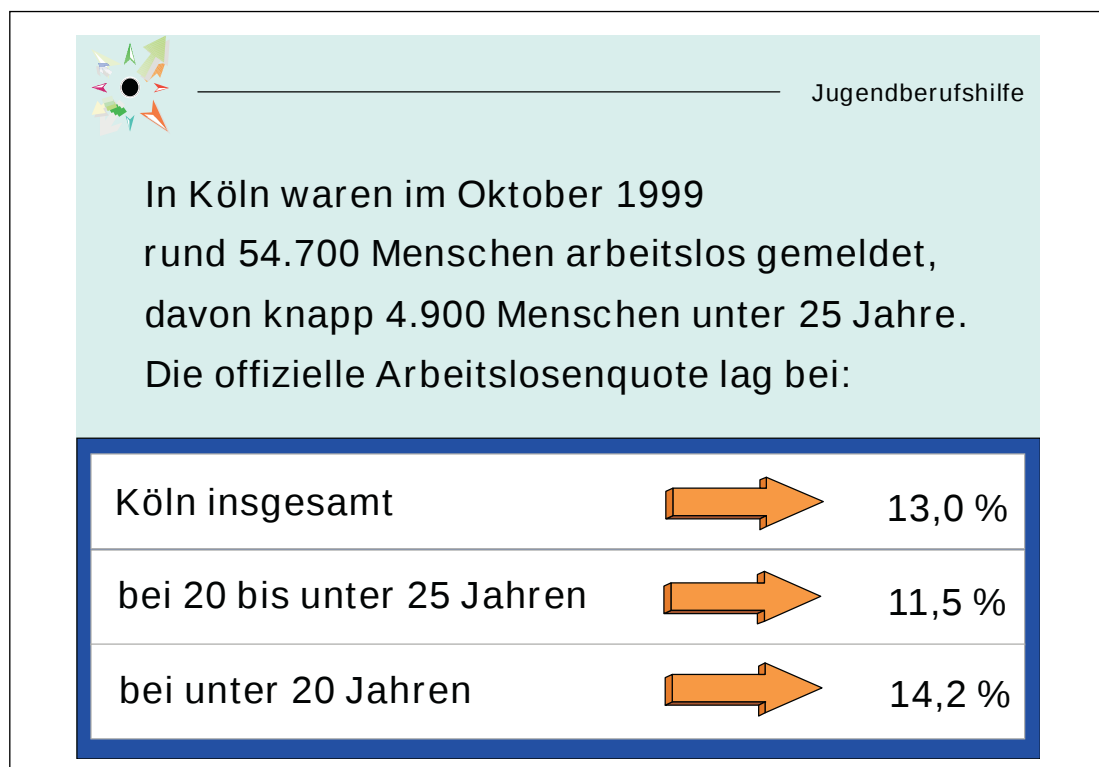


Abbildung 1

können, wird später erörtert. **Der Verbund aller Träger im Bereich Jugendberufshilfe, Jugendsozialarbeit und natürlich auch das Arbeitsamt sind gefordert, diesen „Verlust von Erfolg“ nicht als natürliche Ausfallquote hinzunehmen, sondern um jeden Einzelnen zu ringen.**

Im Rahmen einer möglichst effektiven Ausnutzung der vorhandenen Ressourcen ist die Jugendberufshilfe bestrebt, für diese Zielgruppe möglichst zielgerichtete Angebote zu schaffen. Besonderes Augenmerk gilt Frühabgängern, sogenannten schulmüden Jugendlichen, Seiteneinsteigern, sozial- und marktbenachteiligten Jugendlichen. Insbesondere Jugendliche ohne Schulabschluss sind in hohem Maße gefährdet, ausbildungs- und arbeitslos zu werden. Ihnen müssen **frühzeitige Fördermöglichkeiten** und Chancen für das Berufs- und Erwerbsleben ermöglicht werden.

Bei den Frühabgängern handelt es sich meist um sozial benachteiligte und bildungsbenachteiligte Jugendliche mit besonderen Problemen der Integration in die Normen der Regelschule. Sie zeigen häufig Verhaltenstendenzen, die auf ein gestörtes Selbstwertgefühl, Identitätsprobleme im psychosozialen Bereich, Anpassungsschwierigkeiten, geringe emotionale Belastbarkeit, Aggressivität gegen sich und andere zurückzuführen sind. Bedingt durch einen hohen Anteil ausländischer Jugendlicher sind Konflikte und Schwierigkeiten vor dem Hintergrund unterschiedlicher Herkunftskulturen und damit verbundenen Wertvorstellungen symptomatisch.

Schule allein kann diese Erfordernisse nicht erbringen. Durch eine enge Kooperation mit Schule, Jugendberufshilfe sowie Berufsberatung müssen fachliche und finanzielle Ressourcen gebündelt und koordiniert werden, um ein konstruktives Angebot zu entwickeln, das die Zielgruppe erreicht.

Dabei stehen folgende **Ziele** im Mittelpunkt:

- frühestmögliche Betreuung aufnehmen,
- Entwicklungsprozess begleiten und fördern,
- Motivations- und Vertrauensgrundlage schaffen,
- Reduzierung von Frustrations- und Misserfolgserlebnissen,
- soziale und berufliche Integration,
- Motivation der Erziehungsberechtigten zur Förderung ihrer Kinder.

Auf der Grundlage der oben beschriebenen Situation der individuellen Benachteiligungen wurde in Köln im Laufe der Jahre ein großes Bündel von Fördermöglichkeiten entwickelt. Für diese Übergangsproblematik werden Modelle, Maßnahmen und Projekte entwickelt und mit Erfolg durchgeführt.

Erwähnt sei hier das „Wegeplaner-Konzept“ an Schulen zur Verhinderung von Minderqualifikation und Bildungsbenachteiligung. Im Mittelpunkt der Arbeit stehen die Jugendlichen, die die Sekundarstufe I nach Erfüllung ihrer zehnjährigen Schulpflicht ohne Abschluss verlassen werden. Durch das Zusammenwirken aller im „Wegeplaner-Konzept“ vorgesehenen Elemente der Beratung, Betreuung und Förderung soll durch

die Erstellung individueller Wegeplanung (Förderplan) erreicht werden, dass möglichst alle Jugendlichen eine berufliche Perspektive entwickeln.

Der Qualitätsstandard von „Beratung“ an Schulen wurde damit verbessert. Es hat sich eine neue Art der Zusammenarbeit und Arbeitsteilung entwickelt, beispielsweise zwischen Arbeitsamt/Berufsberatung der sozialpädagogischen Beratungsstelle, der Regionalen Arbeitsstelle zur Förderung von Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA) und den Wegeplanern an den Schulen.

Das Bestreben aller Beteiligten ist es, eine gelungene Integration in die Gesellschaft und in die Erwerbsarbeit zu ermöglichen. Um dieses Ziel zu verwirklichen, steht ein breit gefächertes Maßnahmeangebot für Jugendliche in der Phase des Übergangs von der Schule in den Beruf bereit, das aus Bundes- und Landesmitteln sowie EU-Mitteln gefördert wird.

3. Mögliche Wege in den Beruf - Maßnahmenplätze

Für arbeitslose Jugendliche gibt es verschiedene Wege oder Möglichkeiten, um in einen Beruf zu gelangen. Zu den berufsbezogenen und schulischen Angeboten gehören:

- **Beratungsangebote.** Bei den Beratungsangeboten in der Übergangsphase von der Schule in den Beruf wird schwerpunktmäßig mit spezialisierten Zielgruppen gearbeitet, so zum Beispiel mit Mädchen, Migrantinnen und Migranten, Spätaussiedlern oder Arbeitssuchenden. Hierzu zählen auch die Angebote der Sozialarbeit an Schulen (Berufskollegs, Hauptschule, Sonderschule).
- **Motivationsmaßnahmen und Orientierungsmaßnahmen.** Hierunter sind Jugendwerkstätten nach dem Landesjugendplan VIII sowie Berufsorientierungslehrgänge, wie tip-Lehrgänge (testen-informieren-probieren), als Vorbereitung für den BBE-Lehrgang zur Verbesserung beruflicher Bildungs- und Eingliederungschancen zu verstehen.
- **schulische Qualifikationen**, insbesondere das Nachholen von Schulabschlüssen.
- **Ausbildung**, außerbetriebliche Ausbildung und ausbildungsbegleitende Hilfen.
- **Arbeit**, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Arbeitsprojekte.

Gegenwärtig stehen insgesamt 4.845 Maßnahmenplätze sowie verschiedene Beratungsstellen für Jugendliche in der Übergangsphase von der Schule in den Beruf zur Verfügung - **siehe Abbildung 2.**

■ Motivations- und Orientierungsmaßnahmen	460
■ berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen	1.369
■ schulische Qualifikationen	1.060
■ Ausbildung	534
■ ausbildungsbegleitende Hilfen	878
■ Arbeit	544

Übersicht über die Maßnahmeplätze für arbeitslose Jugendliche in Köln 1999

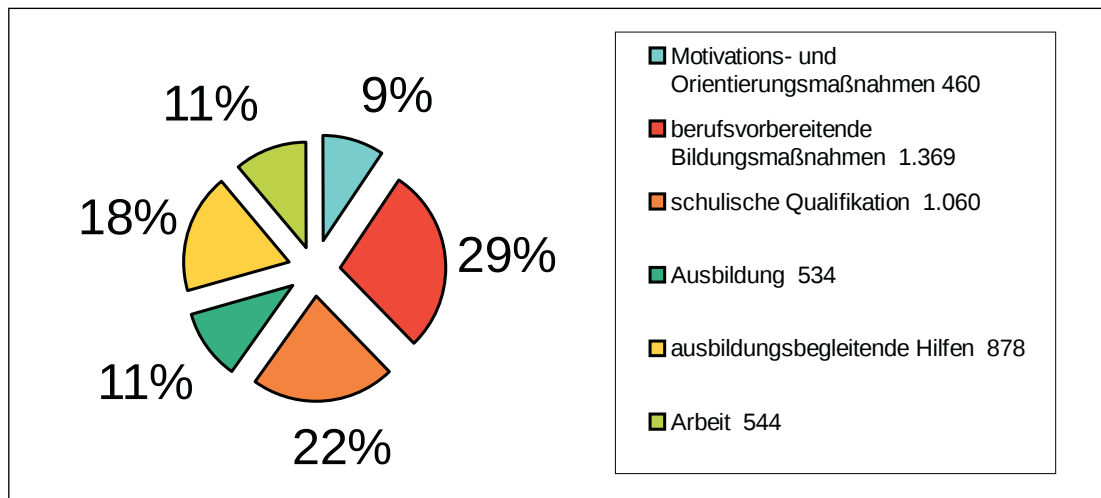


Abbildung 2

© Jugendamt Köln

Eine Übersicht über die Beratungs- und Betreuungsangebote in Köln bietet die **Karte über Beratungs- und Betreuungsangebote im Stadtgebiet** - siehe **Abbildung 3**.

Während die Angebote überwiegend durch Mittel der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen des SGB III und über das Sofortprogramm der Bundesregierung realisiert werden, steht zugleich **ein breites Spektrum an Angeboten der Jugendsozialarbeit** für Jugendliche im Übergang von der Schule in den Beruf bereit, die aus dem Landesjugendplan VIII finanziert werden. Dies sind:

- vier Beratungsstellen,
- drei Beratungsangebote der Schulsozialarbeit an berufsbildenden Schulen,
- neun Jugendwerkstätten mit 192 Plätzen sowie
- zwölf Angebote „Jugendwohnen“.

Eine Übersicht über die Kölner **Angebote zur Jugendsozialarbeit** nach dem Landesjugendplan VIII verdeutlicht die **Abbildung 4**.

Es wurde bereits erwähnt, dass rund 4.900 Jugendliche in Köln arbeitslos gemeldet sind. Nun sehen wir, dass dem fast 4.900 Maßnahmeplätze der unterschiedlichsten Ausrichtung gegenüberstehen. Wenn man an dieser Stelle noch einmal an das Postulat der UNESCO erinnert, so kann hervorgehoben werden, dass Köln die notwendigen Maßnahmen eingeleitet hat, um die jungen Menschen zum Erfolg führen zu können.

Wie hoch die Dunkelziffer nicht gemeldeter arbeitsloser Jugendlicher ist, kann dabei natürlich nicht berücksichtigt werden. Offen ist auch, welche Jugendlichen mit welchem eigenen Engagement diesen Erfolg anstreben.

Leider muss man allzu oft beobachten, dass nicht nur die in Maßnahmen betreuten Jugendlichen ihre Schwierigkeiten mit dem „Erfolg“ haben, sondern auch die Betriebe

haben oft nicht die Kraft und meist auch nicht das Personal, so zielstrebig auf den erhofften Erfolg hinzuarbeiten. Gerade Jugendliche mit individuellen Schwierigkeiten, deren Elternhaus nicht fördernd im Hintergrund steht, drohen erneut zu scheitern. Deshalb erschien es bereits in den 70er Jahren notwendig, ein Modell der Begleitung und Unterstützung der Betriebe einerseits und der einzelnen Jugendlichen andererseits zu organisieren.

4. Kooperation Betrieb-Schule-Jugendhilfe (KBS)

Ein seit mehr als 25 Jahren bewährtes Angebot stellt das Projekt Kooperation Betrieb-Schule-Jugendhilfe dar. 1975 wurde auf Initiative des Jugendamtes und des Hans-Böckler-Berufskollegs diese Kooperation ins Leben gerufen.

Mittlerweile beteiligen sich an diesem Kölner Projekt neben dem Jugendamt drei Berufskollegs und 70 Betriebe der verschiedensten Fachrichtungen, Hans-Böckler Berufskolleg, Berufskolleg Ehrenfeld, Berufskolleg Ulfenort, Stadt Köln - Jugendamt/Jugendförderung (Sozialarbeit an Schulen), Kölner Gymnasial- und Stiftungsfonds, 70 Kölner Firmen - **siehe Abbildung 5.**

4. 1. Zielsetzung

Ziel ist die Integration sozial- und bildungsbenachteiligter Jugendlicher in den ersten Arbeitsmarkt über die Ressourcenvernetzung der beteiligten Projektpartner. Der Schulpraktikant soll im Betrieb praktische und in der Berufsschule theoretische Teilqualifikationen für die spätere Ausbildung oder Arbeit erwerben.

Durch diese Tätigkeiten soll der Schülerpraktikant für eine mögliche Übernahme als Auszubildender oder Arbeiter im Betrieb vorbereitet oder eingearbeitet werden. Er soll die Regeln und Gesetzmäßigkeiten eines betrieblichen Ablaufs erkennen und sich in dieses System eingliedern können. Sein Selbstwertgefühl, seine Sicherheit und auch sein Sozialverhalten sollen gestärkt werden, damit er die Anforderungen im Betrieb, in der Schule und im Lebensalltag erfüllen kann. Er soll prüfen, ob er eine berufliche Ausbildung anstrebt und persönlich, familiär, intellektuell und handwerklich der Herausforderung gewachsen ist.

4. 2. Zielgruppe

Das Projekt richtet sich an sozial- und bildungsbenachteiligte Jugendliche im Alter von 16 bis 25 Jahren mit und ohne Hauptschulabschluss, die bereits an einer Maßnahme zur Berufsvorbereitung teilgenommen haben, denen aber ohne intensive Begleitung die Integration in den ersten Ausbildungs- oder Arbeitsmarkt nicht gelingen würde. Das KBS-Programm bietet individuelle Vorbereitung auf einen Ausbildungs- und Arbeitsplatz an.

4. 3. Rahmenkonzept

Die Jugendlichen werden an drei Tagen in der Woche in Kölner Firmen an betriebliche Arbeitsprozesse und Ausbildungsanforderungen herangeführt. An zwei Tagen in der Woche erhalten sie praxisbezogenen Berufsschulunterricht mit schulinterner, sozialpädagogischer Begleitung.

Die kooperierenden Firmen verpflichten sich, die Jugendlichen nach erfolgreichem Verlauf des Projektes in Arbeit oder Ausbildung zu nehmen. Die Praxisorientierung in den Betrieben erfolgt beispielsweise in den Berufen Industriemechaniker, Bau- und Metallschlosser, Karosseriebauer, Fahrzeugbauer, Spritzlackierer, Dachdecker, Zimmermann und in den Bereichen Kfz-Berufe, Heizung/Sanitär, Hotel, Lebensmittelhandel, Bäckerei und Fleischerei.

4. 4. Sozialpädagogische Betreuung in dem Projekt

Eine sozialpädagogische Fachkraft des Jugendamtes (Schulsozialarbeit) nimmt die Bindefunktion zwischen Jugendlichen - Betrieb - Schule ein. Neben dem Aufbau und der Stärkung der Integrationsfähigkeit in betriebliche Strukturen und Anforderungen stehen die Festigung des Durchhaltevermögens, der Konfliktfähigkeit und der Abbau persönlicher Hemmnisse im Mittelpunkt. Eine sozialpädagogische Fachkraft sichert die notwendige Aufarbeitung der Ursachen bei Projektabbrüchen und eine Neuorientierung und Vermittlung in alternative Maßnahmen. Themenorientierte Gruppenarbeit und Training im Bereich des sozialen Lernens fördern die soziale Kompetenz der Jugendlichen. So bleiben auch Projektabbrecher in der Regel versorgt.

Teilnehmer, die das Projekt abbrechen oder vom Betrieb nicht übernommen werden, werden in für sie geeignete Maßnahmen vermittelt. Allerdings ist das die Ausnahme. **Zusätzlich** sind **erlebnispädagogische Angebote** (zum Beispiel Segeltörn) und der **Erwerb von Teilqualifikationen** (beispielsweise Gabelstapler-Führerschein) in das Projekt eingebunden.

Finanzielle Unterstützung erhalten die Jugendlichen durch den Kölner Gymnasial- und Stiftungsfonds in Form eines Qualifizierungszuschusses von 300 DM pro Monat. Ohne die finanzielle Beteiligung des Gymnasial- und Stiftungsfonds wäre die Arbeit nicht möglich. Für Jugendliche dieses Alters muss es eine finanzielle Unterstützung geben. Trotzdem kommen nach einigen Monaten viele Schüler in eine Krise und merken, dass ihr Arbeitsplatz in keinem gerechten Verhältnis zur Entlohnung im Betrieb steht. Hier muss das Team gute Überzeugungsarbeit leisten.

Die **Übernahme** von den gegenwärtig 64 Teilnehmern in Arbeit oder Ausbildung durch die kooperierenden Firmen liegt jährlich zwischen 80 und 100 Prozent. Dieser Erfolg wird durch die kontinuierliche Teamarbeit von Lehrern und Sozialpädagogen, durch den Projektverbund der drei Berufskollegs und durch die Nähe zum beruflichen Alltag sichergestellt.

Angebote der Beratung und Betreuung

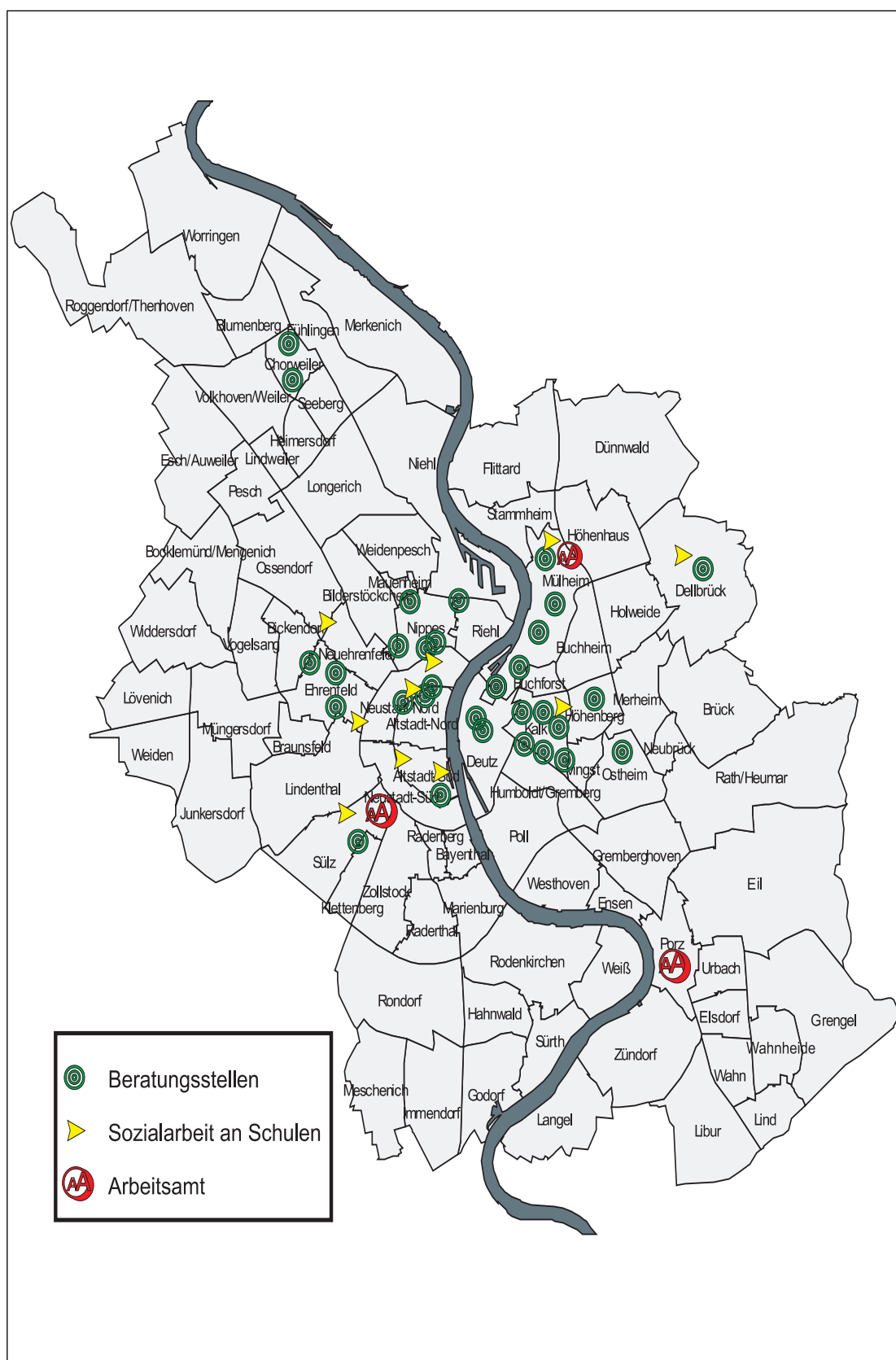


Abbildung 3

© Jugendamt Köln

© Jugendamt Köln

Kooperation Betrieb - Schule - Jugendhilfe (KBS)

Integration von Arbeitslosigkeit bedrohter Jugendlicher in den ersten Arbeitsmarkt

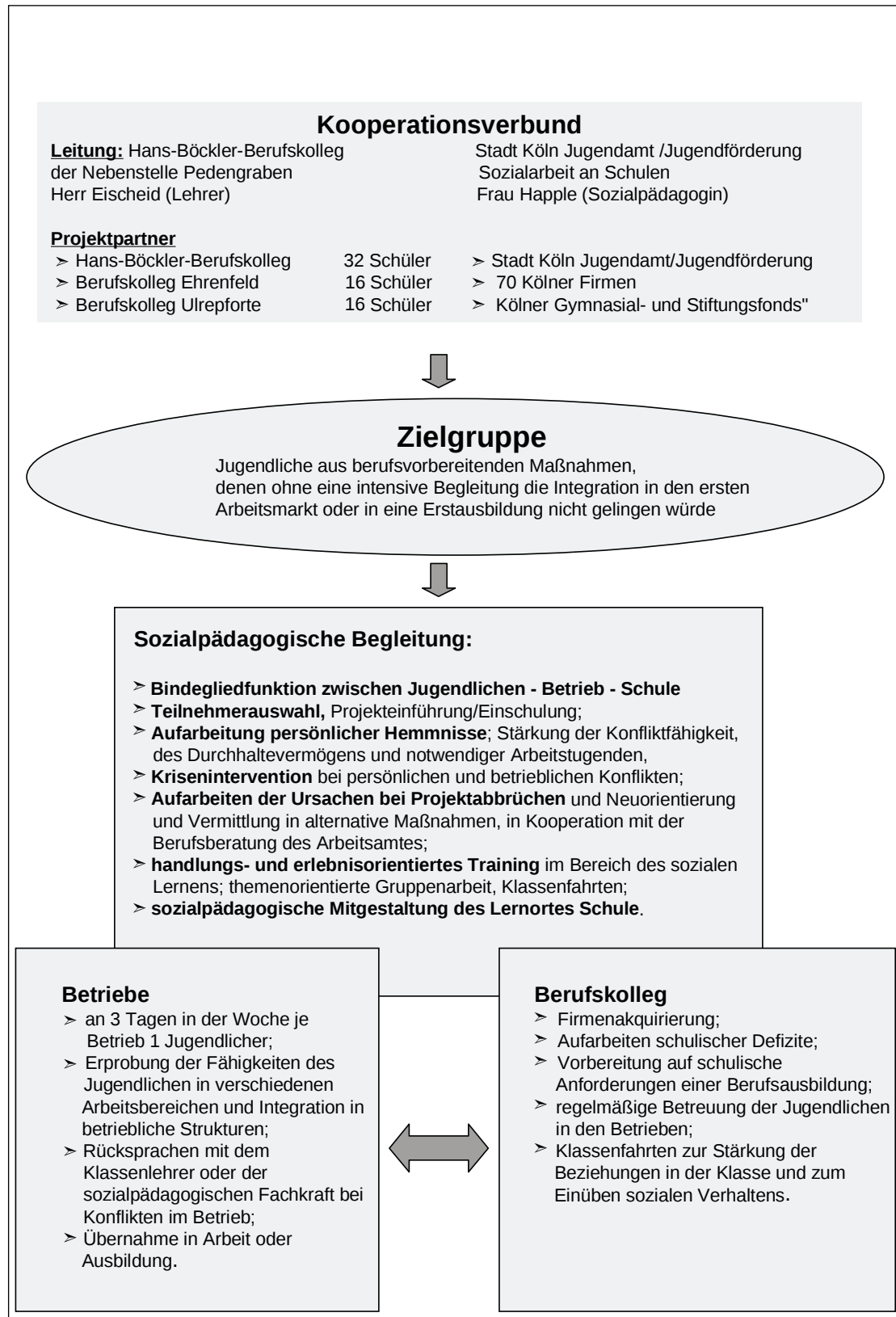


Abbildung 5

Zur Kooperation zwischen Berufsberatung und Jugendhilfe aus Sicht des Arbeitsamtes Köln

HERMANN JUNG

Leiter der Abteilung Berufsberatung des Arbeitsamtes der Stadt Köln

Wie die Zusammenarbeit in Köln zwischen Jugendhilfe und Berufsberatung des Arbeitsamtes funktioniert und welche Folgerungen sich für die Zukunft aus Sicht des Arbeitsamtes daraus ergeben, darüber werde ich kurz berichten. Zum Verständnis und zur Klarheit sei darauf hingewiesen, dass die Arbeitsämter regionale Einheiten der Bundesanstalt für Arbeit sind; sie sind keine kommunalen Einrichtungen.

1. Angebote der Berufsberatung

Besonders eingehen will ich auf die Maßnahmen des Arbeitsamtes zum Ausgleich von Hindernissen für einzelne Zielgruppen, um die Ausbildungsreife oder Arbeitsfähigkeit zu erreichen. Dieses Angebot ist für den einzelnen Jugendlichen im Rahmen der Information und Berufsberatung, die er auf verschiedenen Wegen erfährt, das konkrete Ergebnis. Geklärt ist dabei dann auch die Frage, ob der Jugendliche in die „normale“ Vermittlung von betrieblichen Ausbildungsstellen aufgenommen werden kann. In den weitaus meisten Fällen schließen sich Ausbildungsvermittlung und das Angebot einer Maßnahme vom Beratungsergebnis her aus.

Die Maßnahmen gliedern sich in vier Gruppen:

- berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen,
- Ausbildungsmaßnahmen nach § 241 ff. SGB III (früher häufig bekannt als „Benachteiligtenprogramm“),
- Maßnahmen des Sofortprogramms der Bundesregierung gegen Jugendarbeitslosigkeit (Sofortprogramm „JUMP“),
- flexible Maßnahmen, die die Arbeitsämter nach § 10 SGB III individuell einrichten können.

Dieses Angebot ist für den Bedarf einzelner Teilzielgruppen in sich differenziert und entsprechend gestuft. Die Maßnahmen sind auch flexibel, da Schwerpunkte inhaltlich und methodisch differenziert gesetzt werden können. Tatsächlich kann für jeden Jugendlichen das passende Angebot gefunden werden. Auch die Zielsetzung ist differenziert.

Nicht alle Jugendlichen können das allgemeine Ziel - berufliche Qualifikation auf dem Niveau einer Ausbildung - erreichen. Deshalb haben berufsvorbereitende Maßnahmen alternativ auch das Ziel der „Arbeitsreife“ für ungelernte Arbeit. Die Kölner Erfahrungen mit Maßnahmen, insbesondere für Lernbehinderte, zeigen, dass Betriebe beim An-

gebot solcher Beschäftigung gern auch Bewerber aus entsprechenden, vorangegangenen Förderlehrgängen einstellen.

Zum Umfang der Maßnahmen des Kölner Arbeitsamtes möchte ich einige Zahlen nennen: Es gibt etwa 1.100 Plätze in berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen, 400 Ausbildungsplätze nach § 241 ff. SGB III, etwa 800 Plätze ausbildungsbegleitende Hilfen (abH) und 450 Ausbildungsplätze im Rahmen des Sofortprogramms der Bundesregierung 1999.

Zum Arbeitsmarkt: Köln liegt hinsichtlich der Arbeitslosigkeit etwa auf dem Niveau des Ruhrgebietes. Die Wirtschaft ist nicht so monostrukturiert wie im Ruhrgebiet, aber durch die in der Vergangenheit hohen Anteile der Automobil- und Metallindustrie sind die alten Strukturen - viel ungelernte Arbeit - noch nachwirkend. Der hohe Anteil ausländischer Bevölkerung bringt einen Mangel an Ausbildungstradition mit sich, der sich auch in der jungen Generation auswirkt.

Der Ausbildungsmarkt bessert sich zur Zeit. Vielleicht ist dies das erste Anzeichen für eine bessere Konjunktur, vielleicht ist es auch eine durch flexible Maßnahmen und enge Abstimmungen im Territorium der Kommune erzielte gute Stimmung für Ausbildung. Jedenfalls ist der Ausbildungsmarkt im Jahre 1999 unerwartet gut geworden. Das erleichtert natürlich den Umgang mit den Programmen insgesamt, weil die Differenzierung an die Angebote des Ausbildungsmarktes anknüpfen kann. Wegen der Struktur der jungen Bevölkerung nimmt der Bedarf an Maßnahmen, vor allem der Berufsvorbereitung, in absehbarer Zeit aber nicht ab.

2. Kooperation zwischen Jugendhilfe und Arbeitsamt

Im Grundsatz gilt: Soweit die berufliche Vorbereitung oder Qualifizierung nicht deutlich Hauptteil des Bedarfes ist, sind die städtischen Ämter zuständig, sonst das Arbeitsamt. Dieser Grundsatz erfordert Zusammenarbeit. Zum Teil sind Einrichtungen der Jugendberufshilfe auch Träger von Maßnahmen des Arbeitsamtes. Auf ein gemeinsam formuliertes Gesamtkonzept bewegen sich beide Seiten noch zu. In der Praxis dominiert die Zusammenarbeit in der Differenzierung für verschiedene Teilzielgruppen und für die entsprechenden Maßnahmen.

Für den unterschiedlichen Bedarf gebe ich **ein Beispiel** mit dem Vergleich zweier Hauptschulen, die in unterschiedlichen sozialen Umfeldern liegen. Beide Schulen haben ihre Klientel überwiegend aus Gebieten, wo die Arbeitslosigkeit sehr hoch ist und von den Eltern kaum jemand eine dauerhaft geregelte Arbeit hat. Die eine Schule bekommt trotzdem nahezu für alle Schulabgänger Ausbildungsplätze. Die andere Schule „erreicht“ das nur in Ausnahmefällen. Woran liegt das?

Die Schule mit positivem Übergangserfolg liegt selbst nicht im Wohngebiet ihrer Klientel, sondern in einem mittelständisch geprägten Stadtteil. Seit Jahren gibt es eine enge Kooperation zwischen den Betrieben dieser Umgebung und der Schule. Die

Unternehmer dieses Stadtteils wissen, dass es zweckmäßig ist, sich für die Schule in ihrer Region zu öffnen. Das Lehrerkollegium hat ein Praktikumsprogramm für das letzte Schuljahr entwickelt, das seit etwa fünf Jahren zu den genannten Erfolgen führt. Die andere Hauptschule liegt in einem monostrukturierten Gebiet mit sehr hoher Arbeitslosigkeit. Regionale Anknüpfung ist kaum möglich, weil es außer Einzelhandel nur wenige Betriebe gibt. Für diese Schule musste ein anderer Weg gefunden werden. Ein ähnlicher Übergangserfolg kann dort nicht erreicht werden. Der überwiegende Teil der Schulabgänger kann, zumindest aufgrund des Marktes, nicht sofort eine Ausbildung erreichen.

Seit einigen Jahren hat aber die Zusammenarbeit zwischen Schulen mit derselben Situation und dem Arbeitsamt sowie der Jugendhilfe unter Einsatz von Mitteln der Europäischen Union zu einer Verbesserung der Situation geführt. Die operative Frage lautete: Wo ist die Verbesserung anzusetzen, wenn schon die Gesamtsituation für alle Abgänger dieser Schulen schwierig ist? Auf Vorschlag der dort zuständigen Berufsberater verständigte man sich darauf, zuerst bei den Schwächsten anzusetzen, mit dem Ziel, dass dieser Ansatz die Situation der ganzen Schule erleichtert.

Als die **schwächste Teilzielgruppe dieser Hauptschulen** werden die **Frühabgänger** angesehen, die mit Ende der Schulpflicht keinen Abschluss erreichen, weil sie noch in unteren Klassenstufen sind. Diese Gruppen werden jetzt zeitweise in Lerngruppen zusammengefasst, in denen sie gemeinsam durch Lehrer, Sozialarbeiter und Berufsberater vor allem auf das Ende der Schule vorbereitet werden.

Dieser Weg, eine Teilzielgruppe mit einem besonderen Angebot zu versehen, wurde in früheren Jahren als Diskriminierung abgelehnt. Tatsächlich hat sich bei diesem Projekt das Angebot als zweckmäßige Methode erwiesen. Die Zielgruppe kann so von Schule, Sozialarbeit und Berufsberatung angemessen angesprochen werden und reagiert positiv, mit gestiegenem Interesse an der Schule. Die anderen Schüler und Lehrer werden zeitweise von den bisherigen „Störern“ entlastet. Trotz des Endes der EU-Projektfinanzierung besteht die Chance der Verbreitung dieser Methode an anderen Kölner Hauptschulen. **Der Ansatz, eine Teilzielgruppe entsprechend ihres Bedarfes und gemeinsam gesondert anzunehmen, hat sich bewährt.**

Für die Qualität des berufsberaterischen Angebots - das verstehe ich hier in einem überinstitutionellen Sinn - **ist es entscheidend, die nötige Differenzierung für die verschiedenen Teilzielgruppen in institutioneller Zusammenarbeit zu erreichen. Das Arbeitsamt hält im Rahmen des Auftrages der Arbeitsämter für jeden das entsprechende Angebot bereit.** Die Übergänge in der Zuständigkeit der Ämter, die gewissermaßen in der Person oder persönlichen Situation des Jugendlichen begründet liegen, können gemeinsam bearbeitet werden. So kann vermieden werden, dass das Gesamtangebot bestimmte Teilzielgruppen nicht erreicht.

Es muss ein Angebot geben, das im Verhältnis zu denen der Arbeitsämter niederschwelliger ist. Das Arbeitsamt Köln hat dies mit dem Sozialamt der Stadt vereinbart und eingerichtet. Das Jugendamt ist inzwischen auch beteiligt.

Jeder junge Mensch bis 25 Jahre, der einen Antrag auf Sozialhilfe stellt, geht zuerst einmal zu einer gemeinsamen Beratungsstelle, wo er sofort ein niedrigschwelliges Lehrgangsangebot erhält. Dieses wird gemeinsam vom Arbeitsamt und vom Sozialamt finanziert, wobei das Sozialamt natürlich damit rechnet, auf diese Weise später wieder Geld sparen zu können. Wenn der Jugendliche das unterbreitete Angebot annimmt, braucht er den Antrag auf Sozialhilfe gar nicht erst abzugeben. Denn es handelt sich um eine Maßnahme, bei der ein Jugendlicher 1.000 DM netto im Monat bekommt. Diese „**Job Börse junges Köln**“ arbeitet seit Ende 1998. Sie selbst und die anschließenden Maßnahmen werden inzwischen stark in Anspruch genommen.

3. Zusammenarbeit Hand in Hand; Vermeidung von Doppelarbeit

Keiner der Partner könnte den so eingeschlagenen Weg mit seinen Mitteln allein gehen. Jeder Partner bringt aber seine Kompetenz und Mittel ein. Das ist meines Erachtens auf der Ebene der Institutionen ein ganzheitliches Angebot.

Es muss nicht unbedingt eine gemeinsam betriebene Beratungsstelle sein, die zu Erfolgen führt. Wichtig sind:

- der kurze Weg zur Abstimmung über die konkrete Situation eines Jugendlichen,
- die Differenzierung für Teilzielgruppen,
- dass kein Partner vorübergehend wohlwollend einen Part aus des anderen Zuständigkeit übernimmt (Doppelarbeit).

Eine der gestellten Fragen lautete: **Wie qualifiziert muss Berufsberatung sein?** Wiederum verstehe ich den Begriff „Berufsberatung“ hierbei überinstitutionell.

Der Bedarf an Qualifizierung der Berufsberatung liegt zunächst in der qualifizierten Kooperation der Arbeitsämter und kommunalen Stellen. Damit ist die Frage nicht umfassend beantwortet. Wir beschränken uns auf diejenige Zielgruppe der Berufsberatung, für die Jugendhilfe und Berufsberatung gemeinsam zuständig sind. Andere wichtige Aspekte - wie zum Beispiel Methoden, Inhalte, Ziel und Einbeziehung der Wirtschaft in die Qualifizierung der Berufsberatung - können in diesem Rahmen nicht behandelt werden. Die Forderung nach Kooperation „Hand in Hand“ beziehungsweise ihrer Erfüllung wird aber auch den Schlüssel zur Bearbeitung der anderen wichtigen Aspekte bieten.

Diskussion und Nachfragen

MODERATION: PROF. DR. INGO RICHTER

Direktor des Deutschen Jugendinstitutes (DJI) München

Prof. Dr. Ingo Richter: Wir haben interessante Antworten auf die Fragen im ersten Forum gehört. Ich möchte Sie sogleich ermuntern, vertiefende Fragen zu stellen sowie auch unterschiedliche Positionen zu markieren. Herr Dr. Obst bitte.

Dr. Sven-Olaf Obst, *Leiter des Referates Allgemeine und Grundsatzangelegenheiten der Kinder- und Jugendpolitik im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin:* Ich habe bereits während der ersten Diskussionsrunde kurz über das Programm „Entwicklung und Chancen für benachteiligte Jugendliche“ des Bundesjugendministeriums - kurz E & C-Programm genannt - informiert. Eine Komponente dabei ist das sogenannte soziale Trainingsjahr. Dort sollen unter anderem ganz elementare Dinge wie pünktliches Erscheinen oder das Gefühl von Verantwortungsbewusstsein antrainiert werden, um die jungen Menschen sozusagen ausbildungs- beziehungsweise arbeitsmarktfähig zu machen.

Wenn man von den Jugendwerkstätten als mögliche „Motivierungseinrichtungen“ für Jugendliche mit besonderem Hilfebedarf spricht - einer vergleichbaren Zielgruppe, wie sie im sozialen Trainingsjahr angesprochen werden soll -, würde mich interessieren, inwieweit Sie beide Konzepte für kompatibel halten und ob von Ihnen das E & C-Programm als eine Ergänzung oder Weiterentwicklung zu diesem Werkstättenprogramm gesehen wird.

Joachim Henkel, *Leiter des Jugendamtes der Stadt Köln:* Wir prüfen zur Zeit. Wir erörtern gerade, welche Möglichkeiten der Verzahnung es gibt oder welche Möglichkeiten wir haben, das zu nutzen. Es scheint mir sehr wichtig zu sein, die verschiedenen Aspekte zu berücksichtigen und das Programm auszuweiten. Allerdings kann ich dem Ergebnis der Prüfung heute und hier nicht vorgreifen.

Henrik von Bothmer, *Geschäftsführer der Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit, Jugendaufbauwerk (BAGJAW), Bonn:* Zunächst möchte ich festhalten, dass das soziale Trainingsjahr in den Details des Programms noch gar nicht definiert ist. Es gibt eine Ausschreibung, an der sich örtliche Träger mit verschiedenen Konzepten im Sinne eines Ideenwettbewerbs beteiligen sollen. Insofern wird es sich erst noch erweisen, was dann konkret und voraussichtlich nicht einheitlich vor Ort in diesem Programm gemacht werden wird.

Unter dem Aspekt der Größenordnung der zur Verfügung gestellten Mittel würde ich klar sagen, dass das Jugendwerkstattprogramm in Nordrhein-Westfalen verlässlichere und intensivere Betreuungsmöglichkeiten bietet. Insbesondere was den Betreuungsschlüssel, also das finanzierte Fachpersonal pro Jugendlichen, betrifft, ist in keiner Weise absehbar, dass der im sozialen Trainingsjahr ähnlich zustande kommen wird.

Prof. Dr. Ingo Richter: Danke sehr. Ich stelle fest, es gibt unterschiedliche Positionen. Wer möchte als nächster argumentieren? Bitte.

Reinhard Mach, 1. Beigeordneter im Landkreis Ludwigslust, Mecklenburg-Vorpommern: Ich habe eine Nachfrage zu den Werkstätten in Köln. Um welche Jugendlichen handelt es sich? Wie lange gehen die jungen Leute in die Werkstätten? Gibt es zu den Werkstätten eine parallele Beschulung oder soll zum Schulbesuch motiviert werden?

Joachim Henkel: Das Programm ist mit der Zielrichtung entwickelt worden, Jugendliche, die keine Perspektive haben und auf der Straße sind, durch aufsuchende Sozialarbeit zu erreichen. Dabei wurde auf die Möglichkeit des Ausprobierens in einer Werkstatt hingewiesen, so dass die Werkstätten nach einer gewissen Zeit einen hohen Bekanntheitsgrad in der Szene hatten, Jugendliche sogar aus eigenem Antrieb dorthin kamen. Die Zielsetzung ist, direkt nach der Orientierungsphase den jungen Menschen in ein Förderprogramm oder direkt in Arbeit oder Ausbildung des ersten Arbeitsmarktes zu vermitteln.

Die Mehrheit der Jugendlichen in Werkstätten hat keinen Schulabschluss. Deshalb wird von den hauptamtlichen Mitarbeitern darauf hingewirkt, die handwerklichen Fähigkeiten und die Theorie/Fachkunde zu verbessern. Ein Teil dieser jungen Menschen holt den Hauptschulabschluss nach, um ein Ausbildungsverhältnis beginnen zu können. Für Köln trifft ebenfalls zu, dass nur mit einer beruflichen Ausbildung so etwas wie eine Arbeitsplatzsicherheit besteht.

Hinsichtlich schulmüder Jugendlicher gab es in Nordrhein-Westfalen eine Modellmaßnahme, an der sich in Köln ein Träger mit acht Plätzen beteiligt hat. Darüber hinaus gibt es zwischen einem Werkstattträger und Lernbehindertenschulen eine enge Kooperation, um während des Schulbetriebes handwerkliche Fähigkeiten zu fördern.

Prof. Dr. Ingo Richter: Vielen Dank, Herr Henkel, für die ergänzenden Erläuterungen zu Ihrem Praxisbericht. Welche Fragen gibt es in dem diskutierten Zusammenhang?

Richard Isselhorst, Leiter des Jugendamtes der Landeshauptstadt Düsseldorf: Die Frage, die sich seit einiger Zeit stellt, lautet: Wie erreicht man die entsprechenden Jugendlichen? Herr Henkel hat eine Möglichkeit genannt - über aufsuchende Sozialarbeit, über Straßensozialarbeit. In Düsseldorf gibt es auch in der Sozialhilfe eine Reihe Jugendlicher, die jetzt alle direkt angesprochen wurden.

Für mich stellt sich eine spannende Frage: Wie erreichen wir Jugendliche, die überwiegend aus einer Perspektivlosigkeit heraus die Verantwortung für ihre eigene berufliche Entwicklung bereits abgegeben haben? Stimmen unsere Programme der Berufsberatung in den Schulen noch? Mich würden dabei vor allem die Erfahrungen der Kolleginnen und Kollegen aus Köln und Magdeburg interessieren. Die Tatsache, dass gerade in Köln das Programm nicht in dem erwartenden Maße angenommen wurde, wie es soeben beschrieben wurde, gibt uns neue Fragen auf.

Eine weitere Frage lautet: Behindern Finanzierungsstrukturen das Erreichen von Zielen? Denn wir alle arbeiten in Kombinationsprogrammen; alle Werkstattprogramme sind praktisch kombifinanzierte Maßnahmen. Grob gesehen ist es beispielsweise in Düsseldorf so: Ein Drittel der Projektmaßnahmen trägt das Arbeitsamt, ein Drittel die Stadt und ein Drittel andere. In der Regel ist ein Projekt von Richtlinien oder gar Gesetzen mehrerer staatlicher und kommunaler Institutionen abhängig. Diese Abhängigkeit von jeweiligen Richtlinien anderer bereitet Trägern große Probleme.

Hermann Jung, *Leiter der Abteilung Berufsberatung des Arbeitsamtes der Stadt Köln*: Dieses zweifellos existierende Problem muss politisch gelöst werden. Solange es nicht gelöst wird, brauchen wir eine wirklich gute Kooperation. Jeder von uns empfindet es wohl auch als Auftrag, Widersprüche und Wirrnisse zu entschärfen oder zu beseitigen.

Hinsichtlich der Frage der Vorbereitung an den Schulen muss man meiner Meinung nach ganz klar sehen, dass sich auch die Methoden verändern. Ich habe in meinem Praxisbericht versucht, das am Beispiel der Frühabgänger darzustellen. Bei den Projekten für Frühabgänger war es interessant zu beobachten, dass Lehrer das Projekt missverstanden hatten und mit den Jugendlichen berufserkundende Ausflüge machten. Sie stellten selbst fest, dass das wenig oder nichts brachte. Was dann? - wurde gefragt. Eine Lehrerin machte darauf aufmerksam, dass es notwendig sei, gemeinsam mit Berufsberatern darüber zu diskutieren, wie der Unterricht für diesen Personenkreis besser gestaltet werden könnte und sollte, um einen positiven Effekt zu erzielen.

Für uns war es natürlich sehr hilfreich, dass diese Anregung aus dem Lehrerkreis selbst kam. Die bisher gemachten Erfahrungen besagen, dass ein solches Bemühen erfolgreich sein kann. Man muss sich einer Zielgruppe zuwenden und sich sehr präzise Gedanken darüber machen, was sie braucht und umsetzen kann.

Prof. Dr. Ingo Richter: Hinsichtlich des Erreichens von Jugendlichen möchte ich nun Magdeburger Erfahrungen ansprechen. Herr Förster erwähnte in seinem Praxisbericht, dass in der Stadt 360 Schulschwänzer erfasst sind, wobei aber das Projekt für zwölf Jugendliche gedacht war. Was ist denn mit den anderen 348 Jugendlichen?

Angelika Achatzi, *Leiterin des Sachgebietes Jugendsozialarbeit im Jugendamt der Landeshauptstadt Magdeburg*: Die Analyse des Staatlichen Schulamtes Magdeburg hatte ein ziemliches Erstaunen bei den Fachkräften, vor allem der sozialen Arbeit, ausgelöst. Im Jahr 1997 wurden in Magdeburg in Kooperation zwischen Jugendhilfe und dem Bereich Schule die ersten Projekte durchgeführt; man ging von 80 Schulverweigerern aus.

Die Angebote, die in Schulen in zwei Klassen organisiert wurden, eines bei einem freien Träger, existieren nicht mehr, weil es die strukturellen Gegebenheiten einfach nicht mehr ermöglicht hatten. Einerseits bereitete uns das Schulgesetz arge Schwierigkeiten. Es war nicht möglich, eine Schulortverlagerung für die betreffenden Schüler

vom Kultusministerium genehmigt zu bekommen. Die Strukturen, die die Jugendhilfe zu bieten hat, waren mit den schulischen Komponenten einfach nicht in Einklang zu bringen. Dieses Problem konnte nach wie vor noch nicht gelöst werden. Andererseits möchte ich auf folgenden Aspekt hinweisen: Die Klassen, die an Schulen selbst für die Zielgruppe eingerichtet wurden, konnten nicht ausreichend mit sozialpädagogischem Fachpersonal ausgestattet werden.

Wir stehen leider erneut so ziemlich am Anfang. Das eine gegenwärtig existierende Projekt, das sich ganz speziell an einen Personenkreis richtet, bezieht sich auf Jugendliche, die die allgemeine Schulpflicht erfüllt haben, die Berufsschulpflicht aber noch nicht. Die zwölf Plätze sind wirklich ein minimaler Anteil, wenn man sich vergegenwärtigt, dass 65 Schulbummler allein in dieser Zielgruppe in Magdeburg registriert sind.

Ideen gibt es eine ganze Menge, aber die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sachgebietes Schulsozialarbeit des Jugendamtes und des Staatlichen Schulamtes, die sich mit diesen Problemen beschäftigen, stehen erst am Anfang. Meiner Meinung nach geht es jetzt vor allem darum, mit dem Kultusministerium und der Schulbehörde gemeinsam zu überlegen, wie man vor allem Hürden abbaut, um zu erreichen, Lehrer an den von der Jugendhilfe vorgeschlagenen Projekten zu beteiligen und Jugendhilfeangebote im Rahmen von Schulpflichterfüllung zu ermöglichen. Derzeit schließt sich das leider eher aus, als dass eine sinnvolle Kooperation entstehen könnte.

Rudolf Förster, *Leiter des Jugendamtes der Landeshauptstadt Magdeburg*: Ich möchte ein wenig ergänzen. Was die Veränderung von Schule betrifft, so ist diese zu lange mit der eigenen Strukturierung beschäftigt. Bei den Lehrern bestimmt die zuge dachte Rolle natürlich auch das eigene Handeln. Lehrer sind bei bestimmten Dingen sehr zurückhaltend; sie möchten sich lieber in familiäre Dinge und Notwendigkeiten nicht einmischen. Ich denke, ein Teil der Lehrer muss hier im eigenen Verhalten sicherer werden.

Eine wichtige Aufgabe ist auch das Wahrnehmen von Schulbummlern. Am Vorplatz des Magdeburger Hauptbahnhofes gibt es bereits vormittags eine Szene mit Punkern. Wir merkten ebenso, dass Kinder zwischen 12 und 14 Jahren vormittags zu einer Zeit in Freizeiteinrichtungen auftauchten, zu der sie nicht hätten kommen können, wenn sie zur Schule gegangen wären. Die Jugendlichen wurden aber nicht exakt erfasst. Es wurden Schulstrafen ausgesprochen, Ausschluss von der Schule für zwei Wochen, was für sich spricht und was ich nicht näher kommentieren möchte.

Es gab von der Schulbehörde Schreiben an das Ordnungsamt und daraus resultierend Ordnungsbescheide an die Eltern. Daraufhin wurden auch Gespräche beim Sozialen Dienst des Jugendamtes geführt. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendamtes hatten sich verstärkt bemüht, an bestimmte Familien heranzukommen. Wir mussten feststellen, dass es Eltern nicht gelungen war, ihre Kinder zu motivieren, die Schule wieder zu besuchen. Eltern waren hilflos und sahen für sich aus eigener Kraft keine Möglichkeit, diese Hilflosigkeit zu überwinden.

Es wurde nach unseren Erfahrungen allerdings davon ausgegangen, dass es sich um 30 bis 40 Jugendliche handeln würde, die die Schule regelmäßig schwänzen. Die Zahl von 360 Jugendlichen, die das Schulamt vor acht Wochen bekanntgab, überraschte uns mächtig. Aber Kultusministerium, Staatliches Schulamt, Sozialministerium und die großen Städte haben den Handlungsbedarf angenommen.

Henrik von Bothmer: Ich möchte hervorheben, dass bisherige Zahlen über Schulflüchtige, Schulverweigerer oder Schulbummler - sofern überhaupt welche genannt werden - höchst spekulativ sind. Meines Wissens gibt es keine einigermaßen verlässliche Erhebung darüber, wie viele es tatsächlich sind. Das hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass auch die Schulen nicht wirklich ein Interesse daran haben, die allgemeine Schulpflicht in jedem Fall durchzusetzen. Natürlich läuft der Unterricht besser, wenn die frustriertesten und desillusioniertesten Schülerinnen und Schüler nicht in der Klasse sind.

Was sollte also eine Lehrerin oder einen Lehrer bewegen, sich diese Jugendlichen notfalls mit Hilfe der Polizei in den Unterricht zu holen? Und deshalb ist es auch nachvollziehbar, wenn die Schulen gar kein besonderes Interesse daran haben, öffentlich deutlich zu machen, um wie viele Kinder und Jugendliche es sich tatsächlich handelt. Was aber - soweit ich informiert bin - auch die Erfahrung in Köln gezeigt hat, ist das Urteil, dass es sehr wahrscheinlich erheblich mehr sind als man - öffentlich - annimmt.

Zu einem inhaltlichen Aspekt: Aus Magdeburg wurde berichtet, dass dort mit relativ traditionellen Maßnahmen an die Zielgruppe der Schulbummler herangegangen wird, indem der Schulverweigerung mit - vielleicht etwas verändertem - Schulunterricht begegnet werden soll. Aber ist es nicht gerade so, dass da das Problem drinsteckt? Gerade diese Jugendlichen gehen doch in der Regel deshalb nicht zur Schule, weil die Schule ihnen immer wieder Versagenserfahrungen gebracht und Minderwertigkeitsgefühle vermittelt hat. Insofern sind nach vielerlei Erfahrungen schulische oder auch nur schulähnliche Angebote für diese Zielgruppe der am wenigsten sinnvolle und erfolgversprechende Zugang.

Rudolf Förster: Wir haben nun gemeinsam bei einem Projekt zum ersten Mal erreicht, dass der Schulort verlagert wird. In diesem Werkstattprojekt wird nicht den ganzen Tag schulisch unterrichtet, sondern zunächst erst einmal zwei Stunden. Das wird nach Projektmethodik auch mit den Tätigkeiten verknüpft, die die jungen Leute dort machen. Nicht der blanke Schulstoff steht im Vordergrund, sondern der Bezug zur praktischen Tätigkeit.

Es wird nur ein Teil der Jugendlichen erreicht, die Schule verweigern. In manchen Situationen, wenn sich Schulverweigerung noch nicht verfestigt hat, sind nach meinen Erfahrungen mitunter auch Gespräche ausreichend, die auf einen Schulwechsel abzielen. Ein differenziertes Vorgehen scheint dringend nötig zu sein. Meiner Meinung nach erreichen wir mit diesem Werkstattprogramm insbesondere junge Leute, die tatsächlich Lust und Spaß an handwerklicher Arbeit haben.

Es gibt dabei meiner Meinung nach noch eine ganze Menge Reserven, gerade solche Programme im Stadtteil einzurichten, wo junge Leute für sich selbst etwas schaffen können - so die Herrichtung von Jugendräumen, die Gestaltung von Sportplatzanlagen etc. Es sollte künftig mehr darum gehen, die Attraktivität im unmittelbaren Wohngebiet zu erhöhen, damit auch Selbstvertrauen und Selbstbewusstsein in dem Lebenskreis der betreffenden Jugendlichen entsteht und wächst. In Magdeburg werden wir uns darauf konzentrieren. Es gibt 14 städtische Gebiete, wo Gemeinwesenarbeit entwickelt wird, wo gemeinsam mit Geschäftsleuten, der Polizei und mit Schulvertretern regelmäßig darüber beraten wird, wie Jugendliche besser einbezogen werden können.

Joachim Henkel: In Kurzform: Jede Behörde, die allein mit einem Problem fertig werden muss, schaut manchmal weg. Das betrifft meist die Schulen. Vielleicht würde ich auch so reagieren, wenn ich nicht im Bereich der Jugendberufshilfe tätig wäre und nicht den starken Partner Arbeitsverwaltung hätte, denn in der Regel schließen sich die Fördermaßnahmen der Arbeitsverwaltung an die Jugendhilfeangebote an.

Wir haben das in Köln so gelöst, dass die Kooperationspartner monatlich mindestens einmal zusammenkommen und die Einzelfälle besprechen. Ich habe noch nicht erwähnt - und das gilt für beide Strukturen -, dass wir besonders auch dort die Angebote haben, wo der überwiegende Teil der Benachteiligten lebt. In Kooperation von Schule, Arbeitsverwaltung, Sozialamt, Jugendamt und Wohlfahrtsverbänden sowie Trägern der freien Jugendhilfe werden geeignete Programme entwickelt und abgestimmt.

Das „Allheilmittel“ Vernetzung ist sicherlich auch zum Teil in Frage zu stellen. Ich persönlich favorisiere das auf den Einzelfall bezogene ziel- und ergebnisorientierte Handeln. Wenn beispielsweise für Jugendliche, die aufgrund von Fehlverhalten gesellschaftlich ausgegrenzt sind, individuelle erzieherische Hilfen erforderlich werden, erwarte ich auch vom Kooperationspartner Schule, dass er vorübergehend die Beschulung ebenfalls in Form der individuellen Beschulung oder Kleingruppenbeschulung vornimmt.

Dr. Sven-Olaf Obst: Ich möchte noch einmal auf die konkreten Bemühungen um die Beschulung von Kindern und Jugendlichen der von uns betrachteten Zielgruppe zurückkommen. Zwei Fragen tauchen in diesem Zusammenhang auf: Sind Ihnen dabei geschlechts- beziehungsweise altersspezifische Unterschiede im Verhalten der betroffenen Schülerinnen und Schüler aufgefallen? Es wurde erwähnt, dass es bereits im Grundschulalter deutliche Anzeichen für schulmüde Reaktionen gibt. Inwieweit könnten dann auch die von den Jugendämtern auf den Weg gebrachten Angebote altersspezifisch gestaffelt werden? Das Thema „Werkstatt“ mag für die älteren Jugendlichen hilfreich sein, für die jüngeren wohl weniger. Wie wird das in der Praxis berücksichtigt?

Prof. Dr. Ingo Richter: Danke. Ich schlage vor, aus Zeitgründen die letzten Fragen zu beantworten, um dann diese Diskussionsrunde beenden zu können. Wer möchte bitte?

Rudolf Förster: Ich denke, dass wir für Grundschüler Werkstattangebote schaffen müssen. Es gibt in Sachsen-Anhalt ein flächendeckendes Netz von Horten. Die Frage,

die sich in diesem Zusammenhang stellt, lautet: Warum sind Grundschüler in diesem System, bei dem vormittags Schulpflicht besteht und nachmittags Hort sein kann, eigentlich nicht integriert?

Es muss die Frage nach der Qualifizierung des eingesetzten Fachpersonals gestellt werden sowie die Frage danach, was über Angebote im Rahmen von Erziehungshilfen laufen kann. Die geschlechtsspezifischen Zahlen kann ich Ihnen im Moment nicht sagen. Die Aufgabe sollte in erster Linie darin bestehen, nicht nur immer neue Sondermaßnahmen zu ergreifen, sondern vielmehr im System selbst gegenzusteuern und es zu qualifizieren.

In der Stadt Magdeburg gibt es zehn Schulsozialarbeiter. Dieser Bereich muss jugendhilfeplanerisch untersetzt werden. Das Programm „Schulsozialarbeit“ läuft seit einem Jahr; es war ein ziemlicher „Schnellschuss“. Genau hier ist ein wichtiger Ansatzpunkt, vor allem in den Schulen selbst etwas zu entwickeln und die bewährten Dinge bewusst zu machen. Es sollte nicht darum gehen, immer etwas Neues draufzusetzen. Es entsteht gegenwärtig aufgrund der sinkenden Schülerzahlen in den Schulen ein großer Druck, sich zu profilieren, um seinen Schülerbestand zu sichern. Jetzt machen die Schulen schon vieles freiwillig mit, was zuvor großer Anstrengungen bedurfte.

Prof. Dr. Ingo Richter: Ich danke allen Diskussionspartnern für ihre engagierten Beiträge und Nachfragen. Kommentieren möchte ich diesen Gedankenaustausch jedoch nicht, weil die Gesprächsrunde nicht von kontroversen Positionen geprägt war, sondern vorwiegend von praktischen Erfahrungen aus Köln und Magdeburg.

Das Modell der Übergangsbegleitung

POUL ALTSCHULER

Geschäftsführer des Den Sociale Udviklingsfond (SUF), Aarhus, Dänemark

Ich wurde als der Mann aus dem Land angekündigt, in dem Milch und Honig fließen; aber es ist das Land mit den höchsten Steuern der Welt, der höchsten Preise für Autos, das Land mit der höchsten Selbstmordrate unter Jugendlichen. Trotzdem ist Dänemark immer noch ein sehr schönes, kleines Land. Ich vertrete den Sociale Udviklingsfond (SUF), eine Organisation, die 1991 gegründet wurde - **siehe Abbildung 1**. Es handelt sich um eine private Organisation, die geschaffen wurde, um Jugendliche zu unterstützen, die verschiedene Probleme haben. Damit Sie besser verstehen, wie wir arbeiten und wie das System in Dänemark strukturiert ist, muss ich einige allgemeine Details erklären.

Ziele und Methoden

Vor zwei Jahren hatte die dänische Regierung die Sozialgesetzgebung geändert. Jetzt existieren zwei Gesetze, zum einen das Gesetz über die Aktivierung; das heißt, wir beschäftigen uns mit Menschen, die Hilfe brauchen, damit diese selbst aktiv werden können. Das Ziel besteht darin, eben Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten. Zum anderen gibt es das Gesetz über Soziale Dienste sowie das Gesetz zur Reaktivierung. Das ist ein Schlüsselbegriff, der besagt, dass jeder, der in der Lage ist, eine Tätigkeit auszuführen, dabei Unterstützung erhalten sollte, diese Arbeit ab dem Alter von 18 Jahren auch auszuüben.

Zielgruppe des SUF sind junge Menschen zwischen 15 und 25 Jahren mit besonderen Problemen und Bedürfnissen. Es handelt sich um **junge Menschen mit sozialen und psychischen Problemen**, um Abgelehnte oder ausgestoßene Menschen - ausgestoßen von Familie, Schule, Ausbildung und Arbeit. Bei der Arbeit geht es vor allem um die Beziehung zwischen dem Mitarbeiter und dem jungen Menschen.

Die Projekte werden „**Bo-Selv**“ („Selber-Wohnen“) genannt. Dies weist darauf hin, dass die jungen Leute eine Wohnung oder ein Zimmer in einem normalen Milieu bekommen, denn die jungen Menschen sollen nicht isoliert werden, fernab von Familie und Freunden. Die meisten von ihnen haben große Anpassungsprobleme, weshalb sie in einen Konflikt mit ihrem Umfeld geraten. Deshalb betrachtet es das SUF-Team als seine Aufgabe, die Jugendlichen dabei zu unterstützen, dass sie in die Lage versetzt werden, wie andere junge Menschen leben zu können. Schließlich gehören die Dinge zusammen; um ein vernünftiges Leben mit Ausbildung und Arbeit führen zu können, muss man vernünftig wohnen.

Viele der vom SUF betreuten jungen Menschen waren in ihrem Leben bereits in verschiedenen Einrichtungen oder in Pflegefamilien, wobei sich mitunter eine Aversion

Der Den Sociale Udviklingsfond (SUF) auf einen Blick

Grundidee

Die „Stiftung für soziale Entwicklung“ wurde 1991 gegründet. Die Grundphilosophie der Stiftung ist es, sich verstärkt um sozial benachteiligte Jugendliche zu kümmern. Die Arbeit wird in Zusammenarbeit mit öffentlichen Instanzen durchgeführt, besonders mit lokalen Behörden. Die Stiftung arbeitet als Non-Profit-Organisation; jeder Gewinn wird zur Ausweitung des sozialen Engagements genutzt.

Methoden

Die Stiftung arbeitet mit einem multidisziplinär-präventiven Ansatz. Es ist wichtig, alle Jugendlichen in ihre unmittelbare Umwelt zu integrieren, um Veränderungen der Umfeldbedingungen zu vermeiden. Alle Aspekte des Lebens junger Leute werden in die Arbeit einbezogen: Familie, Freunde, Schule, Arbeit usw.

Zielgruppe

Jugendliche zwischen 15 und 25 Jahren mit sozialen oder psychischen Problemen.

Die Belegschaft

In der Belegschaft ist ein breites Spektrum beruflicher Qualifikationen vertreten. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weisen langjährige Erfahrungen im Umgang mit Jugendlichen auf.

Die Organisation

Der SUF wurde als Stiftung gegründet, um im Kontext des „Social Assistance Act“ zu arbeiten.

Das Kuratorium setzt sich zusammen aus:

vier Kommunalpolitikern,
einem Vertreter aus dem Bereich öffentlicher Einrichtungen,
einem Vertreter aus dem SUF-Finanzbereich,
vier Personal(Belegschafts)-Vertretern.

Die normale Leitung wird vom Geschäftsführer übernommen, der zusammen mit der Finanzverwaltung und dem Sekretariat in Aarhus ansässig ist.

Abbildung 1

gegenüber Sozialpädagogen oder Sozialarbeitern und deren Regeln herausgebildet hat. Sie wünschen sich ein normales Leben, wobei sie wissen, dass es ihnen schwerfällt, selbst klar zu kommen. Deshalb geben ihnen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des SUF die entsprechende Unterstützung. Man kann das auch anders ausdrücken: Die Mitarbeiter sind die vernünftigen Erwachsenen, die den jungen Menschen während der Phase ihres Heranwachsens gefehlt haben. **Man könnte diese Rolle als Elternersatz bezeichnen oder als Elternersatz mit professionellem Hintergrund.**

Wenn die Mitarbeiter des SUF von **einem ganzheitlich orientierten Ansatz** sprechen, meinen sie, dass alle Aspekte des Lebens der jungen Menschen mit einbezogen werden. Sie arbeiten auf verschiedenen Ebenen - im Verhältnis zu Eltern, zum Netzwerk, zur Ausbildung, Arbeit und Freizeit. Die Art, wie mit den jungen Menschen gearbeitet wird, ist neu in Dänemark. In Dänemark gab es bisher sehr viele Institutionen, die sich mit sogenannten schwierigen Jugendlichen beschäftigten. Ich bevorzuge die Formulierung „Jugendliche mit Schwierigkeiten“.

Viele der vom SUF betreuten jungen Menschen waren zuvor völlig isoliert. Wenn ein junger Mensch in der Schule große Schwierigkeiten hatte, wurde er aus der Schule herausgenommen und mit anderen Jugendlichen mit ähnlichen Problemen zusammengebracht. Es wurde ein Lehrer angestellt, der die Aufgabe hatte, sich um diese Gruppe zu kümmern. Dabei hat sich eine Art Solidarität entwickelt. Die Schüler hatten bis zu diesem Zeitpunkt immer Lehrer, die lediglich Forderungen stellten. Das Leben vieler Jugendlicher wurde reglementiert, weshalb sie sich verweigerten. Mitunter wurde früher ein Jugendlicher in ein Umfeld gebracht, wo sogar noch mehr Pädagogen existierten. Wenn diese aufgegeben hatten, dann kamen die Jugendlichen zum SUF.

Der SUF erhält **kommunale Mittel** dafür, dass sich Mitarbeiter mit Jugendlichen beschäftigen, die Schwierigkeiten haben. Mit der Stadtverwaltung werden separate Verträge zur Betreuung jedes einzelnen Jugendlichen abgeschlossen. Wir gehen davon aus, dass diese jungen Leute 17 oder 18 Jahre alt sind und es sich wünschen, so zu leben wie die meisten anderen auch, zumindest in einem eigenen Zimmer. Sie wünschen sich auch Arbeit oder ein eigenes Auto. Sie haben jedoch ein Problem mit der Ausbildung; haben eine schlechte Schulbildung oder ihre Lese- und Schreibfähigkeiten sind sehr schlecht entwickelt.

Aspekte der Beziehungsarbeit

Für jeden betreffenden Jugendlichen wird vom SUF **ein Erwachsener als Bezugsperson** benannt, der ihn unterstützt. Es ist ein Pädagoge, der in erster Linie Mensch ist und auch demzufolge ganz normal reagiert. Häufig sagen junge Menschen zu unseren Pädagogen: *„Ein Glück, dass du kein Pädagoge bist. Ich kann Pädagogen nicht leiden.“*

Es ist sehr wichtig, dass sich der Betreuer mit seiner ganzen Persönlichkeit einbringt. Manchmal nehmen die Betreuer die Jugendlichen auch mit zu sich nach Hause oder

machen mit den betreuten Jugendlichen eine gemeinsame Reise. Es ist mitunter nicht einfach, so zu arbeiten, weil man ständig Ansprechpartner und Bezugsperson für die jungen Leute ist.

Wir haben in unserer Organisation **nur wenige Regeln**. Eine besteht darin, **dass wir immer für den Jugendlichen da sind**. Normalerweise haben die jungen Leute ihre Probleme nicht während der normalen Arbeitszeit, sondern abends, an den Wochenenden oder an Feiertagen. Unsere Mitarbeiter müssen genau zu diesen Zeiten bereit sein, sich mit den Jugendlichen und ihren Problemen auseinanderzusetzen. Sie müssen akzeptieren, dass sie **völlig unregelmäßige Arbeitszeiten** haben, dass Arbeit und Freizeit miteinander verschmelzen.

Man darf natürlich als Betreuer bei einer Party trinken, aber sich natürlich nicht mit Jugendlichen auseinandersetzen, wenn man selbst unter Alkoholeinfluss steht. Die einzelnen Betreuer sprechen mit anderen Kolleginnen und Kollegen ihre Arbeitszeit ab und koordinieren diese so, dass ein Jugendlicher bei Abwesenheit des festen Betreuers auch einen Ansprechpartner hat. So ist das Handy mittlerweile zum wichtigsten Arbeitsmittel unserer Kolleginnen und Kollegen geworden. Wenn das Handy abgeschaltet ist, dann haben sie wirklich frei. Natürlich sprechen die Betreuer mit ihren Jugendlichen über die Zeiten ihrer Abwesenheit und darüber, welcher Kollege dann Ansprechpartner sein wird. Es ist ausgesprochen wichtig, dass man das vereinbart.

Wir sprechen hier über die höchste Form von Achtung, die zwischen zwei Menschen entwickelt werden kann, selbst wenn einer davon für sein Engagement bezahlt wird. Wir nennen das Beziehungsarbeit, denn was wir tun, ist die Herstellung von festen menschlichen Beziehungen zwischen dem Sozialarbeiter, dem Sozialpädagogen und den Jugendlichen. Um das zu schaffen, brauchen wir rund **drei bis vier Monate**. **Es ist unsere Aufgabe, aktiv dafür zu sorgen, dass ein Jugendlicher aufhört, ein selbstzerstörerisches Leben zu führen**. Wir bemühen uns, die Weichen für ein sinnvoller Leben zu stellen, indem wir beraten, begleiten und helfen.

Die jungen Leute haben eine eigene Wohnung, sie haben viele Freiheiten; sie treffen andere junge Leute, mit denen sie etwas unternehmen, ins Kino gehen, essen gehen usw. Sie machen etwas miteinander, um sich in Form von „Flitterwochen“ kennenzulernen, wie ich den Aufenthalt in der Einrichtung mitunter bezeichne. Für eine Gruppe junger Menschen kann das eine sehr schöne Zeit sein.

Aber junge Leute haben in der Vergangenheit mit Erwachsenen zu oft Enttäuschungen erlebt. Sie haben zu ihren Eltern meist keine guten Beziehungen; von Lehrern wurden sie gemäßigelt und sogar der Schule verwiesen. Andere junge Menschen sind selbst von zu Hause weggegangen. Diese jungen Menschen haben kein Vertrauen zu Erwachsenen. So ist es nicht verwunderlich, dass sie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Einrichtung testen. So ist es vorgekommen, dass ein Jugendlicher nachts um zwei Uhr seinen Betreuer anrief und ihn fragte, ob dieser ihm nicht zwanzig Kronen für ein paar Zigaretten borgen könne. Sicher fällt es manchmal schwer, auf solche Tests oder Provokationen zu nachtschlafender Zeit normal zu reagieren.

Es kann auch sein, dass ein Jugendlicher, der so reagiert, ein wirklich großes Problem hat, wobei ihm die sicherlich unangemessene Frage zur Nachtzeit dazu dient, mit seinem Betreuer Kontakt aufzunehmen. Wir kennen das alle, dass man mitunter nicht so gleich ein gravierendes Problem ansprechen kann. Manche Jugendlichen versuchen auch auf solche Weise herauszubekommen, ob die Aussage wirklich ernst gemeint ist, dass wir immer für sie da sind.

In der Anfangsphase der Beziehungsarbeit versuchen wir, die Jugendlichen auch zu lehren, andere Menschen zu achten und zum Beispiel eben nicht anzurufen, wenn es nicht ganz dringend oder unumgänglich ist. Meistens hat sich das mit einem Telefongespräch erledigt; aber wir haben auch ein paar sehr einsame, isolierte junge Frauen, denen es genügt, wenn sie die Stimme ihrer Bezugsperson auf dem Anrufbeantworter hören.

Wenn vier Monate vorüber sind, dann versuchen die jungen Leute in der Regel herauszufinden, was passiert, wenn sie nicht mehr so nett sind - ob sie dann wohl auch „rausgeschmissen“ werden? Nach unserer Erfahrung gibt es nach den vier Monaten vielerlei Versuche, alle Regeln zu brechen und sich so zu verhalten wie vor dem Beginn unserer Beziehungsarbeit. Das ist zweifellos die schwierige Phase, die mit viel Kraft und Geduld durchgehalten werden muss. Beispielsweise wissen wir, dass ein Drogenabhängiger Rückfälle durchmacht. Deswegen werden wir ihn nicht hinauswerfen, denn schließlich kam er zu uns wegen seines Drogenproblems. Das Gleiche trifft auch auf andere Problemkonstellationen zu - so auch bei Straffälligkeit. Es handelt sich eben um einen Prozess, bei dem es mitunter einen Schritt vorwärts und zwei Schritte zurückgeht.

Wenn wir gemeinsam mit den Jugendlichen diese Phase überstanden haben und die jungen Leute dabei feststellen, dass sie sich wirklich auf uns verlassen können, kann eine positive Entwicklung einsetzen. Wir bemühen uns dann **herauszufinden, an welcher Bildung und an welcher Arbeit sie interessiert sind**. Es gibt in unserer Einrichtung sehr viele Möglichkeiten. Wir unterstützen die jungen Leute beispielsweise mit Wohnungen oder mit einem Zimmer. Es handelt sich meist um Wohnheime, wo sie sehr niedrige Mieten zahlen.

Jede Gemeinde in Dänemark hat eine ganze Reihe Programme und Projekte, um Jugendliche zu motivieren und zu aktivieren, so zum Beispiel „Junge Menschen in Arbeit“. Jugendliche hatten dieses Projekt einmal in „Dumme in Arbeit“ umbenannt, weil diese Arbeit nach Einschätzung von Jugendlichen keine richtige Arbeit sei. Sie arbeiten in der Forstwirtschaft oder in kleinen Unternehmen, wo sie irgendwelche nebensächlichen Sachen machen. Es gibt eine Menge Programme und Dinge, die die Jugendlichen lernen können. Viele der jungen Leute müssen es lernen, früh aufzustehen, um zur Arbeit zu kommen. Wenn sie damit Probleme haben, dann sind Betreuer morgens da und holen sie aus dem Bett.

Nach einiger Zeit finden die Mitarbeiter des SUF in der Regel heraus, was die Jugendlichen tun wollen und tun sollten und welche Bildung dafür zweckmäßig erscheint.

Wenn wir soweit gekommen sind, dann können wir auch feststellen, wo sie diese Bildung nachholen können. Wenn junge Leute beispielsweise mit dem Lesen und Schreiben Probleme haben, dann empfiehlt sich der Besuch einer Abendschule. Wir haben auch kleinere Unternehmen gefunden, die einen stark ausgeprägten Gemeinsinn haben und einen entsprechenden Ausbildungsplatz zur Verfügung stellen, den die Gemeinde finanziert. Die Jugendlichen selbst bekommen wenig Geld, gerade soviel, dass sie damit auskommen können.

Produktionsschulen und spezielle Programme

In Dänemark gibt es die sogenannten Produktionsschulen, über die in jüngster Zeit in Deutschland viel geschrieben wurde. Diese wurden für junge Leute ohne Schulabschluss gegründet. Sie müssen mindestens 18 Jahre alt sein; sie können eine ganze Reihe Tätigkeiten auf einer etwas höheren Ebene erlernen, denn es geht um direkte Produktion. Sie müssen vorgegebene Arbeit in einer entsprechenden Zeit leisten. Wenn junge Menschen in den Produktionsschulen zu viele Probleme machen, dann können sie dort nicht bleiben, da diese Produktionsschulen einen Schritt näher an einer ordentlichen Berufsausbildung sind. Es gibt in allen Regionen des Landes solche Produktionsschulen.

Darüber hinaus gibt es noch weitere Möglichkeiten, jungen Menschen einen speziellen Zugang zu Bildung und Ausbildung zu bieten. Einige Jugendliche jedoch sind zu schwierig und lassen sich nicht in offizielle Ausbildungsprogramme integrieren. Für diese Jugendlichen gibt es spezielle Programme. Wir fangen bei den Schwierigsten auf ganz niedrigem Niveau an, das heißt, die Jugendlichen lernen erst allmählich, früh aufzustehen und tagsüber etwas Sinnvolles zu tun. Unsere Ziele bei diesen Jugendlichen sind sehr individuell angelegt. Bei einigen dieser Jugendlichen besteht die Hoffnung, dass sie sich recht gut entwickeln werden. Einige von ihnen werden immer „Kunden“ des Sozialhilfesystems bleiben, aber andere werden doch Zugang zu regelmäßiger Arbeit und Ausbildung finden, werden studieren oder eine ganz normale Ausbildung mit der Perspektive durchlaufen, eine regelmäßige Arbeit aufzunehmen.

Methodische Grundlagen und Erfordernisse

Ich habe zu Beginn meines Berichtes bereits über die Schwierigkeiten unserer Arbeit gesprochen. So glaube ich, dass auch in den Unternehmen eine ganz spezifische Personalpolitik entwickelt werden muss. Die Leute, die bei SUF arbeiten, sind sehr engagiert. Bei ihnen besteht aber die Gefahr, dass sie „ausbrennen“. Sehr wichtig sind in diesem Zusammenhang meines Erachtens folgende Aspekte:

Es muss eine **freie Wahl der pädagogischen Methoden** gewährleistet werden. Sie müssen selbst entscheiden können, welche Methoden am geeignetsten sind. Wir haben zum Beispiel Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die es am geeignetsten empfinden, wenn sie mit den jungen Leuten eine Bootstour oder praktische Dinge machen. Ande-

re sprechen lieber im häuslichen Rahmen mit den Jugendlichen über deren Probleme. Die Methoden sind also sehr verschieden, was auch notwendig ist.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen über eine hohe Entscheidungskompetenz verfügen und sofort reagieren können. Wir können uns in der Beziehungsarbeit mit Jugendlichen keine Bürokratie in der Form leisten, dass sie beispielsweise erst fragen müssen, ob sie für dieses oder jenes Geld bekommen können. Wenn etwas für den Jugendlichen gut ist, dann ist das in Ordnung. Das bedeutet Flexibilität seitens der Verwaltung, der Leitung.

Jedes Projekt wird von den Mitarbeitern selbst geleitet. Es gibt nur eine Person - das bin ich - mit Weisungsberechtigung gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Das ist sehr wichtig für uns. Wenn man so viel arbeitet und so engagiert ist, dann muss man das Gefühl haben, dass man die Arbeit für sich selbst tut. Die meisten Mitarbeiter haben die Projekte mit mir gemeinsam aufgebaut. Sie selbst wollten auch auf diese Weise mit den Jugendlichen arbeiten. Unsere Organisation hat dabei mit Verwaltungstätigkeit und Finanzierung geholfen, diese Projekte aufzubauen. Natürlich werden dabei die Regeln der Organisation und die verschiedenen Gesetze beachtet, auch die Steuergesetzgebung usw. - eben alles, was dabei beachtet werden muss.

Wir müssen die Probleme, denen sich junge Menschen täglich gegenübersehen, mit flexiblen Mitteln und Methoden lösen helfen, wobei wir dies mit den Mitteln der städtischen Verwaltung vergleichen: mit ihren Regeln, Bestimmungen und Verordnungen, den viel zu „engen Schuhen“... Wir versuchen, das ganz anders zu machen und sagen: Wir geben so viel wir können. Die Jugendlichen sollen sich bei ihrer täglichen Arbeit so wenig Problemen wie möglich gegenübersehen.

Nachfragen und Diskussion

MODERATION: PROF. DR. INGO RICHTER

Direktor des Deutschen Jugendinstitutes (DJI) München

Prof. Dr. Ingo Richter: Nach dem Zeitplan haben wir noch einige Minuten, um etwas näher auf den anschaulichen Bericht von Herrn Altschuler einzugehen. Gibt es Nachfragen? Bitte.

Richard Isselhorst, Leiter des Jugendamtes der Landeshauptstadt Düsseldorf: Herr Altschuler hat sehr eindrucksvoll geschildert, mit welchen sehr individuellen Hilfen in Dänemark auf junge Menschen zugegangen wird. In dem von uns diskutierten Zusammenhang würden mich besonders die Angebote interessieren, die - anders als zum Beispiel in Köln oder Magdeburg - nicht auf spezielle Werkstattprojekte ausschließlich für benachteiligte Jugendliche setzen.

Offensichtlich gibt es in Dänemark sehr viel mehr Möglichkeiten, Jugendliche mit besonderen Schwierigkeiten unmittelbar in Betrieben unterzubringen. Andererseits ist mir bekannt, dass in Dänemark auch sehr viel rigoroser als in Deutschland staatliche Hilfen gekürzt oder gestrichen werden, wenn Jugendliche diese Hilfen nicht annehmen. Dazu möchte ich gern noch etwas mehr wissen wollen.

Prof. Dr. Ingo Richter: Danke. Ich schlage vor, zunächst Fragen zu sammeln, bevor Herr Altschuler antwortet.

Dr. Sven-Olaf Obst, Leiter des Referates Allgemeine und Grundsatzangelegenheiten der Kinder- und Jugendpolitik im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin: Herr Altschuler erwähnte einen Zeitraum von drei bis vier Monaten. Ist das der Zeitraum der ambulanten intensiven Betreuung oder ist mit dieser Zeitspanne die Dauer der Maßnahme gemeint? Was kommt danach? Gibt es eine Übergangszeit mit einer lockeren Verbindung des Jugendlichen zu seinem Betreuer? Existiert auch eine Art Verlaufskontrolle? Wie erfolgreich ist denn diese Methode?

Rudolf Förster, Leiter des Jugendamtes der Landeshauptstadt Magdeburg: Ich habe zu dem aus Dänemark vermittelten Beispiel eine methodische Frage: Herr Altschuler schilderte Einzelheiten zu dem Beziehungsaufbau. Was geschieht nach der unmittelbaren Betreuungszeit? Darin scheint mir ein Widerspruch zu liegen, weil erstens drei oder vier Monate wohl nicht ausreichen, eine intensive Beziehung aufzubauen, und es zweitens schade wäre, wenn ein mit viel Mühe wachsender menschlicher Kontakt zwischen einem Jugendlichen und einem Erwachsenen nach relativ kurzer Zeit wieder endet.

Prof. Dr. Ingo Richter: Danke. Nun möchte ich Herrn Altschuler bitten, auf die Nachfragen zu antworten...

Poul Altschuler, Geschäftsführer des *Den Sociale Udviklingsfond*, Aarhus: Die vier Monate sind nur der Anfang. Wir arbeiten mit diesen jungen Leuten zwei oder sogar drei Jahre, in der Regel nicht weniger als ein Jahr. Während der ersten vier Monate passiert natürlich etwas. Wir versuchen sie irgendwo in eine Ausbildung zu integrieren oder in eine Tätigkeit. Diese vier Monate braucht man, um eine Beziehung zwischen Jugendlichen und Erwachsenen aufzubauen. Die vier Monate sind eine sogenannte Aufwärmzeit; es ist die Zeit des Miteinander-warm-Werdens. Anschließend versuchen die Jugendlichen in der Regel, den Betreuer voll auszutesten, worüber ich bereits gesprochen habe.

Wir versuchen, die jungen Leute weiter zu begleiten oder später noch einmal den Kontakt herzustellen. Wenn die Jugendlichen ein Projekt verlassen, nachdem die Betreuer festgestellt haben, dass die Beziehungsarbeit erfolgreich war, dann sind sie entweder in der Lage, auf ihren eigenen Füßen zu stehen oder man muss feststellen: Beziehungsarbeit mit diesem oder jenem bedeutet eine Verschwendung von Geld und Zeit.

In der Regel werden die Jugendlichen ein oder zwei Jahre betreut, wobei es auch einige Jugendliche gab, die acht Jahre betreut wurden. Das sind aber Ausnahmefälle. Und natürlich ist die Intensität der Betreuung während der gesamten Zeit nicht gleich hoch. Wenn jemand eine Ausbildung beginnt und sich dieser Jugendliche gut entwickelt, braucht er trotzdem weiter viel Unterstützung, zum Beispiel in den Unternehmen am Arbeitsplatz. In der Regel neigen Jugendliche dazu, alles hinzuwerfen, wenn jemand sie anspricht. Sie sind daran gewöhnt, dass sie mit jedem in Konflikt geraten; sie sind nicht daran gewöhnt, an einem Arbeitsplatz zu sein, wo die Sprache auch einmal etwas rauh ist.

Wir haben eine Vereinbarung mit den Ausbildern am Arbeitsplatz: Immer wenn mit einem Jugendlichen irgendwelche Probleme auftreten, auch kleinere Konflikte, dann ruft uns der Ausbilder an. Wir gehen dorthin und besprechen den Sachverhalt im Sinne einer einvernehmlichen Konfliktlösung. Wenn ein Jugendlicher sehr verärgert war und vielleicht auch aggressiv reagiert hatte, kommt es vor, dass dieser es vorzieht, dem Konflikt aus dem Weg zu gehen, indem er zu Hause bleibt. Dann ist es die Aufgabe des Betreuers, ihm klar zu machen, dass er selbst etwas für die Problemlösung tun muss. Gemeinsam wird dann die Sache geklärt. Diese Arbeit setzt sich über lange Zeit fort.

Es wurde noch eine Frage zur Mittelkürzung gestellt, wenn ein Jugendlicher nicht arbeiten will. Das Gesetz in Dänemark sagt aus, dass man, wenn man arbeitsfähig ist und nicht arbeitet, kein Geld bekommt. Insofern werden wir damit indirekt in unserer Beziehungsarbeit unterstützt. Wir können die Jugendlichen darauf aufmerksam machen, dass es notwendig ist, den konkret vorgeschlagenen Arbeitsplatz anzunehmen, weil sonst kein Geld zur Verfügung steht. Für manche Jugendliche ist das eine zusätzliche Motivation, aber für einige auch nicht. Manche junge Leute werden ärgerlich und meinen, die Gesellschaft sei gegen sie.

Zur Zeit ist es so, dass ganz normale Schüler nach spätestens vierzehn Tagen eine Tätigkeit in einem Projekt nachweisen müssen, wenn sie staatliche Unterstützung bezie-

hen wollen. Deshalb gibt es gegenwärtig in Dänemark eine solche Menge Programme und Projekte, so dass die Qualität nicht mehr stimmt und es problematisch wird, den Jugendlichen wirklich zu helfen.

Prof. Dr. Ingo Richter: Vielen Dank für die ausführlichen Informationen über dänische Problemlösungsansätze. Ich möchte an dieser Stelle die kurze Diskussionsrunde beenden und danke allen Beteiligten für ihr Engagement.

Prämissen und Positionen zur überbetrieblichen Ausbildung in Magdeburg

RUDOLF FÖRSTER

Leiter des Jugendamtes der Landeshauptstadt Magdeburg

1. Ausgangssituation und Grundbedingungen

In Magdeburg gibt es jährlich Schulabgänger, die eine überbetriebliche Ausbildung in Ausbildungsberufen aufnehmen. Es wird zunehmend die Tendenz deutlich, dass die Zielgruppe der überbetrieblichen Ausbildung **mit vielschichtigen Problemlagen und ausgeprägten Defiziten in der Persönlichkeitsentwicklung** in die Ausbildung eintritt. Dazu gehören:

- Zunahme von kriminellen Handlungen, Drogenkonsum, Gewaltbereitschaft (vor allem zur Konfliktlösung),
- massive Schulden,
- Zunahme von Bildungsdefiziten, verbunden mit Schulfrust sowie
- Abnahme des Einflusses des Elternhauses.

Diese erschwerte Ausgangssituation bedingt und erfordert eine höhere sozialpädagogische Kompetenz des Ausbildungspersonals sowie ein flexibles Handeln der Sozialpädagogen:

- den Einsatz von qualifiziertem Fachpersonal und kontinuierlichen Fortbildungen,
- das Erfordernis des Verfolgens eines klaren sozialpädagogischen Konzeptes und der Umsetzung von Teamarbeit,
- psychologische Beratung durch Vernetzung übergreifender Angebote für Jugendliche und Fachpersonal ermöglichen,
- in Einzelfällen erhöhten sozialpädagogischen Bedarf absichern (ganzheitliche Betreuung).

Im Rahmen der überbetrieblichen Ausbildung sollten praxisorientierte, sinnvolle Projekte realisiert werden. Die Sinnhaftigkeit, also das Erkennen der Bedeutung der täglichen Arbeit, ist auch in der Ausbildung zur Motivationsförderung der Jugendlichen unerlässlich.

Deshalb ist vor allem die Organisation geeigneter Praktikumsstellen notwendig. Auch die Zeiten für Praktika sollten flexibel entsprechend der Notwendigkeit gehandhabt werden (Verlängerung von Praktika bei Bedarf). Dadurch werden die Zugänge zum Arbeitsmarkt erleichtert. Nachbetreuungszeiten mit gezielten Angeboten zur Stellen-

suche, vertieftes Bewerbungstraining und sozialpädagogische Begleitung sind bei den ausbildenden Trägern zu fördern, um Übergänge in den Arbeitsmarkt zu unterstützen.

2. Rahmenbedingungen der Jugendhilfe für überbetriebliche Ausbildung

2. 1. Abstimmung der Förderpläne zwischen Ausbildungsträgern und Trägern von Jugendhilfeangeboten sowie Arbeitsamt und Jugendamt

In der Praxis werden individuelle Förderpläne für Jugendliche mit besonderem Hilfebedarf zwischen dem Ausbildungsträger und Jugendhilfeeinrichtungen erarbeitet, fortgeschrieben und evaluiert. Dies erfolgt in gemeinsamen Teamberatungen, an denen bei Bedarf auch verantwortliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Arbeitsamtes und des Jugendamtes mitwirken. So werden zum Beispiel mit dem Berufsberater konkrete Schritte und Zeiträume für besondere Maßnahmen besprochen, um eine Kündigung durch das Arbeitsamt zu vermeiden.

Mit Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern des Jugendamtes wird über Wohnformen, zusätzliche sozialpädagogische Begleitung oder die Nutzung von speziellen Einsatzmöglichkeiten in den Jugendwerkstätten beraten. Beispielsweise kann ein Einsatz in einer Jugendwerkstatt eine sinnvolle Alternative für einen Praktikumsplatz in einer Firma sein, wenn sich der Jugendliche in einer Krisensituation befindet.

2. 2. Initiierung von Informations- und Erfahrungsaustauschen sowie von Fortbildungsveranstaltungen zu speziellen Themen für Fachkräfte der Jugendberufshilfe

Seit 1995 werden durch das Sachgebiet Jugendsozialarbeit des Jugendamtes ein- bis zweimal jährlich Fortbildungen und Workshops für Fachkräfte der Jugendberufshilfe der freien und öffentlichen Träger der Jugendhilfe organisiert. Zu den Themenfeldern gehören methodische Ansätze der Benachteiligtenförderung wie zum Beispiel Zielarbeit, Musiktherapie, Entspannungsverfahren, berufliche Orientierung und Methoden der konstruktiven Konfliktlösung (Mediation). Diese Veranstaltungen werden von den Fachkräften sehr gut angenommen und gleichzeitig als Informations- und Erfahrungsaustausch genutzt.

2. 3. Bessere Abstimmung der Vergütung Auszubildender in den verschiedenen Förderprogrammen

Die Vergütung der Auszubildenden in den Programmen ist so unterschiedlich, dass eine demotivierende Wirkung zu beobachten ist. Hier wird dringend eine Angleichung des Ausbildungsgeldes gefordert. Für jugendliche Sozialhilfeempfänger ist die Einmündung in Ausbildung oft schwierig, da bei Wegfall der Sozialhilfe ihr Lebensunterhalt und der Erhalt der Wohnung nicht gesichert sind. Auch hier ist eine Veränderung unbedingt erforderlich (BSHG § 25).

2. 4. Beitrag der Jugendhilfe zur Unterstützung der überbetrieblichen Ausbildung in Magdeburg

Beispiel A:

Projekt „Jugend baut für Jugend - sozialpädagogisch begleitetes Jugendwohnen“ nach § 13 SGB VIII

Zielstellungen des Angebotes sind der Abbau sozialer Defizite und die Entwicklung positiver Werte, Heranführung an eine eigenständige Lebensführung, Entwicklung sozialer Kompetenzen und der Aufbau sozialer Beziehungen. Die Schaffung einer Rückzugsmöglichkeit in einen selbst gestalteten Raum sowie die Förderung der individuellen Berufs- und Lebenswegplanung sind weitere Schwerpunkte.

Die Wohnungen wurden durch Jugendliche im Rahmen berufsorientierender Projektarbeit ausgebaut und gestaltet. Bei einem Wohnprojekt handelt es sich um zwei Formen:

Erstens: Bei der ambulanten Betreuungsform wurden Wohngemeinschaften für Jugendliche (Mindestalter 18 Jahre) hergerichtet, die direkt eine Nutzungsvereinbarung mit dem Träger abschließen und über das Jugendamt eine Hilfe in Form einer sozialpädagogischen Begleitung (durchschnittlich drei Stunden in der Woche) erhalten. Die Jugendlichen können auch direkt in eigenem Wohnraum betreut werden. Zweitens: Bei der stationären Betreuungsform handelt es sich um Wohngemeinschaften für Jugendliche, die eine Jugendhilfeleistung nach § 13 Absatz 3 SGB VIII erhalten, welche über Tagessätze finanziert wird. Hier wird der gesamte Betreuungsaufwand und der Lebensunterhalt der Jugendlichen vom Jugendamt getragen. Die sozialpädagogische Begleitung beträgt etwa fünf Wochenstunden für einen Jugendlichen.

Grundsätzlich wird mit individuellen Förderplänen in Abstimmung mit den Trägern schulischer oder beruflicher Maßnahmen gearbeitet, wobei die Vermittlung positiver Erlebnisse im Freizeitbereich und die Unterstützung bei der Lebensführung wesentliche Schwerpunkte darstellen.

Träger des Angebotes ist der Internationale Bund für Sozialarbeit e. V.; Zielgruppe sind sozial benachteiligte und individuell beeinträchtigte junge Menschen, die sich in der Regel in schulischen oder beruflichen Maßnahmen befinden und im Alter zwischen 16 und 26 Jahren sind. Das Angebot besteht seit 1998. Die Betreuung erfolgt durch sozialpädagogische Fachkräfte.

Das Projekt hat vier Wohngemeinschaften mit jeweils drei Plätzen für Jugendliche, die direkt eine Nutzungsvereinbarung mit dem Träger abschließen, und zwei Wohngemeinschaften mit jeweils drei und zwei Plätzen für Jugendliche, die nach § 13 Absatz 3 SGB VIII eine Hilfe erhalten (intensivere Betreuung). Eine Wohngemeinschaft ist jeweils mit Bad, Küche und einem Wohnraum für jeden Jugendlichen ausgestattet. An der Finanzierung beteiligen sich das Jugendamt, das Bauverwaltungsamt, der Internationale Bund für Sozialarbeit e. V., das Sozialamt und das Arbeitsamt.

Das Projekt ermöglicht eine starke Vernetzung mit anderen Bereichen und Institutionen, wie zum Beispiel Sozial-, Jugend- und Arbeitsamt, Beratungsstellen und Ausbildungsträger. Im Verlauf des Projektes „Jugend baut für Jugend“ wurde deutlich, dass ein Bedarf an intensiverer Betreuung für einen bestimmten Personenkreis besteht, welcher jedoch aufgrund fehlender Angebote und deren Finanzierung nicht abgedeckt werden kann.

Beispiel B:

Projekt „Kurse zur Erhöhung der sozialen und sprachlichen Kompetenz von jugendlichen Aussiedlern im Rahmen der Jugendberufshilfe“

Zielstellung ist die individuelle Förderung im Hinblick auf eine bessere berufliche Integration, insbesondere durch die Förderung der sprachlichen Kompetenz. Schwerpunkte sind die Entwicklung und das Training sozialer und personaler Handlungskompetenzen, wie zum Beispiel Kommunikationsfähigkeit und Fähigkeit zur konstruktiven Konfliktlösung, die Unterstützung von Selbstfindung und Selbstsicherheit sowie die Stärkung des Selbstwertgefühls und Motivation zur Arbeit und zum Lernen. Über die Erarbeitung von Teilzielen sollen die Jugendlichen bei der Erreichung eines guten Ausbildungsabschlusses unterstützt werden.

Methodisch werden im Projekt Gruppenangebote, Interaktionsspiele, Rollenspiele und Sprachübungen realisiert. Die Initiierung vielfältiger praxisrelevanter Situationen, in denen die deutsche Sprache zum Einsatz gebracht werden muss, sowie die Übung und Festigung der Sprachstruktur der Jugendlichen durch Kommunikation mit vertrauten Personen, durch Gestaltung von Rollenspielen (Einsatz der verschiedenen Medien - Bücher, Video, Kamera), stehen im Mittelpunkt des Kurses. Hervorzuheben ist das Training erforderlicher Schlüsselqualifikationen, die für die praktische Arbeit in den genannten Berufsfeldern wichtig sind (Flexibilität, Kontaktfreude, Sprachgewandtheit, gute Umgangsformen etc.), insbesondere durch Analyse und Auswertung konkreter Praxissituationen. Die Jugendlichen erhalten nach erfolgreicher Beendigung des Kurses eine Teilnahmebestätigung.

Träger ist der Internationale Bund für Sozialarbeit e. V.; Zielgruppe sind jugendliche Aussiedler aus den Ausbildungsberufen Friseur, Florist, Tischler und Bauberufe im 1. und 2. Ausbildungsjahr. Das Projekt läuft seit 1998. Die Dauer pro Kurs beträgt ein Jahr berufs- beziehungsweise ausbildungsbegleitend für drei Stunden in der Woche. Im Kurs wird eine pädagogische Fachkraft/Dolmetscherin eingesetzt, es steht ein Gruppenraum im Ausbildungszentrum zur Verfügung. Die Platzkapazität beträgt zehn bis 15 Plätze. Die Finanzierung erfolgt durch den Internationalen Bund für Sozialarbeit e. V. und das Jugendamt.

Der Kurs hat eine hohe präventive Wirkung zur Bewältigung allgemeiner Berufs- und Lebensanforderungen, unter anderem im Zusammenhang mit Möglichkeiten der konstruktiven Konfliktbearbeitung. Der Kurs ist geprägt von einer hohen Motivation der Teilnehmerinnen und Teilnehmer aufgrund einer engen Anbindung an die Ausbildungsstätte. Künftig muss eine stärkere Einbindung der pädagogischen Fachkraft in

sozialpädagogische Fortbildungen zur Erweiterung der Methodenkompetenz ermöglicht werden.

3. Welche Zugänge zum Arbeitsmarkt haben Jugendliche?

Gute Erfahrungen wurden in Magdeburg mit folgenden Angeboten gemacht: Die Jugend-ABM-Projekte, welche Qualifizierungsmodule, sozialpädagogische Begleitung, Praktika in Firmen und Seminare zur beruflichen Orientierung beinhalten, bereiten junge Erwachsene sehr intensiv auf den ersten Arbeitsmarkt vor. Projekte für jugendliche Sozialhilfeempfänger mit hohen Praktikumsanteilen und der Kopplung mit Lohnkostenzuschüssen zur Vermittlung in Firmen sind immer dann erfolgreich, wenn die Jugendlichen in Jugendwerkstätten gezielt auf Anforderungen des Arbeitsmarktes vorbereitet wurden. Weiterhin sind Maßnahmen, die durch die Kopplung von ABM und Fortbildung zu einem Berufsabschluss führen, für junge Erwachsene eine geeignete Möglichkeit, ihre Chancen für den Arbeitsmarkt zu verbessern.

4. Empfehlungen zur Qualitätsentwicklung

Nach Beendigung einer Ausbildung beziehungsweise auch nach Abbruch einer Maßnahme sollte ein sofortiges Angebot nach dem Motto „Fördern durch Fordern“ für die Jugendlichen initiiert werden, die besondere Probleme bei der Arbeitssuche haben (Orientierungsschwierigkeiten, Motivationslosigkeit). Zielstellungen sind die Vermeidung längerer Zeiten der Arbeitslosigkeit („Einrichten“ in der Arbeitslosen- beziehungsweise Sozialhilfe), die Förderung von Eigeninitiative und sozialen Kompetenzen, die einen kreativen Umgang mit der Situation der Arbeitslosigkeit ermöglichen.

Durch das Angebot von Orientierungs- und Informationskursen können diese Ziele erreicht werden. Dabei geht es um die Erarbeitung von Zielen für den beruflichen Werdegang und konkrete Schritte (Fahrplan in den Beruf) in Kooperation zwischen Arbeits- Jugend- und Sozialamt sowie um die Unterbreitung von drei Angeboten, die dem „Fahrplan“ unter Einbeziehung der real vorhandenen Möglichkeiten gerecht werden. Anschließend muss eine gemeinsame Auswertung der Entscheidung des Jugendlichen erfolgen. Bei Ablehnung aller Angebote und fehlender Mitwirkung sind Konsequenzen im Leistungsbezug deutlich zu machen und zu realisieren.

5. Abschließende Bemerkungen

Es besteht die Notwendigkeit, dass die Jugendhilfe in Zukunft stärker ihrem Einmischungsauftrag in Bezug auf die Politikbereiche, die maßgeblich für die Ausbildungs- und Arbeitsmarktsituation verantwortlich sind, gerecht werden und Veränderungen einfordern muss. Gleichermäßen hat Jugendhilfe einen wesentlichen Beitrag an den Schnittstellen zwischen Schule-Beruf-Arbeitswelt zu leisten. Hierbei nimmt die Ent-

wicklung und Förderung sozialer Kompetenzen und Schlüsselqualifikationen durch komplexe Angebotsstrukturen einen zentralen Platz ein.

Zunehmend muss eine Verknüpfung von Angeboten der Jugendarbeit, der politischen Jugendbildung und der Jugendsozialarbeit Praxis werden. Dabei sind insbesondere für benachteiligte Jugendliche die Möglichkeiten des Sammelns von Auslandserfahrungen im beruflichen Kontext zu erweitern. Jugendliche sind bereits durch das Bildungssystem auf die europäischen Anforderungen vorzubereiten. Angebote der Benachteiligtenförderung müssen stärker als bisher den konkreten Praxisbezug in Verbindung mit Erfolgserlebnissen für Jugendliche erfahrbar machen (Ernstcharakter der Arbeit) sowie konkrete und realistische Zukunftsperspektiven gemeinsam mit den Jugendlichen erarbeiten.

Diskussion und Nachfragen

MODERATION: HENRIK VON BOTHMER

*Geschäftsführer der Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit,
Jugendaufbauwerk (BAGJAW), Bonn*

Henrik von Bothmer: Ich möchte ganz direkt fragen: Gibt es Anmerkungen oder Nachfragen?

Reinhard Mach, 1. Beigeordneter im Landkreis Ludwigslust, Mecklenburg-Vorpommern: Wir haben die Erfahrung gemacht, dass der Übergang von Jugendlichen in eine betreute Wohnform immer dann problematisch war, wenn es nicht gelang, negative Einflüsse aus der Clique der Jugendlichen auszublenden. Wenn Cliques, die durch Arbeits- und Schulbummelei sowie Alkohol- und Drogenmissbrauch in Verbindung mit kriminellen Handlungen gekennzeichnet sind, ihren Einfluss behalten, gehen Betreuung und Ausbildung oft daneben. Daraus ergibt sich eine Frage: Ist dieses Problem zu beherrschen?

Rudolf Förster, Leiter des Jugendamtes der Landeshauptstadt Magdeburg: Das Problem besteht meines Erachtens darin, dass sich durch den vermehrten Wohnungsleerstand der Jugendliche selbst Wohnraum suchen kann. Wenn Jugendliche irgendwo selbständig ihren Alltag organisieren, dann tritt ein Problem auf. Auch Ausbildungsbetriebe spüren deutlich, dass junge Leute zum Teil nicht mehr kommen oder unpünktlich werden. Unsere Strategie sollte meiner Meinung nach darin bestehen, dieses verselbständigende Wohnen sozialpädagogisch zu begleiten, indem vor allem auch auf Normen aufmerksam zu machen ist. Die Rückkehr in das Elternhaus ist in wenigen Fällen möglich. Denn wenn Jugendliche plötzlich von zu Hause ausziehen, hat das meist eine Vorgeschichte.

Henrik von Bothmer: Ich möchte gern noch einmal bei Herrn Förster nachfragen. Welche Rahmenbedingungen sind für Jugendliche, insbesondere für benachteiligte Jugendliche, notwendig für eine erfolgreiche außerbetriebliche Ausbildung? Welche qualitativen Elemente und Rahmenbedingungen müssen in einer solchen Ausbildung vorhanden sein? Ich frage damit nach konzeptionellen und zielgerichteten Aspekten: Wie werden die angesprochenen 2.500 oder 3.000 Jugendlichen in Wohnungen eingesetzt und begleitet, wie werden sie bei der Wohnungssuche unterstützt und wie lernen sie, mit den entstehenden Problemen umzugehen?

Rudolf Förster: Wir haben in Magdeburg dafür keine langfristige Planung. Die Notwendigkeiten werden in den Arbeitsgemeinschaften formuliert oder im Hilfeplanverfahren dargestellt. Die Analyse, welche Formen der Begleitung angenommen werden, ist wichtig. Mit den Ausbildungsbetrieben und mit der städtischen Wohnungsbaugesellschaft wird Wohnraum als Betreutes Wohnen oder als sozialpädagogisch begleitetes Wohnen bereitgestellt.

Für junge Menschen ist es oft nicht erstrebenswert, im Betreuten Wohnen nur noch über ein Taschengeld zu verfügen. Es gibt also ein konzeptionelles Herangehen, das am Bedarf orientiert ist. Natürlich besteht die Zielstellung nicht darin, 2.000 Personen beim Wohnen zu begleiten. Junge Leute sollten aber in einer Region untergebracht sein, in der sie für ihre Freizeit auch einen Anlaufpunkt haben. Das kann eine Freizeiteinrichtung oder eine Jugendberatungsstelle sein. Es muss auch dabei jeweils über die Notwendigkeit und Eignung entschieden werden. Der junge Mensch muss sich für einen konkreten Weg entscheiden und erreichbare Schritte für die nächste Entwicklung vereinbaren. In den meisten Fällen sind diese jungen Menschen in überbetrieblichen Ausbildungen und somit in einem bereits strukturierten System.

Zu den Mietmodellen lässt sich Folgendes sagen: Es gibt Wohnungen, die von einem Träger dauerhaft gemietet sind, in denen Jugendliche nachrücken, wechseln. Andererseits gibt es Wohnungen, die von Jugendlichen selbst angemietet werden. Hier kann differenziert werden. Bei Unsicherheiten und erheblichem Hilfebedarf wird es sich wohl von vornherein empfehlen, einen Jugendlichen in einer vom Träger gemieteten Wohnung unterzubringen, wo der Charakter des Betreuten Wohnens am deutlichsten ist.

Michael Brüggemann, *Leiter des Berufsförderungszentrums Magdeburg des Kolping-Bildungswerkes Magdeburg e. V.:* Zu dem Problem hat auch das Kolping-Bildungswerk einige Praxiserfahrungen. Wir können letztlich nicht daran vorbei, dass Jugendliche ihr Elternhaus verlassen und sich eine eigene Wohnmöglichkeit suchen. Das ist doch ein ganz normaler Prozess. Wir sollten uns allerdings bemühen, diesen Prozess etwas zu steuern. Das Angebot an Wohnraum ist in Magdeburg sehr groß und relativ preiswert, so dass die Jugendlichen keine Schwierigkeiten mehr haben, Wohnraum zu finden. Für Jugendliche ist der Umzug in eine eigene Wohnung auch lukrativ, da damit der Bezug von Berufsausbildungsbeihilfe ermöglicht wird. Den Jugendlichen werden vielerlei Kosten erstattet, was das Bedürfnis nach eigenem Wohnraum verstärkt.

Die Jugendlichen fühlen sich natürlich viel freier und feiern Partys bis in die Nacht mit vielen Leuten, was für die Ausbildung nicht förderlich ist. Unsere Sozialpädagogen müssen in dieser Situation reagieren und versuchen, den Großteil ihrer Tätigkeit auf die Wohnung des Jugendlichen zu verlagern. Die Schwierigkeit besteht dabei darin, dass sehr viel sozialpädagogische Kapazität gebunden wird. Ich könnte mir vorstellen, die ambulante Betreuung in Wohnungen zu verstärken, die die Jugendlichen selbst anmieten. Das wäre auf jeden Fall kostengünstiger, als eine Einrichtung zu finanzieren.

Henrik von Bothmer: Danke. Gibt es weitere Anmerkungen oder Nachfragen?

Rudolf Förster: Ich habe eine Nachfrage direkt an den Moderator, weil aus der Antwort durchaus Ideen kommen könnten. Was wäre für Sie denn in solchen Fällen ein strategisches Konzept gewesen?

Henrik von Bothmer: Es reicht wohl jetzt die Zeit nicht, das weiter auszuführen. Ich möchte deshalb nur kurz so viel andeuten: Einen Teil dessen, was ich mir vorstelle, hat

Poul Altschuler in seiner Konzeption dargestellt: diese relativ enge Verbindung von Jugendwohnen mit Angeboten der beruflichen Qualifizierung. Das muss meines Erachtens von vornherein klarer zusammengedacht werden. Das Selber-Wohnen müsste pädagogisch viel stärker als Wohnen-Lernen konzipiert sein und als integraler Teil einer ganzheitlichen Förderung des jungen Menschen begriffen und geplant werden. Dass man gegebenenfalls reagieren muss, wenn sich Jugendliche aus einer Maßnahme selber eine Wohnung suchen, ist auch klar. Aber darum ging es mir in diesem Zusammenhang nicht so sehr.

Rudolf Förster: In Magdeburg machen wir etwas Ähnliches wie in der vorgestellten Einrichtung in Dänemark, wobei unser Ziel aber nicht darin besteht, die Jugendlichen länger zu betreuen. Das begonnene Projekt basiert auf der Idee der ambulanten intensiven Betreuung. Dabei gibt es vier Partner - das Jugendamt, zwei freie Träger und der Sozialdienst der Polizei. Ein Team begleitet junge Leute über ein Vierteljahr hinweg, um Beziehungen, die im Netzwerk noch existieren, zu stabilisieren oder neu aufzubauen. Das Projekt begann im Frühjahr 1999, so dass ich über Erfahrungen heute und hier noch nicht berichten kann.

Henrik von Bothmer: Vielen Dank, Herr Förster. Ich möchte überleiten. Tendenziell werden die Rahmenbedingungen als nicht unbedingt zweckmäßig bezeichnet. Was mich in diesem Zusammenhang interessiert, ist die Antwort auf die Frage nach den dennoch vorhandenen Stärken und Möglichkeiten, beispielsweise zwischen dem jeweiligen Träger in Kooperation mit dem Arbeitsamt und dem Jugendamt, um Jugendlichen unter den Rahmenbedingungen trotzdem noch eine einigermaßen erfolgreiche und zukunftssträchtige Ausbildung zu vermitteln.

Richard Isselhorst, Leiter des Jugendamtes der Landeshauptstadt Düsseldorf: Ich sehe schon das Problem der Ausschreibungen im Zusammenhang mit der Qualität. Die Frage ist, welche Qualität bieten diejenigen, die Ausschreibungen gewinnen, weil sie mit den Personalkosten den tarifgebundenen Träger erheblich unterschreiten können? Bieten diese tatsächlich Qualität?

Bei den Berichten aus Magdeburg ist mir erneut sehr deutlich geworden, dass wir total unterschiedliche Bedingungen bei den Ansätzen der Jugendhilfe zwischen den rheinischen Großstädten und zumindest der Großstadt Magdeburg haben. Wir haben zum Beispiel in Düsseldorf bei dem Verhältnis zwischen Ausbildungsplätzen und Ausbildungsplatzbewerbern 20 Prozent mehr; das heißt, für 100 Bewerber stehen 120 Ausbildungsplätze im Angebot zur Verfügung.

Insofern ist natürlich der Ansatz der Jugendhilfe im Rheinland ein völlig anderer; das heißt, die Jugendhilfe konzentriert sich auf die sogenannten benachteiligten Jugendlichen. Bei unserer Struktur ist es nicht unsere Aufgabe, die gesamte strukturbedingte Jugendarbeitslosigkeit anzugehen. Vielmehr können wir uns auf Jugendliche ohne Schulabschluss konzentrieren. Natürlich haben einige Ruhrgebietsstädte wesentlich mehr Ausbildungsbewerber als Ausbildungsplätze. Aufgrund der Infrastruktur wäre es allerdings leicht, von Bochum nach Düsseldorf zu fahren und dort einen Ausbil-

dungsplatz anzunehmen. Das ist ein Faktor, den man sehen muss, wenn man Programme gestaltet.

Der zweite Faktor: Für mich sind tatsächlich die Antworten auf die Frage nach Abbruchquoten, Prüfungsergebnisquoten und Vermittlungsquoten Indikatoren für die Qualität dieser Arbeit. Nur muss man sie dann darauf beziehen: Welche Chancen hat man denn überhaupt bei der Vermittlung, wenn man auf einen Arbeitsmarkt mit einer Arbeitslosenquote von 20 Prozent trifft?

Ein anderer Aspekt ist die Abbruchquote. Die Prüfungsquote erscheint mir im Moment nicht so gravierend zu sein, weil all diejenigen, die zur Prüfung kommen, zu 90 bis 100 Prozent bestehen. Die anderen steigen nämlich vorher aus. Deshalb ist die Abbruchquote eher Indikator als die Prüfungsquote. Auch da muss man schauen, wer denn in Ausbildung gekommen ist. Sind es erheblich benachteiligte Jugendliche, dann ist die Abbruchquote in der Regel eine andere als die Quote bei Jugendlichen, die sich aufgrund einer strukturbedingten Arbeitslosigkeit umorientieren mussten, deren Sozialverhalten sich aber von dem der stark Benachteiligten unterscheidet. Dadurch kommen andere Ergebnisse zustande.

Diese Tatsachen müssen auch zu unterschiedlichen Ansätzen in den Förderprogrammen führen. Das muss herausgearbeitet werden. Man muss auch danach schauen, welche Freiheiten man den örtlichen Kooperationspartnern, den Arbeitsämtern, den Jugendämtern und anderen lässt.

Hermann Jung, *Leiter der Abteilung Berufsberatung des Arbeitsamtes der Stadt Köln*: Die Frage nach den Auswirkungen der VOL-Ausschreibungen halte ich unter den Gesichtspunkten der Rahmenbedingungen und der Qualität für äußerst wichtig.

Henrik von Bothmer: Mir geht es eigentlich darum, gerade unter solchen Bedingungen wie in Magdeburg, wo doch offensichtlich deutlich wird, dass die wirtschaftliche Situation überhaupt keine sichere Prognose zulässt, wohin, also in welche Berufe, denn ausgebildet werden kann und welche halbwegs sichere Perspektiven für Ausbildung existieren. Es müsste doch eigentlich viel mehr die Frage im Vordergrund stehen, welche Qualitätskriterien denn in der Ausbildung existieren, die trotz dieser Unsicherheit ein möglichst hohes Maß an Zukunftsperspektive vermitteln.

Das sind aus meiner Sicht erstens Berufe, die eine breite Grundqualifikation vermitteln, also sicherlich keine Spartenberufe, weil diese eben nur eine sehr geringe Anwendungsbreite haben. Das sind zweitens - und das ist das Entscheidende - persönliche Kompetenzen, mit einer Situation umzugehen, die überhaupt keine gesicherte Berufstätigkeit ermöglicht, sondern die es eher sehr viel wahrscheinlicher macht, dass sich Zeiten von Gelegenheitsbeschäftigung mit Zeiten von Arbeitslosigkeit oder kleinen Selbständigkeiten abwechseln. Und dabei ist vor allem die Jugendhilfe gefragt. Das ist doch der qualitative Aspekt einer Berufsausbildung unter solchen schwierigen Bedingungen, dass man die jungen Menschen fit machen muss, damit sie mit einer solchen Zukunft umgehen können.

Natürlich können weder Jugendhilfe noch die Träger der außerberuflichen Ausbildung den Arbeitsmarkt verändern. Aber ich denke schon, dass sich Jugendhilfe und die Träger der Jugendsozialarbeit fragen lassen müssen, was sie denn tun, um Jugendlichen nicht nur eine Formalqualifikation, sondern auch die Kompetenz zu vermitteln, mit dieser schwierigen Situation künftig umgehen zu können, ohne sich davon unterkriegen zu lassen.

Richard Isselhorst: Die Frage ist doch auch, wie flexibel wir in unseren Systemen sind, die richtigen Ausbildungen anzubieten. Wie reagieren wir, wenn wir beispielsweise bei einem Träger eine ausgeprägte Ausbildung im Druckereibereich aufgelegt haben, dort aber massiv Arbeitsplätze abgebaut werden, weil überall Copyshops wie Pilze aus dem Boden wachsen? Das Arbeitsamt wollte in diesem Fall die Zahl der überbetrieblichen Ausbildungsplätze um 50 Prozent reduzieren. Der Träger hatte jedoch das Personal mit festen Arbeitsverträgen eingestellt, er hatte investiert, zum Teil aus Eigenmitteln. Plötzlich sollte ihm die Zahl der Plätze halbiert werden ...

Sind wir denn ausreichend flexibel? Ich kenne diese Situation aus dem Behindertenbereich der 70er Jahre. Es wurde im Berufsausbildungswerk im Bereich „Rehabilitation“ jahrelang für Berufe ausgebildet, die es gar nicht mehr gab. Das darf uns nicht passieren und deshalb stelle ich die Frage nach der Flexibilität.

Hermann Jung: Was Herr Isselhorst anspricht, halte ich für sehr gravierend. Ich sehe mit ganz großer Beklemmung die Notwendigkeit, im Rahmen der beruflichen Benachteiligtenförderung die Möglichkeiten zur Berufswahl verbreitern zu müssen. Ich glaube, dass wir dabei wirklich in einem großen Dilemma stecken. Die Einrichtungen, die ich kenne, sind aufgrund ihrer technischen Ausstattung weitgehend auf bestimmte Berufssparten festgelegt. Gleichwohl glaube ich, dass es Spielräume gibt, so beispielsweise bei IT-Berufen oder im Bereich der Mediengestaltung. Dort braucht man gar keine großen Investitionen, um die berufliche Benachteiligtenförderung und dabei vor allem die außerbetriebliche Ausbildung auch auf eine breitere Basis zu stellen.

Der Nachteil besteht bloß darin, dass die neuen Berufe Anforderungen stellen, die dieser Personenkreis gemäß der Definition kaum erfüllt. Das erste Sofortprogramm bot vielleicht die einmalige Chance, nach den Kriterien ohne Stichtage dafür einen Einstieg hinzubekommen - vor allem in Arbeitsamtsbezirken, in denen es diesen Arbeitsmarkt gibt. Als Vertreter eines Arbeitsamtes muss ich sagen: Natürlich nehme ich mich der Not unserer Träger an, wenn zum Beispiel aus verschiedenen Gründen die Kapazität halbiert werden muss. Wir müssen aber nach festen Kriterien arbeiten und urteilen.

Nur jetzt komme ich an einen Punkt, wo wir meiner Meinung nach im Rahmen dieses Workshops wohl auch überfordert sind. Zu Recht richtet sich die gesellschaftliche Grundfrage wegen eines völlig unterschiedlichen Arbeitsmarktes in beiden Teilen Deutschlands schon verstärkt an die Jugendhilfe und nicht an die Arbeitsämter. So habe ich das zumindest wahrgenommen. Man darf nicht übersehen, dass in dieser Gesellschaft keine Institution die Problematik der Verbesserung der Zukunftschancen angesichts eines desolaten Arbeitsmarktes wirklich angeht.

Der Ansatz, bei dem man beklagt, dass es bestimmte Berufe nicht mehr gibt, ist für mich ein Ansatz der Hilflosigkeit. Innerhalb der aktuellen beruflichen Strukturen muss trotzdem danach gesucht werden, welche Zukunftschancen noch bestehen. Man kann von den Arbeitsämtern meiner Meinung nach nicht erwarten, dass sie angesichts eines nicht vorhandenen Arbeitsmarktes die Berufe danach auswählen, inwieweit sie noch am ehesten Zukunftschancen - beispielsweise in der Region Magdeburg - eröffnen. Das müsste grundsätzlich angegangen werden. Solange das nicht passiert, wirken die Arbeitsämter natürlich in der geschilderten Weise mit. Aber das ist ein überfordernder Ansatz.

Henrik von Bothmer: Jetzt haben wir ein Problem. Erstens ist damit natürlich ein schönes, neues Fass mit der Bemerkung angestochen worden, dass das Arbeitsamt nichts mehr daran machen könnte. Zweitens sind wir bereits über die Zeit und drittens gibt es noch Wortmeldungen. Ich bitte nun um kurze Anmerkungen.

Michael Brüggemann: Ich denke, das ist genau der Unterschied zwischen den Trägern der Benachteiligtenförderung, die schon - wie in Magdeburg - seit 1991 tätig sind, und denen, die in jüngster Zeit im Ausschreibungsverfahren mit dazu gekommen sind. Sie alle müssen sich dessen bewusst sein oder werden, dass es bei der Zielstellung um Persönlichkeitsbildung geht und darum, Jugendliche nicht nur fachlich zu qualifizieren, sondern ihnen auch Sozialkompetenzen zu vermitteln, damit sie einmal gerüstet sind, sich den rauen Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt stellen zu können. Viele Träger versuchen das auch transparent zu machen, was auch das Arbeitsamt zu schätzen weiß. Beispielsweise Magdeburger Träger, die von Anfang an dabei sind, leisten das durchaus. Das betrifft auch die Benachteiligtenförderung.

Zu der These von dem nicht vorhandenen Arbeitsmarkt und der Suche nach geeigneten Berufen möchte ich einige Fakten erwähnen: Vor drei Jahren hatte das Arbeitsamt Magdeburg zehn oder elf Berufe ausgeschrieben, währenddessen im vergangenen Jahr 21 Berufe im Rahmen der Benachteiligtenförderung ausgeschrieben wurden.

Reinhard Mach: Ich möchte mich direkt auf die Aussagen von Herrn Jung beziehen und hervorheben, dass ich es nicht so sehe, dass der überwiegende Teil der Verantwortung in diesem System den Berufsbildungsträgern und der Jugendhilfe zukommen. Ich urteile als Mitglied des Verwaltungsausschusses eines Arbeitsamtes. Es ist mein Eindruck, dass man meint, die Arbeitsverwaltung habe die Leistung ausgeschrieben und die anderen müssten es dann tun.

Im Arbeitsamtsbereich Ludwigslust war es so, dass zu Zeiten, als das Geld für die Benachteiligtenförderung knapper war, in der Tat das ausschließliche Entscheidungskriterium im Rahmen der Ausschreibung der Preis gewesen ist. Worunter die Qualität dann ganz erheblich gelitten hatte. Ich sehe ganz klar die Verantwortung des Arbeitsamtes, erheblichen Einfluss auf die Qualität dessen zu nehmen, was dort passiert, und die finanzielle Ausstattung so zu gestalten, dass das, was wir tun, unter dem Aspekt der Ergebnisorientierung auch Sinn macht.

Hermann Jung: Eine kurze Bemerkung. Wir debattieren noch immer über die Definition, was oder wer Benachteiligte sind. Richtigerweise tun wir das. Aber Benachteiligte in Ost- und Westdeutschland unterscheiden sich wiederum voneinander. Das muss man immer im Kopf haben, wenn wir über die Verhältnisse in Magdeburg oder in anderen Regionen Ostdeutschlands sprechen. Ich glaube, dort werden viele junge Leute mitunter einfach zu den Benachteiligten gezählt. Das nur als Einwurf zur Definition. Vielleicht kommen wir auch an anderer Stelle noch einmal darauf zurück.

Henrik von Bothmer: Die Zeit ist um. Ich danke allen an der Diskussion Beteiligten.

Zugänge zum Arbeitsmarkt aus Kölner Perspektive

JOACHIM HENKEL

Leiter des Jugendamtes der Stadt Köln

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Arbeitsmarktkrise ist für viele Jugendliche der Zugang zur Ausbildung und Erwerbsarbeit versperrt. Sie erhalten keine Chance zur beruflichen Entfaltung und sind von der Erwerbsarbeit ausgeschlossen. Das ist nicht nur eine Frage der Existenzsicherung, sondern beeinflusst die Identitätsbildung des Menschen und bestimmt die Wertschätzung des Einzelnen in der Gesellschaft.

Für benachteiligte junge Menschen sind Ausbildungs- und Beschäftigungschancen zu ihrer erfolgreichen Bewältigung durch jugendspezifische Förderkonzepte weiterhin notwendig sowie weiterzuentwickeln und zu fördern. Auch für Jugendliche mit ungünstigen Voraussetzungen stellen der Abschluss einer Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf und Arbeitserfahrungen als Fachkraft die Mindestvoraussetzung für Erwerbsarbeit am ersten Arbeitsmarkt dar - und sei es auch nur als angelernte Arbeitskraft.

1. Erfordernisse der außerbetrieblichen Ausbildung

Echte Chancen auf eine Integration in den Arbeitsmarkt bildet für viele Jugendliche die außerbetriebliche Ausbildung. Diese Förderung wurde nicht für marktbenachteiligte Jugendliche, sondern für sozial und mehrfach benachteiligte konzipiert. Leider ist nicht auszuschließen, dass die außerbetriebliche Ausbildung auch von den lediglich marktbenachteiligten Jugendlichen besetzt wird. Hier erfolgt ein **Verdrängungsmechanismus zu Lasten der Benachteiligten**. Dem sollte gegengesteuert werden und die außerbetriebliche Ausbildung jenen Zielgruppen bereitgestellt werden, die aufgrund ihrer Problemlagen nur schwer Zugang zu Ausbildung und Erwerbsarbeit finden.

Das Ziel, allen eine Ausbildung zu ermöglichen, wird durch die außerbetriebliche Ausbildung nicht erreicht. Die Dunkelziffer an Jugendlichen, beispielsweise bei ausländischen Mädchen, jugendlichen Obdachlosen und Trebegängern, die trotz der Förderinstrumente immer noch ohne Ausbildung bleiben, ist erheblich. Damit das Ziel „Ausbildung für alle“ erreicht werden kann, müssen für diese Zielgruppen **niederschwellige Angebote** geschaffen werden, die es ihnen ermöglichen, eine Ausbildung entsprechend ihrer spezifischen Lebenslage, ihren Voraussetzungen und Bedürfnisse zu absolvieren.

Bei einerseits steigenden Qualitätsanforderungen an Auszubildende und andererseits unzureichendem allgemeinen Grundlagenwissen bei vielen Auszubildenden aus der Hauptschule wächst die Problemdichte, mit der viele Jugendliche zu kämpfen haben.

Vor diesem Hintergrund ist es manchen Jugendlichen nicht möglich, das Ausbildungsziel zu erreichen. Die berufliche Erstausbildung sollte aber zu anerkannten Ausbildungsabschlüssen führen. **Eine Veränderung der Bedingungen bei der Analyse und Auswahl der Berufsfelder sowie eine Förderung während der Ausbildung und Nachbetreuung erscheint notwendig.**

Sinnvoll ist deshalb eine **Verlängerung der Ausbildungszeit** unter Einbeziehung der individuellen Möglichkeiten. Damit soll die Zahl der Prüfungsversager vermindert werden. Die Chancen werden größer, dass die Abschlussprüfung erfolgreich bestanden werden kann. Um größere Übergangschancen für Auszubildende der außerbetrieblichen Ausbildung in Betrieben zu erreichen, sollte eine **stärkere Zusammenarbeit mit Betrieben** gesucht werden. Durch eine begleitende Beratung, Betreuung und Qualifizierung seitens des Bildungsträgers ist eine Steigerung der Integration in den Betrieb auch für benachteiligte Jugendliche erreichbar.

Es besteht sonst das Risiko, dass sich vor dem Hintergrund der anhaltenden Arbeitslosigkeit die außerbetriebliche Ausbildung von benachteiligten Jugendlichen inhaltlich und strukturell vom regulären Arbeitsmarkt abschottet. Notwendige Fähigkeiten, Fertigkeiten und Kenntnisse zur Ausübung des Berufs müssen durch eine betriebsförmerige Organisation sichergestellt werden. Eine **betriebsförmige Gestaltung von außerbetrieblicher Ausbildung** sowie eine enge und systematische Kooperation von außerbetrieblichen Ausbildungsträgern und Betrieben können und müssen hier Abhilfe schaffen.

Soweit eine Ausbildung in **Stufenausbildungsgängen** erfolgt, muss sichergestellt sein, dass bereits der erste Abschluss auf dem Arbeitsmarkt verwertbar ist. Spezielle Qualifikationen oder die **Vermittlung von Zusatzqualifikationen** während der Ausbildung oder im Anschluss ermöglichen Konkurrenzvorteile für überbetrieblich ausgebildete Jugendliche. So ist es durchaus möglich, in den bestehenden Ausbildungsgängen zusätzlich Lehrgänge zu integrieren.

Durch **flankierende Angebote** - beispielsweise der Jugendsozialarbeit - müssen privatwirtschaftliche Ausbildungsbetriebe verstärkt bei der Ausbildung von Jugendlichen mit ungünstigen Voraussetzungen unterstützt werden. Die immer noch vorhandene Fähigkeit von Ausbildungsbetrieben, auch „schwierige“ Jugendliche auszubilden, muss fortentwickelt werden. Viele Erfahrungen bestätigen, dass durchaus Betriebe bereit sind, sich mit dieser Unterstützung auch schwierige Jugendliche zu beschäftigen. Das zeigt in Köln beispielsweise das seit über 25 Jahren bewährte KBS-Programm (Kooperation Betrieb-Schule-Jugendhilfe).

Auch nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung droht einem Teil benachteiligter Jugendlicher ein Scheitern an der zweiten Schwelle; sie erhalten trotz ihrer erfolgreich abgeschlossenen Ausbildung keine Anschlussbeschäftigung. **Die Vermittlungschancen von der außerbetrieblichen Ausbildung in ein Beschäftigungsverhältnis sollte nicht schlechter bewertet werden als die betriebliche Ausbildung.** Um nicht die Qualifizierungsanstrengungen der betroffenen Jugendlichen zu untergraben, die Aus-

bildung zu entwerten und um Einmündungshemmnissen in den ersten Arbeitsmarkt entgegenzuwirken, sind deshalb rechtzeitig **Übergangshilfen** zu installieren.

Eine Entwertung der während der Ausbildung erworbenen Qualifikationen durch sich unmittelbar anschließende Phasen der Arbeitslosigkeit beziehungsweise einer unterwertigen Beschäftigung ist zu verhindern. Es muss diesen Jugendlichen ermöglicht werden, sich durch eine Phase von Facharbeit nach Ausbildungsabschluss die Qualifikationen und Erfahrungen anzueignen, ohne die sie als Fachkräfte in privatwirtschaftlichen Betrieben nicht einsetzbar sind. Privatwirtschaftliche Ausbildungsbetriebe müssen verstärkt bei der Übernahme von Jugendlichen unterstützt werden, auch „schwierige“ Jugendliche zu beschäftigen, die trotz abgeschlossener Ausbildung ungünstige Voraussetzungen mitbringen.

In vielen Regionen ist das **Angebot an Ausbildungsberufen auf einige wenige Berufsfelder eingeschränkt**. Auch bieten bestimmte Berufe kaum Zukunftsperspektiven, zum Beispiel die hohe Zahl der jungen Frauen in hauswirtschaftlicher Ausbildung, der am Markt kein entsprechender Bedarf gegenübersteht. Hilfreich ist hierbei eine aktuelle **Arbeitsmarktanalyse**, die zur Auswertung und Planung in regionalen Gremien, so zum Beispiel in einer regionalen Ausbildungs- und Arbeitsmarktkonferenz, eingebracht werden sollte. Wirkung zeigt dies natürlich erst dann, wenn kurzfristig und flexibel auf erkannte Veränderungen reagiert werden kann. Hier scheint eine organisatorische Hürde zu bestehen, zu deren Überwindung erst noch Konzepte und veränderte Förderstrukturen entwickelt werden müssen. Umsetzungen von Fachpersonal oder Umstrukturierung von Werkstätten sind für Träger von außerbetrieblicher Ausbildung kurzfristig offensichtlich nicht zu realisieren.

Das Gelingen des Übergangs von einer außerbetrieblichen Ausbildung in Arbeit hängt von einer entsprechenden Vorbereitung ab. Dazu gehören gezielte Beratungsgespräche mit Jugendlichen über ihre beruflichen Pläne und Zukunftsvorstellungen, um große Diskrepanzen zwischen Wünschen und Realität auf dem Arbeitsmarkt entgegenzuwirken. Ebenso gehören rechtzeitiges Bewerbungstraining und frühzeitige Arbeitsplatzsuche dazu.

Bleibt die Arbeitsplatzsuche bis zum Abschluss ergebnislos, erfüllen **gezielte sozialpädagogische Übergangshilfen eine wichtige Stabilisierungsfunktion**.

2. Die aktuelle außerbetriebliche Ausbildung in Köln auf einen Blick

Das Arbeitsamt Köln bietet Jugendlichen eine breite Palette außerbetrieblicher Ausbildungsplätze an, so in den Berufen oder Bereichen: Bürokaufleute, Bürokraft, Industriekaufleute, Groß- und Außenhandel, Kaufleute für Bürokommunikation, Fachkraft Lagerwirtschaft, Handelsfachpacker, Modenäherinnen, Friseur, Gas- und Wasserinstallateur, Industriemechaniker, Karosseriebauer, Kfz-Mechaniker, Maler, Lackierer, Tischler, Verkäuferinnen, Zerspanungsmechaniker, Konstruktionsmechaniker, Bau-Metall-Maler, Industriemechaniker, Elektriker.

Im Juli 1999 nahmen insgesamt 542 junge Erwachsene diese **Qualifizierungsangebote** in Anspruch, davon 290 Migrantinnen und Migranten und 252 deutsche Jugendliche - **siehe Abbildung 1**. Darunter waren 208 junge Frauen und 334 junge Männer. Die angegebenen Daten beziehen sich nicht auf zusätzliche Plätze im Sonderprogramm des Bundes.

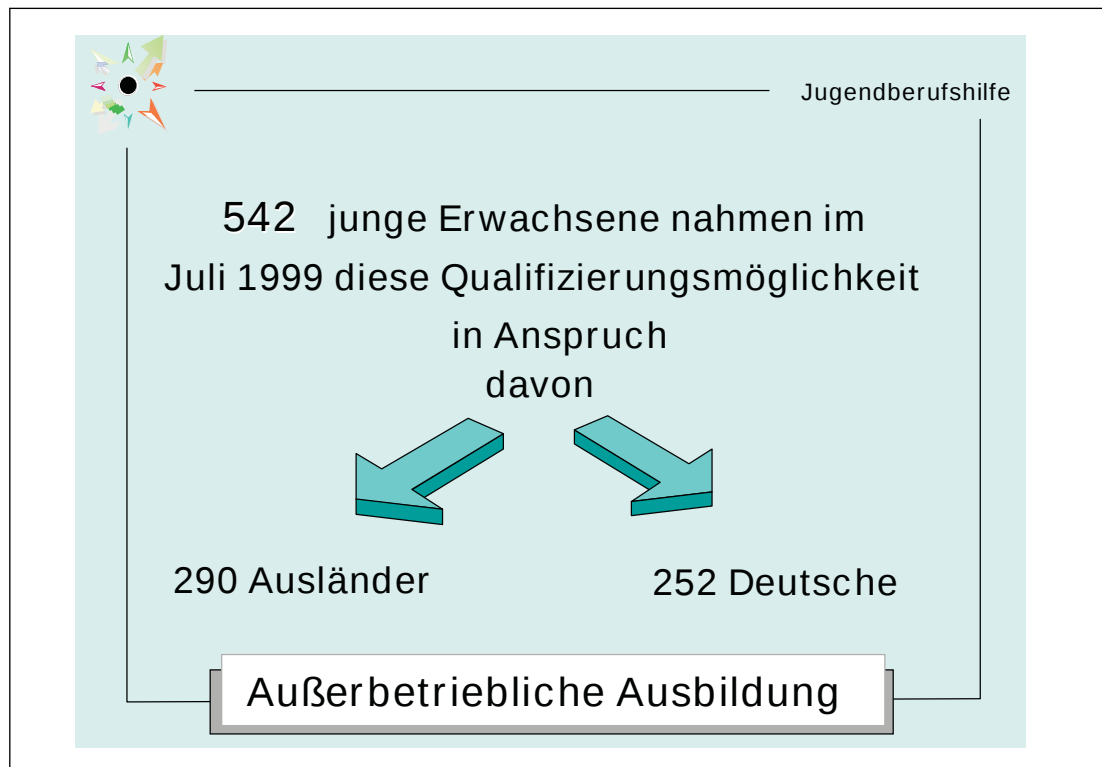


Abbildung 1

© Jugendamt Köln

Für ausländische Mitbürger ist der Übergang in Ausbildung in Köln doppelt so schwierig wie für die jungen Deutschen. Es muss festgestellt werden, dass ausländische Schüler im Durchschnitt schlechtere schulische Qualifikationen und Abschlüsse aufweisen als deutsche Schüler.

Die Auszählung der Schulabgängerzahlen zeigt, dass der Anteil ausländischer Schüler mit unterdurchschnittlichem Schulabschluss im Abgangsjahrgang 1997 fast doppelt so hoch war wie bei den deutschen Schülern: Keinen Schulabschluss hatten nur sechs Prozent der deutschen, aber elf Prozent der ausländischen Abgänger. Lediglich 19 Prozent der deutschen, aber 32 Prozent der ausländischen Schulabgänger hatten einen Hauptschulabschluss.

Ausländischer Nationalität waren im Schulabgängerjahr 1997 44 Prozent aller Abgänger ohne Abschluss und 41 Prozent der Hauptschulabgänger. Dies ist sicherlich einer der Gründe für das überdurchschnittlich niedrige Ausbildungsangebot der privatwirtschaftlichen Ausbildungsbetriebe für arbeitslose Ausländer. Verstärkt wird dies bei ausländischen Jugendlichen durch sprachliche Defizite und damit einhergehende

Mängel trotz abgeschlossener schulischer Qualifikation. Aber auch die mangelnde Unterstützung durch die Eltern aufgrund fehlender Informationen über Berufsbilder oder die Vorbehalte von Betrieben gegenüber ausländischen Jugendlichen erhöhen die Schwierigkeiten bei der Einmündung in Ausbildung.

Darin liegt möglicherweise einer der Gründe, warum die außerbetriebliche Ausbildung einen so hohen Anteil an ausländischen Teilnehmerinnen und Teilnehmern aufweist. **Die außerbetriebliche Ausbildung entwickelt sich tendenziell somit leider zum Ausfallbürgen für Migranten.**

3. Ein Beispiel für eine erfolgreiche Vermittlung

Im Folgenden werde ich darstellen, wie in Köln jungen Sozialhilfeempfänger der Zugang zum ersten Arbeitsmarkt ermöglicht wird. Ich möchte noch einmal hervorheben, dass in der Vielfalt der am Markt orientierten Angebote die größte Chance für eine erfolgreiche Vermittlung liegt und es den Königsweg nicht gibt.

Das Kölner Sozialamt schreibt beispielsweise junge Frauen an, die Sozialhilfe erhalten, und bietet ihnen eine Tätigkeit als hauswirtschaftliche Hilfskraft an. Diese hauswirtschaftlichen Hilfskräfte übernehmen in städtischen Tageseinrichtungen für Kinder folgende Aufgaben:

Küchenarbeiten

- Mahlzeiten vorbereiten (Frühstück, Mittagessen, Nachmittagsimbiss), Tiefkühlkost abtauen und wärmen (im Konvektomaten), Essen in Schüsseln abfüllen, Salate, Rohkost, Nachspeisen zubereiten, Essen bereitstellen;
- Geschirr bereitstellen, Tische eindecken und abräumen;
- Spülarbeiten, Geschirrspülmaschine ein- und ausräumen, sperriges Geschirr mit der Hand spülen;
- Geschirr und Töpfe einräumen;
- Reinigungsarbeiten, Vorrats- und Geschirrschränke, Regale und Arbeitsflächen reinigen, Kühl- und Tiefkühlschränke abtauen und reinigen, Herde und Konvektomaten reinigen;
- Tiefkühlkost und andere Lebensmittel in Empfang nehmen und einordnen, Lagerung und Haltbarkeitsdaten überprüfen.

Reinigungsarbeiten

(soweit diese nicht vom Reinigungspersonal vorgenommen werden)

- Gruppenräume und Flure in besonderen Situationen (zum Beispiel wetterbedingt) oder zu besonderen Anlässen (beispielsweise Feste und Elternabende) kehren;
- Nebenräume (Keller, Werkräume) reinigen und aufräumen;
- Materialschränke und Regale auswaschen;
- Spiel- und Beschäftigungsmaterial reinigen und desinfizieren.

Wäschepflege

- schmutzige Wäsche einsammeln und für die Wäscherei vorbereiten, gereinigte Wäsche kontrollieren und einordnen;
- frische Wäsche bereitstellen (zum Beispiel Handtücher aufhängen);
- beschädigte Wäschestücke reparieren (zum Beispiel Haken annähen).

Pflege des Gartens und der Außenanlagen

- befestigte Außenflächen kehren;
- Grünflächen, Beete und Außenanlagen regelmäßig pflegen;
- Außenflächen von Papier sowie Unrat reinigen.

Zielsetzung dieser Beschäftigungsmaßnahme ist im Rahmen von § 19 Absatz 2 BSHG die **Integration beziehungsweise Heranführung an den ersten Arbeitsmarkt**. Die Maßnahme ist auf ein Jahr angelegt. Wenn zuvor Vermittlungsmöglichkeiten bestehen, sollten diese von den Beschäftigten genutzt werden.

Zu Beginn des Einsatzes erfolgt die Einarbeitung der jungen Frauen in das jeweilige Aufgabengebiet. Außerdem wird ein dreiwöchiges Praktikum in einem Betrieb durchgeführt, damit die Beschäftigten die realen Bedingungen des Arbeitsmarktes kennenlernen und sich darin erproben können. Mit jeder Beschäftigten wird ein individueller Personalentwicklungsplan festgelegt.

Der **Personalentwicklungsplan** wird während der sechswöchigen Erprobungsphase vom Arbeitgeber in Zusammenarbeit mit der Teilnehmerin erstellt. Dieser Plan ist auf die individuellen persönlichen Bedürfnisse der Teilnehmerin abzustimmen. Auch hier erfolgt die Festlegung der einzelnen Qualifizierungsinhalte quartalsweise. Die im jeweiligen Quartal erreichten Ziele teilt der Arbeitgeber der Fachdienststelle „Hilfe zur Arbeit“ mit.

Gegenwärtig bestehen 100 Stellen für hauswirtschaftliche Hilfskräfte. Die Vermittlungschance auf dem ersten Arbeitsmarkt ist bisher gut, denn aufgrund der vielen Großküchen, Restaurants und Hotels in Köln besteht eine relativ große Nachfrage nach angelernten Kräften.

Anforderungen an die außerbetriebliche Ausbildung

HERMANN JUNG

Leiter der Abteilung Berufsberatung des Arbeitsamtes der Stadt Köln

Noch gilt die Aussage: „Eine - das heißt irgendeine - Berufsausbildung ist besser als keine.“ Diese These ist die entscheidende Rahmenbedingung für die Berufsausbildung nach § 241 ff. SGB III, dem früheren Benachteiligtenprogramm.

Die Begründung zu dieser These ist alt, ich will sie dennoch kurz anführen. Die Qualifikation aufgrund abgeschlossener Ausbildung ist nach wie vor die entscheidende Karte für das weitere Berufsleben, auch für den Berufswechsel und bei später eventuell anstehender Fortbildung, nicht nur wegen des einmal berufsfachlich Erlernten, sondern auch wegen der in einer Ausbildung nachgewiesenen Stabilität in den anderen Kompetenzen wie Ausdauer, Sozialverhalten und Lernfähigkeit.

Das Kriterium der arbeitsmarktlichen Zweckmäßigkeit ist bei dem Angebot eines bestimmten Berufes zunächst entscheidend. Wenn aber eine bestimmte Zielgruppe für die Ausbildung in einem relativ aussichtsreichen Beruf nicht gewonnen werden kann, ist es besser, ein arbeitsmarktlich nicht so aussichtsreiches Angebot zu machen als gar keines.

Hierzu eine Bemerkung zur angesprochenen Friseurausbildung in Köln. Regional liegen die Übernahme- und Verbleibquoten höher als in vielen anderen Regionen. Und: Eine passende Alternative, die sowohl von der Klientel junger Frauen aus türkischen Familien akzeptiert wird als auch arbeitsmarktlich aussichtsreich ist, wurde bisher nicht gefunden.

Zur Frage, **wie qualifiziert eine außerbetriebliche Berufsausbildung erfolgen muss**, möchte ich kurz anmerken: Die Qualifikationsebene ist durch die Ausbildungs- und Prüfungsordnung vorgegeben. Verschiedene Berufe haben unterschiedliche Anforderungsniveaus, die - in Verbindung mit den Aussichten auf dem Arbeitsmarkt - mit dem Einstiegsniveau der jeweiligen Teilklientel in Übereinstimmung zu bringen ist. Dabei ist auch das Entwicklungspotenzial der Teilnehmer zu berücksichtigen. Die Tendenz bei der Ausbildung gemäß § 241 ff. SGB III besteht darin, im Anforderungsniveau der Berufe nicht sehr hoch zu gehen, damit Versagens- und Abbruchgefahr vermieden werden. Eher sehen wir zu, Spielraum „nach oben“ zu lassen. Dafür ein Beispiel: Bei der Ausbildung zum Bürokaufmann kann die Ausbildung nach verschiedenen Niveaus differenziert werden. Ein anderes Beispiel aus dem Metallbereich: Industriemechaniker mag das Ziel sein, bei Beginn bieten wir in Köln aber den Teilezurichter mit der Option an, bei guten Leistungen zum Industriemechaniker zu wechseln.

Hinsichtlich der **Rahmenbedingungen** will ich auf die **Berufsschule** und die **Vergabebedingungen** eingehen.

Zunächst die Berufsschule: Angesichts der hohen Zahl - rund 450 - an außerbetrieblichen Ausbildungsplätzen und durch eine fast zwanzigjährige Übung sind die Erfahrungen mit den beruflichen Schulen in Köln sehr gut. Fast durchweg lernen **die Auszubildenden in gesonderten Klassen**. Wegen der Abstimmung der Inhalte sowie der Unterrichtsmethoden ist dieses Verfahren empfehlenswert. Im Umgang stellen die außerbetrieblichen Klassen an die Lehrer besondere Anforderungen, auch hinsichtlich ihres Engagements. Eine enge Abstimmung zwischen dem Träger, der Schule und dem Arbeitsamt ist erforderlich.

Keine großen Schwierigkeiten sehe ich im **Umgang mit der Verdingungsordnung für Leistungen**, abgekürzt VOL. Kaum ein Arbeitsamt wird den Zuschlag ausschließlich nach dem niedrigsten Preis erteilen. Das wäre auch entgegen der VOL. Mit der Leistungsbeschreibung in der Ausschreibung wird auch die erforderliche Qualität festgelegt. Nur bei gleicher Qualität entscheidet der Preis und nur dann, wenn die Gebote im erforderlichen Qualitätsbereich liegen. Die Bieter versuchen die Risiken in ihre Kalkulation einzubringen - ein legitimes Verfahren. Es ist nicht zu verkennen, dass Träger mit vergleichsweise hohem Tarifniveau aufgrund der Ausschreibungspflicht unter Druck geraten sind. Aus Sicht des Arbeitsamtes Köln kann ich aber sagen, dass dies nicht zu Lasten der Qualität bei der Durchführung der Maßnahmen geht. Durch eine verlorene Ausschreibung ist in Köln auch noch kein Träger aus der außerbetrieblichen Ausbildung ausgeschieden.

Mit den positiven Erfahrungen bezüglich der Rahmenbedingungen kann ich natürlich nicht bilanzieren, dass in der außerbetrieblichen Ausbildung alles wunschgemäß ist. Meistens sind die Absolventen auf dem Markt in ungünstigeren Positionen als die Absolventen aus Betrieben. Bei einem engen Arbeitsmarkt ist es fast unmöglich, dies zu ändern. Praktika in Betrieben können nicht die Erfahrung vermitteln, die der Lehrling eines Betriebes durchgängig macht. In dieser Hinsicht scheint es **wichtig, dass der außerbetriebliche Träger seine Anforderungen bezüglich Disziplin und Pflichterfüllung denen in Betrieben üblichen anpasst**. Außerbetriebliche Ausbildung muss diese Forderungen wirksam vermitteln. Das gehört auch zu den Qualitätsanforderungen.

Diskussion und Nachfragen

MODERATION: HENRIK VON BOTHMER

*Geschäftsführer der Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit,
Jugendaufbauwerk (BAGJAW), Bonn*

Henrik von Bothmer: Auch nach der Vermittlung der Kölner Erfahrungen ist Zeit zur Diskussion. Ich bitte um Wortbeiträge.

Joachim Henkel, Leiter des Jugendamtes der Stadt Köln: Köln hat hinsichtlich des Arbeitsmarktes andere Rahmenbedingungen. Beispielsweise fehlen im Bauhandwerk seit Jahren männliche Nachwuchskräfte/Auszubildende. Hinsichtlich der weiblichen Arbeitskräfte gibt es Chancen und Möglichkeiten in den Dienstleistungsbereichen. Beispielhaft möchte ich die Friseursalons in Warenhäusern nennen, deren Zahl in den vergangenen Jahren gewachsen ist. Das Neueste ist das Aufsuchen am Arbeitsplatz von solchen Diensten wie Friseur, Nagelstudio, Kosmetik und Frühstücksservice.

Henrik von Bothmer: Wenn das so ist, dann stellt sich doch ernsthaft die Frage, wieso das dann nur im Rahmen der außerbetrieblichen Ausbildung - da meine ich jetzt nicht nur die Benachteiligtenausbildung - vermittelt wird? Warum besteht denn nicht auch für (benachteiligte) Mädchen die Möglichkeit, in einer betrieblichen Ausbildung eine solche Qualifikation zu bekommen?

Joachim Henkel: Einzelne Betriebe sind bereit, auch sogenannte benachteiligte Jugendliche bei der Einstellung zu berücksichtigen und auch weibliche Jugendliche in Berufen auszubilden, die früher als Männerberufe galten. Das Problem ist, dass es in der Regel keine Abstimmung zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, der Arbeitsverwaltung und den Kommunen gibt und letztendlich der Arbeitsverwaltung und den Kommunen nichts anderes übrig bleibt, als sich um die Unversorgten zu kümmern.

So entstehen auch die Angebote der außerbetrieblichen Ausbildung. Wer dort seinen Facharbeiterbrief erhält, hat gute Chancen, auf dem ersten Arbeitsmarkt eine Stelle zu bekommen.

Henrik von Bothmer: Das ist der rheinische Kapitalismus. Wir müssen uns dann aber der Frage stellen, die wir in den neuen Bundesländern ohnehin schon haben: Was ist eigentlich mit der dualen Berufsausbildung in betrieblicher Zuständigkeit? Ist das möglicherweise auf die Zukunft bezogen nur noch eine Fiktion?

Rudolf Förster, Leiter des Jugendamtes der Landeshauptstadt Magdeburg: Ich möchte Herrn Henkel etwas fragen und mich dabei auf eine seiner Wertungen beziehen, die ich mir aufgeschrieben habe: „Die Integration aller Jugendlichen in den ersten Arbeitsmarkt ist ein realistisches Ziel in Köln.“ Ist das realistisch?

Dieses als Ziel zu proklamieren, halte ich nach wie vor für richtig. Auch unsere Bemühungen für die Leistungsschwächeren sollten darauf gerichtet sein, natürlich auf dem ersten Arbeitsmarkt Integrationschancen zu eröffnen. Dies jedoch als realistisch zu bezeichnen, halte ich doch ein wenig für gewagt.

Hermann Jung, *Leiter der Abteilung Berufsberatung des Arbeitsamtes der Stadt Köln*: Eine Bemerkung zu den Friseuren. Es ist doch ganz klar, diese Klientel wird im ersten Jahr im Betrieb unter allen Umständen nicht bestehen. Das gibt es auch in anderen Branchen, die im Hinblick auf ihren Nachwuchs notleidend sind, wie zum Beispiel die Gastronomie. Diese Branchen sind deshalb erfolgreich, weil das Arbeitsamt bei ihnen gleichzeitig zwei Fliegen mit einer Klappe schlägt; einerseits versorgt das Arbeitsamt eine Branche mit Nachwuchs und andererseits kümmert sich das Arbeitsamt um Nachwuchs, der betrieblich nicht untergebracht werden könnte.

Richard Isselhorst, *Leiter des Jugendamtes der Landeshauptstadt Düsseldorf*: Zu der Frage von Herrn Förster möchte ich Folgendes anmerken: Was noch nicht einmal erreichbar ist - selbst bei einem relativ so guten Verhältnis, wie es in Düsseldorf existiert -, ist eine vollständige Unterbringung ausbildungssuchender junger Menschen im ersten Ausbildungsmarkt, weil natürlich selbst bei einem Zuschlag von 20 Prozent nicht die Berufe vorhanden sind, wie sie von den Jugendlichen gesucht werden oder wie sie von ihnen zu packen sind.

Es bleiben beispielsweise in Düsseldorf trotz dieser Quote mit Stand vom 30. September dieses Jahres 360 unversorgte Ausbildungsplatzbewerber. Das sind dann zum Teil Jugendliche, für die man gezielt irgendetwas zuschneiden muss. Dazu gehören dann solche Jugendliche, die im ersten Ausbildungsjahr auf gar keinen Fall auf dem ersten Ausbildungsmarkt in der normalen dualen betrieblichen Ausbildung einen Ausbildungsplatz finden werden. Die großen Chancen bestehen in einer außerbetrieblichen Ausbildung im ersten Jahr mit anschließender betrieblicher Fortsetzung. Aber der sich anschließende Versuch der Vermittlung wird nicht bei all diesen Jugendlichen gelingen.

Beim Arbeitsplatz ist es natürlich viel gravierender. Da sehe ich nicht, dass wir die allgemeine Zielstellung erreichen. Denn dieses Verhältnis von Ausbildungsbewerbern zu Ausbildungsplätzen ist natürlich ein Ergebnis, das sich auf eine relativ kleine Zahl (immer noch) bezieht. Bei der allgemeinen Entwicklung des Arbeitsmarktes sehe ich nicht, dass ein grundlegender Wandel zum Positiven eintritt. Die Probleme sind damit überhaupt nicht gelöst und diese haben wir bisher noch gar nicht angesprochen. Der Übergang von der Ausbildung zum Beruf bleibt ein bisher unbewältigtes Problem.

Joachim Henkel: Herr Förster, ich hoffe, Sie haben im Rahmen meiner komplexen Antwort die Aussagen bewertet. Ich möchte meine Position noch einmal mit wenigen Worten erläutern, um auszuschließen, dass Missverständnisse bleiben:

Wer eine Ausbildung absolviert, hat auf dem Kölner Arbeitsmarkt eine Chance. Wer keine Ausbildung hat, bleibt ohne Chance. Wenn Sie nach Köln kommen und dort

irgendwelche Leute am Bahnhof oder um den Dom herum sehen, so muss man fragen, wen man dort sieht. Meinen Sie den bettelnden Jugendlichen auf den Stufen des Kölner Doms? Dann müsste man erst einmal klären, ob es sich um einen Kölner Jugendlichen handelt. Wir haben eine Art Betteltourismus, Jugendliche und junge Erwachsene, die von Großstadt zu Großstadt ziehen und vom Betteln oder auch zusätzlich vom Verkauf von Drogen leben. Diese Jugendlichen und jungen Erwachsenen sind durch die Jugendhilfe selten zu erreichen.

Michael Brüggemann, *Leiter des Berufsförderungszentrums Magdeburg des Kolping-Bildungswerkes Magdeburg e. V.:* Herr Henkel sprach in seinem Referat auch über die sozialpädagogische Begleitung während der außerbetrieblichen Ausbildung, die das Jugendamt leistet. Heißt das, das Jugendamt stellt zusätzlich Fachkräfte für eine Begleitung oder andere Maßnahmen bereit? Geschieht das auf Anfrage eines Trägers?

Joachim Henkel: In Köln gibt es bestimmte Träger, die eine solche Begleitung durchführen. Diese ist zielgruppenbezogen ausgerichtet.

Hermann Jung: Die Jugendhilfe unterhält im Rahmen des Landesjugendplanes verschiedene Jugendberatungsstellen. Es ist bei einem der größten Träger der außerbetrieblichen Ausbildung auch noch eine Beratungsstelle der Jugendhilfe angesiedelt. All diese reparieren natürlich. Solche Kooperationen gibt es auch, wenn Beratungsstelle und Ausbildung nicht bei einem Träger etabliert sind. Die Beratungsstellen sind in Arbeitsgemeinschaften eingebunden, so dass sich bestimmte Schwerpunkte der Arbeit für die außerbetriebliche Ausbildung sehr direkt ergeben.

Henrik von Bothmer: Das heißt, es ist nicht das, was es beispielsweise bei einer Einrichtung in Berlin gibt, dass zu der Finanzierung der Benachteiligtenausbildung aus Mitteln der Arbeitsverwaltung noch weiteres Personal für die angemessene Förderung besonders benachteiligter junger Menschen aus Jugendhilmitteln kommen. Konkret ist es beim Jugendaufbauwerk Berlin so, dass für die Zielgruppe der besonders benachteiligten Jugendlichen zu der Finanzierung des Personalschlüssels nach dem SGB III - für zwölf Jugendliche eine Ausbilderin oder ein Ausbilder und je eine halbe Stelle Sozialpädagogin/Sozialpädagoge und Lehrerin/Lehrer zusätzlich aus Mitteln der Jugendhilfe noch zwei Ausbildungsgesellen und noch eine halbe Sozialpädagoginstelle finanziert wird.

Ist es richtig, dass es das in Köln so nicht gibt, sondern ein anderer Ansatz versucht wird?

Joachim Henkel: Das Jugendamt übernimmt nur die Kosten oder einen Teil der Kosten für die Ausbildungsvergütung bei der außerbetrieblichen Ausbildung, ansonsten werden die Kosten von der Arbeitsverwaltung oder aus Landesmitteln übernommen.

Zusätzlich wollen wir das System eines Kümmerers aufbauen, das heißt, jeder Jugendliche wird einem Mitarbeiter zugeordnet, der als Ansprechpartner immer zur Verfügung

gung steht, egal in welcher Maßnahme sich der Jugendliche befindet. Dadurch wird erreicht, dass sich die Maßnahmen aufeinander aufbauen oder bei Überforderung des Jugendlichen rechtzeitig Alternativen überlegt oder zusätzliche, begleitende Hilfen gewährt werden können.

Reinhard Mach, 1. Beigeordneter im Landkreis Ludwigslust, Mecklenburg-Vorpommern: Ich will hervorheben, dass in den Beiträgen der beiden Großstädte deutlich geworden ist, wie unterschiedlich die Bedingungen doch sind. Ganz speziell im Osten Deutschlands haben wir in der Zielgruppe der benachteiligten Jugendlichen im Moment vergleichsweise geburtenstarke Jahrgänge. Aufgrund der erheblichen Arbeitslosenquoten in den östlichen Ländern und der dadurch bedingten Marktbenachteiligung würde ich mich freuen, wenn es uns gelänge, auf diese Problematik im Besonderen einzugehen. Es geht meines Erachtens nicht nur um die klassisch Benachteiligten, sondern auch um die Marktbenachteiligten.

Henrik von Bothmer: Vielen Dank für all die weiterführenden Gedanken. Ich möchte diese Gesprächsrunde nun beenden.

Jugendliche mit Schwierigkeiten bei der beruflichen Integration: Innovative Förderkonzepte im Modellprogramm „Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit“

FRANK BRAUN

*Leiter des Forschungsschwerpunktes „Übergänge in Arbeit“
im Deutschen Jugendinstitut (DJI), München*

1. Vorbemerkungen

Vor dem Hintergrund der Diskussion über die „Zukunft der Arbeit“ haben die Auseinandersetzungen über aktuelle oder künftige Anforderungen an die Leistungen der Jugendberufshilfe beziehungsweise der Jugendsozialarbeit neue Impulse bekommen.

Tatsache ist, dass sich die Ausbildungs- und Erwerbsverläufe von Jugendlichen verändert haben und weiterhin verändern werden. Darum will ich in einem ersten Schritt zu **Einschätzungen über die Beschaffenheit neuer erwerbsbiographischer Muster** gelangen. Danach frage ich nach den Determinanten dieser Muster und den Chancen, durch pädagogische Intervention Möglichkeiten der beruflichen Integration zu fördern und Risiken der beruflichen und sozialen Marginalisierung zu begrenzen.

Dazu werde ich das Konzept der „**Übergangsarbeitsmärkte**“¹ skizzieren, das Anhaltspunkte dafür bietet, wie Qualifizierungs- und Beschäftigungsangebote der Jugendberufshilfe beschaffen sein müssen, um Jugendliche vor beruflicher und sozialer Ausgrenzung zu bewahren. Aus dem Konzept der Übergangsarbeitsmärkte ergeben sich Anforderungen an Individuen, an gesamtgesellschaftliche Regelungen und an das Leistungsprofil der Jugendberufshilfe beziehungsweise der arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit.

In einem letzten Abschnitt werde ich beispielhaft zwei im Modellprogramm „Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit 1993 bis 1997“² erprobte Konzepte skizzieren, die ansatzweise Richtungen markieren, in die sich Jugendberufshilfe fortentwickeln sollte. Sie sind geeignet, Maßstäbe für politische Programme zu setzen, wie sie derzeit im Hinblick auf die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in der Diskussion sind.

¹ Rogowski Rüdiger/Schmid, Günther: Reflexive Deregulierung. Ein Ansatz zur Dynamisierung des Arbeitsmarktes, In: WSI-Mitteilungen, Düsseldorf: Bund Verlag 50 (1997) 8, S. 568-582

² Das Modellprogramm wurde vom Deutschen Jugendinstitut wissenschaftlich begleitet. Ein Überblick über die publizierten Ergebnisse ist enthalten In: Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.): Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit. Modellversuche zur beruflichen und sozialen Integration von benachteiligten Jugendlichen, München/Leipzig: DJI-Verlag (1998), S. 164-168.

2. Wer ist „benachteiligt“?

In einem Anfang der 90er Jahre in den alten Ländern der Bundesrepublik durchgeführten Untersuchung des Deutschen Jugendinstitutes¹ sind junge Erwachsene in Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen der Jugendberufshilfe nach den Stationen ihres Übergangs ins Arbeitsleben seit dem Verlassen der allgemeinbildenden Schulen befragt worden. Von den insgesamt 2.300 in die Untersuchung einbezogenen jungen Erwachsenen lag bei rund 1.100 der Zeitpunkt der Schulentlassung fünf oder mehr Jahre zurück. Die Jugendberufshilfe hatte für diese jungen Erwachsenen mehr als nur eine kurzfristige „Anschubfunktion“ zu Beginn ihrer Ausbildungsbio-graphie. Zu einem biographischen Zeitpunkt, bei dem normalerweise die Ausbildungsphase abgeschlossen und der Übergang in Erwerbsarbeit vollzogen ist, befanden sich diese jungen Erwachsenen immer noch in einem prekären Übergangsstadium.

Rund 35 Prozent dieser Gruppe hatte keinen allgemeinbildenden oder lediglich den Sonderschulabschluss erworben. Sie könnte man als „originäre Zielgruppe“ der Leistungen der Jugendberufshilfe bezeichnen. 40 Prozent hatten den Hauptschulabschluss und weitere sechs Prozent den qualifizierten Hauptschulabschluss erworben, 16 Prozent verfügten über den Realschulabschluss und weitere drei Prozent hatten gar die Fachhochschulreife oder das Abitur. Die Gruppe ist also in ihren Bildungsmerkmalen relativ heterogen.

In der Mehrzahl der Biographien hat Arbeitslosigkeit zweifellos eine Rolle gespielt: Nur 13 Prozent waren nie arbeitslos, weitere 31 Prozent maximal ein Jahr zusammenhängend und 41 Prozent waren immerhin länger als ein Jahr zusammenhängend arbeitslos.

Immerhin fast die Hälfte der jungen Erwachsenen hat irgendwann eine Berufsausbildung begonnen, wobei dabei nicht zwischen einer betrieblichen oder einer außerbetrieblichen Berufsausbildung unterschieden wurde. Von diesen haben wiederum 37 Prozent die Ausbildung abgeschlossen, die überwiegende Mehrheit (60 Prozent) hat die Ausbildung abgebrochen; drei Prozent befanden sich zum Zeitpunkt der Befragung in einer Ausbildung. Dass der Abschluss einer Berufsausbildung für die hier untersuchten jungen Erwachsenen nicht notwendigerweise den Zugang zu Facharbeit eröffnet, belegen die Zahlen zu den Erfahrungen mit Arbeit am ersten Arbeitsmarkt: Von den 187 Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung hatten nur 36 als Fachkräfte gearbeitet. Es überwogen eindeutig (zu 88 Prozent) Arbeitserfahrungen als an- und ungelernte Arbeitskräfte.

¹ vgl. Lex, Tilly: Berufswege Jugendlicher zwischen Integration und Ausgrenzung, München/Leipzig: DJI-Verlag (1997); zu entsprechenden DJI-Untersuchungen in den neuen Ländern vgl. Bertram, Barbara u.a.: Gelungener Start - unsichere Zukunft? Der Übergang von der Schule in die Berufsausbildung, München/Leipzig: DJI-Verlag (1994) und Bertram, Barbara/Schröpfer, Haiko: Hürden und Hilfen an der 2. Schwelle beim Übergang zum Beruf in Ostdeutschland, In: Felber, Holm (Hrsg.): Berufliche Chancen für benachteiligte Jugendliche? München/Leipzig: DJI-Verlag (1997); S.173-254

Es kann festgehalten werden: Die Gruppe der jungen Erwachsenen, die auch in einem längeren Zeitraum nach Verlassen der allgemeinbildenden Schulen am ersten Arbeitsmarkt noch nicht fest Fuß gefasst hat - und deshalb von Qualifizierungs- und Beschäftigungsangeboten der Jugendberufshilfe erreicht wird -, ist in ihren Bildungsmerkmalen heterogen. **Arbeitslosigkeit stellt relativ durchgängig ein Kennzeichen der „Übergangsbioographien“ dar. Der Eintritt in eine Berufsausbildung führt häufig nicht zu einem erfolgreichen Abschluss und ein erfolgreicher Ausbildungsabschluss öffnet keineswegs den Zugang zu Facharbeit.**

3. Die „Zukunft der Arbeit“ hat für benachteiligte Jugendliche bereits begonnen

Die aktuelle Diskussion über die „Zukunft der Arbeit“ hat zu sehr widersprüchlichen Prognosen geführt. Sie betreffen den Umfang des verfügbaren Volumens bezahlter Arbeit, die quantitative und qualitative Entwicklung in unterschiedlichen Qualifizierungssegmenten sowie die Chancen beziehungsweise Risiken der beruflichen Integration oder beruflich-sozialen Marginalisierung für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen. Allerdings gibt es auch **Gemeinsamkeiten, die insbesondere die Konsequenzen der Veränderung von Arbeit für Erwerbsbiographien betreffen.**

Gemeinsamkeiten in den Prognosen sind:

1. Die Erwerbsbiographien werden durch einen stärkeren Wechsel gekennzeichnet sein, einem Wechsel von Betrieben, von Berufen und im Erwerbsstatus.
2. In den Erwerbsbiographien werden Diskontinuitäten an Gewicht gewinnen: Unterbrechungen durch Arbeitslosigkeit, Qualifizierungs- und Arbeitsphasen, die sich als berufsbiographische Sackgassen erweisen, Rückschläge auf dem Weg zur beruflichen und sozialen Integration.
3. In den Arbeitsbiographien wird es neue Muster der Verbindung unterschiedlicher Formen von Arbeit geben. Neben der - insbesondere in den Erwerbsbiographien von Männern traditionell dominanten - Erwerbsarbeit werden Arbeitsformen treten, die schon bisher in den Biographien von Frauen eine große Rolle spielten: Eigenarbeit und öffentliche Arbeit.

Die DJI-Untersuchung zu den Ausbildungs- und Erwerbsbiographien von benachteiligten jungen Erwachsenen hat gezeigt, dass für diese die Merkmale „zukünftiger“ Arbeitsbiographien bereits Realität sind: Die die berufliche Integration früher kennzeichnenden Abfolgen von Schule, Berufsausbildung, Facharbeit oder Schule sowie die Aneignung von an- und ungelernter Arbeit sind in vielen Fällen durch eine Reihung von Maßnahmen oder schulischen Angeboten (von häufig einjähriger Dauer) mit dazwischenliegenden Phasen von Arbeitslosigkeit (kurz- und langfristiger) abgelöst worden.

Neben dem häufigen Wechsel zwischen Maßnahmeanbietern tritt ein häufiger Wechsel von Inhalten hinzu. Berufsvorbereitung erfolgt nicht selten in anderen Inhalten als eine

anschließende Ausbildung. Zwischen Beschäftigungsmaßnahmen und vorübergehender Arbeit am ersten Arbeitsmarkt gibt es wenig inhaltliche Kontinuität. Es erfolgen häufige Wechsel zwischen den Statuspositionen Schülerin/Schüler, Arbeitslose/Arbeitsloser, Umschülerin/Umschüler, Arbeitnehmerin/Arbeitnehmer. Ausbildungs- und Arbeitsverhältnisse sind zumeist zeitlich befristet.

Die Mehrzahl der Übergangsbioographien wurde durch Phasen auch längerwährender Arbeitslosigkeit unterbrochen. Bei den jungen Frauen - insbesondere bei den jungen Frauen nichtdeutscher Herkunft - ergaben sich längere Unterbrechungen durch den Rückzug in die Herkunftsfamilie oder vorübergehende Rückkehr ins Herkunftsland. Für die Biographien stellen Abfolgen von Qualifizierungsstationen, die in ihrer Logik auf eine systematische Entwicklung des Arbeitsvermögens hinweisen, eher die Ausnahme dar. Die Regel sind Maßnahmekarrieren, die von Parkstationen, Umwegen und Aufenthalt in Angeboten mit „Sackgassencharakter“ geprägt sind.

Hinsichtlich der **Formen von Arbeit** ist in den Biographien der befragten jungen **Erwachsenen** ein breites Spektrum feststellbar - siehe **Abbildung 1**.

Formen von Arbeit in den Biographien benachteiligter junger Erwachsener

Erwerbsarbeit	Öffentliche Arbeit	Eigenarbeit
■ stabile Facharbeit ■ stabile an- und ungelernte Arbeit ■ jobben ■ Tagelöhnerarbeit	■ ABM/Arbeit statt Sozialhilfe ■ Freiwilliges Soziales Jahr / Freiwilliges Ökologisches Jahr ■ Zivildienst	■ Kindererziehung ■ „Heimwerken“ ■ Selbsthilfe / Austausch von Selbsthilfeleistungen ■ Haushaltsarbeit ■ Pflegeleistungen

Abbildung 1

© F. Braun

Abhängig vom Geschlecht, dem sozio-kulturellen Kontext, dem Bildungsstand und der verfügbaren Ressourcen der Jugendlichen/jungen Erwachsenen ergeben sich in ihren Biographien **unterschiedliche Mischungsverhältnisse dieser Formen von Arbeit**.

Die Auflistungen unter den Überschriften „Erwerbsarbeit“, „öffentliche Arbeit“ und „Eigenarbeit“ lassen erkennen, dass innerhalb dieser Kategorien Arbeitsformen von höchst unterschiedlicher Qualität subsumiert sind. Bei der Erwerbsarbeit reicht das Spektrum beispielsweise von stabiler Facharbeit bis zu schlecht entlohnter und arbeitsrechtlich nicht abgesicherter Tagelöhnerarbeit.

Die öffentliche Arbeit umfasst:

- das aus freiwilligem Antrieb gesuchte Ehrenamt,
- Arbeitserfahrungen, die zur beruflichen Orientierung genutzt werden (können), wie das Freiwillige Soziale Jahr und das Freiwillige Ökologische Jahr,
- öffentliche Beschäftigungsangebote, die häufig mangels Alternative, aber durchaus auch mit dem Ziel wahrgenommen werden, am Arbeitsmarkt (wieder) Fuß zu fassen und den Lebensunterhalt durch eigenes Erwerbseinkommen zu sichern,
- aber auch Beschäftigungsangebote, die nicht ausgeschlagen werden können, weil dies mit dem Entzug von Unterstützungsleistungen - zum Beispiel der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt - sanktioniert wird.

Qualitativ heterogen ist schließlich auch die Kategorie der Eigenarbeit. Abhängig etwa von Wertorientierungen kann die Aufgabe der Kindererziehung mit hoher innerer Motivation einerseits, aber auch unter dem Zwang fehlender öffentlicher Kinderbetreuungsangebote wahrgenommen werden. Selbsthilfe und der Austausch von Selbsthilfeleistungen können positiv besetzter Bestandteil von Lebensentwürfen sein; Hausarbeit bei arbeitslosen jungen Frauen haben wir in unseren Untersuchungen häufig als stark fremdbestimmte und ungeliebte Arbeitsform ermittelt.¹

Abhängig vom Geschlecht, von den sozio-kulturellen Milieus der Herkunftsfamilien, dem Bildungsstand und den verfügbaren finanziellen und kulturellen Ressourcen der jungen Erwachsenen lassen sich für die untersuchten Biographien verschiedene Mischungsverhältnisse der unterschiedlichen Arbeitsformen finden. Sozio-demographische Merkmale und verfügbare Ressourcen prägen die Muster und beeinflussen Chancen und Risiken. Die neuen erwerbsbiographischen Muster können zur beruflich-sozialen Integration oder besser „lebbarer Biographien“², aber auch zur beruflich-sozialen Ausgrenzung³ führen. Aber auch wenn Ressourcen, die mit der Herkunftsfamilie, der Bildungsbiographie und der Lebenslage zusammenhängen, ein großes Gewicht besitzen, haben pädagogische Interventionen, haben Hilfen der Jugendberufshilfe Einfluss.

4. Qualifizierungs- und Beschäftigungsangebote als Übergangsarbeitsmärkte

Qualifizierungs- und Beschäftigungsangebote für Jugendliche und junge Erwachsene können in den Biographien dann einen positiven Unterschied machen, wenn sie den

¹ vgl. Zink, Gabriela: „... immer schön flexibel sein und nicht an übermorgen denken ...“. Junge Mütter zwischen Arbeitsmarkt, Familie und Sozialamt, DJI Arbeitspapier 1-079, München/Leipzig: DJI-Verlag (1993)

² vgl. Raab, Erich: Jugend sucht Arbeit, München/Leipzig: DJI-Verlag (1996)

³ siehe Schäfer, Heiner: Abgedrängt - Der Einfluss des Übergangssystems auf die Marginalisierungsprozesse junger Männer am Arbeitsmarkt, In: Felber, Holm (Hrsg.): Berufliche Chancen für benachteiligte Jugendliche? München/Leipzig: DJI-Verlag (1997), S. 255-354

Anforderungen entsprechen, die die Berliner Arbeitsmarktpolitikforscher Rogowski und Schmid¹ für ihr **Konzept der „Übergangsarbeitsmärkte“** postuliert haben:

- „Sie sind organisatorische Brücken zwischen Erwerbsarbeit und anderen produktiven Aktivitäten,
- sie enthalten Anreize auf geplantes und aushandelbares Begehen dieser Brücken, die durch Tarifverträge, Betriebsvereinbarungen und durch Recht und Gesetz abgesichert sind,
- sie kombinieren niedrige oder unstetige Lohneinkommen mit Transfers oder Vermögenseinkommen und
- sie finanzieren Arbeit statt Arbeitslosigkeit.“²

Damit Qualifizierungs- und Beschäftigungsangebote die Funktion von Übergangsarbeitsmärkten im eben skizzierten Sinne wahrnehmen können, **müssen auf drei Ebenen neue Anforderungen bewältigt werden:**

- auf der Ebene der Individuen,
- auf der Ebene gesamtgesellschaftlicher Regelungen,
- auf der Ebene der Aufgaben der Jugendsozialarbeit oder Jugendberufshilfe.

Neue Anforderungen auf der Ebene der Individuen sind:

- Die Individuen benötigen ein erweitertes Arbeitsvermögen. Ihre Arbeitsqualifikation muss sich sowohl auf die sich verändernden Anforderungen von Erwerbsarbeit als auch auf die Anforderungen von Eigenarbeit und öffentlicher Arbeit beziehen.
- Sie benötigen eine Orientierungs- und Handlungskompetenz, die sie zum strategischen Handeln befähigt, sowohl gegenüber der Unübersichtlichkeit von Erwerbsarbeit als auch gegenüber den vielfältigen Merkmalen und Anforderungen anderer Formen von Arbeit.
- Die Individuen müssen zum Einbau unterschiedlicher Formen von Arbeit ins eigene Leben befähigt sein. Familienarbeit muss auch in den Lebensentwürfen von Männern ein akzeptierter Bestandteil sein.

Neue Anforderungen aus dem Konzept der Übergangsarbeitsmärkte für die Ebene gesamtgesellschaftlicher Regelungen sind:

- Benötigt werden rechtliche Regelungen, bei denen bestehende Schutzvorschriften nicht durch Deregulierung abgeschafft, sondern so umgebaut werden, dass sie unter den neuen Bedingungen ihre Schutzfunktion zu entfalten vermögen.

¹ siehe Rogowski Rüdiger/Schmid, Günther: Reflexive Deregulierung. Ein Ansatz zur Dynamisierung des Arbeitsmarkts, In: WSI-Mitteilungen, Düsseldorf: Bund Verlag 50, (1997) 8, S. 568-582

² ebenda S. 578

- Es müssen Finanzierungsinstrumente geschaffen werden, die durch Berechenbarkeit und Kontinuität die Gestaltung von Übergangsmärkten als Orte menschenwürdiger Arbeit erlauben.
- Instrumente der Arbeitsförderung (im weiteren Sinne) müssen mit Finanzierungsvolumen ausgestattet werden, die eine Sicherung des Lebensunterhalts von Individuen in Übergangsmärkten auf einem Niveau gewährleisten, das das Instrument des Übergangsmarktes nicht diskreditiert.
- Die Systeme der sozialen Sicherung müssen so verändert werden, dass Zeiten von Arbeit außerhalb von Erwerbsarbeit - etwa Familienarbeit oder öffentliche Arbeit - nicht zu schwerwiegenden Benachteiligungen - etwa in der beruflichen Biographie oder bei der Altersversorgung - führen.

Neue Anforderungen an die Jugendsozialarbeit beziehungsweise Jugendberufshilfe sind schließlich:

- Ziel der Förderung von Jugendlichen muss die Entwicklung eines erweiterten Arbeitsvermögens sein, das eine möglichst hohe berufsfachliche Qualifikation, berufsspezifische und übergreifende soziale Kompetenzen einschließt.
- Es muss bei den Jugendlichen die Entwicklung einer Orientierungs- und Handlungskompetenz unterstützt werden, die gegenüber der Unübersichtlichkeit der Arbeitswelt strategisches Handeln und die Gestaltung der eigenen Arbeitsbiographie ermöglicht.
- Die Komplexität und Unübersichtlichkeit des Übergangssystems muss durch politisch-organisatorische Vermittlungs- und Verknüpfungsleistungen reduziert beziehungsweise transparenter gemacht werden.
- Jugendsozialarbeit beziehungsweise Jugendberufshilfe müssen sich als Lobby für benachteiligte Jugendliche und junge Erwachsene für Regelungen einsetzen, durch die Ausbildungs- und Arbeitsbiographien sozialstaatlich abgesichert werden.

Es gibt Modelle der Jugendberufshilfe, die dies weitgehend leisten. Hinter die dort erreichten Standards dürfen neue politische Lösungen nicht zurückfallen!

5. Zwei Beispiele

Diese letzte These soll mit zwei Beispielen illustriert werden. Das erste Beispiel bezieht sich auf die berufliche Erstausbildung von benachteiligten Jugendlichen, das zweite auf eine qualifizierende Beschäftigung von jungen Erwachsenen mit Brüchen in den Erwerbsbiographien, die ihnen den Zugang zum Arbeitsmarkt erschweren. Bei den Beispielen handelt es sich um Modellversuche, die zwischen 1994 und 1997 im Modellprogramm „Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit“ im Kinder- und Jugend-

plan des Bundes vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert und vom Deutschen Jugendinstitut wissenschaftlich begleitet wurden.

Die Darstellung der beiden Beispiele ist wie folgt strukturiert: In einem ersten Schritt werden Merkmale des Modells und seiner Konzeption skizziert, den zweiten Schritt bildet die Auflistung der Voraussetzungen, die für die Umsetzung des Modells notwendig und gegeben waren. Im dritten Schritt werden Stärken und Erfolge des Konzepts benannt, im vierten Schwächen und Risiken. Abschließend werden einige Schlussfolgerungen aus dem Modell für die Fortentwicklung der Praxis im jeweiligen Handlungsfeld gezogen.

5. 1. Ausbildung im Jugendhilfebetrieb¹

In diesem Modellversuch werden benachteiligte Jugendliche - die Zielgruppe der Benachteiligtenausbildung nach § 242 SGB III - in Berufen des Hotel- und Gaststättengewerbes in einem Jugendhilfebetrieb ausgebildet, der seine Produkte und Dienstleistungen vermarktet. Dadurch findet die berufspraktische Ausbildung in einer Lernsituation statt, die den Bedingungen in privatwirtschaftlichen Betrieben weitgehend entspricht. Für das Modell ist eine enge Kooperation mit privatwirtschaftlichen Betrieben kennzeichnend, insbesondere bei der Durchführung von betrieblichen Praktika.

Wesentliche Voraussetzung für die Absicherung der Umwandlung einer außerbetrieblichen Ausbildungseinrichtung zu einem Jugendhilfebetrieb war ein mittelfristig gesicherter Planungshorizont hinsichtlich der Finanzierung der Ausbildung. Ohne dass der Projektträger eine verbindliche langfristige Finanzierungszusage erhalten konnte, gab es doch ein Einverständnis mit der finanzierenden Berufsberatung, dass die Ausbildungsaktivitäten nicht etwa jährlich oder auch nur dreijährlich immer wieder aufs Neue in Frage gestellt sein dürften.

Eine zweite Voraussetzung war das Vorhandensein einer Kernbelegschaft von Fachkräften, durch die die Betriebsabläufe im Hotel- und Gaststättenbetrieb gesichert werden konnten. Diese zweite Voraussetzung war einerseits an die erste - die finanzielle

¹ Eine detaillierte Beschreibung des Modellversuchs findet sich in Braun, Frank: Ausbildung im Jugendhilfebetrieb. Werkstattbericht, München/Leipzig: Deutsches Jugendinstitut, Arbeitspapier 9/1996. Weitere Modelle einer betriebsähnlich beziehungsweise betriebsförmig organisierten Qualifizierung in Projekten der Jugendberufshilfe finden sich bei Bertram, Barbara: Büro und Beratung. Qualifizierung von ostdeutschen Frauen für Büro- und Beratungsarbeit. Werkstattbericht, München/Leipzig: Deutsches Jugendinstitut, Arbeitspapier 4/1997; Christe, Gerhard: Soziale Betriebe in Niedersachsen, Oldenburg: Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe Hrsg. (1996); Lex, Tilly: Qualifizierung und Beschäftigung im „Sozialen Berufshilfebetrieb“. Werkstattbericht, München/Leipzig: Deutsches Jugendinstitut, Arbeitspapier 1/1997; Lex, Tilly: Vom Maßnahmeträger zum Sozialen Betrieb. Werkstattbericht, München/Leipzig: Deutsches Jugendinstitut, Arbeitspapier 4/1998; Robert Bosch Stiftung (Hrsg.): Jugendhilfe und Arbeitsförderung. Empfehlungen einer Fachkommission, Stuttgart: Bleicher Verlag (1995).

Absicherung - gebunden, andererseits in relativ hohem Maß abhängig vom betriebswirtschaftlichen Erfolg, da die zur Entlohnung der Fachkräfte benötigten Mittel teilweise erwirtschaftet werden mussten. Nicht vorstellbar war das Modell ohne eine enge Kooperation zu den privatwirtschaftlichen Konkurrenz- und Partnerbetrieben in der Region: einmal, um nicht in der Existenz durch Kontroversen über einen vermeintlich unlauteren Wettbewerb durch den öffentlich subventionierten Jugendhilfebetrieb gefährdet zu werden; darüber hinaus bildete die Kooperation die Grundlage für erfolgreiche Vermittlungen der Ausbildungsabsolventen in anschließende Arbeitsverhältnisse in privatwirtschaftlichen Betrieben.

Der Erfolg des Modells lag in einer Verbindung der Stärken einer außerbetrieblichen Ausbildung (systematisch und umfassend und gründliche Vermittlung der Fachtheorie auch im Betrieb) mit den Vorteilen einer privatwirtschaftlichen, betrieblichen Ausbildung (realitäts- und praxisnah, Einbau von Brücken für den Übergang zum ersten Arbeitsmarkt). Die Ernsthaftigkeit der Bedingungen, unter denen die fachpraktische Ausbildung erfolgte, führte bei den Auszubildenden zu einer hohen Motivation. Die Systematik der Ausbildung und die vielfältigen Unterstützungsangebote ermöglichten auch Jugendlichen mit ungünstigen Bildungsvoraussetzungen den Ausbildungserfolg.

Die Ausbildung unter den Bedingungen eines fast normalen Betriebes des Hotel- und Gaststättengewerbes schloss ein Risiko der Selektivität ein: Von dem Ausbildungsarrangement profitierten in besonderer Weise die Auszubildenden mit relativ günstigen Voraussetzungen. Schwierigkeiten hatten insbesondere die Jugendlichen, die die berufsspezifischen Anforderungen auf der Verhaltensebene (zum Beispiel die Fähigkeit zur Kommunikation mit dem Gast beziehungsweise Kunden) nur schwer bewältigen konnten. Sie riskierten im „Stoßbetrieb“, vernachlässigt zu werden.

Für den Jugendhilfebetrieb ist ein Zielkonflikt zwischen pädagogischen Zielen und betriebswirtschaftlichen Zwängen kennzeichnend. Um ihre Brückenfunktion zum ersten Arbeitsmarkt wahrzunehmen, müssen Jugendhilfebetriebe selbstverständlich ihre Vermittlungschancen im Sinne ihrer Arbeitskräfte nutzen. Die besten Vermittlungschancen haben aber in der Regel die Leistungsträger, die der Jugendhilfebetrieb aus betriebswirtschaftlichen Gründen nach Möglichkeit halten müsste. Für die Auflösung dieses Zielkonflikts gibt es kein Patentrezept. Es muss vielmehr immer wieder eine neue Balance zwischen pädagogischen Zielen und betriebswirtschaftlichen Anforderungen gefunden werden.

Trotz der genannten Probleme und Risiken ist die **Ausbildung im Jugendhilfebetrieb eine notwendige Fortentwicklung außerbetrieblicher Ausbildungskonzepte**, insbesondere in Ausbildungsberufen mit Kundenkontakten. Die Ausbildung als pädagogisch organisierte Veranstaltung unter betriebsähnlichen Bedingungen ist geeignet, die Selbständigkeitsentwicklung der Jugendlichen zu fördern. Der Wechsel zwischen Jugendhilfebetrieb und privatwirtschaftlichen Praktikumsbetrieben stellt eine Vorbereitung auf die unterschiedlichen Anforderungsprofile von öffentlicher Arbeit und Erwerbsarbeit im privatwirtschaftlichen Betrieb dar. Jugendliche, die anderswo als „nicht ausbildungsfähig“ etikettiert werden, werden nicht nur zum Abschluss einer

Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf, sondern auch zur Fähigkeit der Berufsausübung unter „normalen“ Bedingungen geführt.

5. 2. Qualifizierende Beschäftigung im privatwirtschaftlichen Betrieb¹

Ziel dieses Modellversuchs war es, langzeitarbeitslose junge Erwachsene in einem dreijährigen, degressiv subventionierten Beschäftigungsverhältnis am Arbeitsplatz und durch ergänzende außerbetriebliche Qualifizierungsbausteine so zu fördern, dass sie anschließend in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen werden konnten oder aber auf dem externen Arbeitsmarkt über marktfähige Qualifikationen verfügen.

Ein zentrales Merkmal des Konzepts ist, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer angehalten werden, sich ihren Arbeitsplatz selbst zu suchen. Gemeinsam mit Teilnehmern und Betrieben wird ein individueller Qualifizierungsplan erarbeitet, in dem der Ablauf der Qualifizierung und die Verknüpfung von Lernen am Arbeitsplatz mit externen Qualifizierungsbausteinen festgelegt wird.

Es existiert ein Landesprogramm, das Mittel für die Subventionierung der Beschäftigungsverhältnisse und damit auch eine Komplementärfinanzierung für die aus ESF-Mitteln finanzierten außerbetrieblichen Qualifizierungsangebote bereitstellt. Der Träger der Jugendberufshilfe, der das Modell umsetzt, ist mit Fachpersonal ausgestattet, das von den privatwirtschaftlichen Betrieben in seiner fachlichen Kompetenz anerkannt wird.

Dazu werden gezielt Fachkräfte mit Doppelqualifikationen (in der Regel duale Berufsausbildung, Berufserfahrungen in der Privatwirtschaft und sozialpädagogische/sozialarbeiterische Ausbildung und mehrjährige Berufserfahrung) eingesetzt. Weitere Voraussetzungen sind, dass die Fachkräfte systematisch für diese Aufgabe qualifiziert wurden und dass die personelle Fluktuation bei den Fachkräften gering ist.

Die Selbstsuche des Arbeitsplatzes durch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer verbessert die Aussichten, dass dieser den eigenen Wünschen entspricht. Die Verbindung von Lernen am Arbeitsplatz mit externer Qualifizierung - soweit diese gelingt - führt zu betriebsrelevanten Qualifikationen auf zum Teil sehr hohem Niveau. Nach Einschätzung der Betriebe können viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer gegen Ende der För-

¹ Eine detailliertere Beschreibung der DJI-Fallstudie zu diesem Modellversuch findet sich bei Braun, Frank: Berufliche Förderung von benachteiligten jungen Erwachsenen in privatwirtschaftlichen Betrieben. Werkstattbericht, München/Leipzig: Deutsches Jugendinstitut, Arbeitspapier 10/1996. Weitere Untersuchungen zu diesem Modell wurden veröffentlicht in: Lukas, Helmut u. a.: Das Berliner Programm 501 - Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung. In: BBJ Consult Info I/II (1993), S. 35-128 und in Lukas, Helmut u. a.: „Nicht nur irgendwas machen“: Das Programm 301 - Arbeitsplätze nach eigener Wahl für beschäftigungslose junge Erwachsene aus dem Ostteil Berlins. Berlin: BBJ (1995). Zur Kooperation von Jugendberufshilfe und Betrieben vgl. auch Gericke, Thomas: Jugendwerkstatt - Praktikum - betriebliche Berufsausbildung. Kooperative Lernangebote für Benachteiligte. Werkstattbericht. München/Leipzig: Deutsches Jugendinstitut, Arbeitspapier 6/1997.

derung wie Fachkräfte eingesetzt werden. Da die Förderung am ersten Arbeitsmarkt selbst erfolgt, entfällt die kritische Barriere zwischen Maßnahmen und dem ersten Arbeitsmarkt.

Die Teilnahme am Programm erfordert von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern ein hohes Maß an Eigeninitiative und sozialer Kompetenz. Insofern ist das Modell selektiv. Zwischen Betrieben und Branchen gibt es eine große Bandbreite hinsichtlich der Qualität der in den Betrieben geleisteten Qualifizierung. Eine systematische Qualitätsüberprüfung ist nur schwer realisierbar. Eine systematische Durchsetzung von Qualitätsstandards ist kaum zu leisten. Von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern wird zum Teil bemängelt, dass in der Regel ein anerkannter Ausbildungsabschluss - „der Schlüssel zum Personalbüro“ - nicht erworben werden kann.

Das Modell markiert Standards für eine betriebliche Förderung von benachteiligten Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die gerade in Zeiten, in denen das Konzept „Betrieb“ zu einer Art Zauberwort für die Lösung aller Probleme der beruflichen Integration von benachteiligten Jugendlichen geworden ist, **Beachtung finden sollten:**

- Wie jede andere Förderung und Qualifizierung von benachteiligten Jugendlichen benötigt auch die betriebliche Variante eine systematische konzeptionelle Vorbereitung und eine Qualifizierung des pädagogischen Fachpersonals. Der Ansatz eignet sich nicht für „politische Schnellschüsse“.
- Ein Konzept der qualifizierenden Beschäftigung sollte in der Regel nicht für Jugendliche unter 18 praktiziert werden, die wegen ihrer biographischen Situation (und weil das Berufsbildungsgesetz dies vorschreibt) in eine berufliche Erstausbildung gehören.
- Wenn die Qualifizierung Erfolg haben soll, müssen betriebliches Lernen und außerbetriebliche Qualifizierung systematisch konzipiert und aufeinander bezogen werden. Ein „Zwei-Lernorte-Modell“, bei dem betriebliche Praxis und in Maßnahmetradition angebotene „Theorie“ beziehungslos nebeneinanderstehen, führt nicht dazu, dass der Lernort „Betrieb“ seine pädagogischen Möglichkeiten entfaltet.

Schließlich muss das Konzept nach Möglichkeit darauf ausgerichtet werden, dass die jungen Erwachsenen einen anerkannten Abschluss erwerben können. Dem wird in dem dargestellten Modellversuch zumindest insoweit Rechnung getragen, als dass an ihn anknüpfend Wege einer abschlussbezogenen Nachqualifizierung durch eine Verbindung des Lernens im Betrieb mit außerbetrieblich angebotenen Qualifizierungsbausteinen erprobt werden.¹

¹ zum Konzept der abschlussbezogenen Nachqualifizierung vgl. Bertram, Barbara: Abschlussbezogene Nachqualifizierung. Modulare Ausbildung von jungen Erwachsenen in anerkannten Ausbildungsberufen. Werkstattbericht, München/Leipzig: Deutsches Jugendinstitut, Arbeitspapier 3/1998; siehe auch Davids, Sabine (Hrsg.): Modul für Modul zum Berufsabschluss. Berichte zur beruflichen Bildung, Berlin und Bonn: Bundesinstitut für Berufsbildung (1998)

6. Fazit

In den Biographien der Mehrzahl benachteiligter Jugendlicher verbinden sich unterschiedliche Formen von Arbeit und Arbeitslosigkeit. Es gilt, die Jugendlichen auf die Anforderungen von Arbeit ebenso vorzubereiten wie sie zu befähigen, Phasen der Arbeitslosigkeit nicht nur als Opfer zu erleiden.

Betonen möchte ich in jedem Fall die Bedeutung der Entwicklung des Arbeitsvermögens im Sinne einer berufsfachlichen Qualifizierung. Auch wenn sich die berufsfachlichen Anforderungen von Arbeit verändern und sich daraus auch neue Anforderungen an Qualifizierung ergeben, sind auch benachteiligte Jugendliche und junge Erwachsene für „lebbare Biographien“ auf Qualifikationen angewiesen, die menschenwürdige Arbeit ermöglichen.

Das Bund-Länder-Programm „Die Soziale Stadt“ - eine neue Generation der Förderung?

DR. ROLF-PETER LÖHR

Geschäftsführer des Vereins für Kommunalwissenschaften e. V., Berlin

Das Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die Soziale Stadt“ ist auch ein Programm, das sich auf Benachteiligte bezieht, aber nicht in erster Linie auf benachteiligte Personen, sondern auf benachteiligte Gebiete, eben die Gebiete mit besonderem Entwicklungsbedarf. In diesen Gebieten konzentrieren sich benachteiligte Personen, nämlich die Verlierer der wirtschaftlichen Umbrüche der vergangenen zehn bis zwanzig Jahre. Der Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungs- und zunehmend zur Wissensgesellschaft, die enorme Rationalisierung in der Wirtschaft und die Globalisierung der Märkte, die Auflösung von Dauerarbeitsverhältnissen und die zunehmende Spreizung der Einkommensverhältnisse schafft auf der einen Seite viele Gewinner, aber auf der anderen Seite noch mehr Verlierer und von Verlusten Bedrohte. Dies ist eine europaweite Entwicklung und es fordert daher auch Kooperation und Voneinanderlernen auf europäischer Ebene, wie wir es mit Blick auf die Jugendarbeitslosigkeit in diesem Workshop auch unternehmen.

Ursachen der sozial-räumlichen Polarisierung

Diese zitierte soziale Polarisierung zeigt sich auch an zwei Wanderungsbewegungen der Bevölkerung, die sich vor allem in den Städten räumlich niederschlagen: Wohlhabendere Haushalte ziehen in das Umland oder in „bessere Gegenden“ innerhalb der Stadt, schwächere Haushalte, vor allem nachhaltig von Arbeitslosigkeit Bedrohte und gering Verdienende, ziehen in strukturschwache Gebiete mit billigen Mieten. Der Rückgang des sozialen Wohnungsbaus in den letzten zehn bis 15 Jahren und vor allem das Entfallen von Belegungsbindungen verstärkt diese sozial-räumliche Polarisierung, denn sie führten zu Konzentrationen der Sozialwohnungsbestände in Großsiedlungen und unsanierten innerstädtischen Altbaugebieten.

Gab es 1980 noch gut vier Millionen Sozialwohnungen, so waren es 1999 nur noch 1,9 Millionen. Die ursprüngliche Funktion des sozialen Wohnungsbaus, soziale Probleme etwa in Folge von Arbeitslosigkeit abzufedern und den betroffenen Menschen gleichwohl eine Wohnung in sozial gemischten Quartieren zu sichern und ihnen so auch die Möglichkeit zu geben, am „normalen“ gesellschaftlichen Leben teilzuhaben, ist durch diesen Rückgang und vor allem die damit verbundene Beschränkung des sozialen Wohnungsbaus auf die Neubaugebiete der 60er bis 80er Jahre verloren gegangen.

Die Menschen hier sind vielfach durch ihre soziale, aber auch ihre räumliche Distanz zur übrigen Stadt von einer Ausgrenzung vom gesellschaftlichen Leben bedroht. Man-

che Sozialwissenschaftler sprechen sogar davon, dass sie „überflüssig“ seien, weil sie für die Reproduktion der Gesellschaft nicht mehr gebraucht werden. Dass dies nicht nur deutsche, sondern gerade in besonderer Zahl auch Migrantenhaushalte betrifft, verschärft das Problem. Diese Quartiere sind die Gebiete des Programms „Soziale Stadt“.

Zur Entstehung des Programms

Dieses Programm hat zwar die neue Bundesregierung auf der Grundlage des Koalitionsvertrages 1999 aufgelegt; sie hat es aber nicht erfunden. Es ist nicht von oben „aufgepfropft“, sondern es ist durch Wandlungen in der Sanierungspraxis vor Ort in vielen Jahren von unten gewachsen. 1993 griff das Land Nordrhein-Westfalen die entstandenen Formen „der behutsamen und bewohnerorientierten Stadterneuerung“ auf und unterstützte sie durch sein Programm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“, das bis heute läuft. 1994 folgte, ebenfalls als Reaktion auf eine lokale Praxis, das Land Hamburg. Weitere Länder, so Hessen und Berlin, zogen nach.

1996 beschloss dann die ARGEBAU, die Bauministerkonferenz der Länder, ihre Gemeinschaftsinitiative „Die Soziale Stadt“ und forderte den Bund auf, diese Anregungen ebenfalls aufzugreifen. Blicke ins Ausland belegen, dass solche stadträumlichen Polarisierungsentwicklungen in Frankreich, England, den USA und den Niederlanden schon weiter fortgeschritten sind, aber weiter ist man dort auch bei der Antwort auf die Frage, mit welchen Ansätzen man versuchen kann, dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten. Bei der Auftaktveranstaltung zu dem Programm „Die Soziale Stadt“ haben der Städtebauminister aus Großbritannien und der Staatssekretär im englischen Städtebauministerium ihre Ansätze zur Lösung der genannten Probleme dargelegt.

Ziele und Ansätze des Programms „Die Soziale Stadt“

Aufbauend auf diesen deutschen und internationalen Erfahrungen und Ansätzen sollen mit dem Programm daher vielfältige Impulse erzeugt werden. Wirkungen werden vor allem auf sozialem, ökonomischem, ökologischem, kulturellem, baulich-städtebaulichem, partizipatorischem und politisch-administrativem Gebiet erwartet. Ich will dies hier nicht im Einzelnen aufführen, es kann in den Dokumentationen des Deutschen Institutes für Urbanistik zum Programm „Soziale Stadt“ im Einzelnen nachgelesen werden. Entscheidend ist dabei dreierlei:

- Es sollen nicht Probleme aufgedeckt und durch öffentliche Mittel ausgeglichen, sondern es sollen Potenziale erschlossen und ihre Nutzung durch öffentliche Mittel gefördert werden.
- Es soll nicht nur eine sektorale, städtebauliche Politik betrieben werden, sondern es soll eine Bündelung unterschiedlicher Ressourcen und Mittel erfolgen, um die Komplexität der Probleme in der Breite und integriert angehen zu können.

- Es soll nicht die Fürsorge für die Bürgerinnen und Bürger verstärkt, sondern sie sollen motiviert und befähigt werden, zusammen mit der örtlichen Wirtschaft und der Verwaltung selbst zur Bewältigung ihrer Probleme beizutragen.

Um mit dem Letzteren zu beginnen: Es sollen an die Bürger drei Fragen gerichtet werden: Was stört Euch? Was soll sich ändern? Was seid Ihr bereit, selbst zu tun? Nur wo diese Bereitschaft besteht, aktiv mitzuwirken und sich nicht von oben „bedienen“ zu lassen, kann das Programm wirkungsvoll ansetzen. Hinter diesem Ansatz verbirgt sich ein anderes Staatsverständnis, das sich wegbewegt von dem fürsorgenden Staat, der den Bürger und die Bürgerin an die Hand nimmt, und sich hinbewegt zu einem aktivierenden Staat, der die Rahmenbedingungen dafür schafft, dass die Bürgerin und der Bürger in der Lage sind, die Lösung ihrer Probleme selbst in Angriff zu nehmen.

Natürlich können sie dies nicht allein. Ein zentrales Instrument für die Umsetzung des Programms in den Quartieren ist daher das Quartier- oder Stadtteilmanagement. Das Quartiermanagement hat die Aufgabe, als Mediator zwischen Bevölkerung und Verwaltung, als Unterstützer und Integrator selbständiger Aktivitäten im Gebiet und als Initiator von Projekten und Aktivitäten zu dienen. Es soll dabei örtliche Aktivitäten nicht ersetzen, sondern sie koordinieren und gegebenenfalls anregen. Alle Erfahrung zeigt, dass die Selbstorganisation der Bevölkerung und auch der Wirtschaft im Gebiet für die vom Programm angestrebte Dauerhaftigkeit und Tragfähigkeit der eingeleiteten Entwicklungen im Quartier darstellt. Parallel zum Quartiermanagement muss die Stadtverwaltung so organisiert sein, dass es einen Ansprechpartner oder eine Ansprechpartnerin für das Gebiet in der Verwaltung gibt, der oder die seiner- oder ihrerseits die Kontakte zu anderen Fachgebieten und deren Fördermöglichkeiten herstellt.

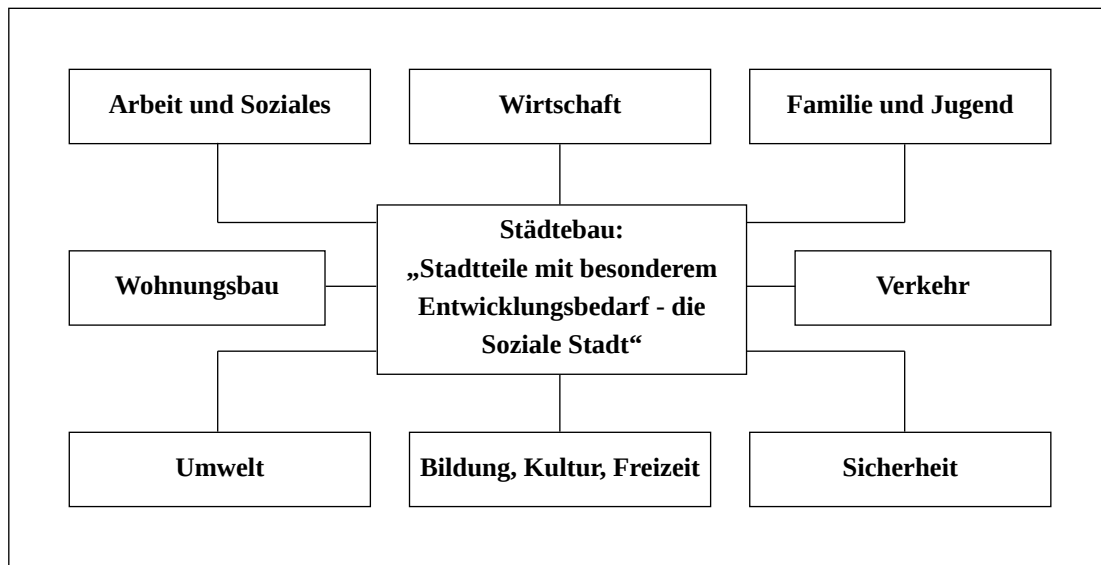
So kann das Programm über die selbst von ihm bereitgestellten Mittel hinaus weitere Mittel anderer Fachgebiete und anderer Politikbereiche für die Entwicklung im Quartier verfügbar machen. Auch dies geht nicht von allein, sondern bedarf zum einen eines politischen Willens, der sich in einem Beschluss des Stadtrates ausdrücken sollte, und eines integrierten Handlungskonzepts, dass für eine Verknüpfung und Bündelung der verschiedenen Ansätze im Gebiet und darüber hinaus sorgt. Damit soll vermieden werden, worauf in der Diskussion Herr Henkel - so glaube ich - hingewiesen hat, als er sagte: *„Wenn eine einzelne Einrichtung alleingelassen wird, dann neigt sie dazu, die Probleme zu verdrängen oder sich auf ihre speziellen Probleme zu konzentrieren.“*

Genau dies darf nicht geschehen, da im Gebiet und in den einzelnen Familien in der Regel nicht nur ein spezielles Problem besteht, sondern eine Vielzahl unterschiedlicher Probleme. Die **Abbildung 1** macht deutlich, um welche Politikfelder es hier insgesamt geht.

Arbeit als Basis für die nachhaltige Verbesserung der Lebensverhältnisse

Ein Kernpunkt für die Verbesserung der Lebensverhältnisse im Gebiet ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die mangelnde wirtschaftliche Stabilität dieser Gebiete ist

Verzahnung unterschiedlicher Politikfelder bei der „Sozialen Stadt“



aus: Distler, Andreas: Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt, In: bau intern, Bayerisches Staatsministerium des Innern (Hrsg.), München: Lipp Sonderdruck 9/99, S. 3

Abbildung 1

gerade eine der Hauptproblemquellen. Hier kommt es darauf an, sich nicht allein auf große Betriebe und auf Hightech-Bereiche zu konzentrieren, sondern eine Bestandspflege wohnungsnaher Betriebe durchzuführen. Denn Untersuchungen haben ergeben, dass zwar die größten Wachstumsraten derzeit im Hightech-Bereich erzielt werden, dass aber auch die Arbeitsplätze in diesen quartiersorientierten Betrieben zunehmen.

Diese Entwicklung gilt es für die Menschen in den Quartieren zu nutzen. Dazu gehört zum Beispiel, die Betriebe zu unterstützen, wenn sie einen „schwierigen“ Jugendlichen beschäftigen. Sind die Betriebe mit Problemen des Jugendlichen konfrontiert, so sind sie überfordert, weil sie solchen Umgang nicht kennen und natürlich keine sozialarbeiterische Ausbildung oder Kapazität haben. Solche Spannungen führen dann leicht dazu, dass der Jugendliche die Ausbildung oder Beschäftigung abbricht oder dass er entlassen oder gar nicht erst eingestellt wird. Dies muss durch Betreuung des Jugendlichen und des Betriebes möglichst vermieden werden.

Ein weiterer Ansatzpunkt ist die Einstellungspolitik der Betriebe. Es ist bekannt, dass die Adresse in einem benachteiligten Gebiet allein ausreicht, um gar nicht erst zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen zu werden. Dies ist ein wesentlicher Grund dafür, warum diese Gebiete nicht nur benachteiligt sind, sondern für ihre Bewohnerinnen und Bewohner auch benachteiligend wirken. Kleine Betriebe stellen Beschäftigte vielfach nur ein, wenn der Betriebsleiter den Beschäftigten kennt oder dieser von einer ihm vertrauenswürdig erscheinenden Person empfohlen wurde. Ausschreibungsverfahren oder eine Vermittlung über das Arbeitsamt sind diesen Betrieben vielfach zu riskant. Hier kann etwa das Quartiermanagement helfen, indem es Beziehungen zwischen Betrieben und potenziellen Beschäftigten herstellt und dann Sozialarbeit gegebenenfalls für die Stabilität einer entstandenen Arbeitsbeziehung unterstützend einsteht.

Andere Wege sind die Gründung von Servicegesellschaften, die den Bedarf aus dem Gebiet decken, die von externen Betrieben häufig nicht oder nicht mit der notwendigen Qualität oder zu den für die Menschen erschwinglichen Preisen geleistet werden. Auch gibt es gute und erfolgreiche Beispiele für die Möglichkeit einer Existenzgründung Jugendlicher aus der Arbeitslosigkeit heraus, wenn sie hier entsprechend gelenkt und unterstützt werden.

Auch hier könnte das Quartiermanagement vermittelnd tätig werden. Entscheidend aber ist, dass wir nicht nur auf die Probleme und Wünsche der Jugendlichen schauen, sondern umgekehrt auch die Belange der Betriebe ernst nehmen und an sie nicht nur Forderungen stellen. Die erforderliche Kooperation gelingt nur, wenn alle Beteiligten mit ihren spezifischen Problemen und Anforderungen ernst genommen werden und die Möglichkeit haben, ihre Anforderungen mit Aussicht auf Erfolg einzubringen.

Solche Kooperationen will das Programm „Soziale Stadt“ fördern. Es fordert von den öffentlichen Verwaltungen das Überschreiten von Ressortgrenzen und das Denken in neuen Zusammenhängen, das partielle Aufgeben von Entscheidungs- und Gestaltungsmacht an die Menschen im Quartier, aber es fordert von den Menschen im Quartier auch Gegenleistung in Form von eigenen Aktivitäten und eigenem Engagement.

Dies ist zugleich auch ein Ansatz, der sozialen Ausgrenzung und damit dem Verlust von Selbstbewusstsein und Selbstwertgefühl dieser Menschen zu begegnen und sie nicht durch weitere staatliche Sozialleistungen in der „Kultur der Abhängigkeit“ zu halten. Wenn sie, gegebenenfalls auch mit einfachen Arbeitsplätzen, wieder einen eigenständigen Beitrag zu einer - durchaus weit verstandenen - Wertschöpfung der Gesellschaft leisten, so werden sie wieder in die Gesellschaft integriert. Auch wenn die Menschen in den Quartieren wieder selbst bestimmen können, was in ihrem Quartier geschieht, sie selbst bei der Stadterneuerung und gesellschaftlichen Entwicklung im Gebiet mitwirken und - vor allem - mitbestimmen, entsteht eine „Kultur der Selbstbestimmung“, die den Menschen wieder Zutrauen zu sich selbst und Hoffnung für die Zukunft gibt.

Abschließende Bemerkungen

Natürlich, und das macht das Programm mit seinem Namen „Soziale Stadt“ auch deutlich, kann sich die Stadtentwicklungspolitik nicht auf Gebiete mit besonderem Entwicklungsbedarf beschränken, sondern muss die gesamte Stadt einbeziehen. Das ist nötig, um das Entstehen von Problemquartieren an anderer Stelle zu vermeiden, aber es ist auch nötig, um die Gebiete selbst zu stabilisieren, indem etwa für Eigennutzer Eigentum geschaffen und an anderer Stelle im Stadtgebiet neue Belegungsbindungen erworben werden. Das Ziel muss also sein, nicht nur funktional, sondern sozial gemischte Quartiere in der ganzen Stadt zu schaffen oder zu erhalten. Dies macht auch deutlich, dass sektorale Politik nicht überflüssig geworden ist, sondern in den übrigen Stadtteilen notwendig bleibt, wenngleich auch hier eine Kooperation mit anderen Fachgebieten zunehmend notwendig wird.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen: Der Paradigmenwechsel, der in dem Programm „Soziale Stadt“ begründet liegt, kann an drei Punkten deutlich gemacht werden, nämlich:

1. an der Kooperation möglichst vieler Beteiligter und der Bündelung der Ressourcen,
2. an der Motivation und dem Empowerment der örtlichen Bevölkerung und Wirtschaft sowie
3. an der integrierten Entwicklung und gesamtstädtischen Solidarität.

Das Programm ist also sehr anspruchsvoll und ambitioniert, seine Umsetzung daher nicht einfach und konfliktfrei. Diese muss als offener Lernprozess für alle Beteiligten verstanden werden, für Verwaltung und Politik, für Verbände und Wirtschaft, für Bürgerinnen und Bürger. Sie erfordert eher unkonventionelle als routinierte Verfahren, eher informelle als verregelte Vorgehensweisen, eher neue Partnerschaften als die gewohnten Versäulungen innerhalb eines Politikfeldes.

Die Verwirklichung des Programms erfordert für die öffentliche Seite und auch für viele Wohnungsunternehmen vor allem das partielle Aufgeben von Macht und das Eingehen von Risiken, für die Menschen und Betriebe vor Ort, aber auch das Aufgeben von Bequemlichkeiten und das Übernehmen von Verantwortung für sich selbst und ihr Wohnumfeld. Dies ist für alle Beteiligten sicherlich ein schwieriger und langwieriger Prozess. Aber schon jetzt ist neben viel Kritik und manchmal auch Angst vor Machtverlust sehr viel Mut und Unterstützung für den neuen Ansatz des Programms festzustellen. Ich bin daher guter Hoffnung, dass das Programm ein Erfolg wird, insbesondere für die Menschen, die Erwachsenen wie die Jugendlichen, in den „Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf“.

Das FOYER-Projekt in Manchester¹

CLAIR COWARD

Leiterin des FOYER-Projektes

in der St. Vincent's Housing Association Ltd. Manchester, England

Vorab einige Worte zu meiner Person: Ich bin gelernte Psychiatrieschwester und arbeite jetzt in einem Projekt für junge Menschen. Während meiner Ausbildung habe ich mich auf Jugendpsychiatrie spezialisiert, so dass meine jetzige Arbeit in engem Zusammenhang mit meiner Ausbildung steht, auch wenn ich nicht mehr als Schwester arbeite.

Das FOYER-Konzept

Die Einrichtung, für die ich heute arbeite, nennt sich in Großbritannien FOYER.² Das Konzept dieser Projektform möchte ich Ihnen heute vorstellen.

Ursprünglich handelte es sich um ein französisches Konzept, einige von Ihnen kennen es vielleicht. Es geht dabei um Einrichtungen, die Jugendlichen Unterkunft gewähren und für eine Ausbildung sorgen. In den frühen 80er Jahren wurde man sich in England bewusst, dass die einzige Unterbringungsmöglichkeit für sozial benachteiligte oder ausgegrenzte Jugendliche in sogenannten Hostels, also Jugendwohnheimen, bestand. Diese leisteten zwar wertvolle Arbeit bei der Unterbringung von Jugendlichen, jedoch erschöpfte sich in den meisten Fällen ihre Funktion darin.

Als Mitglieder der britischen Regierung die französischen Projekte kennenlernten, wurde beschlossen, für Großbritannien etwas Ähnliches zu konzipieren. Weit über die bloße Unterbringung hinaus wurden in diesen Projekten Integration, Ausbildung, Unterstützung, Lebenshilfe, Hilfe bei der Arbeitssuche und Beratung geboten.

Wir übernahmen also das französische Modell, änderten es aber in einigen Punkten. Nun verfügt Großbritannien landesweit über ein Netzwerk von 97 FOYER-Projekten. Diese bieten für junge Menschen sowohl eine Unterkunft als auch verschiedenste miteinander verknüpfte Ausbildungsmöglichkeiten, die sich aus staatlichen Bildungsmaßnahmen, öffentlichen Maßnahmen in Einrichtungen der Gemeinden und freien Maßnahmen zusammensetzen, die zusätzlich von FOYER geschaffen wurden. Darüber hinaus gibt es bei FOYER Hilfen bei der Jobsuche und soziale Unterstützung - **siehe Abbildung 1.**

¹ Clair Coward hielt ihren Vortrag auf Englisch. Das Referat ist vom Bandmitschnitt übersetzt und von der AGFJ redigiert worden.

² Im dargestellten englischen Kontext bedeutet das französische Wort „foyer“ Wohnheim - Anmerkung der Übersetzerin.

FOYER - Was ist das?



Abbildung 1

© C. Coward

Im Unterschied zu Jugendwohnheimen ist die Unterbringung in einem FOYER nicht bedingungslos, denn vorrangig sieht das Konzept Schulung und Ausbildung bei gleichzeitiger Unterbringung vor. Die Jugendlichen können nicht in einem FOYER wohnen, ohne in einer Schulungs-, Ausbildungs- oder Arbeitsmaßnahme zu sein beziehungsweise einer Arbeit nachzugehen. In den meisten FOYERS bildet die Verpflichtung zur Teilnahme an einer der Maßnahmen, die in Form eines Aktionsplanes festgehalten wird, Teil ihrer Aufenthaltsberechtigung oder ihres Mietvertrages. Die Teilnahme an einer FOYER-Maßnahme kommt also nicht für jeden Jugendlichen in Betracht.

Das Projekt, über das ich spreche, ist in der englischen Großstadt Manchester beheimatet. Die Arbeitslosenquote dort ist hoch, denn Manchester zählt innerhalb Großbritanniens zu den strukturschwachen Gebieten. Die Arbeitslosenzahlen sind mit denen in anderen englischen Großstädten - wie London, Liverpool und Leeds - vergleichbar. Das Projekt ist in einer Gegend angesiedelt, in der 80 Prozent der dort lebenden Bevölkerung schwarzen ethnischen Minderheiten angehören. Es gibt deshalb im Projekt auch eine sehr hohe Zahl von Jugendlichen aus ethnischen Minderheiten. Zahlen der Regierung lassen erkennen, dass die Arbeitslosigkeit unter schwarzen Jugendlichen zweimal so hoch ist wie bei weißen. Hinzu kommt, dass in dem betreffenden Stadtteil Manchesters eines von fünf Kindern in einem Haushalt mit einem allein erziehenden Elternteil lebt.

Verknüpfung zu NEW DEAL

Eingebunden in die Arbeit der FOYERS ist ein Regierungsprogramm, das sich NEW DEAL nennt und das sehr gut zu unserem Konzept passt. NEW DEAL wurde 1997 von der Regierung als Antwort auf die hohen Arbeitslosenzahlen unter Jugendlichen geschaffen. Die Statistiken zeigten, dass die Zahlen bei Jugendlichen wesentlich höher lagen als bei den Vergleichsgruppen Erwachsener. Die Regierung suchte nach einer Möglichkeit, der Arbeitslosigkeit vorzubeugen, bevor die Jugendlichen ins Erwachsenenalter kamen. Man hoffte, dass diese Menschen in ihrem späteren Leben nicht mehr von Arbeitslosigkeit betroffen wären, wenn man das Problem in der Jugendzeit behe-

ben könne. Wenn man für sie einmal einen Arbeitsplatz gesichert habe, würden sie - so die Hoffnung - diesen auch behalten.

Wie Untersuchungen aus der Vergangenheit zeigten, waren viele Jugendliche mit den bis dahin angebotenen Maßnahmen des Staates während ihrer Arbeitslosenzeit unzufrieden. Viele sagten aus, die Maßnahmen seien nicht umfassend genug, weil sie die Arbeitslosigkeit isoliert behandelten und andere Probleme, die bei den Jugendlichen unter Umständen noch eine Rolle spielten, außer acht ließen. Zudem würden sie von einem Träger zum nächsten geschickt, anstatt dass ein Projekt alle ihre Bedürfnisse abdecken würde. Dabei sind die bestehenden Projekte als unflexibel und manchmal wenig praxisnah bezeichnet worden.

Auch wurden die Regierungsprogramme deshalb sehr kritisiert, weil sie bei ihren Maßnahmen auf die üblichen staatlichen Einrichtungen zurückgriffen. Die jungen Leute aber, um die es geht, haben wenig Sympathie für die staatlichen Institutionen. Die Grundschule hat sie nicht einbinden können, über eine höhere Bildung verfügen sie in der Regel nicht. Deshalb ist es in der Tat höchst unwahrscheinlich, dass die staatlichen Institutionen die jungen Leute zum Lernen bewegen oder sie für eine Ausbildung interessieren könnten. Der hauptsächliche Kritikpunkt bestand jedoch darin, dass die Maßnahmen am Ende selten mit einer Arbeitsstelle abschlossen.

In der Regierung begriff man, dass die Gruppen, denen es gelingen könnte, die jungen Leute zu motivieren, im Bereich der freien Träger zu suchen waren. Die NEW DEAL-Projekte und deren Mitarbeiter gehören eher der Kommune und nicht so sehr den öffentlichen Trägern an. NEW DEAL wurde deshalb bei solchen Projekten wie FOYER angesiedelt, die bereits mit dieser Zielgruppe arbeiteten und zu denen die jungen Leute Vertrauen hatten. Für die Durchführung des Programms kamen beispielsweise Jugendzentren in Betracht, Orte, an denen sich junge Menschen sicher fühlten. Man erkannte, dass man die Maßnahmen zu den Jugendlichen bringen musste, anstatt von den Jugendlichen zu erwarten, dass diese nach den Angeboten suchten - **siehe Abbildung 2.**

NEW DEAL bereitet die Szene

- Neue Regierungsinitiative (1997)
- Jugendarbeitslosigkeit
- Zielgruppenorientiertheit
- Integration des Arbeitslosenzentrums in Gemeinde
- Erstmals restriktive Maßnahme
- Experimentierphase hinsichtlich des Erfolgs

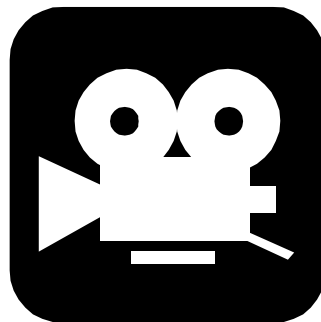


Abbildung 2

© C. Coward

NEW DEAL ist in Großbritannien die erste staatliche Maßnahme, die ein restriktives Element enthält. NEW DEAL richtet sich nur an Jugendliche, die öffentliche Gelder beziehen. Es geschieht nun hier zum ersten Mal, dass die finanzielle Unterstützung für diejenigen Jugendlichen, die einen Platz in diesem Programm bekommen, von ihrer regelmäßigen Teilnahme abhängig gemacht wird.

Natürlich handelt es sich bei NEW DEAL um eine sehr teure Maßnahme, so dass auch ein Finanzierungsweg gesucht werden musste. Die Streichung der direkten Unterstützung für Jugendliche hat zur Folge, dass Gelder frei werden, die wieder dem Projekt zugute kommen können. Ich muss jedoch dazu sagen, dass mir bisher noch kein Fall bekannt ist, wo die Unterstützung gekürzt worden wäre, obwohl es oftmals vorkommt, dass ein Jugendlicher nicht erscheint. Ich weiß nicht, ob diese Bestimmung in der Zukunft noch umgesetzt werden wird, im Moment geschieht es in der Praxis jedenfalls nicht. Das Programm ist noch neu; es wird noch viel experimentiert, um herauszufinden, was Erfolg bringt und was nicht.

Die Zielgruppe von NEW DEAL

Die Zielgruppe von NEW DEAL sind die 16-24jährigen. Viele von ihnen sind aus der Schule ausgeschlossen worden. Viele fühlen sich auch aus der Gesellschaft ausgeschlossen - **siehe Abbildung 3**. Es ist also sozusagen der Bodensatz der Gesellschaft, mit dem wir arbeiten. Es sind Jugendliche, die vielleicht versucht haben, Chancen wahrzunehmen, aber nichts fanden, das ihnen entsprach; vielleicht sind sie bereits in verschiedenen anderen Ausbildungsprogrammen gewesen und haben dort keinen Erfolg gehabt. Diese Klientel des NEW DEAL ist der in den FOYER-Projekten sehr ähnlich; auch deshalb ist NEW DEAL in FOYER gut untergebracht.

Das Kriterium zur Erlangung eines Platzes im Rahmen des NEW-DEAL-Programms ist Arbeitslosigkeit von mindestens sechs Monaten und der Bezug von Arbeitslosenunterstützung für ebenfalls mindestens sechs Monate.

Zielgruppe

- Sozial ausgegrenzte
16-24jährige
- Arbeitslos für sechs
Monate oder länger
- Vielfache Benachteiligungen
als Ursache für Ausgrenzung
- Gemeinsamkeiten:
mangelhaftes Basiswissen
kriminelle Aktivitäten
Ausschluss aus der Schule
niedriger finanzieller Status



Abbildung 3

© C. Coward

Die Jugendlichen haben in der Regel mehrere Handicaps: zum Beispiel mangelhafte Grundkenntnisse, Rechtschreibschwächen und/oder schlechte Ausdrucksfähigkeit im Englischen, mangelhaftes Beherrschen der Grundrechenarten. Es mag sein, dass sie die Schule verlassen mussten; manche waren in irgendeiner Weise in kriminelle Delikte verwickelt. Eine hohe Prozentzahl von ihnen kommt aus Familien mit niedrigen Einkommensverhältnissen, aus strukturschwachen Gegenden, aus Städten und Ziel-1-Gebieten nach den EU-Kriterien - also Gegenden, die die EU als sehr benachteiligt klassifiziert.

Über die Gateway-Phase

Unmittelbar nachdem ein Jugendlicher für NEW DEAL anerkannt wurde, beginnt die sogenannte Gateway-Phase, die bis zu vier Monaten dauert. Die Intention von Gateway ist es, den Jugendlichen, die bereits die Voraussetzungen für einen Arbeitsplatz mitbringen; adäquate Hilfe zu bieten und für sie eine Stelle zu finden, und denjenigen, die noch weitere Maßnahmen benötigen, bei den entsprechenden Entscheidungen beizustehen und ihnen dabei zu helfen, ein Maximum an Fähigkeiten zur Verbesserung ihrer Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu erwerben - **siehe Abbildung 4.**

Von Gateway zu NEW DEAL

- Anfängliche Einstufung und Aufstellung eines individuellen Handlungsplanes
- Hilfestellung bei der Festlegung der notwendigen Schritte
- Zugang zu unabhängigen Stellen für Arbeitsvermittlung und Beratung
- Methoden zur Verbesserung der Vermittlungschancen
- Grundlagenvermittlung / Aufbauen des Selbstvertrauens / Motivierung
- Schnupperkurse, Gespräche mit Maßnahmenträgern
- Sonderberatung bei speziellen Problemen (z.B. Schuldnerberatung)
- Überleitung zu Maßnahmen des New Deal

Abbildung 4

© C. Coward

Mit Gateway habe ich selbst viele Erfahrungen sammeln können. Viele FOYERS bieten Gateway an, da es sich perfekt mit den eigenen Zielen deckt, nämlich individuelle, ganzheitliche Unterstützung für die jungen Leute sicherzustellen. In den FOYERS wurde bereits vor der Einführung von Gateway auf diese Weise gearbeitet. Weil die Arbeit der FOYERS damit auf der gleichen Linie mit den Zielen von „New Labour“ liegt, werden FOYERS langsam aber sicher zu einer anerkannten Maßnahme in Großbritannien, denn so stellt sich die Regierung eine fortschrittliche Behandlung von Menschen vor.

Einführend findet ein Gespräch mit einem NEW-DEAL-Berater statt, der normalerweise in der staatlichen Arbeitsvermittlungsstelle arbeitet. Er gibt den Jugendlichen in-

dividuelle Beratung sowie Hilfe und soll jederzeit für sie erreichbar sein. Jedem NEW-DEAL-Teilnehmer wird ein solcher persönlicher Berater zur Seite gestellt. Dieser ist der einzige Kontakt zu den staatlichen Institutionen. Da es sich schließlich um eine staatliche finanzielle Förderung handelt, wurde diese Schaltstelle bei der Arbeitsvermittlung geschaffen.

Der oder die Jugendliche kann vom Beratungsgespräch mit dem persönlichen Betreuer beim Arbeitsamt direkt in einen nicht-subventionierten Arbeitsplatz vermittelt werden, wenn sich eine solche Möglichkeit ergibt. Für die Arbeitgeber bietet dabei das Regierungsprogramm eine Reihe Möglichkeiten, die es attraktiv machen, einen über NEW DEAL vermittelten Jugendlichen einzustellen. Es stehen Fördermittel zur Verfügung, die zur beruflichen Fortbildung des Jugendlichen in Anspruch genommen werden können. In vielen Fällen werden auch Barzuschüsse gewährt, so dass es billiger wird, jemanden aus dem NEW-DEAL-Programm anzustellen als einen anderen Arbeitnehmer. Leider hat dies in einigen Fällen auch zum Missbrauch durch Arbeitgeber geführt.

Grundlagen für eine ganzheitliche Unterstützung

Gateway ist der Einstieg in weiterführende Programme. Ergibt sich keine direkte Stellenvermittlung, so beginnt für den Jugendlichen der Einstieg in weitere Programme des NEW DEAL. Innerhalb der ersten Phase werden die Motivation des Jugendlichen getestet und der Betreuungsaufwand festgestellt; es werden Pläne über den Verbleib des Jugendlichen im Projekt entwickelt, die für jeden einzelnen Jugendlichen maßgeschneidert werden.

Gateway im Manchester-FOYER besteht aus:

- einer Eingangseinschätzung zum Entwicklungsstand des Jugendlichen, um festzustellen, welche Art von Unterstützung für ihn notwendig erscheint (Dabei ergibt sich auch, ob eventuell zusätzliche intensive Betreuung vonnöten ist, zum Beispiel wegen Wohnungslosigkeit oder Drogenkonsum.),
- dem Aufstellen und Durchführen eines persönlichen Aktionsplanes,
- dem Angebot aller allgemeinen und speziellen NEW-DEAL-Möglichkeiten sowie den zusätzlichen FOYER-Angeboten im europäischen Rahmen, kognitiver Fahrunterricht, Kochkurse, Erste-Hilfe-Kurse, Computerschulung und Sozialkunde.

Im FOYER bieten wir eine ganzheitliche Unterstützung. Für jeden Jugendlichen wird ein sogenannter Aktionsplan aufgestellt. Damit tragen wir der Tatsache Rechnung, dass jeder dieser Jugendlichen ein Individuum ist. Bei dem Plan beziehen wir persönliche Problemlagen mit ein, beispielsweise wenn jemand der Schule verwiesen wurde oder bei Prüfungen durchgefallen ist. Die meisten Jugendlichen haben bisher nie eine positive Struktur erfahren, an der sie sich orientieren konnten. Aus dem Plan lässt sich ersehen, an welchem Punkt sie zu Beginn der Betreuung stehen, es wird ihnen geholfen, sich von dort aus weiterzuentwickeln.

Oft müssen wir dabei feststellen, dass die Jugendlichen nicht notwendigerweise sofort einen sichtbaren Erfolg - zum Beispiel einen Abschluss - erreichen werden. Die konkreten Ergebnisse, die die Regierung erwartet, können oftmals nicht erbracht werden, weil diese jungen Menschen nicht einmal über die Grundlagen dazu verfügen. So sehen wir unsere Aufgabe darin, ihre geringen Fähigkeiten festzustellen und anzuerkennen, wenn sie beispielsweise zunächst an drei Tagen hintereinander zu den Kursen erscheinen. Das ist für viele Jugendliche tatsächlich ein Erfolg.

Wir haben die Erfahrung gemacht, dass es jungen Leuten bewusst wird, etwas geleistet zu haben, wenn ihnen zum Beispiel nur ein kleines Zeugnis über ihre Anwesenheit ausgestellt wird. Sie empfinden dadurch auch, dass sie in einer Umgebung sind, in der sie etwas schaffen können. Es sind vielleicht zum ersten Mal in ihrem Leben Menschen um sie herum, die sie nicht nur als Versager betrachten, sondern schätzen, wodurch Erfolg möglich wird. Die meisten dieser Jugendlichen sind entweder in Heimen groß geworden oder in einer wenig unterstützenden Familienstruktur; ihre Erfolge sind bisher fast nie anerkannt worden und sie haben wenig elterliche Zuwendung oder Interesse erfahren.

Bei Gateway geht es also zunächst einmal darum, herauszufinden, was der einzelne Jugendliche schaffen kann. Der Grund, weshalb Gateway und NEW DEAL bisher erfolgreich waren, besteht darin, dass berücksichtigt wird, was der Jugendliche selbst erreichen will. Frühere Programme verlangten, dass bestimmte Ziele erreicht werden mussten, die vorher feststanden. Es blieb lediglich die Frage, wie man die Jugendlichen am schnellsten dahin bekäme. Jetzt wird gefragt, ob der oder die Jugendliche überhaupt einen Abschluss anstrebt. Wenn nicht, ist es sinnlos, ihn oder sie an einem Kurs teilnehmen zu lassen.

Unser Erfolg beruht auch darauf, dass wir uns nicht nur um die Berufschancen der Jugendlichen kümmern. Die Regierung wurde oft dafür kritisiert, sich nur um einzelne Aspekte zu bemühen. Wenn ein Jugendlicher arbeits- und wohnungslos und drogenabhängig ist, dann ist es relativ fruchtlos, lediglich an seinem Problem der Arbeitslosigkeit zu arbeiten. Er wird keine Stelle bekommen oder sie nicht behalten, solange er Drogen nimmt und auf der Straße schläft.

Bei FOYER werden all diese Probleme mit einbezogen. Die Arbeitslosigkeit mag eines davon sein, aber es ist nicht das einzige, auf das wir unsere Arbeit ausrichten. Die Jugendlichen brauchen auf verschiedenen Gebieten Unterstützung, so beispielsweise bei der Verbesserung ihrer Bildung, dem Aufbau von Selbstvertrauen, bei der Motivierung. Übrigens ist dies einer der Gründe, der Jugendliche immer wieder scheitern lässt, eine feste Stelle zu bekommen - sie glauben nicht an sich. Wie sollten sie einen Arbeitgeber davon überzeugen, an sie zu glauben, und ihnen sogar eine Chance zu geben? Für Jugendliche, die Schulden haben oder Drogen nehmen, bieten wir Sonderberatungen an. Wir stellen eine Hierarchie ihrer Bedürfnisse auf, fragen nach, ob sie sich geborgen genug fühlen, ob sie genügend Geld zum Essen haben und einen sicheren Schlafplatz. Solange diese Grundbedürfnisse nicht erfüllt sind, macht es keinen Sinn, zu überlegen, was sie mit ihrem Leben machen wollen und sollen.

Vor kurzem wurde eine neue intensive Gateway-Phase eingeführt, die für Jugendliche mit hohem Unterstützungsbedarf gedacht ist, zum Beispiel für Jugendliche, die gerade aus dem Gefängnis entlassen wurden oder noch im Gefängnis sind. Ein Problem sind nach wie vor gerade Jugendliche, die aus dem Gefängnis entlassen werden - Jugendliche, die dort vielleicht zum ersten Mal waren, sich aber gut geführt und ihre Fähigkeiten ausgeprägt haben und vielleicht gerade dabei waren, eine gewisse Verantwortung für eine - wie auch immer - geartete berufliche Laufbahn zu übernehmen. Sobald diese Jugendlichen entlassen werden, brauchen sie jemanden, der sich um sie kümmert. In der Strafanstalt hatten sie einen durchstrukturierten Tag. Wenn sie jedoch wieder in ihren alten Freundes- und Bekanntenkreis zurückkehren, wo die Probleme eigentlich angefangen hatten, wird es für sie sehr schwierig, in dieser Umgebung trotzdem mit dem fortzufahren, was sie im Gefängnis begonnen hatten, nämlich für ihren Lebensunterhalt und ihren weiteren Lebensweg zu lernen.

Dafür ist „**Gateway-Intensiv**“ gedacht. Die Arbeit kann bereits in der Strafanstalt beginnen. Bereits dort kann der Tag genauso strukturiert werden wie nach der Entlassung. Wir hoffen, dass dadurch ein guter Anfang gemacht werden kann. Sie sehen daran auch, dass in Großbritannien immerzu neue Initiativen entwickelt werden.

Gateway kann bis zu vier Monaten dauern. Danach muss sich der Jugendliche für eine der im Folgenden dargestellten **drei Möglichkeiten** entscheiden. Dies kann auch früher geschehen, aber spätestens am Ende der vier Monate. Wenn der oder die Jugendliche Gateway oder Gateway-Intensiv abgeschlossen hat, bestehen drei Möglichkeiten:

- Die erste und zugleich die beste wäre natürlich eine Anstellung.
- Die zweite ist Vollzeitschulung oder Vollzeitausbildung. Die Schulung kommt vornehmlich für Jugendliche in Frage, die über eine schlechte Grundbildung verfügen, beispielsweise mangelnde Englischkenntnisse besitzen, schlecht rechnen können etc. Dabei wird mit dem Kenntnisstand normaler elfjähriger Kinder verglichen und auf das Erreichen des Nationalen Berufsbildungsabschlusses, der National Vocational Qualification, orientiert.
- Die dritte Möglichkeit, manchmal noch in zwei Alternativen untergliedert, ist die Umwelt-Task-Force oder die Task Force für freiwillige Hilfsdienste - **siehe Abbildung 5**.

Bei den früheren Regierungsprogrammen gab es am Ende selten konkrete Ergebnisse. Die Jugendlichen standen diesen eher negativ gegenüber. Viele stellten die Frage: „*Kriege ich am Ende eine Stelle, bekomme ich einen Abschluss?*“ Bei einem Nein waren sie zur Teilnahme nicht bereit.

Die erste Möglichkeit: eine Anstellung

Für NEW DEAL arbeitet die Arbeitsvermittlung mit den Arbeitgebern zusammen und versucht, diese dazu zu motivieren, langfristige Arbeitsverträge anzubieten. Freie Stel-

Was wird geboten?

- Persönlicher Berater
- Gateway
- Intensives Gateway
- Stellenvermittlung
- Vollzeitschulung /
-ausbildung
- Umwelt Task Force
- Freiwilligendienste



Abbildung 5

© C. Coward

len für NEW-DEAL-Bewerber werden gesondert durch das Arbeitsamt ausgeschrieben. Für die ersten sechs Monate wird die Stelle für einen NEW-DEAL-Teilnehmer subventioniert. Dies gibt den Jugendlichen sechs Monate Zeit, sich zu beweisen. Natürlich hoffen wir, dass sie einen Punkt erreichen, an dem der Arbeitgeber auch bereit ist, sie weiter zu beschäftigen, auch wenn dieser nicht mehr 60 Pfund pro Woche für sie bekommt - **siehe Abbildung 6.**

Die Jugendlichen haben keinen Schulabschluss. Deshalb konnten sie keine Arbeitsstelle bekommen und keine Arbeitserfahrungen sammeln. Ohne Arbeit aber können sie die Versäumnisse nicht aufholen. Sie befinden sich in einem Teufelskreis. Diese sechs Monate in einer subventionierten Arbeitsstelle über NEW DEAL gibt den Jugendlichen, die durchaus praktische Fähigkeiten, aber keine Erfahrung besitzen und keine Referenzen vorzeigen können, die Chance, einen Fuß in die Tür zu bekommen.

Für Teilzeitstellen beträgt der Zuschuss für den Arbeitgeber 40 Pfund in der Woche, aber natürlich bemüht sich die Arbeitsvermittlung im Idealfall um Vollzeitbeschäfti-

Eckdaten bei einer Halbjahresmaßnahme

- Maßnahme über 26 Wochen
- Gehaltszuschuss £60 - bei mindestens 30 Wochenstunden
- Zuschuss £40 - für 24-29 Std./Woche
- Ein Tag Fortbildung pro Woche mit Qualifizierungsabschluss
- £750 pro Schulungsteilnehmer
- Vertrauliche Hotline für Arbeitgeber

Abbildung 6

© C. Coward

gung. Jeder Jugendliche hat während dieser sechs Monate ein Recht auf einen Tag Fortbildung pro Woche. Das ergibt insgesamt 26 Tage, die auch im Block absolviert werden können. Damit soll eine Qualifizierung erreicht werden. Wenn ein Jugendlicher zum Beispiel in einem Geschäft arbeitet, bemühen wir uns, ihm eine staatliche Berufsausbildung im Einzelhandel zu vermitteln. Nach den sechs Monaten hat der Jugendliche nicht nur eine Referenz, sondern er kann auch einen Abschluss vorweisen, der ihn für diese Arbeit qualifiziert.

Für die Fortbildung eines NEW-DEAL-Angestellten wird den Arbeitgebern ein Zuschuss in Höhe von 750 Pfund gewährt. Dieser Betrag muss entweder für interne oder externe Ausbildung aufgewendet werden, die zu einer anerkannten Qualifikation führt. Der persönliche Berater bei der Arbeitsvermittlung bietet dabei ständige Unterstützung für den NEW-DEAL-Arbeitnehmer an. Der Arbeitgeber ist darüber hinaus aufgefordert, für den Jugendlichen einen Mentor oder eine Vertrauensperson am Arbeitsplatz zur Verfügung zu stellen. Außerdem hält die Arbeitsvermittlungsstelle engen Kontakt mit dem Arbeitgeber und steht ihm über eine vertrauliche Hotline bei Gesprächsbedarf oder Problemen zur Verfügung. Von staatlicher Seite bestehen übergeordnete Richtlinien für alle Arbeitsplätze und die Arbeit mit Jugendlichen. Die Anforderungskriterien werden regelmäßig überprüft, so auch die Fortschritte des Jugendlichen und ob auch der Arbeitgeber die Vereinbarungen einhält.

Die zweite Möglichkeit: die Vollzeitschulung oder Vollzeitausbildung

Dieses Angebot wurde hauptsächlich für Jugendliche konzipiert, denen die Grundlagen fehlen, die also über keinen Berufsbildungsabschluss oder keine gleichwertige Qualifikation verfügen. Wir machen das an dem fest, was von der Regierung als Basiswissen für Elfjährige festgelegt ist - **siehe Abbildung 7.**

Diese Maßnahmen werden in der Regel in Zusammenarbeit mit spezialisierten Trägern, örtlichen Ausbildungsstätten, angeboten. Man hat sich auch darum bemüht, diese

Eckdaten bei Vollzeitschulung/-ausbildung

- Maßnahmendauer bis zu 12 Monaten
- kürzere Zeitspannen für Grundlagenvermittlung: in der Regel 3 Monate
- Nationaler Bildungsabschluss (NVQ level II)
- Einsatz spezialisierter Maßnahmenträger
- Kinderbetreuung, Bewerbungstraining, Kleidung
- Ständige Qualitätskontrolle

Abbildung 7

© C. Coward

Maßnahmen in die Gemeindezentren zu integrieren. Manchmal übernimmt eine Schule diese Bildungsmaßnahme; sie wird jedoch in einem Jugendzentrum durchgeführt oder auch im FOYER - an einem Ort, wo sich die Jugendlichen zu Hause fühlen. Dabei gilt wieder der Grundsatz, dass die Bildung zu den Jugendlichen gebracht werden muss.

Für viele Jugendliche, deren Muttersprache nicht Englisch ist, ist das Schulungsprogramm eine echte Chance. In Manchester und in vielen anderen NEW-DEAL-Projekten wird mit Jugendlichen gearbeitet, die aus Flüchtlingsfamilien stammen - in jüngerster Zeit meist Somali-Flüchtlinge. Zunächst geht es darum, die Englischkenntnisse der jungen Leute zu verbessern, bevor sie die Chance erhalten, eine Arbeitsstelle zu bekommen.

Die für diese Phase von der Regierung vorgegebene Zeitspanne beträgt maximal zwölf Monate. Es kann in der Praxis vorkommen, dass dafür weniger Zeit benötigt wird. Dann kann zu einer der anderen Möglichkeiten gewechselt werden. Besonders bei der Vermittlung von Grundkenntnissen können drei Monate durchaus genügen.

Das Ausbildungsprogramm orientiert sich an den Wünschen der jungen Menschen. Wenn sich jemand für eine ganz besondere Ausbildung interessiert, so wird diese auch begonnen. Wenn es ein realistischer Wunsch ist, so wird ein örtlicher Träger gesucht, der diese Ausbildung anbietet. Jugendliche, die innerhalb der Gateway-Phase zu keiner klaren Entscheidung hinsichtlich ihrer Ausbildung gelangen, werden an einen Sonderberater weitervermittelt.

Viele junge Leute, die die Schulungs- und Ausbildungsmaßnahme mitmachen, haben keine praktische Arbeitserfahrung. Daher bieten wir ebenfalls Bewerbungstraining an. Sogenannte Schnupperkurse in der Praxis vermitteln konkrete Erfahrungen über den Arbeitsplatz. Für jeden Jugendlichen wird ein persönliches Leistungsverzeichnis aufgestellt. Es stehen Mittel für notwendige Bekleidung, zusätzliche Reisekosten und Kinderbetreuung zur Verfügung. Die Überprüfung des hohen Standards der Angebote spielt - wie bei allen anderen Maßnahmen auch - eine große Rolle.

Die dritte Möglichkeit: Umwelt-Task-Force oder freiwillige Hilfsdienste

Diese Möglichkeit ist für alle offen. Sie richtet sich jedoch hauptsächlich an diejenigen, die besonders benachteiligt sind. Es sind Jugendliche, bei denen es unwahrscheinlich ist, dass sie eine Arbeitsstelle finden. Dies kann aufgrund einer Behinderung der Fall sein, zum Beispiel einer Lernschwäche oder bei besonders wenig Vorbildung. Die Maßnahme dauert bis zu sechs Monate - **siehe Abbildung 8.**

Die Maßnahme besteht aus zwei Varianten; eine davon ist die Arbeit in einem typischen freiwilligen Sektor, zum Beispiel in dem Geschäft einer Wohltätigkeitsorganisation, in einem Gemeindezentrum oder in einem Altenheim. Zweitens besteht die Möglichkeit, in der Umwelt-Task-Force mitzuhelfen. Dies ist ein neu geschaffenes Projekt

Eckdaten zur Umwelt-Task-Force / freiwillige Dienste

- Arbeitsstelle/Ausbildung mit Qualifikation
- 30 Wochenstunden - 1 Tag Fortbildung
- örtliche/regionale Projekte, die nachhaltige Entwicklung anbieten
- Freiwilligensektor / Regierung
- zielorientiert
- £750 für jeden Teilnehmer

Abbildung 8

© C. Coward

zum Schutz der Umwelt. Es handelt sich um die Mitarbeit an Bauprojekten, um die Pflege von Parkanlagen oder das Pflanzen von Bäumen. Jede Organisation oder Institution kann ein Umweltprojekt aufstellen, in dessen Rahmen Jugendlichen aus NEW DEAL die Möglichkeit zur Mitarbeit geboten wird. Die Vermittlung erfolgt durch örtliche freie Träger oder durch angeschlossene Partnerorganisationen.

Beide Varianten bedeuten die Teilnahme mit mindestens 30 Stunden in der Woche. Wie bei der Ausbildungsmaßnahme steht wöchentlich ein Tag Fortbildung oder Schulung auf dem Programm, die idealerweise zu einer Qualifikation führt. Pro Teilnehmer wird dafür ein Betrag in Höhe von 750 Pfund gezahlt.

Auch hier besteht die Hauptzielsetzung darin, den Jugendlichen Erfahrungen zu vermitteln, auf die sie sich berufen können, die ihnen auf dem Arbeitsmarkt bessere Vermittlungschancen geben und ihre sozialen Fähigkeiten trainieren. Besonderer Wert wird auf Kommunikation, Motivation und Pünktlichkeit gelegt. Die Zielgruppe sind junge Menschen, die kaum Erfahrung damit haben, was in einem Arbeitszusammenhang wichtig ist. Mit der Mitarbeit bei diesem Projekt leisten die Jugendlichen auch einen Beitrag zur Entwicklung der Stadt.

Zusätzliche Angebote

Zusätzlich zu den Regierungsprogrammen haben wir im FOYER eigene Kurse entwickelt. Wie ich bereits erwähnte, liegt es im Interesse der Regierung, die Grundbildung der jungen Leute zu verbessern: Aber die Jugendlichen wehren sich vehement dagegen, hinter einem Pult zu sitzen, um lesen und schreiben zu lernen. Das ist etwas, das sie bereits kennen, sie haben es versucht und sind dabei gescheitert. Alle Projekte, die wir in Manchester durchführen, orientieren sich deshalb auf die Förderung praktischer Fähigkeiten.

Ein gutes Beispiel dafür ist die **Fahrschule**. Jeder Jugendliche im FOYER möchte gern Autofahren lernen, aber niemand hat bereits eine Fahrerlaubnis, weil die Kosten

dafür viel zu hoch sind. Wir haben einen Kurs konzipiert, der eine Menge Rechtschreibung, Rechnen und Computerkenntnisse mit beinhaltet. Auch in Großbritannien gehört zur Fahrprüfung ein schriftlicher Test. An diesem theoretischen Teil kann man Jugendlichen sehr gut klarmachen, dass es einen Zusammenhang zwischen Lesen, Schreiben und Fahren gibt. Ohne Bestehen der schriftlichen Prüfung erhält man keinen Führerschein.

In diesen Kurs wurde auch eine Runde zur Kommunikationsförderung integriert. Dort wird über das Verhalten im Straßenverkehr etc. diskutiert. Die Jugendlichen denken, bei den Diskussionsrunden gehe es nur um das Fahren. Was wir aber tatsächlich machen, ist zum Beispiel Sozialkunde. Wir laden beispielsweise die Polizei ein, mit der viele Jugendliche in der Vergangenheit schlechte Erfahrungen gemacht haben. Es ist eine Institution, die Jugendliche nicht mögen. Wir haben uns dafür entschieden, damit junge Leute die Polizei einmal in einem anderen Licht sehen können.

Wir führen jede Woche ein **Erste-Hilfe-Training** durch. Jeder Jugendliche kann eine Bescheinigung über Erste-Hilfe-Kenntnisse vorweisen, wenn er den Kurs beendet hat. In manchen Fällen ist es das erste Zeugnis, das ein Jugendlicher überhaupt bekommt. Wir haben auch Automechanikerstunden eingerichtet, um die jungen Leute mit der Technik vertrautzumachen.

In jeder Woche wird eine Fahrstunde angeboten. Wir haben im Laufe der Zeit gelernt, wie die Woche strukturiert werden muss. Als wir vor einem Jahr das Geld für den Fahrunterricht bekamen, wurden den Jugendlichen gleich viele Fahrstunden angeboten. Zu den parallel laufenden anderen Kursen kam kaum jemand, weil die jungen Leute nur fahren lernen wollten. So wurde das Programm umgestellt: Die Fahrstunde liegt am Ende einer Woche und nur dann, wenn die Teilnahme an den anderen Kursen nachgewiesen werden kann.

Am Ende des Kurses begleiten wir jeden, der es möchte, bei seinem Theorietest und bei der praktischen Fahrprüfung. Die jungen Leute brauchen für den Kurs nichts zu bezahlen, er wird vollständig finanziert, aber nur, wenn die Jugendlichen parallel ihre Lese- und Rechtschreibfähigkeiten entwickeln. Das gibt ihnen erhöhte Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Wir bemühen uns, alle unsere Programme nach diesen methodischen Ansätzen zu organisieren.

Bei der Ankunft im FOYER wird von jedem jungen Menschen erwartet, dass er einen **Kochkurs** absolviert, es sei denn, jemand kann das bereits. Die meisten Jugendlichen, mit denen wir arbeiten, verfügen über sehr geringe soziale Fähigkeiten. Sie kommen aus Heimen, alles ist für sie gemacht worden, aber plötzlich müssen sie nun für sich selbst sorgen. Sie haben ihre eigene Küche, sie müssen selbst kochen. Es ist ein einfacher Kurs, in dem es darum geht, wie sie einfaches Essen zubereiten können.

Der **Computerraum** im FOYER ist an sechs Tagen in der Woche geöffnet. Junge Leute aus der Stadt können diesen kostenlos mit benutzen. Wir bieten freien Zugang zum Internet, obwohl bestimmte Bereiche gesperrt wurden. Wenn wir Grundkennt-

nisse und Bildung vermitteln wollen, können wir mit Hilfe der Computertechnologie und der Medien die Jugendlichen erreichen. Dort liegen ihre Fähigkeiten, dort liegen ihre Interessen. Und in diese Richtung entwickelt sich die Gesellschaft. So sind Computerkenntnisse geradezu eine notwendige Bedingung, um das Heute und Morgen meistern zu können.

Die FOYERS unterscheiden sich voneinander. Manche FOYERS sind kleine Projekte mit sechs Betten. Das FOYER in Manchester ist das größte im Lande. Die meisten Wohnungen, in denen die Jugendlichen leben, sind für eine Person ausgestattet. Die Jugendlichen haben herrlich große Räume, oben ein Schlafzimmer, unten eine Küche, ein Badezimmer und ein Wohnzimmer - ganz für sich allein. Denn einer der Gründe, weshalb das Projekt so erfolgreich ist, besteht darin, dass wir in die Jugendlichen investiert haben. Es ist für manche das erste Mal, dass sie etwas Gutes angeboten bekommen. Alles, was man ihnen bisher gegeben hatte, musste billig sein, war nur das Nötigste oder war wertlos, so dass sie sich ebenfalls wertlos fühlten.

Die vier oberen Geschosse des Hauses in Manchester bilden den Wohntrakt, im Erdgeschoss befinden sich die Gemeinschaftsräume, in denen auch die Kurse stattfinden. Es gibt zwei verschiedene Arten von Appartements: auf der ersten und zweiten Etage gehen die Appartements nur jeweils über ein Stockwerk, sie sind hübsch, aber beschränken sich auf eine Ebene. Weiter oben gehen die Appartements über zwei Stockwerke. Es handelt sich um Maisonetten. Da wir stets versuchen, einen Entwicklungsfortschritt zu belohnen und es vermeiden, schlechtes Betragen zu bestrafen, werden die oberen Wohnungen als Belohnung für Fortschritte vergeben. Wer es einmal in das Obergeschoss geschafft hat, der möchte von dort nicht mehr weg. Die Jugendlichen haben dort eine ganze Menge zusätzlicher Anreize, zum Beispiel ein Telefon, mit dem nach außerhalb telefoniert werden kann.

Die Atmosphäre, in der im FOYER gearbeitet wird, ist sehr freundlich. Es sieht dort nicht wie in einer Schule aus, es gibt keine Pulte, hinter denen die jungen Leute sitzen müssen. Alle Arbeit, die wir machen, findet in informellen Gruppen statt; es soll Spaß machen und auf praktische Tätigkeiten ausgerichtet sein. Auch Einzelgespräche und Befragungen werden in freundlichen Räumen durchgeführt, obwohl es auch Büros gibt. Wir versuchen jedoch, die Umgebung freundlich zu gestalten.

Eines der Probleme, das Jugendheime in Großbritannien früher hatten, war die Tatsache, dass die Jugendlichen dort isoliert von der Gesellschaft lebten. Im FOYER-Haus in Manchester bemühen wir uns um eine Eingliederung in die Gesellschaft und versuchen deshalb, die Einrichtung für die Allgemeinheit zu öffnen. Der Computerraum und ein Seminarraum stehen jungen Leuten aus der Umgebung kostenlos zur Verfügung. An das FOYER angeschlossen sind ein Restaurant, eine Apotheke und die Praxis eines Arztes für Allgemeinmedizin - alles Einrichtungen, die auf Wunsch der Stadtverwaltung geschaffen wurden. Es ist uns wichtig, dass im Haus keine geschlossene Gesellschaft entsteht, sondern dass die Jugendlichen in die Gesellschaft integriert werden. Genau wie bei der Ausbildung ist es nötig, eher „die Gesellschaft“ zu ihnen zu bringen, als darauf zu vertrauen, dass sie schon bereit wären, sich ihr von selbst anzuschließen.

Langfristige Erfolge von NEW DEAL

Wie bei allen Regierungsprogrammen lautet natürlich die Hauptfrage: Gibt es wirklich Abschlüsse und langfristige Arbeitsplätze am Ende der Maßnahmen?

Seit dem Beginn von NEW DEAL sind nur zwei Jahre vergangen. Ergebnisse, die wir auswerten können, beziehen sich auf die Anfangsphase. Ich denke, wir benötigen mindestens drei Jahre, um sagen zu können, ob es sich bei NEW DEAL um ein erfolgreiches Programm handelt - **siehe Abbildung 9**.

Untersuchungen, die die Regierung herausgegeben hat, zeigen eine erhebliche Reduzierung bei den Arbeitslosenzahlen unter Jugendlichen, ganz besonders in Innenstädten. Zu diesen Untersuchungsergebnissen kam man aufgrund der Zahlen über beantragte Arbeitslosenunterstützung beim Arbeitsamt. Freie Träger haben ähnliche anonyme Untersuchungen durchgeführt und herausgefunden, dass die Zahl derjenigen, die Arbeitslosenunterstützung beantragt haben, tatsächlich zurückgegangen ist, dass dies aber nicht unbedingt auf einen Erfolg von NEW DEAL hinweist.

Wirkungen des NEW-DEAL-Programms

- Beträchtliche Reduzierung der Arbeitslosenzahlen
- Zunahme illegaler Arbeit
- Nach Gateway...
- Übergang zu Arbeitsstelle, Ausbildung/Schulung
- Investition der Arbeitgeber in Schulung/Ausbildung



Abbildung 9

© C. Coward

In vielen Fällen ist dies auf den „illegalen (Arbeits)markt“ zurückzuführen. Einige der jungen Leute, die in unseren Projekten gearbeitet haben, sind in Drogendeals verwickelt oder arbeiten für Schwarzgeld bei Sicherheitsfirmen. Das sind Arbeiten, die für sie nicht vorgesehen waren und bei denen sie von uns nicht gern gesehen werden. Aber gerade bei den Jugendlichen, die im Drogengeschäft sind, haben wir festgestellt, dass die 40 Pfund, die sie über uns pro Woche bekommen, bei ihnen gerade für das Benzin reichen, während sie Tausende Pfund pro Woche nebenbei verdienen. Das ist bequemer, als an den vielen den Programmen und Kursen teilzunehmen, was von einem NEW-DEAL-Teilnehmer erwartet wird. Es sind nicht sehr viele Jugendliche, die sich in dieser Weise orientieren und sich einrichten wollen, aber immerhin handelt es sich um eine beachtenswerte Gruppe.

Es kann also festgehalten werden, dass nur ein Teil der vom Arbeitsamt gemeldeten rückläufigen Zahlen ein Erfolg für uns ist. Seit der Einführung von NEW DEAL wurden bisher in Manchester 500 Jugendliche in feste Arbeitsstellen vermittelt. Dies ist freilich eine gute Erfolgsquote. Wir dürfen jedoch die anderen Jugendlichen nicht aus dem Auge verlieren, die wahrscheinlich zu einer besonders gefährdeten, einer besonders benachteiligten Gruppe gehören. Ich meine diejenigen, die ganz sicher aus der normalen Gesellschaft ausscheren. Daran hat das Programm nichts ändern können. Alles, was hier erreicht wurde, ist die Tatsache, dass sie keine Unterstützung mehr bekommen und dadurch der Staat ein wenig Geld spart. Aber es steht zu befürchten, dass wir den einen lockeren Berührungspunkt, den wir über das Geld mit ihnen hatten, nun ganz verloren haben. In bestimmter Weise reicht NEW DEAL nicht bis auf den Grund des Problems.

Ein anderes Problem, das mir in Manchester immer wieder begegnet, sind die Arbeitgeber, die mit NEW DEAL nicht in vorgegebener Weise umgehen. Einige Arbeitgeber missbrauchen NEW-DEAL-Teilnehmer als billige Arbeitskräfte. Sie können auf diese Art und Weise für sechs Monate jemanden fast kostenlos anstellen, denn mehr als die 60 Pfund in der Woche, die sie von uns bekommen, würden sie sonst auch kaum zahlen müssen. Darüber hinaus gibt es in Großstädten wie Manchester noch weitere Fördermittel. Die Arbeitgeber bekommen also 60 Pfund vom Staat und noch einmal 50 Pfund von einer anderen Organisation, die über staatliche Gelder verfügt. Sie brauchen also bei den 110 Pfund in der Woche kaum noch eigene Mittel aufzubringen.

Es kommen Fälle vor, in denen ein Jugendlicher seine Sache sehr gut gemacht und sich in den sechs Monaten gut bewährt hat, aber am Ende findet der Arbeitgeber dann doch irgendeine Ausrede, warum er ihn nicht weiter beschäftigen kann. Er nimmt dann eine andere Person, die er wiederum für sechs Monate kostenlos bekommt... Die örtlichen staatlichen Stellen prüfen gegenwärtig, wie man dieses Problem beseitigen kann. Arbeitgeber, bei denen dies mehrfach vorkam, wurden erst einmal aus der Liste der Partner gestrichen; sie dürfen keine NEW-DEAL-Stellen mehr anbieten.

Perspektiven im Kontext des NEW DEAL

Es wird in nächster Zeit einige neue Projekte geben - **siehe Abbildung 10**. Bei den Jugendlichen stellen wir immer wieder vielerlei praktische Fähigkeiten fest; sie haben viele Talente, wobei diese leider nicht mit den traditionellen Arbeitsplatzangeboten gefördert werden können. Deshalb wird mit einigen der neuesten Initiativen ausprobiert, ob NEW DEAL zur Förderung von Musikern und Sportlern geeignet ist.

Beispielsweise wurde die bisherige Förderung von Sportlern in Großbritannien aus der Nationalen Lotterie finanziert. Viele hervorragende Sportler haben aber das Land verlassen und sich dort angesiedelt, wo ihre Talente besser gefördert werden und wo eine breite Förderung bereits während der frühen Jugend beginnt. Es geht nun darum, herauszufinden, wie es gelingen kann, einen Jugendlichen, der als Musiker oder Sportler

Orientierungen für die Zukunft



Abbildung 10

© C. Coward

besonders talentiert ist, zu fördern und zu unterstützen, wobei nicht verlangt werden sollte, dass er irgendwo irgendeine Arbeit annimmt.

Ein anderes, neues Projekt, das mich sehr begeistert, heißt „Arbeit im europäischen Raum“. FOYER Manchester nimmt an dem Projekt teil, das auch als Europäischer Freiwilligendienst bekannt ist. Dieser ermöglicht es jungen Menschen unserer Klientel, für bis zu sechs Monaten ins Ausland zu gehen, um dort in einem ähnlichen Projekt wie der Umwelt-Task-Force zu arbeiten. Die Jugendlichen leben dort unter ähnlichen Bedingungen wie im FOYER, sie erhalten auch dort eine Menge Unterstützung.

Die Arbeiten, die Jugendliche dort leisten, sind meist praktische Dinge: Bäume pflanzen, Flusswasser reinigen usw., wobei sie als Grundvoraussetzung Sprachkenntnisse benötigen. Wie ich bereits erwähnte, sprechen die meisten von ihnen schlecht Englisch, sie werden bestimmt keine Fremdsprache beherrschen lernen. Nach diesem freiwilligen halben Jahr im Ausland werden sie aber zwangsläufig mit einigen Sprachkenntnissen zurückkommen.

Für mich ist das Wichtigste daran die Motivation. Besonders an einen Jugendlichen erinnere ich mich deutlich, der ins Ausland ging und dort freiwillig Arbeit in einem Behindertenheim übernahm. Bevor er fuhr, hatte er keine Vorstellung davon, was er beruflich machen wollte. Aber dort kam er sich das erste Mal in seinem Leben gebraucht vor. Als er zurückkehrte, erzählte er, dass es ihm Spaß machte, die Behinderten zur Toilette zu bringen, sie zu füttern etc. Normalerweise bekommen die Jugendlichen überall alles abgenommen, alles wird für sie getan, sie kriegen Geld vom Staat, es gibt staatliche Programme für sie, sie hatten in ihrem Leben kaum die Möglichkeit, selbst auch etwas zu geben. Das ist etwas, was jeder Mensch braucht; man muss das Gefühl haben, dass das, was man tut, wertvoll ist. Dort im Ausland passierte es, dass zum ersten Mal jemand zu diesem jungen Mann sagte: „*Ich brauche dich, ich kann ohne dich nicht zurechtkommen.*“

Für die Jugendlichen schien es am Anfang der Beziehungsarbeit natürlich völlig unerreichbar zu sein, einmal im Ausland zu arbeiten. Sie zogen das nicht in Betracht, sie hatten das Geld nicht, sprachen die Sprache nicht. Um ihnen den Schritt zu erleichtern,

wurden zuerst Jugendliche aus dem Ausland nach Manchester eingeladen. Nachdem Jugendliche spürten, dass die anderen dies schafften, machte ihnen das den nötigen Mut, es auch zu versuchen.

Mit einigen Jugendlichen war ich im Rahmen dieses Projektes zu einer Konferenz in Stuttgart gefahren. Besonders für einen jungen Mann, den ich mitnahm und der in seinem Leben London noch nie gesehen hatte, war das, als ob er die Welt zum ersten Mal entdeckte; alles fand er faszinierend: Autos, die auf der anderen Straßenseite fahren, Zigarettenautomaten in der Öffentlichkeit! Für mich war sehr faszinierend, mitzuerleben, von welchen Dingen sich junge Leute berühren lassen.

Der Europäische Freiwilligendienst ist ein sehr vielversprechendes Projekt. Wir bemühen uns darum, es als Teil des NEW DEAL anerkannt zu bekommen. Es ist ein Programm, das die Fähigkeiten der Jugendlichen erweitert und ihnen die Möglichkeit gibt, eine andere Kultur zu erleben. Ich glaube, das bringt viel mehr, als mit den Jugendlichen zusammen einen Lebenslauf zu schreiben: Es gibt ihnen die Chance, das Leben kennenzulernen.¹

¹ Bei Nachfragen inhaltlicher Art wenden Sie sich bitte an: The Manchester FOYER, 61 Booth Street West, GB - Manchester MP 156 PP, Telefon: 0044 - 161 276 1000, Telefax: 0044 - 161 276 1001

Diskussion und Nachfragen

MODERATION: HENRIK VON BOTHMER

Geschäftsführer der Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit, Jugendaufbauwerk (BAGJAW), Bonn

Henrik von Bothmer: Bei dem Referat von Frau Coward hat man schon gespürt, dass sie selbst von ihrer Arbeit begeistert ist. Mir ist bei den Vorträgen von Herrn Altschuler und Frau Coward an zwei Punkten eine bedeutsame Parallelität aufgefallen. Der eine Aspekt ist ein struktureller, dass nämlich in beiden Ansätzen von einem personal adviser, einem Kümmerer die Rede ist, also von einer Person, die sich um die Jugendlichen kümmert und diese auf ihrem Weg begleitet, nicht nur in einem bestimmten Programmabschnitt und schon gar nicht von einer Person, die später durch eine andere Person abgelöst wird.

Der zweite gemeinsame Aspekt beider Vorträge ist die Orientierung auf die Zielgruppe. Wenn wir in Deutschland über Benachteiligtenförderung reden, haben wir selten die Zielgruppe im Blick, über die beide Referenten sprachen. Diese Zielgruppe „verschwindet“ bei uns eher in den erzieherischen Hilfen. Das ist ein Problem, mit dem wir uns schon auseinandersetzen müssen. Es gibt dieses Schubladendenken in anderen Ländern nicht so wie in Deutschland. Das macht uns in gewisser Weise blind. Es mag sein, dass das in Köln anders ist; und es gibt natürlich Ausnahmen. Diese harte Zielgruppe mit Drogen und/oder Kriminalitätsproblemen kommt auch in der Benachteiligtenförderung vor, wenn auch nicht in dem Maße, wie sie in der Gesellschaft vorkommt.

Ich möchte jetzt aber kein Koreferat halten und eröffne deshalb die Diskussion. Bitte.

Richard Isselhorst, Leiter des Jugendamtes der Landeshauptstadt Düsseldorf: Mich würde schon interessieren, inwieweit die Verbindung gegeben ist, das heißt, ob beispielsweise in der Einrichtung in Manchester neben den Wohnmöglichkeiten auch unmittelbar Arbeitsmöglichkeiten existieren. Oder gibt es spezielle Werkstattprojekte, in denen die jungen Menschen die entsprechenden beruflichen Fähigkeiten erlernen? Denn die hochintensiven erzieherischen Fördermöglichkeiten sind das eine; daran anschließen kann und muss man den beruflichen Teil. Ohne die Verknüpfung entsteht eine Farce. Da besteht für mich die Frage, ob in einem dieser Programme die Verknüpfung hergestellt wird.

Clair Coward, Leiterin des FOYER-Projektes in der St. Vincent's Housing Association Ltd. Manchester: Nur sehr wenige der Jugendlichen arbeiten direkt im FOYER, denn die Arbeit dort ist streng vertraulich. Zu Informationen über andere Jugendliche sollen sie keinen Zugang erhalten. Deshalb kommen selbst die verwaltungstechnischen Arbeiten, die sie durchaus leisten könnten, nicht für sie in Betracht.

Im FOYER bemühen wir uns um gute Verbindungen zu den Arbeitgebern. Das ist etwas, was ein Jugendwohnheim nicht leisten könnte. Wir sind in verschiedenen

Arbeitgebernnetzwerken vertreten, wo wir das Gespräch mit diesen suchen. Wir haben uns in der Wirtschaftswelt gut etabliert, die Arbeitgeber melden sich inzwischen direkt bei uns, wenn sie Arbeitskräfte suchen. Wir haben so gute Kontakte, dass wir einem Arbeitgeber sagen können: „*Wir möchten, dass Sie diesem oder jenem Jugendlichen eine Chance geben.*“ Es ist möglich, dass es nicht gleich klappt, aber die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Projektes unterstützen die jungen Leute, sie arbeiten mit ihnen.

Die FOYER-Mitarbeiter bitten Unternehmer darum, Jugendlichen für drei Monate eine Beschäftigung zu geben. Sie brauchen nicht einmal dafür zu bezahlen, denn es geht vor allem darum, dass junge Leute Berufserfahrung gewinnen. Natürlich hoffen wir, dass Jugendliche im Endeffekt fest angestellt werden. Jede Woche haben Mitarbeiter Kontakt mit Unternehmern, Mitarbeiter stehen für Gespräche zur Verfügung und bieten den Partnern dadurch Kontinuität an. FOYER übernimmt die Betreuung der Jugendlichen, das brauchen Unternehmer nicht zu tun. Wir wollen von ihnen lediglich, dass sie die Arbeitsmöglichkeit zur Verfügung stellen.

Ein Arbeitgeber wollte ursprünglich auf gar keinen Fall jemanden von FOYER übernehmen. Aber inzwischen kommt dieser nur noch zu uns, sobald er jemanden sucht. Es handelt sich in der Regel um Arbeit für ungelernte oder angelernte Arbeitskräfte. Dieser erwähnte Arbeitgeber geht nicht mehr zum Arbeitsamt, denn die Erfolgsquote ist nach seinem Urteil bei FOYER-Arbeitskräften höher. Er kann sich darauf verlassen, dass wir da sind, wenn ein Jugendlicher morgens nicht aufsteht, an die Tür klopfen und ihn zur Arbeit schicken. Der Arbeitgeber hat durch die FOYER-Mitarbeiter eine konstante Unterstützung. Auch wenn ein Jugendlicher einen schlechten Arbeitstag hatte, ist eine Bezugsperson da, mit der er seine Probleme besprechen kann.

Barbara Bütow, *Referentin für Arbeits- und Ausbildungsförderung im Bezirksamt Berlin-Friedrichshain und Mitglied des Beirates des Vereins für Kommunalwissenschaften e. V., Berlin*: Mehrmals war von 750 Pfund die Rede, die hierbei zur Verfügung gestellt werden. Wofür genau, für welchen Zeitraum? Und noch etwas zur Finanzierung des Programms: Welche Gelder kommen eigentlich von der Regierung?

Clair Coward: Die 750 Pfund werden für die gesamten sechs Monate an den jeweiligen Arbeitgeber bezahlt. Derjenige, der die Beschäftigung zur Verfügung stellt, bekommt 750 Pfund. Das Geld kann entweder dafür verwendet werden, eigene Angestellte zur Betreuung abzustellen oder dafür, den Jugendlichen zu einer außerbetrieblichen Bildungsmaßnahme zu schicken. Die Regierung stellt außerdem einen Zuschuss von 60 Pfund in der Woche bereit, wenn ein Arbeitgeber eine Beschäftigung für sechs Monate anbietet. Ein Jugendlicher bekommt 40 Pfund in der Woche, der Arbeitgeber 60 Pfund plus 750 Pfund für den gesamten Zeitraum.

Poul Altschuler, *Geschäftsführer des Den Sociale Udviklingsfond, Aarhus*: Ich habe eine Nachfrage zur Finanzierung: Die Jugendlichen zahlen also selbst nichts? Sie bekommen 40 Pfund. Wie ist das mit Miete?

Clair Coward: Mit der Miete ist das sehr kompliziert: Das Projekt ist, wie Sie sich vorstellen können, sehr teuer, das Gebäude ist neu und schön. Ich muss mich für die Mietpreise direkt schämen. Die Mieten in FOYERS fangen bei 40 Pfund in der Woche an; in Manchester sind sie mit am höchsten und zwar 134 Pfund in der Woche. Natürlich kann ein Jugendlicher dies nicht zahlen, solange er arbeitslos ist. Arbeitslose Jugendliche zahlen fünf Pfund, der Staat übernimmt den Rest.

Wenn die Jugendlichen eine Arbeit aufgenommen haben, wollen wir nicht, dass sie sofort das FOYER verlassen, denn dies ist wahrscheinlich genau die Zeit, in der sie uns am meisten brauchen: Sie haben zum ersten Mal eine Arbeitsstelle, sie brauchen Beistand, brauchen jemanden, der ihnen Mut macht. Dafür unterhalten wir einen Härtefonds. Das bedeutet: Der oder die Jugendliche wird in der Regel immer noch in irgendeiner Form Unterstützung vom Staat bekommen. Daraus müssen sie einen Teil der Miete selbst tragen. Sie müssten ja auch Miete zahlen, wenn sie das FOYER verlassen. Aber das, was sie dazuzahlen müssen, übersteigt 50 Pfund in der Woche nicht. Den Rest übernimmt FOYER. Wir stellen damit sicher, dass es im FOYER nicht teurer ist als in einer Wohnung in der Stadt. Wir wollen, dass die Entscheidung, das FOYER zu verlassen, nicht aus finanziellen Gründen getroffen wird, sondern weil sich die Jugendlichen reif dafür fühlen und keiner Unterstützung mehr bedürfen.

Poul Altschuler: Ich möchte auf das Problem der Ausnutzung der billigen Arbeitskräfte durch Arbeitgeber zurückkommen. In Dänemark gab es über lange Zeit hinweg das gleiche System, mindestens zehn Jahre lang. Wir hatten damit auch diese Schwierigkeiten. Die einzige Möglichkeit, die wir dagegensetzen konnten, bestand darin, einer solchen Firma keine neuen Arbeitskräfte mehr zu vermitteln. Wenn Sie einen besseren Weg finden, wäre ich ausgesprochen interessiert, Näheres darüber zu erfahren.

Barbara Bütow: Wir befassen uns hier sehr intensiv mit dem Problem, welche Beschäftigungsmöglichkeiten geringer qualifizierten Jugendlichen überhaupt zur Verfügung stehen. Das ist eine zentrale Frage für den komplexen Problemkreis der Benachteiligtenförderung. Mich würde es sehr interessieren, einmal im Einzelnen zu erörtern, welche Beschäftigungsformen sich tatsächlich innerhalb der uns aus Dänemark und England vorgestellten Programme anbieten.

Clair Coward: Bevor wir uns bei der Regierung um unsere Teilnahme am NEW-DEAL-Programm bewarben, hatten wir uns in Manchester sehr genau über die nationalen Trends informiert und aufgezeigt, wo es funktionieren würde, wo wir Möglichkeiten sehen würden. Wenn jedoch ein Jugendlicher keine angemessenen Kommunikationsfähigkeiten oder keine Qualifikationen besitzt, dann können wir ihm mitunter auch in gering qualifizierten Arbeitsbereichen keine Stelle verschaffen.

Was meiner Meinung nach das Programm so erfolgreich macht, ist sein individueller Zuschnitt. Die Arbeit mit den Arbeitgebern ist speziell auf jeden einzeln ausgerichtet. Ich selbst oder Mitarbeiter des FOYER-Projektes besuchen die Firmen; wir sehen uns an Ort und Stelle an, welche Möglichkeiten sie eventuell anbieten könnten. Bei vielen Beschäftigungen, deren Anforderungen vielleicht ein wenig über dem liegen, was die

Jugendlichen anfangs erreichen können, was sie aber erreichen sollen, wirkt sich die unterstützende Umgebung sehr positiv aus.

Zum Beispiel engagiert sich unsere Dachorganisation, die St. Vincent's Wohnungsgesellschaft, sehr für die Jugendarbeit; sie hat das FOYER-Haus erbaut. Sie bietet in ihrer Geschäftsstelle Beschäftigungsmöglichkeiten an, die wir aufgrund des Datenschutzes nicht anbieten können. Die Dachorganisation kennt unsere Klientel natürlich besser als sonst jemand, denn sie hat Einblick in die Arbeit des FOYER-Projektes. Die Mitarbeiter der St. Vincent's Wohnungsgesellschaft wissen, was von den Jugendlichen zu erwarten ist. Die Tätigkeiten, die dort angeboten werden, liegen im Niveau über dem, was die Jugendlichen am Anfang können. Sie müssen also auf einen Erfolg hinarbeiten. Das gibt den Jugendlichen die Chance, sich in geschützter Umgebung zu beweisen.

Es gibt deshalb zwei verschiedene Möglichkeiten: einmal Beschäftigungen mit einem sehr niedrigen Niveau, die eigentlich die meisten jungen Menschen meistern können und wobei sie in der Regel praktische Fähigkeiten benötigen, also keine oder wenig Ausbildung oder Berufserfahrung. In diesem Arbeitszusammenhang erlernen sie weitere Fähigkeiten; sie haben die Möglichkeit, ihre praktischen Fertigkeiten zu verbessern. Es handelt sich beispielsweise um Plätze im Hotel- oder Gaststättengewerbe. Das sind vor allem praktische Tätigkeiten und Arbeitsbereiche, die in der Region um Manchester zunehmend gefragt sind.

Die andere Möglichkeit ist ein Arbeitsplatz in einem geschützten Umfeld, so dass man sagen kann: Die Jugendlichen schaffen es vielleicht noch nicht im ersten Anlauf, aber das ist nicht so schlimm, weil sich der Arbeitgeber sagt: *„Sie machen vielleicht Fehler, aber wir kennen die Jugendlichen, wir wissen, wo sie wohnen und wer sich um sie kümmert. Wir wollen keinen Profit aus den Jugendlichen herausholen.“*

Dort, wo es funktioniert, funktioniert es vor allem deshalb, weil wir die Jugendlichen gut kennen, wir geben ihnen ein Dach über dem Kopf, wir teilen ihr Leben mit Ihnen, wir möchten es für sie erfolgreich machen. Die Jugendlichen sind für uns nicht nur Personen, die drei Tage oder ein Wochenende an einem Programm teilnehmen, sondern sie sind 24 Stunden mit uns zusammen. Wir wollen, dass sie es schaffen, wir wollen, dass für sie etwas Positives dabei herauskommt. So verbringen wir viel Zeit damit, die Arbeitgeber zu überzeugen, Arbeitsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen, von denen die Jugendlichen in mehrfacher Hinsicht profitieren können.

Richard Isselhorst: Gibt es für die Jugendlichen, die nicht so massiv beeinträchtigt sind wie diejenigen, mit denen Sie in den Programmen NEW DEAL und FOYER arbeiten, spezielle geschützte Förderwerkstätten oder läuft alles nur über private Arbeitgeber?

Clair Coward: Das ist das Gleiche: Jeder Jugendliche, der sechs Monate arbeitslos ist, wird automatisch an NEW DEAL vermittelt. Manche Jugendlichen, die zu uns kommen, brauchen nichts weiter als einen Lebenslauf; sie brauchen Hilfe dabei, wie man sich am besten verkauft. Sie kommen vielleicht zweimal zu uns, nicht die vollen vier Monate während der Startphase. Mitunter können wir gleich etwas für sie finden.

Es ist natürlich sehr viel einfacher, die Arbeitgeber dazu zu bringen, einen gut qualifizierten Jugendlichen zu nehmen, der wenig Betreuung benötigt und der ihm dennoch 60 Pfund in der Woche einbringt, denn das gilt für alle innerhalb des NEW DEALS vermittelten Stellen.

Im Vergleich wird es dadurch nur schwerer, die Benachteiligten unterzubringen. Deshalb müssen wir für sie so viel mehr an Arbeit leisten. Der Arbeitgeber steht vielleicht vor der Entscheidung zwischen einem ausgebildeten Jugendlichen und einem, der keinerlei Kenntnisse besitzt, kaum schreiben und lesen kann, gerade aus dem Gefängnis entlassen wurde, Drogen nimmt. Für beide bekommt er das gleiche Geld. Um die letzteren Jugendlichen unterzubringen, müssen wir viel mehr Überzeugungsarbeit leisten, während es für die anderen viele Angebote gibt. Diese können sich die Arbeitsplätze meist sogar aussuchen.

Henrik von Bothmer: Ich glaube, die Frage meinte etwas anderes: Gibt es bestimmte Programme oder Angebote für benachteiligte Jugendliche mit nicht so starken Auffälligkeiten, wie Sie sie beschrieben haben, in Werkstätten oder in Modulen beruflicher Bildung?

Clair Coward: Es geht alles über NEW DEAL. Wir würden für sie lediglich eine andere Art der Ausbildung vermitteln, auf einem anderen Niveau. Bei jedem Jugendlichen, der neu zu NEW DEAL kommt, wird genau geprüft, worin der individuelle Bedarf besteht. Bei einem weniger benachteiligten Jugendlichen würden in der Regel die zur Verfügung stehenden Mittel für Fortbildung am Arbeitsplatz aufgewendet werden, während jemand, der weiter zurück ist, eher außerhalb der Firma Kurse belegen würde - beides aber im Rahmen von NEW DEAL.

Richard Isselhorst: Aber gibt es denn ausreichend Förderlehrgänge oder Förderwerkstätten, die Jugendliche befähigen, die beruflichen Vermittlungsangebote zu nutzen?

Clair Coward: Es ist wahrscheinlicher, dass diese in die Umweltgruppe gehen. Das Programm ist so konzipiert, dass es alle Jugendlichen zwischen 16 und 25 Jahren aufnimmt. Innerhalb des Programms gibt es deshalb viele verschiedene Möglichkeiten. Zum Beispiel ist in Manchester das FOYER nicht die einzige Stelle, die NEW DEAL anbietet. Es gibt rund zehn verschiedene Trägerorganisationen. In der Regel werden die stärker Benachteiligten zu FOYER geschickt, weil wir die umfassenderen Möglichkeiten zur Betreuung haben, während die weniger Benachteiligten eher zu anderen Trägern gehen, beispielsweise zu einem Bildungsträger.

Henrik von Bothmer: Frau Coward erwähnte bei der Schilderung der Gateway-Phase, dass in den ersten vier Monaten, bevor die drei Alternativen des NEW DEAL greifen, ein „initial assessment“ steht, also eine Eingangskompetenz-Evaluation. Ich würde gern die Frage an Herrn Henkel und Herrn Förster als Vertreter der Jugendämter stellen. Gibt es etwas Vergleichbares im deutschen System, wo am Anfang systematisch auf die Kompetenzen von jungen Menschen geguckt wird und anschließend ein individueller Handlungsplan erarbeitet wird, der nicht vom Angebot her ausgeht, also

nicht davon, was das Jugendamt, das Arbeitsamt oder der Träger gerade einmal vorrätig haben, sondern primär von der Nachfrageseite her, also von der Seite des Jugendlichen? Was braucht dieser, was möchte er, was wünscht er?

Joachim Henkel, *Leiter des Jugendamtes der Stadt Köln*: Diesen Ansatz gibt es in den Kölner Jugendwerkstätten. Mit Mitarbeitern habe ich 1976 diese Jugendwerkstätten entwickelt, von denen wir in Köln heute insgesamt neun Einrichtungen haben. Das Hauptziel dieses Angebots besteht darin, nicht nur Gesprächs- und Beratungsansätze für arbeitslose Jugendliche zu haben, sondern ihnen auch die Möglichkeit zu geben, handwerklich oder hauswirtschaftlich in Jugendwerkstätten zu arbeiten und sich zu erproben, die den betrieblichen Werkstätten sehr ähnlich sind. Der Jugendliche kann mit Hilfe von Meistern unterschiedliche Erfahrungen in den einzelnen Fachsparten machen, flankiert von Sozialarbeitern, die sich auch um individuelle Probleme und Störungen kümmern. Die Herstellung von sinnvollen Produkten stärkt das Selbstvertrauen und der Jugendliche hat bessere Voraussetzungen, um mit Hilfe der Profis in Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen oder in Arbeit und Berufsausbildung vermittelt zu werden.

In der Kurzform habe ich den optimalen Weg beschrieben. In den meisten Fällen verläuft die Arbeit auch so erfolgreich, dennoch gibt es einen nicht unbedeutenden Anteil von jungen Menschen, der die Anforderungen des ersten Arbeitsmarktes nicht erfüllt. Für diesen Teil sind dauerhafte Beschäftigungsmöglichkeiten erforderlich, die subventioniert beziehungsweise teilsubventioniert werden müssen.

Wie geht es bei dem von Frau Coward beschriebenen Projekt weiter? Wird dort auch ein ganzheitlicher Ansatz verfolgt oder wird bewusst nur ein begrenztes Angebot vorgehalten?

Henrik von Bothmer: Vielen Dank, Herr Henkel. Ich würde behaupten, dass das Jugendwerkstattkonzept nach wie vor ein Angebotskonzept ist. Es sind nämlich Bereiche da, wo die Jugendlichen sich erfahren können - Holz, Metall, Elektro, Textil... Der Assessment-Ansatz ist ein prinzipiell anderer. Es handelt sich dabei um einen Ansatz, der erst einmal überhaupt keine Angebotsvorgaben macht, sondern bei dem zunächst die Stärken des Jugendlichen analysiert werden. Wenn man so will, ist es ein Kompetenz-Ansatz. Danach erst gibt es den Versuch, ein konkretes Angebot zu machen. Ich denke, das ist schon ein erheblicher Unterschied zu dem Werkstattangebot, ohne dieses damit schlechtreden zu wollen.

Reinhard Mach, *1. Beigeordneter im Landkreis Ludwigslust, Mecklenburg-Vorpommern*: Das Denken in Angebotskategorien sollte meines Erachtens ersetzt werden durch eine stärkere Orientierung auf Nachfragekategorien, darauf, was der einzelne Jugendliche braucht. Diesen Perspektivenwechsel halte ich für dringend erforderlich.

Aber ich vermute, dass es auch in Manchester nicht möglich ist, diesen benachteiligten Jugendlichen ein sehr breites Spektrum an Qualifizierung zu geben. Ich glaube, dabei unterliegen auch sie gewissen Beschränkungen. Das sehe ich zum Beispiel bei dem, was wir niedrigschwellige Angebote in Jugendwerkstätten nennen. Es ist oft in der

Breite sehr wenig, was dort letztlich an Betätigungsfeldern geboten wird, wodurch die Werkstätten für diese sehr benachteiligten Jugendlichen unattraktiv zu werden drohen.

Barbara Bütow: Mir ist bekannt, dass es in der Sozialhilfe bei der Vermittlung von Sozialhilfeempfängern genau diesen Ansatz jetzt gibt. Mir gefällt dabei sehr, dass man eben genau danach schaut, was den Menschen bewegt und berührt, welche Interessen und Kompetenzen er hat. Ich behaupte, dass die Jugendlichen, über die wir hier reden, zum Teil sehr große Kompetenzen haben, die brachliegen, weil sie bisher nicht gebraucht wurden.

Ich wünsche mir, dass künftig stärker die Frage im Mittelpunkt steht, was der jeweilige Jugendliche kann, hat und braucht. Die Programme in der Sozialhilfe, die nach dem holländischen Modell „Maatwerk“ entwickelt wurden, haben große Erfolge. Wichtig ist dabei erneut der sogenannte Kümmerer, der zwar nicht an sieben Tagen jeweils 24 Stunden lang ansprechbar, aber eine feste Bezugsperson für den Sozialhilfeempfänger ist. Wir in der Jugendhilfe finden es vielleicht ein bisschen komisch, wenn eine erfolgreiche Vermittlung mit Zielprämien abgerechnet wird. Aber das ist doch das Mittel der Stimulierung. Wenn jemand gut arbeitet, sich engagiert und kümmert, sollte er meines Erachtens daran auch verdienen. Der Ansatz sollte in diese Richtung gehen.

Richard Isselhorst: Im Augenblick sieht nach meinem Empfinden das Programm nach einer Kombination dessen aus, was wir mit den Arbeitslosenprogrammen hier und dort in der Bundesrepublik machen und dem, was wir in der Jugendhilfe über Verselbständigungshilfe mit jugendlichen Volljährigen praktizieren.

Die Jugendhilfe verhandelt einerseits auch mit privaten Arbeitgebern, dass sie diese jungen Menschen einstellen. Andererseits lernen und arbeiten junge Menschen immer noch in Werkstätten, was den Angebotscharakter etwas stärker akzentuiert, möglicherweise deshalb, weil wir immer noch ein zu großes Gewicht auf formale Qualifikation legen, zumal wir immer noch davon ausgehen, dass die jungen Leute, wenn sie denn auf diesem Weg eine formale Qualifikation mit Ausbildungsabschluss bekommen, für ihr weiteres Leben auf dem Berufsweg bessere Chancen haben. Ein solcher formaler Abschluss ist - wie bereits in diesem Kreis hervorgehoben - auf jeden Fall eine starke Hilfe.

Henrik von Bothmer: Wir haben so etwas auch in der Jugendsozialarbeit. An zwei Stellen ist mir das persönlich bekannt. In Moers beim Institut für Maßnahmen zur Förderung der beruflichen und sozialen Eingliederung e. V. (IMBSE) gibt es einen sehr intensiven Assessment-Ansatz, das heißt, es wird mit den benachteiligten Jugendlichen erst einmal besprochen, welche Kompetenzen sie haben. Danach wird ein Angebot, einschließlich Werkstattangebote, mit dem Ziel einer Komplettausbildung unterbreitet. Eine solche Verfahrensweise kenne ich auch von der AWO-Organisation „euro-brug“ in Falkensee bei Berlin, wo die niederländischen Erfahrungen für deutsche Verhältnisse genutzt werden.

Poul Altschuler: Während dieser Diskussion fiel mir auf, dass es doch eigentlich gar nicht so schwierig wäre, etwas für diese Jugendlichen zu tun... Eine große Zahl dieser

Jugendlichen - in Dänemark sind es etwa 18 Prozent dieser Generation - ist von dem normalen Bildungs- und Arbeitssystem ausgeschlossen. Diese Situation ist über viele Jahre hinweg konstant geblieben. Die Ursachen dafür liegen nicht nur in schwierigen Familienverhältnissen oder im Drogenkonsum begründet, sondern auch darin, dass sich die Gesellschaft verändert hat.

Die Jugendlichen müssen heute speziell ein oder zwei Jahre zur Schule gehen, um selbst Tischler werden zu können. Das ist sicher ein gutes Handwerk. Früher absolvierte ein junger Mann einen separaten Lehrgang, um diesen Beruf zu erlernen. Heute muss er dagegen erst einmal zwei Jahre eine Schule besuchen. Wenn ihm beispielsweise lesen schwerfällt, dann bleibt er auf der Strecke. So gibt es viele junge Menschen, die durchaus über Talente und praktische Fähigkeiten verfügen; dies sind jedoch nicht die Fähigkeiten, die in dem neuen System verlangt werden.

Ich halte es für sehr wichtig, dass die Gesellschaft für die Jugendlichen viele Möglichkeiten zur Erlangung eines Berufsabschlusses bereithält. Das bedeutet aber nicht, dass man mit vielen Maßnahmen auch jeden erreicht. Es bleiben immer noch die Problemfälle übrig. Für diese sogenannten schwierigen Jugendlichen muss man zusätzlich individuelle Hilfe und Betreuung anbieten. Und es darf nicht entweder das eine oder das andere sein; es muss beides sein, damit sie davon profitieren können.

Clair Coward: Natürlich ist es in Manchester auch so, dass wir nicht alle erreichen. Ich erwähnte eine Zielgruppe, zu der wir keinen Zugang haben, nämlich diejenigen, die in illegale Geschäfte verwickelt sind.

Ich möchte mich noch zu einem anderen Aspekt äußern: Wir arbeiten mit einigen Jugendlichen, die etwas erreichen wollen, wobei aber ihr Wunsch weit über dem liegt, was sie zu leisten im Stande sind. Dabei beruht unser Erfolg darauf, dass wir den Jugendlichen die Möglichkeit zum Versagen geben, allerdings in einer geschützten Umgebung.

Zu uns kam beispielsweise einmal ein junger Mann, der Computerspiele entwickeln wollte. Dafür war er jedoch in keiner Weise geeignet. Er konnte kaum lesen und schreiben. Er spielte gern mit dem Computer, woraus sein Wunsch entstand. Ein Mitarbeiter des Arbeitsamtes sagte ihm: *„Das können Sie nicht, wir versuchen einen anderen Job für Sie zu finden, für den Sie sich eignen. Das hat dann zwar nicht unbedingt etwas mit dem zu tun, was sie sich vorstellen, aber es ist Arbeit.“* Demgegenüber sagten wir: *„Vielleicht können wir für dich eine Arbeit in einem Computerladen finden. Dann bist du in der Umgebung, in die du ursprünglich wolltest, und während du dort bist, helfen wir dir, die entsprechenden Qualifikationen zu erwerben. Du weißt, wo du hin willst, du hast eine Arbeit, mit der du deinen Lebensunterhalt verdienst und bekommst die Qualifikation, die du brauchst - zumindest arbeitest du auf dein Ziel hin.“*

Egal mit welchen Vorstellungen ein Jugendlicher zu uns kommt, wir versuchen immer das Menschenmögliche für ihn zu erreichen. Wenn jemand zu mir sagt: *„Ich will Astronaut werden“*, dann sage ich: *„Na okay, ich helfe dir. Es kann ein sehr weiter Weg bis zum Mond sein, aber lass uns anfangen und auf dieses Ziel hinarbeiten.“* Des-

halb glaube ich, der Grund für den Erfolg von Programmen für ausgegrenzte Jugendliche liegt darin, dass jemand an sie glaubt und etwas in sie investiert.

Sicher werden wir nicht alle erreichen, aber indem wir ihnen den Zugang zu den neuesten Technologien verschaffen, ihnen Möglichkeiten in ganz Europa eröffnen - was bisher nur für die höher Gebildeten möglich war - bekommen sie das Gefühl vermittelt, dass jemand an sie glaubt. Dadurch beginnen sie selbst an sich zu glauben.

Ich denke nicht, dass wir in Großbritannien etwas anderes tun, als in anderen Ländern getan wird. Vieles von dem, was wir machen, ist vermutlich an Deutschland orientiert. In Deutschland gibt es viel bessere Strukturen für Jugendliche, einen viel höheren Anteil an Jugendlichen, die einen Bildungsabschluss erwerben. Ich merke das auch beim Europäischen Freiwilligendienst. Bei uns arbeitete ein junger Mann von einem deutschen Projekt, von dem mir seine Betreuerin sagte, er sei ganz besonders benachteiligt, er spreche nur gebrochen Englisch und habe die Schule im 16. Lebensjahr verlassen. Für meine Begriffe ist jemand benachteiligt, der bereits mit zehn Jahren von der Schule gegangen ist. Ein solcher junger Mensch würde ganz bestimmt kein einziges Wort Deutsch sprechen.

In Deutschland können junge Menschen oft keine Arbeit bekommen, wenn sie nicht die grundlegende Berufsausbildung dafür haben. In England wären wir zufrieden, wenn die Jugendlichen das Niveau erreichen würden, auf dem sich deutsche Jugendliche befinden. Einer der wichtigsten Erfolge des FOYER-Projektes besteht darin, dass die britische Regierung endlich unsere Bemühungen anerkennt und sie finanziert. In anderen Ländern sind es oft freiwillige Hilfsorganisationen, die diese Arbeit leisten, während wir dafür staatliche Mittel bekommen.

Rudolf Förster, Leiter des Jugendamtes der Landeshauptstadt Magdeburg: Ich möchte nachfragen. Handelt es sich bei Ihrer Zielgruppe um die Jugendlichen, denen bei uns in Deutschland erzieherische Hilfen gewährt werden? Auf jeden Fall fand ich den Bericht von Frau Coward sehr interessant. Ihr Engagement erinnert mich an Geschichten aus den Büchern von Makarenko, der es 1920 in Rußland mit einer vernachlässigten Generation zu tun hatte und mit sehr viel Empathie in gemeinsamen Lebensformen in der Nachrevolutionsgeneration Russlands sozialisiert hatte, nur eben vor dem Hintergrund einer anderen Menschlichkeit.

Ich frage: Wie arbeiten Sie, auf welchem Weg kommen die Jugendlichen zu Ihnen? Wie gestaltet sich Ihr Arbeitstag? Entscheiden die Jugendlichen selbst über Zeitplanung? Vor welchem rechtlichen Hintergrund arbeiten Sie? Ist Ihre Hauptmethode Empathie? Ich habe zwölf Jahre in einem Kinderheim gearbeitet, sieben Jahre davon selbst nur im Spätdienst. Ich spürte aufgrund des veränderten Lebensrhythmus, wie ich die Kontakte zu Freunden und Bekannten verlor. Daraus ergibt sich die Frage, wie lange man auf diese Weise arbeiten kann.

Die von Frau Coward beschriebene Zielgruppe gibt es in Deutschland im Bereich der erzieherischen Hilfen. Sie leben nicht mehr in großen Heimen, sondern in Wohnungen,

was die Einbindung in das soziale Leben der Stadt oder der Gemeinde ermöglicht. Aber es gibt Jugendliche, bei denen auch mit erzieherischen Hilfen nichts Positives bewirkt werden kann. Mit der Gruppe von Jugendlichen, die bereits viele Hilfen durchlaufen hat, werden wir es wahrscheinlich künftig verstärkt zu tun bekommen. Da spielt natürlich Empathie eine große Rolle. Finden Sie genügend geeignetes Fachpersonal, damit junge Menschen in der von Ihnen dargestellten Weise zusammenleben?

Clair Coward: Es kann sein, dass ich mir nicht alle Fragen gemerkt habe. Ich versuche in Kurzform zu antworten. Zunächst möchte ich hervorheben, dass das Team in Manchester wirklich gute Arbeit leistet. Das Projekt lebt von den Mitarbeitern. Ich habe Menschen gefunden, denen es sehr am Herzen liegt, mit jungen Menschen zu arbeiten. Ich habe bei der Einstellung nicht vordergründig nach deren Qualifikationen geurteilt. Es ist mir egal, ob jemand Sozialarbeiter, Sozialpädagoge ist oder aus der Jugendhilfe kommt. Die Grundvoraussetzung für diese Arbeit ist der Anspruch, dass man die Jugendlichen mag und sich für die Arbeit mit ihnen begeistern kann. Ich meine, dass man alles andere lernen kann. Manchester ist das dritte FOYER-Projekt, das ich leite. Das erste war ein sehr kleines Projekt; ich hatte auch dort gewohnt und 24 Stunden am Tag gearbeitet. Am Tag war ich Leiterin, nachts Sicherheitskraft, am Wochenende Ansprechpartnerin. Ich glaube, dass nicht jeder Mensch diese Art Arbeit machen kann. Man muss begeistert sein von dem, was man tut.

Die Frage, ob ich mich aufgrund meiner Arbeit selbst noch in die Gesellschaft integriert fühle, möchte ich mit einem klaren Ja beantworten. Anders als in „Braintree“, meinem ersten FOYER-Projekt, habe ich in Manchester das Glück, dass ich während der Hälfte meiner Arbeitswoche damit beschäftigt sein kann, Fördergelder aufzutreiben. So habe ich im vergangenen Jahr 300.000 Pfund für Gehälter herbeigeschafft. Am Anfang hatten wir fünf Mitarbeiter, jetzt sind es 17, so dass sich jeder intensiver um die Jugendlichen kümmern kann.

Joachim Henkel: Wenn wir das hören, fragen wir Deutschen uns doch immer, worin der große Unterschied besteht. Ich glaube, es gibt einen Unterschied, den wir uns oft nicht klarmachen. Wir haben ein ganz bestimmtes Bild von Berufsausbildung als sogenanntem Königsweg immer noch in unseren Köpfen. In England gab es das so meiner Meinung nach nie. Man denkt dort mehr in den Kategorien von Arbeitsmarktqualifizierung und Beschäftigungsmöglichkeiten, nicht in den Kategorien eines an Hilfe orientierten Versorgungssystems.

Das ist meiner Meinung nach der fundamentale Unterschied. Deshalb haben wir es auch in Deutschland so schwer, mit mehr flexiblen, niedrighwelligen Angeboten umzugehen. Das erscheint hierzulande als eine Art minderwertige Sondermaßnahme. Wir tun uns schwer, weil wir eindimensional denken.

Henrik von Bothmer: Ich glaube nicht, dass das notwendigerweise ein Widerspruch ist. Ich denke, die Ebenen lassen sich prinzipiell sehr wohl verbinden. Es ist nur die Frage der Wege. Damit sind sicherlich auch die Rahmenbedingungen angesprochen, die in England anders sind als bei uns.

Rudolf Förster: Ich habe noch eine Nachfrage. Die Einrichtung in Manchester ist ein großes Haus. Wie wird es in dem Stadtteil wahrgenommen? Hätten wir ein solches Haus in Magdeburg, würde es wahrscheinlich als Ghetto stigmatisiert werden, vermutlich nicht als Bereicherung im Wohngebiet empfunden werden.

Clair Coward: Einige der FOYERS, die in Großbritannien errichtet wurden, hatten genau das Problem, dass sie im jeweiligen Stadtviertel unerwünscht waren, besonders FOYERS, die sich in Wohnsiedlungen befinden. Wenn das Viertel ein reines Wohngebiet mit Familien ist, dann wollen diese dort kein Jugendwohnheim für 60 benachteiligte Jugendliche haben. Deshalb werden die FOYERS jetzt in der Regel in teilgewerblichen Gebieten angesiedelt. In Manchester ist hinter unserem Haus ein sehr problematisches Viertel mit vorrangig schwarzer Bevölkerung. Es gibt dort sehr viele Probleme, aber auch viele Gemeindeeinrichtungen. Ansonsten leben im Einzugsbereich des FOYER-Hauses viele Studenten. Das Haus liegt zehn Minuten zu Fuß vom Stadtzentrum entfernt, fünf Minuten von der Universität. In der ganzen Umgebung begegnet man vor allem jungen Leuten. Nach meiner Erfahrung ist es für den Erfolg mit entscheidend, wo das Projekt angesiedelt ist.

Ebenfalls wichtig ist, dass sich die Einrichtung auch für die Stadt, die Kommune öffnet. Wir haben vor dem Bau des FOYER-Hauses mit der Stadtverwaltung diskutiert und sie gefragt, was in dem Stadtviertel gebraucht wird. Man sagte uns, dass man dort zwar keine 60 benachteiligten Jugendlichen haben wolle, aber gern ein Restaurant, eine Arztpraxis und eine Apotheke hätte. Wir sagten, dass wir 60 benachteiligte Jugendliche trotzdem dort unterbringen, aber auch bereit sind, auf die Wünsche der Stadtverwaltung einzugehen.

Eine Bemerkung möchte ich noch zur Frage der Berufsausbildung machen. Ich finde, dass es ein großer Fehler der britischen Regierung war, die moderne Lehrlingsausbildung abgeschafft zu haben. Im Rahmen der Ausbildung junger Menschen war das das Netzwerk für die nicht-akademischen Jugendlichen. Die begabten Jugendlichen gingen zur Universität; diejenigen, die praktische Fähigkeiten erwerben wollten, machten früher eine Berufslehre in Mechanik, Holzarbeiten etc. Leider hat die britische Regierung diese Möglichkeit vor etwa zehn Jahren abgeschafft. Dafür musste etwas Neues etabliert werden. Meines Erachtens waren die früheren Lehrmöglichkeiten sehr gut. Heute hätte man das ursprüngliche System sogar noch ergänzen müssen, denn nicht jeder Jugendliche möchte gern mit Holz arbeiten oder überhaupt eine praktische Tätigkeit ausüben. Aber im Großen und Ganzen war es meiner Meinung nach ein großer Fehler, das frühere System abgeschafft zu haben.

Henrik von Bothmer: Danke. Wir sind leider über die Zeit. Ich möchte noch etwas über den ganzheitlichen Zugang sagen, worüber Frau Coward auch referiert hatte. Frau Coward hat es sehr klassisch geschildert. Es wird eben nicht nur eine berufliche Qualifikation mit sozialpädagogischer Begleitung angeboten, sondern das Ganze bettet sich in ein Wohn- und Stadtviertelambiente ein. Meiner Meinung nach ist dabei die Verknüpfung zu dem Projekt der sozialen Stadtentwicklung sehr deutlich geworden.

Wir können das jetzt nicht mehr diskutieren; ich empfehle, in diese Richtung einmal weiterzudenken. Wir sollten künftig verstärkt versuchen, Menschen in ihrem Dasein insgesamt wahrzunehmen und ihnen dabei Hilfestellung zu geben, also die ganzheitliche Sicht stärker auszuprägen.

Ich möchte an dieser Stelle Frau Coward ganz herzlich danken. Ich meine, es ist ein sehr plastischer und bildhafter Eindruck herübergekommen. Wir haben gespürt, welche Diskussion das ausgelöst hat. Zugleich möchte ich Herrn Altschuler danken. Ich denke, mit diesen beiden Ansätzen aus Dänemark und England ist der Anlass durchaus gegeben, uns damit auseinanderzusetzen. Aus beiden Ländern sind aus meiner Sicht sehr interessante und im positiven Sinne auch aufreizende Beispiele dargestellt worden, die uns viele Anregungen geben können.

Abschlussdiskussion:

Zur Einmischungspolitik der Jugendhilfe:

„Grenzüberschreitungen“ -

**Welchen Auftrag hat Jugendhilfe oder welchen Auftrag müsste Jugendhilfe wahrnehmen, um die Chancen junger Menschen auf Arbeit zu sichern?
Welche Kompetenzen muss Jugendhilfe vermitteln?**

MODERATION: HENRIK VON BOTHMER

*Geschäftsführer der Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit,
Jugendaufbauwerk (BAGJAW), Bonn*

Henrik von Bothmer: In meiner Wahrnehmung hat die Diskussion nach dem Referat von Frau Coward Anknüpfungspunkte zu genau den Fragen ergeben, die den Kern der Abschlussdiskussion bilden sollen. Ich schlage vor, jetzt zu erörtern, was wir nun eigentlich machen könnten und machen sollten. Wohin könnte es gehen, wenn wir Einmischungspolitik der Jugendhilfe nicht verstehen wollen als das, als was sie häufig wahrgenommen wird: als das Meckern über andere gesellschaftliche Bereiche und deren angebliche oder tatsächliche Unterlassungen und Sünden. Sondern dass Einmischung im positiven Sinne von uns und von anderen so verstanden werden sollte, dass sich die Jugendhilfe - natürlich im Sinne der Anwaltsfunktion - mit den eigenen Problemlösungskompetenzen und Handlungsmöglichkeiten und mit Blick auf die jeweils anderen Strukturen und deren immanente Handlungslogik im Sinne der Entwicklung und Umsetzung von Lösungsstrategien einbringt.

Barbara Bütow, *Referentin für Arbeits- und Ausbildungsförderung im Bezirksamt Berlin-Friedrichshain und Mitglied des Beirates des Vereins für Kommunalwissenschaften e. V., Berlin:* Anstatt „einmischen“ würde ich viel lieber das Verb „mitmischen“ benutzen. Die Sprache des KJHG ist keine Alltagssprache. Und für Leute, die nicht tagtäglich mit dieser Begrifflichkeit zu tun haben, wird dieser Anspruch immer als etwas Vermessenes betrachtet. (Denken sie an das Einmischungsverbot in die Angelegenheiten anderer Länder!)

Ich finde es nicht zeitgemäß, dass wir bei dem Thema „Arbeit und Ausbildung“ noch immer in verschiedenen Kategorien denken und handeln. Dabei denke ich an Maßnahmen der Jugendhilfe, Programme des Arbeitsamtes, Angebote des Sozialamtes, Sonderprogramme des Bundes etc. Jeder Bereich verwaltet dafür personelle und finanzielle Mittel. Selbst für Fachleute ist es schwierig, die Vielzahl der Möglichkeiten zu überschauen. Wie geht es da den Jugendlichen?

Es ist mitunter zufällig, an welchen „Fördertopf“ der junge Mensch gerät. Oder Jugendliche werden in Maßnahmen gefördert, die eigentlich nicht passend sind. Hier

müsste Jugendhilfe dafür werben, dass es einen intelligenten Mix aus Fördergeldern gibt, der auf die Bedürfnisse eines jungen Menschen zugeschnitten werden kann, und nicht umgedreht.

Das erfordert eine Zusammenführung von Möglichkeiten des BSHG, des SGB III und des SGB VIII. Das wiederum setzt eine produktive Kooperation der Beteiligten auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene voraus. Auftrag der Jugendhilfe könnte ein Einfordern struktureller Veränderungen im Förderbereich sein. Mitarbeiter der Jugendhilfe sollten auch Mut und Kreativität bei der Entwicklung neuer Kooperationsmodelle zeigen.

Richard Isselhorst, Leiter des Jugendamtes der Landeshauptstadt Düsseldorf: Ich glaube, dass wir wirklich in vielen Bereichen immer noch die Menschen in Programme bringen, statt Programme so umfassend zu gestalten, dass sie allen Personen einer Zielgruppe gerecht werden.

Wir haben vor vielen Jahren, als in Düsseldorf Behindertenwerkstätten gegründet wurden, diesen den niederländischen Namen gegeben; sie wurden „Werkstätten für angepasste Arbeit“ genannt. Das assoziierte, wir wollten die Arbeit anpassen und nicht die Menschen. Das Projekt war, wenn auch nur begrenzt, gelungen. Die Grenzen ergeben sich durch Investitionen und Menschen. Ich glaube, das ist so ein Problem, dass wir insgesamt durch die feste Institutionalisierung von Hilfen in Deutschland haben. Wir haben Werkstätten mit entsprechender hochwertiger Technik ausgerüstet; es wurden Meister dafür eingestellt. Wenn das jetzt alles nicht mehr passt, hindern uns Maschinen, Mauern sowie Festlegungen auf bestimmte Fachkräfte an der nötigen Flexibilität. Weil wir in Deutschland so stark institutionell denken, haben wir wirklich ein Problem.

Die Grundforderung, wie wir Programme für Menschen machen können, statt die passenden Menschen für die Programme zusammenzusuchen, bleibt bestehen. Das Aufbrechen der Säulenbildung der Jugendhilfe, wie das in den vergangenen Jahren geschah ist, ist ein Zeichen dafür, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Aber es müsste doch verstärkt noch einiges geschehen.

Rudolf Förster, Leiter des Jugendamtes der Landeshauptstadt Magdeburg: Ich meine, was Herr Isselhorst angedeutet hat, bekommt man zu spüren, wenn man mit Kolleginnen und Kollegen anderer Jugendämter diskutiert; es weht ein laues Lüftchen neuen Denkens oder neuer Orientierung. Das geht wohl aus dem Auftrag der Jugendhilfe hervor, Lebensumstände von Menschen zu verbessern, auch ohne einen ständigen Zuwachs an Ressourcen. Gerade der ständige Zuwachs an Ressourcen verschüttet möglicherweise Eigeninitiative und macht Menschen unselbständig. Jugendhilfe muss aber Menschen Handlungsorientierung vermitteln können, wenn es notwendig ist.

Ich möchte noch einmal hervorheben, dass es meiner Meinung nach künftig auf eine bessere Vernetzung aller Professionen im Sozialraum ankommt, um für und mit Jugendlichen Projekte auf den Weg zu bringen, die für die jungen Leute nützlich sind.

Es gibt in Magdeburg einige Beispiele, die verdeutlichen, wie wichtig es ist, dass Jugendhilfe auch mit Stadtplanung zusammenarbeitet. Ich hoffe, dass sich bei den Beteiligungsprozessen eine solche Kultur entwickelt, die letztendlich dazu beiträgt, dass sich gerade die jungen Menschen in ihrem Stadtteil und in ihrer Stadt beheimatet fühlen.

Joachim Henkel, *Leiter des Jugendamtes der Stadt Köln*: Mir gefällt das Verb „mitmischen“ besser als „einmischen“, weil sich gerade „einmischen“ einseitig arrogant anhört. Jugendhilfe trägt mit dazu bei, dass die Jugendlichen die beruflichen Angebote in ihren Städten kennenlernen sowie dafür motiviert und qualifiziert werden. Jugendhilfe kann jedoch nicht Motor für die Beschäftigungspolitik werden; dabei sind in erster Linie die Bereiche Wirtschaft und Stadtentwicklung gefragt.

Aufgrund der Kölner Erfahrungen seit 1976 halte ich nichts davon, von dem „großen“ kommunalen Programm zu träumen, das tausend Jugendliche mit einem Mal in Arbeit bringen könnte. In diesem Zusammenhang wurde auch die Poolfinanzierung gefordert. Diese Großprogramme sollten in vollem Umfang oder zu großen Teilen aus kommunalen Mitteln erbracht werden. Sie sind jedoch nicht dauerhaft finanzierbar und aufgrund der neuen Rolle der öffentlichen Hand auch nicht sinnvoll.

Unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen ist es effektiver, die Vielfalt der „Fördertöpfe“ auf Bundes- und Landesebene, auf kommunaler Ebene sowie der Arbeitsverwaltung und EU-Förderprogramme zu nutzen und Konzepte für die unterschiedlichen Zielgruppen zu entwickeln. Von großer Bedeutung sind hierbei arbeitsfähige Arbeitsmarktkonferenzen und Trägerverbünde, um die Konzepte und Programme aufeinander abzustimmen sowie neue Dienstleistungs- und Beschäftigungsfelder zu entdecken und weiterzuentwickeln.

Henrik von Bothmer: Eines möchte ich anmerken: Poolfinanzierung wäre meines Erachtens sicherlich auch falsch verstanden, wenn man meinte, die finanziellen Quellen müssten zusammengefasst werden, wonach dann die Ausschüttung mit der Gießkanne folgen würde. Vielmehr kommt es darauf an, dass genau an dem Punkt, an welchem die konkrete Arbeit gemacht wird, sinnvolle und erfolgversprechende Handlungsansätze nicht dadurch behindert oder gar verhindert werden sollten, dass bestimmte Finanzen nicht zusammengebunden werden können.

Barbara Bütow: Welche Kompetenzen muss Jugendhilfe vermitteln? Jugendhilfe hat den Auftrag, dafür zu sorgen, dass es für Kinder und Jugendliche positive Lebensbedingungen gibt und Benachteiligungen vermieden oder abgebaut werden. Dafür hat sie nach meinem Verständnis mit Blick auf die Regionen auch die Aufgabe, für ein Klima des Sich-Kümmerns zu sorgen. Das bedeutet auch: mehr Empathie und weniger Lamentiererei. Die Beispiele, die aus England und Dänemark vorgetragen wurden, haben mir das sehr deutlich gezeigt.

Auf die Frage, welche Kompetenzen Jugendhilfe vermitteln muss, möchte ich noch mit einem Sprichwort antworten: „Die Küken werden im Herbst gezählt.“ Warum ha-

ben Jugendliche so schlechte Startbedingungen für die Berufsausbildung? Wir alle wissen, es fängt doch viel früher an. Wenn Jugendhilfe präventive Hilfen, spätestens im Kindergarten, anbieten könnte, dann hätten viele Jugendliche vielleicht bessere Chancen. Sie bekämen trotzdem nicht alle einen Arbeitsplatz, weil es nicht genug gibt. Aber sie hätten Kompetenzen und bessere Chancen, ihr Leben unabhängig von staatlichen Transferleistungen zu gestalten. Prävention hat leider noch immer keinen hohen Stellenwert in der Jugendhilfe. Das hat wohl auch etwas mit der Sicherung von Arbeitsplätzen zu tun...

Dr Rolf-Peter Löhr, *Geschäftsführer des Vereins für Kommunalwissenschaften e. V., Berlin*: Mir gefällt das Verb „mitmischen“ viel besser als einmischen. Aber was mir im Verlaufe des Workshops deutlich geworden ist, insbesondere durch den Beitrag von Frau Coward, hängt damit zusammen, dass das Mitmischen ein Zuhören voraussetzt, das heißt, sich auf das einzustellen, was die Kooperationspartner an eigenen Rationalitäten und Interessen verkünden. Ich denke, diese Empathie, dieses Interesse und Engagement für die jeweilige Aufgabe bringen viele Menschen mit. Solche Menschen muss man zusammenführen, wobei man dabei nicht mit dem erhobenen Zeigefinger erfolgreich sein kann. Vielmehr muss man danach schauen, wie man gemeinsam etwas bewegen kann, und zwar im allseitigen Interesse.

Insofern möchte ich durchaus auch Herrn Henkel zustimmen, der über die tausend Programme sprach. Diese haben alle irgendwie einen Sinn, aber irgendwo wird es sinnlos, wenn sich die Probleme bündeln und damit auch die Programme, was den Überblick erschwert. Das hat auch Herr von Bothmer angesprochen. Dann muss es vor Ort möglich sein, einen Pool zu bilden oder irgendeine Art von Gemeinschaftsfinanzierung. Das freilich ist heute noch äußerst schwierig zu erreichen, aber ich halte das für ein ganz wesentliches Ziel.

Auf einen weiteren Aspekt möchte ich hinweisen. Professor Dr. Richter hob in seinem Statement hervor, dass im Bereich der beruflichen Ausbildung ein Parallelsystem aufgebaut wurde - auf der einen Seite ist die Wirtschaft, auf der anderen Seite die Ausbildung, Ausbildungsförderung, wo wir alles machen. Wir haben anschließend diskutiert, ob in die richtige Richtung ausgebildet wird. Dabei wurde deutlich: Die Verknüpfung zwischen Wirtschaft und Ausbildung ist brüchig geworden, einmal von der Systematik her, aber auch bedingt durch die Tatsache, dass den jungen Leuten alles umsonst geliefert wird. Wir haben in Deutschland eine Kultur geschaffen, dass jeder denkt, der Staat müsse irgendwie alles richten, man habe selbst keine Verantwortung. Ich möchte in diesem Zusammenhang gern an Frau Coward eine Frage richten: Wie steht es um die soziale Verantwortung britischer Unternehmer? Ist diese in besonderem Maße ausgeprägt oder ist das nicht der Fall?

Bezogen auf Deutschland frage ich: Wie nehmen wir diese soziale Verantwortung überhaupt wahr? Stellen wir nur Forderungen, diesen oder jenen Jugendlichen zu übernehmen? Warum sollte der Unternehmer das tun? Man muss vielmehr danach gucken, wie man den Unternehmen helfen kann, mit dem Jugendlichen klarzukommen. Man braucht den Kümmerer für die Jugendlichen, man braucht aber auch einen

Kümmerer für die Betriebe. Denn dort treten auch Probleme auf, die die Betriebe überfordern können. Das setzt aber ein ganz anderes Denken voraus.

Mit bloßen Forderungen kommen wir nicht weiter. Deswegen ist es erforderlich, gegenseitig zu verstehen, nach welchen Rationalitäten der andere Partner lebt und handelt sowie auch leben und handeln muss. Wenn wir es schaffen, dieses Verständnis aufzubauen, dann müssen wir danach schauen, ob wir eine gemeinsame Basis auf der Grundlage gemeinsamer Interessen finden. Das ist das Stichwort von der „Zugewinnsgemeinschaft“, die wir bilden müssen. Jeder muss etwas bezahlen, aber im Ergebnis gewinnen nachher alle. Wenn wir diesen Gewinn für alle nicht vermitteln können, dann erreichen wir nichts. Das heißt, wir müssen selber etwas einbringen mit dem Ziel, dass alle einen Vorteil oder Nutzen davon erlangen können, was uns Herr Altschuler und Frau Coward anschaulich vermitteln konnten.

Ich meine, die Aspekte des Zuhörens und des Verständnisses für den anderen sind ganz entscheidend, um gemeinsam etwas mit dem Ziel zu bewegen, dass alle gewinnen und erfolgreich sein können. Wie wir das konkret erreichen können und mit welchen verschiedenen Ansätzen, das kann man in einem solchen Programm wie „Soziale Stadt“ versuchen, weil es dort in besonderer Weise geschützt und gefördert wird. Aber es ist meines Erachtens etwas, was für die Stadt und für die Politik insgesamt gilt und nicht nur für bestimmte benachteiligte Stadtquartiere.

Reinhard Mach, 1. Beigeordneter im Landkreis Ludwigslust, Mecklenburg-Vorpommern: Ich möchte noch einmal auf die Frage zu Beginn der Abschlussdiskussion eingehen, ob es die klassische Trennung zwischen Jugendhilfe und Berufshilfe immer noch gibt. Man könnte diese Frage auch erweitern und danach fragen, ob es die klassische Trennung zwischen Jugendhilfe und Schule oder zwischen Jugendhilfe und Wirtschaft noch gibt. Ich glaube, und da möchte ich Herrn Henkel widersprechen, dass genau die vielen „Fördertöpfe“ sowie die existierenden unterschiedlichen Förderprogramme diese klassische Trennung befördern.

Ich möchte das an einem Beispiel verdeutlichen. Der Landkreis Ludwigslust hat eine Fläche von rund zweieinhalbtausend Quadratkilometern, was in etwa der Größe des Saarlandes entspricht. Im Unterschied dazu ist der Landkreis nur dünn besiedelt. Wenn nun im Land ein Förderprogramm zur Wohnumfeldgestaltung von Plattenbauten aufgelegt wird, dann bekommt die Jugendhilfe das mit, wenn mit dem Bauen begonnen wird. Das ist natürlich viel zu spät, um mit Jugendhilfeplanung Einfluss auf Planung und Ausgestaltung dieser Maßnahmen zu nehmen, damit familiengerechte Lösungen unter Einbeziehung der Belange von Kindern und Jugendlichen möglich werden. Grundsätzlich denke ich, dass die Pluralität der „Fördertöpfe“ hier eher hinderlich ist.

Die von Herrn Dr. Löhr aufgeworfene Frage, wie Betriebe ihre soziale Verantwortung wahrnehmen, kann man auch erweitern. Wie nimmt der Staat seine Verantwortung gegenüber den Betrieben wahr? Gerade die Pleite des Phillip-Holzmann-Konzerns ist vor allem im mittelständischen Bereich sehr intensiv diskutiert worden. Die Zahl der während der vergangenen zwei Jahre weggebrochenen Arbeitsplätze in der Bauwirt-

schaft im Osten Deutschlands ist mit den Folgen des erwähnten Konkurses vergleichbar. Um die Lage der Bauwirtschaft im Osten hat sich die Politik des Bundes in der Vergangenheit jedoch nicht gekümmert. Niemand interveniert, um irgendetwas zur Verbesserung beizutragen. Man spricht lediglich von einer Marktbereinigung in der Bauwirtschaft, bei der Arbeitsplätze wegfallen.

Nach meinem Verständnis ist eine Politik erforderlich, die vor allem die kleinen und mittelständischen Unternehmen unterstützt und weniger der Globalisierung das Wort redet, um denen zu helfen, die noch als Steuerzahler in Deutschland viel zur Stützung der sozialen Systeme aufbringen und sich aktiv in der Berufsausbildung - oft über den eigenen Bedarf hinaus - engagieren. Das ist ein Aspekt, der künftig auch auf der Ebene des Bundes und der Länder mehr Beachtung finden muss.

Henrik von Bothmer: Man könnte das noch erweitern: Wer redet eigentlich davon, dass die Jugendhilfe selbst ein nicht unbedeutender Arbeitgeber ist und alle Kürzungen in der Jugendhilfe auch zu Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt führen? Gerade die freien Träger gehen häufig mit dem Kopf unter dem Arm durch die Gegend, wenn die öffentlichen Hände das Sparen verkünden und Finanzierungen auch oder sogar gerade für die Jugendhilfe kürzen oder streichen. Man beklagt, dass es schlimm sei, wenn gekürzt wird, aber niemand tritt auf, wie etwa der Inhaber eines 150-Mann-Betriebes, der von den politisch Verantwortlichen fordert, gefälligst das Ihre zu tun, damit die Arbeitsplätze erhalten bleiben können.

Bevor ich den Reigen in der Abschlussdiskussion beende, möchte ich noch Frau Coward Gelegenheit geben, die an sie gerichtete Frage zu beantworten. Vielleicht kann sie auch die Möglichkeit des Mitmischens der Jugendhilfe bei ihrer Antwort berücksichtigen.

Clair Coward, Leiterin des FOYER-Projektes in der St. Vincent's Housing Association Ltd. Manchester: Die meiste Mühe habe ich damit, bei verschiedenen Gesprächen den Unternehmen das Projekt nahezubringen. Ich zeige ihnen die Vorteile auf, die es für sie hat, junge Menschen des FOYER-Projektes einzustellen. Wir bitten um Hilfe der Unternehmer und darum, dass sie den jungen Menschen eine Chance zur Integration in die Gesellschaft geben. Aber in der Regel fragen die Firmen zurück: „Warum? Was springt dabei für uns heraus?“ Weil wir mit einer sehr ausgegrenzten Zielgruppe arbeiten, „verkaufen“ wir sehr oft das Projekt, wir „verkaufen“ das Betreuungssystem. Ich meine damit die Tatsache, dass die Unternehmen die Möglichkeit haben, die jungen Leute probeweise arbeiten zu lassen, bevor an eine feste Einstellung gedacht wird. Und trotzdem ist es so, dass die Unternehmen mehr nach dem Profit fragen als nach dem, was sie von uns bekommen.

Henrik von Bothmer: Die andere Frage war: Was tun Sie, um zu erreichen, dass Jugendhilfe ihre Ziele erfolgreich in anderen Politikfeldern zur Wirkung bringen und umsetzen kann?

Clair Coward: Das ist schwer zu beantworten. Ich glaube, Jugendarbeit wird von allen anderen Bereichen als etwas Besonderes bewertet und beurteilt. Jede Finanzie-

rung, die dazu dient, junge Leute zu integrieren, wird gesondert von dem betrachtet, was für Erwachsene getan wird. Jugendarbeit findet in einem ganz anderen Umfeld statt. Sie ist in Großbritannien meist unpolitisch. Nur wenn Organisationen und Projekte - wie die FOYERS - Lobbying für Jugendliche betreiben, dann haben sie dabei etwas mit der Politik zu tun. Aber im Großen und Ganzen existiert Jugendarbeit separiert, was auch dazu beiträgt, dass Jugendliche kein Interesse an der Politik haben. Die Jugendlichen haben das Gefühl, dass Politik nichts mit ihnen zu tun hat; Politik wird in der Schule nicht vermittelt. Jugendliche betrachten Politik als eine Sache für Erwachsene. Es besteht also kaum ein Zusammenhang.

Henrik von Bothmer: Ich möchte die Diskussion nun abbrechen. Allerdings will ich den Workshop nicht beenden ohne den Kolleginnen und Kollegen vom Verein für Kommunalwissenschaften Dank zu sagen, die diese Veranstaltung vorbereitet und organisiert haben. Natürlich gilt der Dank allen, die sich hier engagiert und mit diskutiert und damit Anstöße zum Weiterdenken gegeben haben. Ich hoffe auf eine Fortsetzung der Erörterung der umrissenen Problematik in nicht allzu ferner Zeit. Vielen Dank.

Literaturhinweise

Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V. -AWO-, Bonn (Hrsg.)
Gemeinsam für Ausbildung und Arbeit.
Dokumentation der Fachtagung zur Jugendarbeitslosigkeit
vom 14. und 15. Mai 1998 im Rathaus Schöneberg in Berlin.
Bonn (1998); 64 S.

BBJ SERVIS gGmbH, Berlin (Hrsg.)
Arbeitsmarkt und Beschäftigung in der Informationsgesellschaft.
Dokumentation der Fachtagung „telekooperation - telearbeit - tele-learning -
virtuelle Arbeitswelten“ vom 18. Juni und 19. Juni 1997 in Berlin Adlershof.
Berlin: BBJ Verl.(1997); 84 S.
(BBJ-Consult Info; II/III/1997)

BBJ SERVIS gGmbH, Berlin (Hrsg.)
Differenzierte Wege zum Nachholen von Berufsabschlüssen. Modellversuch.
Dokumentation der Fachtagung am 18. und 19. Oktober 1995.
Berlin: BBJ Verl. (1995); 48 S.
(BBJ-Consult Info; IV/1995)

BBJ SERVIS gGmbH, Berlin (Hrsg.)
Regionale Kooperationen zur beruflichen Integration von Jugendlichen.
Dokumentation der Fachtagung vom 8. Oktober 1998 in Berlin.
Berlin: BBJ Verl. (1999); 64 S.
(BBJ-Consult Info; II/1999)

Beer, Dagmar/Dresbach, Bernhard/Granato, Mona/Schweikert, Klaus
An der Schwelle zum Berufsleben: Erfahrungen und Perspektiven
von Auszubildenden in Ost- und Westdeutschland
In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bonn: Bundeszentrale für politische
Bildung (1997); Nr. 25

Berlin, Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen (Hrsg.)
Berliner Memorandum zur Modernisierung der Beruflichen Bildung.
Leitlinien zum Ausbau und zur Weiterentwicklung des Dualen Systems.
Berlin (1999); 78 S.

Brandenburg, Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen (Hrsg.)
Zukunft selbst gestalten.
Modellhafte Projekte gegen Jugendarbeitslosigkeit. Bilanz.
Potsdam (1995); 40 S.

Braun, Frank/Gabriel, Gabriele/Schäfer, Heiner
Schulverweigerung, Jugendarbeitslosigkeit, Jugendobdachlosigkeit.

Modellprojekte gegen eine „Pädagogik der Resignation“.

In: Unsere Jugend, München: Reinhardt; 49 (1997); Nr. 10

Brock, Ditmar/Hantsche, Brigitte (Hrsg.)

Übergänge in den Beruf. Zwischenbilanz zum Forschungsstand.

Weinheim: Juventa (1991); 328 S.

ISBN 3-7799-6335-1

Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz e. V. -BAJ-, Bonn (Hrsg.)

Der Wind weht schärfer. Immer mehr Jugendliche verlieren im Kampf um Ausbildung und Arbeit. Dokumentation der Expertentagung vom 17. bis 19. September 1997 in Regensburg.

Bonn (1998); 82 S.

Christe, Gerhard

Aufgaben und Perspektiven der Jugendberufshilfe.

In: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit, Bonn: Arbeiterwohlfahrt; 49 (1998); Nr. 3

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Frankfurt/Main (Hrsg.)

Fuchs, Petra/Schulze-Böing, Matthias

Hilfe zur Arbeit und kommunale Beschäftigungspolitik. Zwischenbilanz und Perspektiven. Dokumentation einer Fachtagung des Deutschen Vereins.

Frankfurt/Main (1999); 103 S.

ISBN 3-17-006808-3

(Schriften allgemeinen Inhalts; 37)

Deutsches Jugendinstitut e. V. -DJI-, München (Hrsg.)

Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit. Modellversuche zur beruflichen und sozialen Integration von benachteiligten Jugendlichen. Ergebnisse aus der wissenschaftlichen Begleitung des Modellprogramms „Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit“ (1994 - 1997) des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. 2. aktualisierte Aufl.

München (1999); 169 S.

Deutsches Jugendinstitut e. V. -DJI-, München (Hrsg.)

Braun, Frank

Lokale Politik gegen Jugendarbeitslosigkeit. Ergebnisse aus der wissenschaftlichen Begleitung eines Modellprogrammes des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

München: DJI (1996); 336 S.

ISBN 3-87966-371-8

(Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit; 1)

Deutsches Jugendinstitut e. V. -DJI-, München (Hrsg.)

Felber, Holm (Hrsg.)

Berufliche Chancen für benachteiligte Jugendliche?

Orientierungen und Handlungsstrategien.

München: DJI (1997); 360 S.

ISBN 3-87966-372-6

(Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit; 2)

Deutsches Jugendinstitut e. V. -DJI-, München (Hrsg.)

Lex, Tilly

Berufswege Jugendlicher zwischen Integration und Ausgrenzung.

München: DJI (1997); 360 S.

ISBN 3-87966-373-4

(Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit; 3)

Deutsches Jugendinstitut e. V. -DJI-, München (Hrsg.)

Raab, Erich

Jugend sucht Arbeit.

Eine Längsschnittuntersuchung zum Berufseinstieg Jugendlicher.

München: DJI (1996); 226 S.;

ISBN 3-87966-367-X

Deutsches Jugendinstitut e. V. -DJI-, München (Hrsg.)

Schäfer, Heiner

Berufsorientierung für frühabgehende Schülerinnen und Schüler.

Ein Angebot der Jugendhilfe. Werkstattbericht.

München (1996); 31 S.

(Arbeitspapier 13/1996)

Filtzinger, Otto/Häring, Dieter

Die berufliche Bildung ausländischer Jugendlicher in Deutschland.

Frankfurt/Main: IKO (1996)

(Interdisziplinäre Europäische Studien-INTEREST; 3.1996)

Flitner, Andreas/Petry, Christian/Richter, Ingo (Hrsg.)

Wege aus der Ausbildungskrise.

Memorandum des Forums „Jugend. Bildung. Arbeit“.

Opladen: Leske + Budrich (1998); 104 S.

ISBN 3- 8100-2196-2

Friedrich-Ebert-Stiftung, Forschungsinstitut, Abt. Wirtschaftspolitik, Bonn (Hrsg.)

Zander, Ingo

Ausbildungs- und Beschäftigungsgarantien für Jugendliche.

**Eine Veranstaltung am 15. September 1998 in Halle
und ergänzende Recherchen.**

Bonn (1998); 105 S.

ISBN 3-86077-808-0

(Wirtschaftspolitische Diskurse; 121)

Galuske, Michael

Jugend ohne Arbeit. Das Dilemma der Jugendberufshilfe.

In: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, Opladen: Leske + Budrich; (1998); Nr. 4

Galuske, Michael

Wandlung oder Zusammenbruch? Jugend und die Zukunft der Arbeitsgesellschaft - ein „polemischer Überblick“.

In: Forum Erziehungshilfen, Münster: Votum; 5 (1999); Nr. 4

Haunert Friedrich/Lang, Reinhard

Arbeit und Integration. Zur Bedeutung von Arbeit in der Jugendsozialarbeit am Beispiel von Projekten freier Träger.

Frankfurt/Main: Lang (1994); 387 S.

ISBN 3- 631-46718-4

Hiller, Gotthilf G.

Unsichere Lebensverläufe erkunden und begleiten, flexiblere Zugänge zum Arbeitsmarkt schaffen. Neue Konzepte und Ansätze für eine Zusammenarbeit zwischen Schul-, Sozial- und Berufspädagogik.

In: Forum Erziehungshilfen, Münster: Votum; 5 (1999); Nr. 4

Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik - INBAS GmbH-,
Offenbach (Hrsg.)

Übergang von der beruflichen Erstausbildung in dauerhafte Beschäftigung. Dokumentation einer Europäischen Konferenz vom 28. und 29. Juni 1999 in Offenbach.

Offenbach (2000)

(Berichte und Materialien; 4)

Kendzia, Michael

Maßnahmen zur beruflichen Qualifikation benachteiligter Jugendlicher.

In: Recht der Jugend und des Bildungswesens,

Neuwied: Luchterhand; 44 (1996); Nr.2

Krafeld, Franz Josef

Mit Desintegrationsrisiken leben lernen.

Eine Befragung von Berufsvorbereitungs- und Beschäftigungsprojekten.

In: Sozialmagazin, Weinheim: Juventa; 22 (1997); Nr. 9

Krafeld, Franz Josef

Ungewisse Wege ins Berufsleben bewältigen.

Ein vernachlässigtes Aufgabenfeld der Jugendarbeit.

In: Deutsche Jugend, Weinheim: Juventa; 46 (1998); Nr. 10

Lappe, Lothar

Berufliche Chancen Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland.

In: Aus Politik und Zeitgeschichte,
Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (1999); Nr. 26

Notz, Gisela

**Das Skandalon der Jugendarbeitslosigkeit -
zur Zukunft der Jugendberufshilfe.**

In: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit, Bonn: Arbeiterwohlfahrt; 49 (1998); Nr. 3

Pilnei, Marion

**Kommunale Berufsbildungspolitik. Maßnahmen der Kommunen
gegen Jugendarbeitslosigkeit als Reform von unten.**

München: DJI (1990); 252 S.

ISBN 3-87966-322-X

Raab, Erich

**Jugend sucht Arbeit. Eine Längsschnittuntersuchung zum Berufseinstieg
Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland.**

In: Aus Politik und Zeitgeschichte,

Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (1997); Nr. 25

Rademacker, Hermann (Hrsg.)

**Hilfen zur beruflichen Integration. Beispiele und Empfehlungen zur
Gestaltung kommunaler Berufsbildungspolitik.**

München: DJI (1999); 156 S.

ISBN 3-87966-385-8

Robert Bosch Stiftung, Stuttgart (Hrsg.)

**Jugendhilfe und Arbeitsförderung. Neue Wege der beruflichen Integration
benachteiligter Jugendlicher. Bd. 1: Empfehlungen einer Fachkommission.**

Gerlingen: Bleicher (1995); XIII, 171 S.

ISBN 3-922934-46-3

(Materialien und Berichte; 44)

Robert Bosch Stiftung, Stuttgart (Hrsg.)

Dorschner, Stephan

**Jugendhilfe und Arbeitsförderung. Neue Wege der beruflichen Integration
benachteiligter Jugendlicher. Bd. 2. Vom Beschäftigungsprojekt zum
Berufshilfebetrieb. Eine Untersuchung ausgewählter Beispiele.**

Gerlingen: Bleicher (1995); XIV, 396 S.

ISBN 3-922934-47-1

Schäfer, Hans-Peter/Skroka, Wendelin (Hrsg.)

**Übergangsprobleme von der Schule in die Arbeitswelt.
Zur Situation in den neuen und alten Bundesländern.**

Berlin: Duncker & Humblot (1998)

(Schriftenreihe der Gesellschaft für die Deutschlandforschung; 61)

Schierholz, Henning

**Berufsintegration von Jugendlichen mit schlechten Startchancen.
Daten und Fakten zur Jugendarbeitslosigkeit und
eine Orientierung über Ausbildungs- und Beschäftigungsförderung.**

Neuwied: Luchterhand (2000); 350 S.

ISBN 3-472-04091-2

Schierholz, Henning

**Mit JUMP erfolgreich gegen die Jugendarbeitslosigkeit?
Möglichkeiten und Grenzen des Sofortprogramms der Bundesregierung
gegen Jugendarbeitslosigkeit.**

In: Jugendhilfe, Neuwied: Luchterhand; 37 (1999); Nr. 2

Schittenhelm, Karin

**Zwischen Unterstützung und Reglementierung.
Mädchen und junge Frauen in Einrichtungen der Jugendberufshilfe.**

In: Neue Praxis, Neuwied: Luchterhand; 28 (1998); Nr. 3

Schruth, Peter

**Gemeinnützige Arbeitsvermittlung.
Ein sozialpädagogisches Angebot für junge Arbeitslose.**

In: Neue Praxis, Neuwied: Luchterhand; 28 (1998); Nr. 6

Steinmetz, Bernd/Ries, Heinz A./Homfeldt, Hans Günther (Hrsg.)

**Benachteiligte Jugendliche in Europa.
Konzepte gegen Jugendarbeitslosigkeit.**

Opladen: Leske + Budrich (1994); 291 S.

ISBN 3-8100-1244-0

Straus, Florian/Häfer, Renate

**Erwerbsgesellschaft ade - Arbeitsidentität passé?
Die veränderte Bedeutung
von Erwerbsarbeit für die Identität junger Erwachsener.**

In: Diskurs, München: DJI; 8 (1998); Nr. 1

Tham, Barbara

**Jugendarbeitslosigkeit in der europäischen Union.
Integration oder Marginalisierung?**

Bonn: Europa Union (1999); 227 S.

ISBN 3-7713-0570-5

(Schriftenreihe der Forschungsgruppe Jugend und Europa; 7)

**Themenheft: Die neuen Berufe.
Ein Blick in die Arbeitswelt von morgen:
Studiengänge und Lehrberufe für die Zukunft.**

In: Zeitpunkte, Hamburg: Gruner + Jahr (1999); Nr. 5; 98 S.

Themenschwerpunkt: Jugend und Arbeit.

In: Forum Erziehungshilfen, Münster: Votum; 5 (1999); Nr. 4

Utz, Richard/Miroschnik, Ralf

Ehre, Stolz und Scham. Die Probleme benachteiligter Jugendlicher beim Übergang von der Schule in die Ausbildung.

In: Deutsche Jugend, Weinheim: Juventa; 48 (2000); Nr. 4

Verein für Kommunalwissenschaften e. V. -VfK-, Berlin (Hrsg.)

Jugendarbeitslosigkeit - was tun?! Jugendhilfe und Sozialamt, Arbeitsverwaltung und Wirtschaft als Partner bei der Sicherung beruflicher Perspektiven junger Menschen. Dokumentation der Fachtagung am 21. und 22. Mai 1996 in Kleinmachnow bei Berlin.

Berlin (1996); 264 S.

ISBN 3-931418-08-1

(Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe; 7)

Wabnitz, Reinhard

Das Modellprogramm „Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit“ und sein Beitrag zum Aufbau der Infrastruktur und der Fachlichkeit der Jugendsozialarbeit in den neuen Bundesländern.

In: Zentralblatt für Jugendrecht, Köln: Heymanns; 85 (1998); Nr. 10

Wissenschaftliche Arbeitsstelle

des Oswald-von-Nell-Breuning-Hauses, Herzogenrath (Hrsg.)

Galuske, Michael

„Wenig Arbeit - viel zu tun.“ Jugend und Arbeit - Herausforderungen für die Jugendberufshilfe und die Jugendverbände.

Herzogenrath (1995); 28 S.

(Arbeiterfragen; 3/95)

Witzel, Andreas/Zinn, Jens

Berufsausbildung und soziale Ungleichheit. Sozialstruktur und Biographie beim Übergang von der Schule in die Erwerbstätigkeit.

In: Diskurs, München: DJI; 8 (1998); Nr. 1